
AUFTRAG



GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

185/186

Oktober 1989

● AUFTRAG

Oktober 1989

Heft 185/186 — 29. Jahrgang

3	Tot! — und dann?	<i>Helmut Fettweis</i>
7	Erntedank	<i>Hans Stilbach</i>
8	Fährmann Charon und sein Totenkahn	<i>Anne Bahrs</i>
9	Kirche	
	Was heißt — katholisch?	<i>Johannes Cofalka</i>
15	Tu es Petrus — Das Mysterium der Kirche	<i>Helmut Fettweis</i>
19	Die katholische Kirche in Skandinavien	<i>Wilhelm Lehmstäpfer</i>
36	Den Glauben gelebt — den Glauben weitergegeben — heute?	<i>H. F.</i>
39	Weißrußland — ein Bollwerk des Katholizismus in der UdSSR	<i>Joachim G. Görlich</i>
40	„Perestrojka“ für die Kirche	<i>KNA</i>
41	Kreuzgang	<i>H. F.</i>
43	Die katholische Kirche im Dritten Reich VII+VIII	<i>Lothar Groppe SJ</i>
48	Wallfahrten — aber mit neuer Qualität	<i>H. F.</i>
52	Kardinal Aloisius Stepinac, ein „frommer Massenmörder“?	<i>Lothar Groppe SJ</i>
62	Pfingstmontag 1989 — Pontifikalamt in der Essener Münsterkirche	<i>Franz Grave</i>
65	Bekennerbischof Graf von Galen im Kampf für Recht	<i>L. G.</i>
76	Verteidigung und Staat	
	Die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland und die Stationierung verbündeter Streitkräfte in unserem Land	<i>Willy Wimmer</i>
83	Die Situation der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft	<i>Karl-Wilhelm Becker</i>
96	Probleme der Gesellschaft	
	<i>Vor 50 Jahren</i>	
	Zwischen Gehorsams- und Gewissenspflicht	<i>Norbert M. Schütz</i>
101	Einen Kranz für Hitler?	<i>Helmut Fettweis</i>
103	Kleines Ökologie-Seminar (II.)	<i>Johannes Cofalka</i>
112	AMI-Jahreskonferenz	
	„Die Herausforderung an den christlichen Soldaten in den 90er Jahren“	<i>Jürgen Bringmann</i>
124	Grußwort anlässlich der Woche der Begegnung 1989	<i>Rolf M. Urrisk</i>
127	Aus der nahen und weiten Welt	
	Santiago/Chile	<i>Eduardo Cano</i>
129	Presse	
	41. Jahresversammlung der AKP	<i>Helmut Fettweis</i>
134	Aus GKS und PGR	
	München-Freising	<i>Arthur Schopf</i>
135	Wehrbereich V	<i>Hans-Peter Bott</i>
	Pöing	<i>Arthur Schopf</i>
136	Hammelburg	<i>Eva Albert</i>
	Münster	<i>Dieter Erkes</i>
137	Pöing	<i>Arthur Schopf</i>
138	Münster	<i>Hans Stilbach</i>
139	Informationen aus Kirche und Welt	

Tot! — und dann?

Betrachtungen zum Herbst

Helmut Fettweis

Im Oktober feiern die Menschen der nördlichen Halbkugel der Erde den Erntedank. Man erinnert sich an die Zeit der Vorbereitung der Erde, der Aussaat des Samens, des Keimens und Wachsens — der Gefahren durch Sonne, Wind und Regen — und endlich an den Tag der glücklichen Ernte.

In den heidnischen Bräuchen lebte ein starker Hang, den Göttern, den Christen war es dann ein Anliegen, Gott für die guten Gaben zu danken. Der Schöpfer und Erhalter der Welt und des Kosmos hatte das Werk der Menschen gesegnet. Mit dem Aufkommen moderner Technik und neuer Arten der Feldbestellung ging ein Teil dieses Bewußtseins, der Abhängigkeit von der Natur, von der segnenden Hand Gottes, verloren.

Der Mensch entfremdete sich der Mutter Erde und auch dem Bewußtsein, daß die Fäden dieser Welt nicht in Menschenhand liegen. Der Boden wurde ausgenutzt, die Natur beraubt. Die Schäden, die der Mensch in dem Glauben, „der Macher“ zu sein, beging, sind nur schwer zu reparieren. Es bedarf des Hineinhörens in das Geheimnis der Schöpfung, wenn der Mensch sein eigenes Überleben sichern will.

So ist es an diesem Erntedanktag wohl an der Zeit, daß die Menschheit sich besinnt auf den Auftrag der Schöpfung.

Nicht Raubbau und Ausnutzung der Schätze dieser Welt ist der Auftrag, sondern „mitschöpfen“. Der Mensch soll aus dieser Welt leben, aber er darf die Grundlagen, die dieses Leben ermöglichen, nicht zerstören oder einseitig ausnutzen.

So senkt er zum Frühjahr das Samenkorn in die frisch bereitete Erde, damit es unter Einfluß des Wetters aufgeht, gedeiht und eines Tages vielfältige Frucht bringt.

Dieser ganze Zyklus der Saat bis zur Ernte muß den Menschen — auch in den Städten — wieder bewußt werden.

Und dieses Werden — Vergehen — und wieder Werden ist zugleich ein Anlaß, über den Menschen und sein Sein nachzudenken.

Tot! — und dann?

Was bleibt vom Menschen, wenn er eines Tages am Tag der Ernte eingefahren wird — ja wohin? In die himmlische Scheuer?

Um das Jenseits

In einem ägyptischen Grabtext spricht die Seele eines Verstorbenen: „Ich habe das Land der Sehnsucht erreicht, und ich bin zum Reich der Unendlichkeit gelangt.“ Die Bewohner des Nils hatten einen unerschütterlichen Glauben, daß es ein Weiterleben im Jenseits ge-

ben werde. 4000 Jahre vor Christus glaubten die Menschen an ein Fortleben nach dem irdischen Tod. Die Grabsausstattung sollte dem Menschen, der das Diesseits verlassen hatte, helfen, im neuen Leben entsprechend leben zu können.

Später — um 2000 v. Chr. — tritt dann erstmals die Vorstellung auf, daß der Mensch auch vor einer unbestechlichen göttlichen Instanz Rechenschaft über seine Taten ablegen müsse.

Tot! — und dann?

Höllenstrafen, Totenrichter, Wiederherstellung des Körpers und Wiedergeburt sind die Stationen des Menschen, der aus dieser Welt abberufen wird.

Die *Griechen* entdeckten dann die Seele des Menschen. Die Seele ist das Element, das die Materie verläßt und zu einem Weiterleben berufen ist. Sokrates und Plato prägen die Philosophie der ausgehenden Jahrhunderte vor dem Christentum.

Die *Römer* wieder finden andere Elemente des Weiterlebens. Horaz (*65, †8 v. Chr.), römischer Dichter und Denker, findet zu einer hochstehenden Form des Epikureismus, der sich durch innere Wahrhaftigkeit und Menschlichkeit auszeichnet, aber für den Tod — insbesondere der Soldaten — nur den Spruch findet „Dulce et decorum est pro patria mori“, „Süß und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu sterben.“ Hier ist also nicht an ein Weiterleben gedacht, sondern an das Fortleben des Ruhmes im Andenken der Nachwelt. Der Tod kennt hier kein persönliches Fortleben.

Das *Christentum* bringt dann die neue, die vollendete Sicht des Menschen. Der Mensch ist als Abbild Gottes geschaffen. Und so verkündet Christus: „Gott ist kein Gott von Toten, sondern von Lebenden; für ihn sind alle lebendig.“ (Lk 20,38). Und Paulus sagt in Röm 14, 7—9: „Keiner von uns lebt sich selber und keiner stirbt sich selber:

leben wir, so leben wir im Herrn, sterben wir, so sterben wir im Herrn.

Ob wir leben oder ob wir sterben, wir gehören dem Herrn. Denn Christus ist gestorben und lebendig geworden, um Herr zu sein über Tote und Lebende.“ Christus zeigt den Menschen, die im Wissen und den Ahnungen ihres Geistes und auch ihres Glaubens lebten, den Weg und das Ziel: die Gemeinschaft mit Gott. Er verheißt dem Menschen: Gott in seiner Herrlichkeit schauen zu dürfen.

In der Geborgenheit bei Gott findet er die selige Erfüllung seines irdischen Lebens. Er wird dort mit denen leben, die ihn begleitet haben und durch Jesus Christus das Heil erlangen konnten.

Neues Leben

Der Tod ist der Durchgang zu einem neuen Leben als Person. So gedenken die Christen am 1. November — *Allerheiligen* — all derer, die das Ziel ihres Lebens erreicht haben. Ihre Namen sind im irdischen Leben nie aufgefallen, aber sie waren im Buche des Lebens bei Gott verzeichnet.

Vielleicht sind viele unserer Kameraden aus den großen Kriegen dabei. Kameraden, die ihre Pflicht erfüllten und möglicherweise einem anderen das Leben retteten oder Anlaß gaben, daß ein anderer angestoßen wurde, über das Leben und seinen Sinn nachzudenken.

Am 2. November — *Allerseelen* — gedenken wir fürbittend derer, die gestorben sind, in der Hoffnung, daß es Gott gut mit ihnen meint. Wir bitten: Führe sie und alle, die in Christus entschlafen sind, in das Land der Verheißung, des Lichtes und des Friedens. Dazu gehören so viele; die Zweifler, die Suchenden, aber auch die, die in der Not und Sorge des Tages zuweilen zuwenig an das Wort der Erlösung gedacht haben. Wir — in dieser Welt — können ihnen helfen. Wir können ihnen nicht nur nach dem Glauben der Kirche, sondern auch nach dem der „älteren Brüder im Glauben an den einen Gott“, den Juden, durch unsere Fürbitten, durch das Gebet des Herren, durch unser Bekennen des Glaubens, Gnaden zuwenden, die ihnen den Weg in die ewige Anschauung erleichtern. Tod! — Es folgt ein Leben in Ewigkeit.

Als *Soldaten* gedenken wir am 19. November der Kameraden, die vor uns abberufen wurden. In der Vergangenheit war ein solcher Tag oftmals Anlaß zu einer Phraseologie, die zuweilen verlogen wirkte. Wenn Menschen, die in sicherer Entfernung vom scharfen Schuß der toten „Helden“ gedachten, dann war ein solches Gedenken — gedankenlos.

Unsere Väter und auch unsere Kameraden sind in den Tod gegangen, weil sie geglaubt haben, ihre Liebsten verteidigen zu müssen. Es hat sich gezeigt, daß ihre Opferbereitschaft ausgenutzt und ihr Glaube irregeleitet wurde. Sind sie nun umsonst gefallen? Wenn man mit den Erklärungen der Welt daran geht, dann muß man zu dieser Frage „ja“ sagen. Geht man aber unter den Gedanken des Evangeliums an diese Problematik, dann erkennt man, daß der Einsatz für den Nächsten Opfer und Wert beinhalten. Und sieht man das Opfer des einzelnen unter den Worten Jesu, dann wird deutlich, daß alle Opfer, alle Not — Ausdruck der Sündhaftigkeit des Menschen — einen gerechten Ausgleich bei dem finden, der der Richter der Welt ist, bei Gott. Er allein kann und — nach seinem Wort Jesus Christus — wird jeden Menschen in den Wert einsetzen, den er in seinem großen Plan innehatte. Mancher vergessene Soldat, der bis zur letzten Minute um sein bißchen Leben gezittert hat, wird dann vor jenen rangieren, die die Welt im Diesseits hoch ausgezeichnet hat. Anlaß für alle Geehrten, immer wieder daran zu denken, daß auch Ehren ihren Preis haben. Irdische Auszeichnungen sind relativ vor der Ewigkeit. Und man muß für alle Zuwendungen in jener Demut danken, die sich auch an den weniger glücklichen Kameraden erinnert:

„Ich hatt' einen Kameraden.!“
Warst auch du ihm Kamerad?

Licht für die Zukunft

Verständlich kann auf dieser Erde ein solcher Zwiespalt nicht werden, wenn man die Auflösung mit weltlichen Mitteln versucht.

So hat die Kirche immer wieder auf das Wesentliche hingewiesen, das das Unverständliche faßbar macht, auf den Glauben an die Liebe Gottes.

Und diese Liebe des Schöpfers zu seiner Schöpfung wird deutlich in den Worten der Propheten und wird unüberbietbar ausgesagt durch Jesus Christus.

So weist die Zeit des Novembers auf die Nöte der Völker vor dem Kommen des Erlösers hin. Es scheint, daß die Menschen oft ratlos werden angesichts der Totengedenktage in diesem Monat. Immer wieder wird dann die Sinnfrage gestellt: Was kommt nach dem Tod, was ist danach? Ist dann alles aus? Was nützen Reichtum und Schönheit? Unwillkürlich muß man an das Wort Christi denken: „Was nützt es einem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, dabei aber sein Leben einbüßt? Um welchen Preis kann ein Mensch sein Leben zurückkaufen?“ (Mt 16, 26)

Und am Ende des Monats November wird dann schon ein kleines Licht sichtbar. Es ist die Kerze, der Schein der Hoffnung auf eine andere Lösung, die dann am 1. Advent-Sonntag im Dezember den Menschen Trost verspricht.

In das Dunkel der Zeit, in die Finsternis, die uns zu umgeben scheint, leuchtet die Geburt Christi. Sein Kommen ist Generationen vor diesem Tag der weltlichen Geburt angekündigt durch die Propheten. Am Ende der Tage wird das Haus des Herrn festgegründet stehen (vergl. Jes 2, 1–5), Gott wird Recht sprechen und die erlösten Menschen werden wandeln im Lichte des Herrn, es wird keinen Krieg mehr geben und keine Not, so heißt es in den Weissagungen.

Und seit der Geburt Christi ist das Licht da, es leuchtet den Menschen und wird verkündet durch die Kirche.

So haben wir also Zeit, uns von der Frage nach dem Sinn des Lebens ab- und der Antwort zuzuwenden, die uns Christus gebracht hat. Unser Leben bekommt Richtung und Klarheit, und unser Tod ist der Durchgang zu jenem ewigen Leben, das uns Christus im Glauben verheißen hat.

Wir brauchen also nicht ängstlich zu fragen: *Tot! — und dann?*, sondern dürfen aus der Gewißheit des Glaubens sagen: *Mit dem Tod beginnt das Leben.*

Erntedank

Tausendmal in diesem Jahre denkst du zuerst an dich und fühlst dich ob der Eigenliebe froh, gesund und frisch.

Dabei gibt es viel Tausende, die leiden bittre Not, sie haben oft kein Obdach mehr, es fehlt am täglich Brot.

Du forderst und bestehst so gern auf deinem guten Recht, trittst du nun auch für andre ein, denn oft geht's denen schlecht?

Einmal im Jahr ist Erntedank, es könnte öfter sein. Dir geht es gut, doch vielen nicht, lasse sie nicht allein!

Hans Stilbach

Fährmann Charon und sein Totenkahn

Gedanken zum Volkstrauertag

Anne Bahrs

Den Mittelpunkt der vier langgestreckten Massengräber auf dem größten Friedhof Europas in Hamburg-Ohlsdorf, der zu den schönsten Totenparks der Welt zählt, bildet eine 5 m hohe Rundmauer aus Elmer Kalkstein. Auf sie weisen die wuchtigen Eichenbalken hin, die eingeschnitzt die Namen der Hamburger Stadtteile tragen, in denen die Gebeine der 37000 Menschen endlich geborgen werden konnten, nachdem die Höllenglut erloschen war, von der sich der Himmel in Hamburgs Schreckensnächten des Sommers 1943 blutrot gefärbt hatte. Einige Stufen führen hinauf zum Podest, wo sich die Mauer nach Süden hin öffnet, um Einblick zu gewähren in eine große Nische. Hier sieht man das Halbr relief „Fahrt des Totenschiffes über den Acheron“. So nannte Professor Gerhard Marcks sein Monument, das er zur Erinnerung an die unschuldigen Opfer des Bombenkrieges schuf.

Der Künstler wählte ein Motiv aus der griechischen Mythologie: den furchterregenden Fährmann in seinem Totenkahn, darin die willenlose Fracht. Greis, Vater, Mutter, Kind und Brautpaar treiben wie erstarrt über den Acheron. Sie haben keine Vergangenheit, keine Gegenwart und Zukunft mehr.

Durch Funde bei Ausgrabungen wissen wir heute den Platz im südlichen Epirus an Griechenlands Fluß Acheron zu bezeichnen, auf die die Totenorakel der Sagen als Tor in die Unterwelt hinweisen. Professor Gerhard Marcks, Jahrgang 1889, erlebte zwei Weltkriege. Er wohnte in Köln und war bis 1951 Dozent an der Hamburger Landeskunstschule. Der Künstler sah keine Möglichkeit, durch dieses Denkmal eine unserm Kulturkreis angemessene christliche Todesauffassung zu vermitteln. Nicht Märtyrer waren zu beklagen, nicht Opfer des natürlichen Todes. Ein Massenmörder hatte sie hingerichtet. Er trägt das Gesicht des Fährmanns Charon, stellt das personifizierte Böse dar als Gleichgültigkeit, die kein Erbarmen kennt, keine Milde, keine Liebe, kein Verzeihen.

Schauerndes Erinnern mahnen die gewaltigen Hügel der Massengräber, die in Kreuzform auf dieses Denkmal zustreben. Viele kleine Gedenktafeln an ihren Rändern sind mit Blumen geschmückt. Sie geben traurige Kunde von Familien und Hausgemeinschaften, über das Schicksal von Menschen, die geliebt wurden und so gern gelebt hätten wie du und ich, die wir uns nach Frieden sehnen und auch unseren Kindern und Kindeskindern diese doch trotz allem immer noch schöne Welt erhalten möchten.

Professor Marcks meißelte den Insassen seines Totenschiffes eine Mahnung für uns ein. Fährmann Charon trägt die maskenhafte Gleichgültigkeit als Orakel. Damit zeigt der Künstler uns Heutigen immer noch ihre böartige Fratze und wie um Erbarmen flehend die jugendliche Fracht des Totenschiffes, daß wir den Massenmörder erkennen und nicht willen- und zukunftslos mit dem Totenkahn in die Unterwelt treiben.

Kirche

Was heißt — katholisch?

Johannes Cofalka

Ignatius von Antiochien hat bereits um das Jahr 105 mit dem Begriff *chatholon* (auf das Ganze hin) ein Wort geprägt, das in seiner Kürze alles das umfaßt, was unser Bekenntnis des Katholischen beinhaltet. Wenn der Begriff „katholisch“ auch im Neuen Testament selbst nicht vorkommt, so läßt schon das Wort Jesu in Mt 28,18 aufhorchen:

„Mir ist alle Macht gegeben
im Himmel und auf der Erde.
Darum geht zu allen Völkern
und macht alle Menschen
zu meinen Jüngern.
Taufet sie auf den Namen des Vaters
und des Sohnes und des Heiligen Geistes,
und
lehrt sie alles zu befolgen, was ich euch geboten habe.
Seid gewiß: Ich bin alle Tage bei euch
bis zum Ende der Welt“.

Der Hinweis auf alle Völker, alle Menschen, auf das Ganze der Lehre Jesu, das Taufen im Namen des Dreifaltigen Gottes ist eingeordnet in die Bekundung göttlicher Autorität und Weite: „Mir ist alle Macht gegeben im Himmel und auf der Erde“, und in die durch Gott festgelegte Zukunft der Welt: „Ich bin bei euch alle Tage bis zum Ende der Welt.“

Alles atmet das Ganze. Das Griechische hat zwei Begriffe für Zeit: *Kronos* und *Kairos*. *Kronos* ist die uns geläufige Zeit, *Kairos* die Zeit, in der das Göttliche wirkt. Das Neue Testament gebraucht 27mal das Wort *Kairos*. Mit der Menschwerdung Gottes ist die Zeit geheiligt. Alle Zeit, bis zur Wiederkunft des Herrn. Das Ganze ist auch hier durchscheinend.

Der große Theologe Josef Lortz sprach in einem Vortrag über das Wesen der Reformation auch über den Begriff „Monotheismus“¹⁾ und verdeutlichte dabei ein Mißverständnis, das bis heute das Denken mancher Katholiken verunsichert:

„Christentum ist Monotheismus, gewiß. Aber die Definition wird sofort grundfalsch, wenn man sie umkehrt, und wenn man formuliert: Monotheismus ist Christentum. Dann fehlt dem Christentum das eine unterscheidende und unentbehrliche Element: Jesus Christus. Dann werden alle höheren Religionen mehr oder weniger gleichwertig. Es ergibt sich eine Unterbewertung des Dogmas, und es droht der Relativismus.“

Die „Qualität“ des Katholischen ist die Offenbarung des Dreifaltigen Gottes im Geheimnis von Vater, Sohn und Heiligem Geist.

Die Weite katholischen Glaubens wird weder von geographischen noch von institutionellen oder existentiellen Dimensionen begrenzt, sondern beinhaltet das Was und Wie, Tiefe, Breite und Höhe göttlichen Lehrens und Handelns, aber auch das Woher, Wohin und Wozu des Menschen. Der Begriff „katholisch“ will etwas aussagen: über Sein und Wesenheit Gottes und seiner Kirche, über Schöpfung, Erlösung, Wiederkunft Jesu und Vollendung, aber auch über das Mitwirken des Menschen an Heilstat und Lehre des Herrn.

Darum muß das Katholische das Ganze Gottes, so weit er sich selbst zu erkennen gibt und in seiner Menschwerdung offenbart, das Ganze der Lehre, das Ganze des Menschen, das Ganze der Schöpfung, das Ganze der Kirche, das Ganze der Heilstat Jesu Christi umfassen und erschließen.

Weder rationale Selbstüberschätzung, die die menschliche Vernunft zum Mittelpunkt machen möchte, noch eigenmächtiges Ermessen, was und wie man glauben möchte, kann das, was mit „katholisch“ gemeint ist, erreichen.

Vernunft gehört zum Glauben, aber Glauben läßt sich nicht in die Alleinherrschaft der Vernunft einzwängen.²⁾

Das Ganze Gottes faßt Jesus in die Worte: „Im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes“. In diesem dichtgedrängten Gebet, mit diesem schöpferischen Anruf, ist auch das ausgesagt, was die Theologie in die Stufung faßt: Zum Vater durch den Sohn im Heiligen Geist.

Sendung des Sohnes, Kreuz und Auferstehung und pfingstliche Geistsendung sind geschichtliche Wirkungen des einen Gottes im trinitarischen Mysterion. „Die Taufe ist das Unterpfand dieser letzten Selbsthingabe des Dreifaltigen Gottes.“³⁾ (Auer 577) Gott beugt sich tief hinab zu uns, weil er die Liebe ist. Das Lehramt der Kirche (der Gesamtepiskopat als ganzer und der Papst als handlungsfähige Spitze diese Kollegiums; nach Karl Rahner, KTW) faßt hier wie in allen anderen Glaubensbereichen der Kirche die Aussagen der Schrift und die unter dem Beistand des Heiligen Geistes sich entfaltende Weitergabe der geoffenbarten Wahrheit in Glaubenssätze zusammen. (Karl Rahner)⁴⁾

Das Ganze der Offenbarung

findet daher in der Lehre⁵⁾ und damit im Glauben der Kirche und weil vom Heiligen Geist begleitet — seinen täuschungsfreien Ausdruck.⁶⁾

Das Wort des Johannesevangeliums: „Der Beistand aber, der Heilige Geist, den der Vater in meinem Namen senden wird, der wird euch alles lehren und euch an alles erinnern, was ich euch gesagt habe“, weist auf die sich immer weiter vertiefende Erkenntnis, die der Heilige Geist seiner Kirche vermittelt.

Das Ganze der Schöpfung

Schöpfung ist ein göttliches Geschehen, das nur aus Gott selbst, aus seinem Erlösungswirken in Jesus Christus und dem Heiligen Geist erklärbar ist.

Schöpfung will von ihrem gottgewollten Ziel, der Vollendung her verstanden werden, in das auch die Kirche in ihrem Grund, Auftrag und Geheimnis eingebunden ist. In der Schöpfung leben heißt auch vom Ziel her leben. So sagt auch Thomas von Aquin in der Erkenntnis vom zielbestimmten Handeln Gottes: „Das Ziel ist das erste in der Planung und das letzte in der Verwirklichung.“⁷⁾

Das im NT gebrauchte Wort für Schöpfung — ktisis — sagt mehr, als nur den vordergründigen Wortinhalt: etwas tun, etwas bewirken. Es will sagen, daß Gott fortwährend wirkt, geschehen läßt und erhält und im Heiligen Geist zur Vollendung führt. Gott, der Schöpfer — ktistes —, wirkt aus Liebe, d.h. aus dem Wesen seines dreifaltigen Wesens. Sein Wort ist das Licht der Welt und des Menschen. Der zweite Korintherbrief spricht es aus. „Denn Gott, der sprach, aus Finsternis soll Licht aufleuchten, er ist es, der in unseren Herzen aufleuchtet, damit wir erleuchtet werden zur Erkenntnis des göttlichen Glanzes auf dem Antlitz Christi“ (2. Kor 4,6).

(S. auch Vorrede zu 1. Joh: Das Wort des Lebens und Röm 1,18 ff.)

Das Ganze der Erlösung und der Vollendung

Die mit dem Wesen des Menschen gegebene Möglichkeit, in Freiheit nein zu sagen zu Gott und seiner Offenbarung, um aus eigenen Lebensvorstellungen und vorletzten Zielen zu wirken und auch der Welt eine eigenwillige Gestalt zu geben, setzt das Verweigern gegen die Liebe.

Der Sünde, als der Möglichkeit, sich Gott zu verweigern, stellt Gott in der Liebe die Erlösung durch Jesus Christus entgegen.

Durch die Wirksamkeit seines Hingeopfertwerdens im Sohnesgehorsam wird die Erlösungstat in der Kirche zum schöpferischen: „Siehe, ich mache alles neu“, wo der Mensch sich wieder Gott zuwendet. Das Katholische lebt aus einem fortwährenden Werk des Werdens und der Vollendung, die jetzt schon beginnt, aber einmal ihre ganze Erfüllung finden wird.

Die Einengung des Glaubens in eine symbolische Christusvorstellung leugnet seine Geschichtlichkeit. Wer von Menschwerdung spricht, muß auch von dem dreifaltigen Gott sprechen, der sein Erlösungswerk für uns mit Maria beginnen läßt. Sie ist nicht nur die Magd des Herrn, sondern bereits die Vollerlöste, mit Leib und Seele Vollendete. Sie ist der Neuanfang im Anfang der Kirche und des Heils, das einleitende Ereignis der Heilsgeschichte.

Seinen vollen Sinn erfährt der Mensch durch die zweite Geburt Jesu Christi (Das Credo der Kirche) und das Leben auf ihn hin. Nur muß dieses Bekenntnis von jedem Menschen, der glaubt, in das Leben hinein übersetzt werden. (Kol 1,16; Eph 1,10; Gal 4,4)

Katholische Mündigkeit würde demnach bedeuten:

Glaubenswissen aus dem Ganzen des Glaubens und der Kirche urteilsfähig in das Leben hinein übersetzen und in Freiheit und Standfestigkeit vertreten. Ja, mit dem Glaubenswis-

sen umgehen können, das ist für jeden Christen eine große Aufgabe, die zur Freude wird. Die recapitulatio mundi⁸⁾ ist die Einbeziehung aller Dinge, der Welt und des Menschen in die Erlösungstat und das Wort Jesu. Die recapitulatio fidei⁹⁾ will im schöpferischen Wirken aus der Rückbesinnung auf das Ganze des Glaubens der Kirche hier ihren Orientierungsort finden.

Das Ganze des Menschen

Der Mensch in seiner Leiblichkeit ist Person durch seine Geistseele. Seine Fähigkeit, sich selbst reflektierend zu erkennen und sein Tun und Denken zu verantworten und antwortend einer Gemeinschaft anzugehören, ist zugleich Fähigkeit der freien Entscheidung.

Auch wenn er in seiner Freiheit eingeborgen ist in der unendlichen Allwissenheit und Gegenwartigkeit Gottes, bleibt er doch in seinem Personsein einmalig „mit Christus verborgen in Gott“ (Kol 3,3). Gott will jeden Menschen seinem eigentlichen und letzten Ziele zuführen und ihn dort vollenden, weil der Mensch aus sich selbst nicht vollendet werden kann.

Mit Jesus Christus wird der Mensch zu etwas Neuem. „Ist einer in Christus, ist er eine neue Schöpfung“ (2. Kor 5,17). Das ist das Katholische im Personensein.

In einer letzten, unergründlichen Tiefe ist jeder einzelne mit Gott allein, um von ihm zu seinem von Gott seit Ewigkeit erkannten und gewollten Wesen verwandelt zu werden.

Gottes Gnade ist immer vor uns da. Von ihr empfangen wir jene Kraft, die uns befähigt, die vom Menschen her zu verantwortenden Aufgaben in Kirche und Welt wahrzunehmen.

Das Ganze der Kirche

Das Katholische faßt Kirche nicht nach der Maßgabe der Beliebigkeit, sondern entsprechend dem Willen Jesu, wie er seine Kirche wollte und wie sie im Geheimnis der Trinität seit Ewigkeit grundgelegt ist. Paulus an die Epheser: „Ich soll den Heiden als Evangelium den unergründlichen Reichtum Christi verkündigen und enthüllen, wie jenes Geheimnis Wirklichkeit geworden ist, das von Ewigkeit her in Gott, dem Schöpfer des Alls, verborgen war. So sollen jetzt die Fürsten und Gewalten des himmlischen Bereichs durch die Kirche Kenntnis erhalten von der vielfältigen Weisheit Gottes, nach seinem ewigen Plan, den er durch Jesus Christus, unseren Herrn, ausgeführt hat.“ (Eph 3,9–10)

Neben den kirchenstiftenden Worten Jesu an Petrus (Mt 16,18) verweisen Auer/Ratzinger in ihrer Dogmatik auf mehrere Aspekte in der Grundlegung der Kirche:

a) Nach dem Wort des Johannesprologs „Das Wort ist Fleisch geworden“ hat „der dem Vater gleich ewige Sohn Gottes in seiner zweiten Geburt in der Zeit aus Maria der Jungfrau die raumzeitgebundene Menschennatur angenommen und mit seiner göttlichen Natur in der Einheit seiner göttlichen Hypostase vereinigt“. Er hat damit „eine neue Heils- und Seinsordnung geschaffen, die als — sakramentale Ordnung — analog seinem eigenen

gottmenschlichen Wesen ein Zueinander von Außen und Innen, Geschöpflichem und Göttlichem, von göttlicher Gabe (als Ursache) und menschlicher Aufgabe (als Bedingung) in sich schließt.“¹⁰⁾

b) „Das zweite kirchenbegründende Ereignis im Leben Jesu ist sein Tod und seine Auferstehung. In diesem Erlöserwirken hat Christus den — moralisch — gnadenhaften Grund für seine Kirche gelegt.“ Verweisend auf den Vater, den Sohn und den Heiligen Geist (Apg 20,28), ist „die Kirche Werk des Dreieinigten Gottes, nicht nur des menschengewordenen Sohnes“. Sie ist mit den Worten und Ereignissen Jesu, die er „auf den Felsen des Glaubens Petri gebaut (hat) — Mt 16,18 — ‚universale salutis sacramentum‘ für alle Welten und Zeiten geworden“.

c) „Das dritte kirchenbegründende Ereignis im Leben Jesu ist die Geistsendung. . . Dieser Geist Gottes im Geiste Christi wirkt darum auch als der Heilige Geist in der Kirche.“¹¹⁾ Er ist es auch, der die Kirche in der Zeit alles lehren wird, was Jesus seinen Aposteln aufgetragen hat (Joh 14,25).

Das Ganze der Kirche, das ist auch das Ganze der Sakramente, das Ganze der Lehre (und nicht nur beliebige Ausschnitte). Eucharistie ist hier als die Mitte sakramentalen Lebens in Wesen und Gestalt die unverwechselbare und unaustauschbare Wirklichkeit katholischen Glaubens und Lebens.

Es ist unübersehbar, daß die Forderungen Jesu eingeordnet sind zwischen dem Anspruch: „Mir ist alle Macht gegeben im Himmel und auf der Erde“ und dem Trost: „Seid gewiß, ich bin alle Tage bei euch, bis zum Ende der Welt.“

Dem Christlichen bleibt stets das chatholon, das Katholische, aufgegeben, das ohne Trinitätsglauben nicht das Ganze wäre, weil Gott nur aus dem Ganzen seiner Offenbarung „begreifbar“ ist. Ohne Trinitätslehre wird auch die Christologie etwas anderes (Auer/Razinger).

Weder anthropologische Ansätze noch Anthropozentrik, noch gefühlsmäßiges romantisch-ästhetisches Fragen führt uns zur Erkenntnis Gottes, sondern eben nur das aus der Schrift und dem Wirken des Heiligen Geistes in der Tradition geschenkte Glaubenswissen der Kirche.

Gottes Wesen klärt sich nicht aus dem Nachdenken des Menschen. Vielmehr ist das Wissen über den Menschen von der Wirklichkeit Gottes und seiner Gnade her zu bekommen. Und erst dann kann das Fragen nach Gott aus dem Ganzen des Menschen mit Leib, Seele und Geist beginnen.

So gesehen muß sich das Katholische in einer Spannung bewähren: zwischen der persönlichen Entscheidung und dem Füreinander-da-Sein einerseits und Weltverantwortung andererseits.

Das aber bedeutet: eine klare, unverwechselbare Geisteshaltung haben, aus der heraus der Christ katholisch ist in der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche, deren tiefstes Geheimnis in der sanctissima Trinitas verborgen liegt.

Anmerkungen:

- 1) Josef Lortz, Wie kam es zur Reformation? Vortrag; Einsiedeln 1950, S. 54
- 2) J. Auer, J. Ratzinger, Kleine Katholische Dogmatik, VIII; Die Kirche
- 3) dgl., Bd. II, S. 577
- 4) K. Rahner, H. Vorgrimler, Kl. Theolog. Wörterbuch, Lehramt, KTW
- 5) K. Rahner, K.H. Weger (Neuner-Roos), Der Glaube der Kirche, Regensburg 1971 S. 247
- 6) J. Cofalka, Leben aus dem Glauben der Kirche, in: Auftrag, Bonn, H. 153/54, Apr. 1986
- 7) Thomas von Aquin, S.Th. Bd. 4, Qu 64/64
- 8) Irenäus von Lyon, Brief an die Smyrnäer, 8,2 und E. Scharl, Recapitulatio mundi, Freiburg/Br. 1941
- 9) J. Cofalka, recapitulatio fidei, in Auftrag, Bonn H. 176, Okt. 1988
- 10) J. Auer, J. Ratzinger, Kl. Kath. Dogmatik, S. 351 f.
- 11) dgl.

Orientierungshilfen

- J. Ratzinger, Theologische Prinzipienlehre, München 1982
K. Rahner, Grundkurs des Glaubens, Herder 1976
K. Adam, Der Christus des Glaubens, Düsseldorf 1956
J. Auer, J. Ratzinger, Kleine Katholische Dogmatik, Regensburg 1978, I–VII
X.L. Dufour, Wörterbuch zur biblischen Botschaft, Herder 1967
K. Rahner, H. Vorgrimler, Kleines Konzilskompendium, Herder 1968
Neuner-Roos, Der Glaube der Kirche (K. Rahner, K.H. Weger), Regensburg 1971

Tu es Petrus — Das Mysterium der Kirche

Helmut Fettweis

Der Glaube

In der heutigen Zeit, da viele Menschen nicht mehr alles prüfen können, was ihnen gesagt wird oder was sie kaufen, sind sie angewiesen auf andere, denen sie Glauben schenken.

Dieses alltägliche Glauben hat jedoch nichts mit dem religiösen Glauben zu tun — oder fast nichts. Erkennbar wird jedoch, daß die Menschen, weil sie zu viel glauben müssen — und zu oft enttäuscht wurden — werden —, nicht mehr erkennen, was Glaube an wesentlichen Dingen beinhaltet.

Die Zahl derer, die sich Christ nennen und sich in ihrem Handeln auf Christus berufen, ist noch immer sehr hoch. Wenn jemand seiner Aussage Gewicht verleihen will, dann beginnt er nicht selten mit den Worten: Als Christ aber sage ich . . . (oder tue ich).

Hinterfragt man dann das Christsein, wird die konkrete Aussage immer spärlicher. Die Angaben reichen dann vom „guten Menschen Jesus“ bis zum „sozialen Vorbild“ oder zum „Anwalt der Armen“, zum „Sozialrevolutionär“.

Der „Christ“, der sagt, „ich glaube an Jesus Christus, den Herrn und Heiland, den Sohn Gottes, den Erlöser der Welt“, ist schon seltener zu finden. Dabei ergibt sich aus der Schrift, daß nur der im Glauben auf dem rechten Weg ist, der Christus in seiner realen Existenz — geboren aus Maria der Jungfrau —, in seinem Lebensweg — ist Mensch geworden — in seinem Leiden — er wurde für uns gekreuzigt —, in seinem Sterben — hat gelitten und ist begraben worden —, aber auch in seiner glorreichen Rückkehr in den Himmel — auferstanden und aufgefahren in den Himmel — annimmt.

Und dieser Christus hat uns das Heil des Vaters vom Himmel gebracht, sein Leben und sein Wort sind die Aussagen von und über Gott.

Doch damit ist noch der ganze Glaube nicht umrissen: Es heißt im großen Glaubensbekenntnis der Kirche — das den Christen des Ostens und des Westens gemeinsam ist —, Vater, Sohn und Heiliger Geist haben gesprochen durch die Propheten und die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche. Und es schließt mit der verheißungsvollen Formel „Wir erwarten die Auferstehung der Toten und das Leben der kommenden Welt.“

Wenn sich ein Mensch zu diesem Glauben an Christus bekennt, dann ist er wahrer Christ. Alle anderen begnügen sich mit Teilaspekten einer Aussage, die so umfassend ist, weil sie von Gott stammt. Teilaussagen aber bergen immer die Gefahr in sich, daß sie — absolut genommen — sogar zum Unglauben werden können. Um dieser Gefahr — der schon die ersten Christen ausgesetzt waren — zu begegnen, hat der Geist Gottes die Evangelisten inspiriert, den Glauben der Lebenszeugen Christi im Wort festzuhalten. Da aber Christus als Retter und Heilbringer bereits im Alten Testament verheißen war, übernahm die christliche Urkirche das Alte Testament als Heilige Schrift.

Die Evangelisten *Markus* (Vetter von Barnabas, einem Mitarbeiter des Paulus und später auch des Petrus, schrieb seine Aufzeichnung um 70 n. Chr. in Rom für Heiden und Heidenchristen), *Matthäus* (aus Kafarnaum, soll bereits ein erstes Evangelium in hebräischer Sprache verfaßt haben, der vorliegende Text ist aber erst um 80 n. Chr., vermutlich in Syrien, aufgeschrieben worden), *Lukas* (ein Arzt, Heide, zugleich Verfasser der Apostelgeschichte, schreibt für gebildete Heiden und Heidenchristen, hat aus vielen Einzelberichten geschöpft und in den Jahren 80–90 im griechischsprachigen Raum den Menschen die Botschaft weitergesagt), *Johannes* (Sohn des Zebedäus und Bruder des Jakobus hat seine Aufzeichnungen nach einem längeren Entstehungsprozeß zum Ausgang des 1. Jahrhunderts verfaßt) wollten — und sollten — der Kirche eine Art Handbuch über Jesus und seine Lehren geben.

Erwähnenswert sind auch die Briefe der Apostel und anderer führender Männer der Kirche in den ersten Tagen.

So umfaßt der „Kanon“ (verbindliches Verzeichnis) seit der zweiten Hälfte des 2. Jahrhunderts an Schriftgut:

- vier Evangelien,
- die Apostelgeschichte,
- dreizehn Briefe des Apostel Paulus
- den Brief an die Hebräer
- die sieben sog. Katholischen (universellen) Briefe und
- die Offenbarung des Johannes.

Die Kirche

Aus diesem Schriftgut — aus den Jahren 50–120 n. Chr. lebt die Lehre der Kirche. Und aus diesem Schriftgut geht auch hervor, daß Christus eine Kirche gestiftet hat. Die Kirche als ein Zusammenschluß der Gemeinden ist von Christus gewollt.

Aus den vielen Bildern, die im Neuen Testament über die Kirche enthalten sind (vgl. Auftrag 183/184, S. 9) wird deutlich, daß die Kirche die lebendige Verbindung zu Christus, dem Sohn Gottes, ist. Die Menschen, die sich ihr anschließen, sind das Gottesvolk, das Teilhabe an der Heiligkeit Gottes hat, weil es im Geist Gottes geheiligt ist (vgl. Papst Johannes Paul II. in der Katechese in Rom, Mittwoch, 16. August, in Vergleich zu 1 Kor 6,11; und 1 Peter 1,2 — nach DT, 22.8.89).

Dennoch — und das muß immer wieder betont werden, um Selbstgerechtigkeit zu vermeiden — die Berufung zum heiligen Volk — eine Gnade Gottes aus „ungeschuldeter Liebe“ — verhindert keineswegs, daß die einzelnen Mitglieder der Kirche weiterhin fehlbare, sündige Menschen sind. Die Freiheit des Menschen ist so groß — weil als Ebenbild Gottes angelegt —, daß dieser Mensch auch die Gnade zurückweisen kann. Und Sünde ist letztlich eine Entscheidung des Menschen gegen den Willen Gottes.

Um den Menschen aber immer wieder an das Wort und an das Angebot der Gnade, des Heiles Gottes, zu erinnern, ist die Kirche gegründet worden als heiliges Zeichen, aber auch als Hilfe für den einzelnen Menschen. Hier, in der Gemeinschaft der Glaubenden, findet er all die Hilfen, die ihm den Weg zu Christus, zu Gott erleichtern sollen.

Petrus, der Fels

Damit diese Kirche aber auch dieses heilige Zeichen unter den Menschen bleiben kann, damit sie nicht selbst in die Abkehr von Gott gerät, hat Christus ihr einen Hohenpriester gegeben, sich selbst. Jesus Christus allein ist der Herr der Kirche. Auf ihn sind alle Tätigkeiten, alle Dienste, alles Sinnen und Trachten ausgerichtet. Da er die Fülle des Seins hat, kann es eben auch keine „demokratische Kirche“, in der die einzelnen Menschen ihr Wollen einbringen, geben.

Nicht der Wille der Menschen schafft die Erlösung, sondern die Gnade Gottes. Wohl aber kann der Mensch in und aus der Gnade mitwirken. Um diese Dienste zu koordinieren, um sie immer auf den Ursprung auf Christus auszurichten, schuf Christus die Plattform, das Fundament, den Felsen (Petrus), und auf diesen Felsen gründete er seine Kirche. Und diesem Felsen gab er seine Zusage, daß die Unterwelt ihn nicht überwältigen werde.

Diesen Felsen aber sollte Petrus versinnbildlichen (vergl. Mt 16,18). Nun wird vielfach argumentiert, daß diese Zusage nur dem Petrus als „erstem“ unter den Aposteln gegolten hätte. Aber aus der Schrift wird erkennbar, daß Petrus der Felsen für die Zeit der Kirche ist. Dieses Amt ist, wie auch die Benennung des Simon in Petrus, von der Person nicht zu trennen. Die Übertragung der Schlüsselgewalt über das Haus Gottes (vergl. Mt 16,19) ist eine Vollmacht, die zu vollziehen ist. Und diese Vollmacht bedeutet, zu „binden und zu lösen“, daß heißt, verbindliche Lebensentscheidungen zu treffen und die Disziplinargewalt zur Wahrung der Einheit auszuüben.

Daher sind im Evangelium die Hinweise auf die Dauer dieses Petrusamtes von Bedeutung. Das wird deutlich in Mt 16,18, wenn der Herr von der Zukunft spricht („werde“) und wenn er sagt, daß die Mächte der Unterwelt sie nicht überwältigen *werden*. Denn hier ist die endzeitliche Auseinandersetzung zwischen den Mächten des Todes und der von Christus geschenkten Macht des neuen Lebens gemeint.

Unter diesen Gesichtspunkten ist dann neben der petrinischen Frage auch die Fortdauer des apostolischen Amtes der Bischöfe zu bedenken.

Da man davon ausgehen muß, daß sowohl das Matthäus- als auch das Johannesevangelium sowie die beiden Petrusbriefe nach dem Märtyrertod des Petrus im Rom (64) geschrieben wurden, ist einleuchtend, daß die Worte an den Menschen Petrus über seine Lebzeit hinaus dem Petrusamt gegolten haben.

In dieser klaren Sicht über das Petrusamt nennt schon Ignatius von Antiochien, um 110, die Kirche in Rom, die Kirche des Petrus, „Vorsteherin in der Liebe“.

In den nächsten Jahrhunderten wird daher Rom immer wieder als Entscheidungsinstanz

angerufen. Auch wenn der Bischof von Rom initiativ wurde, konnte er nur deshalb Anerkennung und Gehorsam finden, weil er verantwortlich für die universelle Kirche, als Vorbild und Maßstab für den Glauben geachtet wurde.

Seit dem 4. Jahrhundert ist dann die *besondere Autorität* des Bischofs von Rom allgemein anerkannt und seit dem 5. Jahrhundert unter Leo dem Großen als Primatlehre ausgeprägt. Dabei muß man sich bewußt machen und im geschichtlichen Ablauf erkennen, daß nicht die Machtgier, sondern die Verantwortung für Freiheit und Einheit der Kirche die Ursache dieser Entwicklung gewesen ist. Nur so wurde der Bischof von Rom seinem Auftrag gerecht, den er als Verwalter des Petrusamtes von Christus selbst erhalten hat.

Wenn man in die Geschichte schaut, dann kann man unschwer feststellen, daß es auf dem Stuhl Petri auch Versager und fehlerhafte Menschen gegeben hat. Dennoch, und das ist das Beeindruckende der Kirchengeschichte, daß trotz der Fehlleistungen einzelner das Glaubensgut unversehrt über die Jahrtausende bewahrt wurde.

Die geschichtlichen Phasen müssen noch betrachtet werden. Aber es muß auch als kurze Zusammenfassung schon jetzt festgehalten werden, daß dem Bischof von Rom als Nachfolger des Apostels Petrus ein besonderer Dienst an der Einheit der Kirche zukommt. Als Haupt des Bischofskollegiums übt er diesen Primat *in* der Kirche aus.

Aus den Dogmen und Überlegungen des I. und II. vatikanischen Konzils wird deutlich, daß der Kirche durch den Stifter Jesus Christus selbst das Petrusamt als Zentrum der Einheit gegeben wurde. Das bedeutet jedoch nicht, daß damit ein verwaltungsmäßiger Zentralismus oder gar ein schematischer Uniformismus begründet wurde. Vielmehr muß die Vielfalt der liturgischen und völkischen Eigenarten als Beitrag zu dem einen Reich Gottes gesehen werden, für das die Kirche bis zur Wiederkunft Christi Zeugnis ist und Zeichen des Widerspruches.

Über den Inhalt des Glaubens und der Sakramente kann es keine Diskussion geben, weil sie Geschenk des Erlösers sind. Die Kirche als Gemeinschaft der Glaubenden und als Zeichen der Einheit, das Dienstant des Petrus, können nur aus ihrer Funktion als Dienst an dem einen Herren und Erlöser, Jesus Christus, verstanden werden.

Tu es Petrus!

Die katholische Kirche in Skandinavien

Wilhelm Lehmkämpfer

Anfang Juni 1989 hat ein Ereignis stattgefunden, das die Augen der christlichen Welt Europas auf seinen hohen Norden richtete: Die 42. Pastoralreise Johannes Paul II.; sie führte den Papst in die fünf skandinavischen Länder Norwegen, Island, Finnland, Dänemark und Schweden.

Damit betrat Johannes Paul II. als erster Bischof von Rom und Inhaber des Petrusamtes Bereiche, in denen er seine Schäfchen fast einzeln zählen kann.

Warum es den Papst nach Norden rief, hatte er in einer Botschaft an die Völker Nordeuropas u. a. wie folgt begründet: „Ich freue mich sehr auf diese Besuchsreise, die dank der freundlichen Einladung der Staats- und Regierungsoberhäupter, der lutherischen Kirche der einzelnen Länder und insbesondere der kleinen, aber geliebten katholischen Gemeinden in Eurer Mitte durchgeführt wird.

Meine Reise soll vor allem eine Pilgerfahrt des Glaubens zu den christlichen Völkern Eurer Länder sein. Ich möchte Euer christliches Erbe ehren, die großen Heiligen der Vergangenheit, die Frauen und Männer, die Eure Geschichte nicht zuletzt durch die Kraft Ihrer Treue zum Evangelium Jesu Christi geformt haben. Verbunden mit allen, die sich meinem Gebet anschließen, will ich auf Eurem Boden Gott danken für das Leben und die Ererbschaften der nordischen Völker in der Vergangenheit und Gegenwart. Meine starke Hoffnung ist es auch, daß die Anwesenheit des Bischofs von Rom dazu diene, die ökumenische Bewegung weiter zu fördern, die die Anhänger Christi aus der langwierigen Rivalität zu einem rücksichtsvollen und aufrichtigen Dialog und zur Zusammenarbeit in Fragen von beiderseitigem Interesse führen will.“¹⁾

Die christlichen Völker Skandinaviens

1. Norwegen

a) Anfänge und Entwicklungen bis zur Reformation

Wickingerfahrten brachten den Norwegern erste Begegnungen mit dem Christentum, doch bis es im Land festen Fuß fassen konnte, bedurfte es zunächst der Vereinigung der kleinen Königtümer zu einem einigen Königreich Norwegen. Diese Einigung kam unter Harald Haarfagr (Schönhaar) um 880 zustande (Haarfagr gilt als der Stammvater der norwegischen Könige). Haarfagr ließ seinen jüngsten Sohn, Haakon den Guten, in England christlich erziehen, doch bemühte Haakon sich Mitte des 10. Jahrhunderts vergebens, das ganze norwegische Volk für das Christentum zu gewinnen. Erst um das Jahr 1000 gelang Norwegens Christianisierung unter den Königen Olav I. Tryggvason und Olaf II. Haraldson. „Unter den kirchlich gesinnten Königen Olav Kyrre (1066—1093) und Sigurd Jorsalfer (1103—1130) wurden feste Bischofssitze errichtet — in Drontheim, Viken (Oslo) und Selja (bald nach Bergen verlegt), von dem um 1125 Stavanger abgetrennt wurde —, der Zehnte eingeführt und die ersten Klöster gegründet.“²⁾ So entstanden Mitte des 12. Jahr-

hundreds Benediktinerklöster u.a. in Nidarholm und Munkliv bei Bergen sowie Zisterzienser Niederlassungen in Lyse und Hovedøy. 1152 begründete Kardinallegat Nikolaus Breakspear, der nachmalige Papst Hadrian IV., eine eigene norwegische Kirchenprovinz in Drontheim. Dazu zählten 10 Suffragane: Oslo, Bergen, Stavanger, Hamar sowie Skalholt und Holar auf Island, Gardar auf Grönland, Farøer, Orkneyinseln und Hebriden. Das Lexikon für Theologie und Kirche vermerkt in diesem Zusammenhang, daß der Kardinallegat Nikolaus Breakspear auch Domkapitel schuf, den Peterspfennig einführte und auf kanonische Bischofswahl und kirchliche Gerichtsbarkeit drang. In dieser glänzend organisierten norwegischen Kirche entfaltete sich sehr bald unter dem ersten Erzbischof von Drontheim eine Blüte religiöser Liturgie in lateinischer und norwegischer Sprache. Der zweite Erzbischof von Drontheim, der heilige Eystein, genoß hohes Ansehen, doch geriet er in die Streitereien um die Krone zwischen König Magnus, den der Bischof noch 1164 zum König gekrönt hatte, und dem Kronusurpator Sverre (1177–1202).

Die Folge war, daß während der andauernden Kämpfe zwar Sverre gebannt, aber alle Bischöfe vertrieben worden waren. Erst nach Sverres Tod bahnten sich wieder geordnete Verhältnisse an. Sverres Sohn Haakon hatte der Kirche alle früheren Rechte und Freiheiten zugesichert.

1277 kam es zum Konkordat von Tönsberg: „Kirche und Staat erkannten die gegenseitige Unabhängigkeit an, der Staat sicherte der Kirche Rechtsprechung in kirchlichen Sachen und freie Bischofswahl zu. Auf dieser Grundlage schuf Erzbischof Jon Raude ein neues ‚Christenrecht‘.“³⁾

Allerdings währte der Frieden nicht lange; es kam zu neuem Streit zwischen Krone und Kirche. Erzbischof Jon Raude und der Bischof von Hamar, der heilige Thorfinn, wurden des Landes verwiesen, sie starben in der Verbannung.

Nachdem 1290 unter Erzbischof Jörund ein neuer Vergleich mit der Krone zustande gekommen war, kehrte wieder Ruhe ein. Über die Zeit danach, etwa bis zum Beginn der Reformation, verzeichnet das Lexikon für Theologie und Kirche u. a. folgendes: „Mit dem schwarzen Tod (1349–50), der über ein Drittel der Bevölkerung (darunter alle Bischöfe bis auf einen) hinwegraffte, und der Kalmarer Union (1397), die nach Aussterben des norwegischen Königshauses Norwegen mit Dänemark und Schweden vereinigte, begann der Niedergang von Staat und Kirche in Norwegen. Die dänischen Unionskönige und die römischen Kurie zwangen dem Land oft Ausländer als Bischöfe auf, meist Dänen, aber auch Schweden und Deutsche (u. a. Heinrich Kalteisen). Der reformeifrige Erzbischof Aslak Bolt (1428–50) berief mehrere Provinzialkonzilien. Auch die letzten katholischen Erzbischöfe — Gaute Ivarsson (1475–1510), Erik Valkendorf (1510–22) und Olav Engelbrektsen (1523–37) — verteidigten die kirchliche und nationale Unabhängigkeit gegen die Unionskönige aus dem Hause Oldenburg.“

b) Die katholische Kirche während der Reformation

Allgemein gilt, daß die Reformation 1527 in den nordischen Ländern eingeführt worden

ist. „Aber erst nachdem Christian III. in Dänemark gesiegt und Erzbischof Olav Engelbrektsson 1537 Norwegen verlassen hatte“, schreibt H. Holzapfel, „konnte die Reformation nach dänischem Vorbild durchgeführt werden: die Bischöfe von Hamar und Stavanger wurden verhaftet, die Klöster aufgehoben, das Kirchengut eingezogen und Norwegen zu einer dänischen Provinz erklärt.“⁴⁾

c) Die katholische Kirche nach der Reformation

Bis es in Norwegen wieder zu einer festgefügt katholischen Gemeinde kam, vergingen drei Jahrhunderte. „Erst 1843“, verzeichnet das Lexikon für Theologie und Kirche, „bildete sich in Christiania (Oslo) eine katholische Gemeinde, die staatlich anerkannt wurde. 1845 wurde freie Religionsausübung gewährt, seit 1897 sind Ordensniederlassungen erlaubt, 1956 fiel auch das Jesuitenverbot. Norwegen wurde 7.8.1868 Apostolische Präfektur und 11.3.1892... Apostolisches Vikariat. April 1931 erfolgte die Aufteilung in das Apostolische Vikariat Oslo und die 1944 zu Apostolischen Präfektur erhobenen Bezirke Mittel- und Nord-Norwegen (Drontheim, Tromsø). Mit der Wiedererrichtung der kirchlichen Hierarchie 1953 wurde Oslo Bistum, Drontheim und Tromsø Apostolische Vikariate.“⁵⁾

1961 verfügte Norwegen über mehr als 3 Mio. Einwohner, davon waren 6891 katholisch; die Kirche bestand aus 34 Pfarreien. Es gab 19 Welt- und 34 Ordenspriester.

d) Die katholische Kirche der Gegenwart

Der L'Osservatore Romano veröffentlichte in Nr. 26 vom 30. Juni 1989 (Wochenausgabe in deutscher Sprache) folgende Notiz: „Norwegen: Rund 20000 Katholiken leben in Norwegen. Zum größten Teil gehören sie zum Bistum Oslo, das von Bischof Gerhard Schwenzer geleitet wird. Die Territorial-Prälatur Trondheim, der als Apostolischer Administrator Bischof Georg Müller vorsteht, zählt 1200 Katholiken, die Territorial-Prälatur Tromsø unter Bischof Gerhard L. Goebel 600 Katholiken. In Norwegen gibt es 63 Priester.“

e) Der Papst in Norwegen — Streiflichter⁶⁾

Den Auftakt der päpstlichen Pilgerfahrt in den Norden erlebte Norwegen. Bei seiner Ankunft auf dem Flughafen in Oslo am Vormittag des 1. Juni erklärte Johannes Paul II. u. a.: „Ich komme nach Norwegen als ein Freund, voll der Hochschätzung und Liebe zu seinem edlen Volk und seinem tausendjährigen christlichen Erbe.“

Vor den Vertretern der lutherischen Kirchen und anderen kirchlichen Gemeinschaften und Religionen betonte der Papst am selben Tag im König-Christian-Saal der Akershus-Festung von Oslo: „Heute, in Norwegen, kann ich sagen, daß ich nicht wie ein Fremdling oder Rivale aufgenommen wurde, sondern wie ein Bruder in Christus.“

Am Abend des 1. Juni bei der Begegnung mit der nordischen Bischofskonferenz in Oslo sagte Johannes Paul II.: „Es gilt die weithin verlorengegangenen Grundlagen des Glau-

bens durch neue und verstärkte gemeinsame Anstrengungen zurückzugewinnen.“ Dabei äußerte er den Bischöfen gegenüber, daß die katholische Kirche des Landes nicht auf verlorenem Posten stünde, da sie in vielfältiger Weise mit den Christen in anderen Ländern und mit der Weltkirche verbunden sei und von diesen unterstützt werde. Seine Ansprache hielt der Papst, das sei in diesem Zusammenhang unterstrichen, auf deutsch.

Am 2. Juni, vormittags, begegnete Johannes Paul II. in der St. Olavs-Kathedrale, Oslo, den Priestern, Ordensleuten und Pastoralräten.

Beim ökumenischen Gebetsgottesdienst in Trondheim, in der lutherischen Kathedrale, rief Johannes Paul II. die Christen dazu auf, den Vorrang der Ethik über die Technologie anzuerkennen. Bezüglich des Ortes des ökumenischen Gottesdienstes verwies der Papst auf das gemeinsame christliche Erbe: „Diese Kathedrale in Nidaros (Anm.d.R.: antiker Name für Trondheim) wurde von euren Vorfahren über dem Grab des großen hl. Olaf erbaut, der bei der Verbreitung des Christentums in diesem Lande eine so entscheidende Rolle gespielt hat. Auf diese und viele andere Weisen bezeugt die Kathedrale die geistige, politische und kulturelle Geschichte einer Nation. Sie spricht zu uns auch von einer Zeit, da die Christen noch nicht unter dem Leid der Trennung litten. Protestanten und Katholiken in Norwegen schauen auf den hl. Olaf als ihren Wurzelgrund in der Vergangenheit und als notwendige Anregung, um heute ein wahrhaft christliches Leben führen zu können.“

Bei der Eucharistiefeier im Sport-Center der Universität in Trondheim spendete der Papst 37 Kindern verschiedener Nationen die erste heilige Kommunion.

Im Lichte der Mitternachtssonne von Tromsø, nördlich des Polarkreises, feierte Johannes Paul II. mit den Gläubigen die Abendvesper. Eines der Spruchbänder, mit dem die Katholiken den Papst willkommen hießen, lautete: „Wir begrüßen den Pilger an den Grenzen der Welt.“

Am 3. Juni feierte der Papst die heilige Messe auf dem Marktplatz von Tromsø. An diesem Gottesdienst nahmen bei einer Temperatur nahe dem Gefrierpunkt rund 1500 Gläubige teil.

Die Tageszeitungen von Oslo und Trondheim haben über den Papstbesuch Norwegens berichtet; die Titel lauteten z.B.: „Triumphale Reise“ oder „Freundschaftsbesuch“ und „Fest für den Papst“, der „Norwegen geehrt hat“.

2. Island

a) Die Anfänge

der Christianisierung Islands gehen auf das 9. Jahrhundert zurück. Iroschottische Mönche hatten an der Süd- und Ostküste einzelne Niederlassungen errichtet, die aber aufgegeben werden mußten, als Ende des Jahrhunderts die norwegischen Siedler, zumeist noch Heiden, davon Besitz ergriffen.

Ende des 10. Jahrhunderts (981–986) wurde die Missionierung Islands jedoch wieder aufgenommen und (997–999) durch den Priester Dankbrand aus dem Gefolge des norwegischen Königs Olav I. Tryggvason fortgesetzt.

Politischer Druck König Olavs führte schließlich im Jahr 1000 dahin, daß das isländische Althing das Christentum zur alleinigen Religion erhob. 1056 erhielt das Land seinen ersten ordentlichen Bischof, den Erzbischof Adalbert in Bremen geweiht hatte, sein Name: Isleifr Gizurason (1005–1080). Sein Sohn und Nachfolger Gizurr stimmte 1106 der Errichtung eines zweiten Bistums in Holar zu.

Anfangs unterstand die isländische Kirche Bremen-Hamburg; später Lund in Schweden und Drontheim. Als Island 1264 unter norwegische Herrschaft fiel, schloß sich die Kirche enger an Norwegen an. Im Mittelalter zählte Island neun Klöster; es gab Benediktiner, Benediktinerinnen und Augustiner. „Schon um 1200“, so berichtet L. Bieler im Lexikon für Theologie und Kirche, „wies das Bistum Skalholt (ohne das Holar unterstehende Nordland) 220 Kirchen mit 290 Priestern auf“.

Klöster und zwei Domschulen beschäftigten sich vornehmlich mit der Abfassung geistlicher Literatur, zeichneten aber auch alte isländische Dichtung, z.B. Saga, Edda, auf und hielten auf Tradition.

b) Die Reformation

fand zunächst von Hamburg aus durch den Handel Eingang, wurde aber von Dänemark her um die Mitte des 16. Jahrhunderts gewaltsam eingeführt. Die Folge: Bischofsverschleppung und Bischofstod; der Einzug fast aller Kirchen- und Klostergüter zu Gunsten der dänischen Krone.

c) Die katholische Erneuerung

blieb lange aus; erst 1859 durften zwei katholische Priester wieder nach Island einreisen, Mission war allerdings nur unter ausländischen Fischern erlaubt. Der Heilige Stuhl gründete 1923 eine Apostolische Präfektur in Island, die 1929 zum Apostolischen Vikariat, mit Sitz in Reykjavik, erhoben wurde. 1959 zählte Island bei 161 000 Einwohnern 650 Katholiken, 1 Welt-, 6 Ordenspriester, 2 Pfarreien und 5 Kirchen; 2 katholische Schulen der Josephschwwestern von Chambéry und 1 Niederlassung der Karmelitinnen von Egmond (Lexikon für Theologie und Kirche).

d) Gegenwärtig

hat Island rd. 2000 Katholiken; Bischof Alfred James Jolsen betreut zusammen mit 12 Priestern sein Bistum (vgl. L'Osservatore Romano, Nr. 26 vom 30. Juni 1989).

e) Die Pastoralreise des Papstes nach Island

fand am 3. und 4. Juni statt.

Bei seiner Ankunft auf dem Flughafen Keflavik hob Johannes Paul II. hervor: „Island und sein Volk haben einer Welt, die immer eifriger nach Stabilität, Harmonie und Frieden sucht, viel zu vermitteln.“⁷⁾

Nach dem Empfang durch Premierministerin Steingruneur Hermannsson in Reykjavik und nach einem Besuch bei Staatspräsidentin Vigdis Finnbogadottir traf der Papst in der Kathedrale mit der katholischen Gemeinde zusammen. Dabei betonte der Papst: „Auch wenn eure Zahl klein ist, legt ihr ein wichtiges Zeugnis treuer Standhaftigkeit ab.“⁸⁾ Bei einem ökumenischen Wortgottesdienst, der am Abend des 3. Juni im Nationalpark von Thingvellir abgehalten wurde, waren alle Führer der christlichen Religionsgemeinschaften Islands versammelt. Nachdem Johannes Paul dazu aufgerufen hatte, Schritt für Schritt die Hindernisse auf dem Weg zur vollen Einheit zu überwinden, wies der lutherische Bischof von Island, Petur Sigurgeirsson, darauf hin, daß alles, was uns trenne, im Lichte der Dinge, die uns einten, an Bedeutung verlöre.

Bevor der Papst Sonntag, den 4. Juni, nach Finnland abflog, feierte er am Morgen vor der katholischen Bischofskirche in Reykjavik die heilige Messe und erteilte 45 Kindern die Erstkommunion.

In seiner Predigt appellierte Johannes Paul II. an die Welt, die Ressourcen der Erde klug und verantwortlich zu nutzen. Zugleich bedauerte der Papst die weitverbreitete religiöse Gleichgültigkeit der Wohlstandsgesellschaft. Wer Gott vergesse, vergesse auch den Sinn des eigenen Daseins.

3. Finnland

a) „Christlicher Einfluß

ist schon“, wie das Lexikon für Theologie und Kirche verzeichnet, „für das 11. Jahrhundert nachweisbar. Das Land wurde nacheinander durch Kreuzzüge um 1157 (...), um 1239 und 1295 in das Schwedenreich einverleibt. Ladoga-Karelien kam jedoch zu Nowgorod; dort wurde die russische Orthodoxie eingeführt. Als Apostel Finnlands gilt der heilige Heinrich von Uppsala. Finnland bildete eine dem Erzbischof von Uppsala unterstehende Diözese (Abo). Besonders verdienstvoll wirkten die Dominikaner; das Bistum nahm deren Liturgie an. Daneben waren Franziskaner und der Brigittenorden tätig. Lebhaftes Verbindungen wurden mit der Universität Paris, später auch mit den deutschen Hochschulen gepflegt. Im Spätmittelalter wurde die Entfaltung der kirchlichen Kultur durch Kriege mit Rußland und Dänemark gestört.“

b) Die Zeit der Reformation

blieb auch in Finnland nicht ohne Auswirkung. König Gustav I. Wasa (1523–60) bedrängte die Kirche derart, daß schließlich die enge Bindung mit Rom zerriß und die Kirche auch ihren politischen Einfluß verlor. Mit der Einführung der Reformation (1527) schwand die Substanz der Katholiken mehr und mehr, bis die katholische Religion 1595 unter König Gustav II. Adolf (1594–1632) gänzlich verboten wurde.

c) *Nach der Reformation,*

etwa 200 Jahre später, lockerte sich das Religionsverbot wieder. 1781 wurde den eingewanderten Katholiken Religionsfreiheit zugesichert. Das Lexikon für Theologie und Kirche vermerkt in diesem Zusammenhang: „Polnische Dominikaner errichteten 1799 eine Militärpfarre im damaligen russischen Wyborg; eine andere wurde 1860 in Helsinki gegründet, wo seit 1867 auch deutsche Missionare und Ordensschwestern einige Jahre unter den einheimischen Katholiken tätig waren.“

1920 wurde Religionsfreiheit verkündet, doch blieb die Gründung katholischer Klöster verboten.

1955 errichtete Papst Pius XII. in Finnland eine eigene Hierarchie: das Bistum Helsinki.

d) *Gegenwärtig*

gehören zum Bistum Helsinki die rund 3 700 Katholiken Finnlands. Bischof Paul Verschuren, ein Holländer, leitet dieses Bistum mit 18 Priestern. Verschuren ist auch Vorsitzender der nordischen Bischofskonferenz.

e) *Der Pastoralbesuch in Finnland*

führte Johannes Paul II. am 4., 5. und 6. Juni nach Helsinki und Turku, der drittgrößten Stadt Finnlands. Bei der Begegnung mit Finnlands Staatspräsidenten nach seinem Eintreffen in Helsinki nannte Staatspräsident Mauno Koivisto den ersten Besuch eines Papstes in Finnland „ein historisches Ereignis“ und erklärte, „die Bemühungen Eurer Heiligkeit um Frieden, Menschenrechte und internationale Zusammenarbeit werden hoch geschätzt.“⁹⁾

Der Papst würdigte den Einsatz Finnlands für den Frieden und die Selbstbestimmung der Völker. Wörtlich sagte der Papst: „Die Kraft des Landes entspringt nicht dem materiellen Wohlstand, sondern einem festen und entschlossenen Vertrauen in die Ideale, die euch im Ablauf eurer Geschichte geleitet haben.“¹⁰⁾

An dem ökumenischen Wortgottesdienst am 5. Juni in Turku nahmen acht lutherische Bischöfe, die orthodoxen Bischöfe und die Vertreter der anderen Konfessionen Finnlands teil. Vor ihnen erläuterte der Papst das Petrusamt: „Wer bin ich? Wie ihr alle bin ich ein Christ und durch die Taufe euer Bruder in Christus.“¹¹⁾ Der Glaube der katholischen Kirche sehe im Dienstamt des Papstes die Fortdauer des Petrusamtes.

John Vikström, der lutherische Erzbischof von Turku und Finnland, wies auf die Übereinstimmungen und gemeinsamen Wurzeln der christlichen Tradition hin, meinte aber auch, daß eine gewisse Verschiedenheit unter den Kirchen eine bessere Garantie und hilfreicher für die Christusnachfolge sein könne als der Eifer, eine äußerliche Uniformität in Fragen zu erreichen, die nicht entscheidend sind für das ewige Heil.¹²⁾

Am Nachmittag feierte der Papst in der Eissporthalle von Helsinki eine heilige Messe und spendete das Sakrament der Firmung.

Beim Mittagsmahl war Johannes Paul II. mit Bischof Paul Verschuren und allen Priestern der Diözese Helsinki zusammengetroffen.

Danach fand auch eine Begegnung mit dem Primas der orthodoxen Kirche Finnlands, Erzbischof Johannes, statt.

Am Abend traf der Papst in der „Finlandia“-Halle Politiker, Unternehmer, Künstler und Wissenschaftler. In dieser Halle, dem Ort des historischen Treffens der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, versicherte Johannes Paul II., daß die katholische Kirche weiterhin alles in ihrer Macht Stehende für die Verwirklichung des „Entwicklungsprozesses von Helsinki“ tun werde. Zuvor hatte er seine Freude darüber kundgetan, daß die Religionsfreiheit in den Mitgliedstaaten mehr und mehr respektiert werde. Dazu hätten auch „einige positive Entwicklungen“ in den Ländern Mittel- und Osteuropas beigetragen. Bevor Johannes Paul II. am 6. Juni nach Dänemark weiterflog, fand am Morgen dieses Tages in der Kathedrale von Helsinki noch eine Zusammenkunft mit der älteren Generation und den Kranken statt.

4. Dänemark

a) Erste Begegnungen mit dem Christentum

brachten den Dänen — wie schon den Norwegern — Wikingerzüge im 8. und 9. Jahrhundert sowie friedliche Handelsbeziehungen mit Friesland. Mit der Entsendung des heiligen Ansgars, des Apostels des Nordens, begann 826 die planmäßige Missionierung, die von dem 831 errichteten Erzbistum Hamburg (Bremen-Hamburg) übernommen wurde.

Mitte des 10. Jahrhunderts entstanden die ersten dänischen Bistümer: Schleswig, Ribe und Aarhus in Jütland, wenig später das Bistum Odense auf Fünen. „Die Taufe des König Harald Blaatand“, schreibt A. Otto in Band III des Lexikons für Theologie und Kirche, „(um 960) bedeutete den endgültigen Übergang zum Christentum. Unter König Knud d. Gr. (1018—35), der zugleich über England und Norwegen herrschte, wurde das Missionswerk mit Hilfe der angelsächsischen Missionare vollendet. 1022 wurden Roskilde, 1048 Lund, 1065 Viborg und Vendsyssel (Börglune) Bischofssitze. 1164 wurden die 8 dänischen Bistümer vom Metropolitanverband Bremen-Hamburg abgetrennt und bildeten unter dem Erzbistum Lund eine eigene Kirchenprovinz.“

Unter den Königen Waldemar dem Gr. (1157—82) und Waldemar dem Sieger (1202—41) arbeiteten Kirche und Staat zusammen; in dieser Zeit stand Dänemark in höchster Blüte, es eroberte und christianisierte Rügen (1160) und Estland (1219).

Mitte des 13. Jahrhunderts bis etwa Mitte des 14. Jahrhunderts herrschte innerer Zerfall in Dänemark, der auch das Verhältnis zwischen Kirche und Staat belastete. Die weltliche Gewalt stand der kirchlichen Gewalt feindlich gegenüber. Die Bischöfe jener Zeit mußten ungewöhnlichen Mut aufbringen, um die kirchlichen Rechte zu verteidigen; dabei zeichneten sich die Erzbischöfe Jakob Erlandsen (1254—74) und Erzbischof Johannes Grand (1290—1302) besonders aus.

Nachdem König Waldemar IV. Attertag (1340–75) Ordnung und Macht in Dänemark wiederhergestellt hatte, führte seine Tochter, die kluge und fromme Königin Margarete (1375–1412), das Land zu neuer Wohlfahrt und wieder erblühendem kirchlichen Leben.

Das Wirken der Orden war für die lebendige Gestaltung des religiösen und geistigen Lebens in Dänemark von großer Bedeutung. Hier sind vor allem für das 12. und 13. Jahrhundert die Benediktiner, Zisterzienser und Prämonstratenser, für das 13. und 14. Jahrhundert die Franziskaner und Dominikaner, im 15. Jahrhundert die Karmeliten und der Brigittenorden hervorzuheben.

1479 erhielt Kopenhagen mit päpstlicher Genehmigung eine Universität.

Im 14. und 15. Jahrhundert gab es zwischen Dänemark und Deutschland lebendige kulturelle Beziehungen.

b) Die Reformation in Dänemark

fand von Deutschland aus nach 1520 Eingang. König Friedrich I. von Dänemark und Norwegen (1523–33) begünstigte die Entwicklung der lutherischen Reformation. 1527 wurden die Anhänger Luthers mit den Katholiken gleichgestellt. Die Bemühungen der katholischen Bischöfe und Orden, die Reformationsbewegung aufzuhalten, verpufften. Als König Christian III. (1534–59) 1536 schließlich an einem Tag alle Bischöfe gefangennehmen, vor einem Rumpfreichstag den Episkopat abschaffen und das Kirchen- und Klostergut der Krone zusprechen ließ, war damit fürs erste das Ende der katholischen Kirche in Dänemark besiegelt. Ihren völligen Niedergang aber erlebte die Kirche aufgrund des Königsgesetzes von 1666 und des dänischen Gesetzes von 1683. Diese Gesetze verboten die katholische Religionsausübung und verschlossen aller katholischen Geistlichkeit das Land.

c) Die Zeit nach Reformation und Niedergang

bescherte der katholischen Kirche nur nach und nach wieder gewisse Rechte. So durften zum Beispiel nach 1648 die Gesandten aus den katholischen Ländern sowie katholische Ausländer und die in dänischen Diensten stehenden Soldaten privat ihren Kultus ausüben. Das hatte zur Folge, daß kleine katholische Missionsstationen in Kopenhagen, Fredericia und in den damals zu Dänemark gehörenden Städten Altona, Friedrichstadt, Nordstrand, Glückstadt und Rendsburg entstanden, die hauptsächlich von Jesuiten betreut wurden.

Nachdem 1849 die absolutistische Regierungsform in Dänemark durch eine konstitutionelle Erbmonarchie mit demokratischer Verfassung ersetzt wurde, erhielt die katholische Kirche dank des demokratischen Grundgesetzes vom 5. 6. 1849 ihre Bewegungsfreiheit zurück. A. Otto hat in Band III, Lexikon für Theologie und Kirche, die Entwicklung danach wie folgt beschrieben: „1868 wurde Dänemark Apostolische Präfektur (...), 1892 Apostolisches Vikariat und 29. 4. 1953 unmittelbares Bistum (Sitz in Kopenhagen). Die Zahl der Katholiken stieg von 400 (1849) auf 26 000 (1958) bei einer Bevölkerung von 4 450 000, die zu 98,5 % der lutherischen Dänischen Volkskirche angehört...“

d) Zur Zeit

sind rund 28 000 Dänen katholisch. Bischof Hans L. Martensen, der als einziger der nord-europäischen Bischöfe Einheimischer ist, leitet das Bistum Kopenhagen, das ganz Dänemark einschließlich der Färöer-Inseln und Grönland umfaßt. In Dänemark sind 104 Priester tätig (vgl. L'Osservatore Romano Nr. 26 vom 30. Juni 1989).

e) Der Pastoralbesuch in Dänemark

führte Johannes Paul II. am 6. Juni nach Kopenhagen und Roskilde sowie am 7. Juni wiederum nach Kopenhagen und zum Abschluß seines Dänemarkbesuches zum katholischen Begegnungszentrum Om auf Jütland.

In seiner Grußadresse beim Empfang am Morgen auf dem Militärflughafen in Kopenhagen durch Ministerpräsident Paul Schlüter sprach der Papst die Hoffnung aus, daß sein Besuch in Dänemark der Ökumene diene und alle Christen ermutige, das Geschenk des Glaubens mehr zu lieben.

Am Nachmittag feierte Johannes Paul II. die Eucharistie mit 10 000 Teilnehmern, unter ihnen viele Lutheraner, im Park des Benediktinerinnenklosters Aasebakken in Kopenhagen.

In seiner Predigt würdigte der Papst Aasebakken als einen katholischen Wallfahrtsort zu Ehren der Jungfrau Maria „voll der Gnade“; Dänemark als ein schönes Land, auf das die Dänen von Geburt und Abstammung stolz sein können. Auf dänisch sagte der Papst: „Wenn die katholischen Gemeinden auch klein sind, so sind sie doch nicht weniger wichtig in der hierarchischen Gemeinschaft der Universalkirche, mit der sie durch Bande der Einheit, der Liebe und des Friedens verbunden sind. Die ganze Kirche holt sich aus eurem Gebet, aus eurer Anbetung und aus eurem Glaubenszeugnis für Christus Kraft und Inspiration für ihre Sendung.“

Vor kurzem hatte ich in Rom, gemeinsam mit vielen von euch, die Freude, einen der großen Söhne Dänemarks, Niels Stensen, zu ehren. Möge durch sein Beispiel und seine Gebete das Licht Christi immer unter den Katholiken eures Vaterlandes erstrahlen.“⁽¹³⁾

Zu der Eucharistiefeier in Aasebakken hatte sich auch eine Pilgergruppe aus Deutschland eingefunden. An diese Gruppe gerichtet, hob der Papst lobend hervor: „Seit vielen Jahren seid ihr mit der Kirche in Dänemark eng verbunden. Ihr habt ihr auf viele Weisen Hilfe und Unterstützung gegeben.“⁽¹⁴⁾

In der Domkirche von Roskilde nahm Johannes Paul II. an einer Abendandacht teil, die der lutherische Bischof von Kopenhagen, Ole Bertelsen, feierte.

Der Papst, der in dieser Andacht nicht zu Wort kommen durfte, hatte aber im Anschluß daran im Konferenzsaal des Bischofshauses Gelegenheit, zu den Vertretern der lutherischen Kirche Dänemarks zu sprechen. Bei dieser Begegnung erwähnte Johannes Paul II. u. a.: „... Der Dom von Roskilde, der überreich ist an Andenken aus der Geschichte des

dänischen Volkes, besonders der Kirche und des Königshauses, bringt uns ein Jahrtausend in Erinnerung, von dem mehr als 500 Jahre von einer ungebrochenen Einheit im westlichen Christentum geprägt waren und in dem auch die Kirche in Dänemark noch in voller Einheit mit dem Bischof von Rom lebte. Dieses Gotteshaus erinnert uns aber auch an ein anderes halbes Jahrtausend, das von Konflikten zwischen den Christen der Reformation und der römisch-katholischen Kirche gekennzeichnet war.

Wenn heute der Bischof von Rom zum ersten Male diesen Ort besucht, dann ist es meine innige Hoffnung, daß diese Begegnung dazu beitragen möge, einige der trennenden und zuweilen feindlichen Mauern abzubauen, die im Laufe eines halben Jahrtausends zwischen uns aufgerichtet worden sind . . . ^{“(15)}

Der zweite Tag des Dänemarkbesuches stand im Zeichen mehrerer Veranstaltungen.

In der Bischofskirche St. Ansgar fand am Morgen die Begegnung mit der katholischen Gemeinde von Kopenhagen statt; anwesend waren Priester, Ordensleute verschiedener Kongregationen und Vertreter der Laien.

Bei dem ökumenischen Treffen am Vormittag im Moltke-Palais in Kopenhagen betonte der Papst seine Dankbarkeit für die Gelegenheit, „heute dieser Abordnung der Dänischen Lutherischen Kirche und den Vertretern anderer kirchlichen Gemeinschaften in Dänemark begegnen zu können. Im besonderen möchte ich Bischof Christiansen und meinen anderen Brüdern in Christus für ihre freundlichen Worte und für ihre Gedanken zum Thema Heilige Schrift und menschliche Gemeinschaft danken.“^{“(16)} Johannes Paul II. unterstrich die Bedeutung der religiösen und moralischen Prinzipien der Bibel „in einer Welt, die das Gespür für Gott verloren hat“. Die Botschaft des Evangeliums beinhalte Antwort auf den Sinn des Lebens und rufe zur Versöhnung untereinander und mit Gott auf.

In der Apostolischen Nuntiatur traf der Papst zunächst mit dem dänischen Außenminister Uffe Ellemann-Jensen und anschließend mit dem Diplomatischen Corps in Kopenhagen zusammen. Dazu heißt es in L'Osservatore Romano, Nr. 24 vom 16. Juni 1989: „In seiner Ansprache erinnerte er an die schrecklichen Kriegserfahrungen dieses Jahrhunderts und die starken politischen Spannungen sowie die Verletzungen des Lebens und der Freiheit, die unsägliches Leid hervorriefen, einschließlich der Tragödien des internationalen Drogenhandels und der wachsenden Verbreitung von AIDS. Trotzdem seien viele Menschen sich darüber einig, daß die Welt ‚einen Augenblick des außerordentlichen Erwachens‘ erlebe und sich der Chance einer neuen, besseren Zeit bewußt werde. Entscheidend in diesem Entwicklungsprozeß sei vor allem die zunehmende Bereitschaft, die ‚Verpflichtungen einer planetarischen Interdependenz‘ zu akzeptieren. Johannes Paul II. appellierte an die Diplomaten, mit allen Kräften dieses ‚moralische Erwachen‘ zu fördern.“

Der Dänemarkbesuch schloß am Nachmittag mit der Feier einer heiligen Messe in dem katholischen Begegnungszentrum Om auf Jütland, zu der sich mehrere tausend Gläubige, auch von der Insel Fyn und aus Schleswig Holstein, eingefunden hatten. Vor ihnen betonte Papst Johannes Paul II., daß „auch die isoliertesten Katholiken nicht alleinstehen“. Auch „die kleinste eurer Gemeinschaften im Norden ist ein Teil der Gesamtkirche“.

Am Morgen des 8. Juni flog der Papst nach Schweden weiter.

5. Schweden

a) Erste Berührungen mit dem Christentum

ergaben sich auf Wikingerzügen und Handelsfahrten.

Nachdem des heiligen Ansgars Aufgabe, die Missionierung Dänemarks, im Jahre 829 scheiterte, kam im selben Jahr eine schwedische Abordnung zum Kaiser (Ludwig der Fromme 814–40) und bat um Entsendung von Priestern. Wiederum war es Ansgar, der nach Norden ging. Von ihm wird berichtet, daß er im Jahre 829 in Birka, auf einer Schäreninsel, einem bedeutenden Handelsplatz zur Zeit der Wikinger, die erste Kirche in Schweden errichtete. Ansgars Gemeinde blieb klein, nur wenige Schweden hatten sich taufen lassen. 831 reiste Ansgar zurück zur Kaiserpfalz und erstattete Bericht. Das nahm Ludwig der Fromme zum Anlaß, ein Nordlandbistum mit Sitz in Hamburg zu errichten. Ansgar wurde zum ersten Oberhirten ernannt und erhielt das Amt eines Legaten für die nordischen Länder mit ausdrücklichem Missionsauftrag. Die bis dahin heidnischen Länder Dänemark und Schweden waren von nun an der römischen Kirche angegliedert. Das hatte zur Folge, daß die Mission planmäßiger betrieben werden konnte, zumal die deutschen Abteien nunmehr dem neuen Erzbischof auch mehr Hilfskräfte zur Verfügung stellten.

Als 845 Wikinger plündernd und sengend in das Bistum einfielen, Hamburg wurde eingeschert, Ansgar entkam mit knapper Not dem Verderben, wurde die schwedische Mission vernichtet und der dortige Bischof vertrieben.

Für die Missionierung entscheidend war der Einsatz angelsächsischer Missionare im 11. Jahrhundert. Zudem erhielt Schweden von Bremen, das 864 von Kaiser Ludwig dem Deutschen mit Hamburg zu einem Erzbistum vereinigt worden war, stets Beistand. Bis 1103 gehörte Schweden zum Erzbistum Bremen, danach zum neu errichteten schwedischen Erzbistum Lund. Zur gleichen Zeit entstanden 5 weitere Bistümer: Skara, Strängnäs, Linköping, Sigtuna (später Uppsala) und Västerås. 1164 wurde Schweden Kirchenprovinz (Metropole Uppsala), neue Bistümer wurden im Västergötland und in Finnland (Åbo) errichtet; doch behielt der Erzbischof von Lund den Titel eines Primas von Schweden. Im Kontext dazu verzeichnet das Lexikon für Theologie und Kirche, Band IV, 1964, weiter: „Das Provinzialkonzil von Skänninge (1248) unter dem Kard.-Legaten Wilhelm v. Sabina festigte die kirchliche Organisation und die Geltung des kanonischen Rechts und schrieb den Zölibat vor.“

Im 13. Jahrhundert hatten auch die Bettelorden großen Einfluß auf das religiöse Leben in Schweden. 1228 hatten die Dominikaner und 1233 die Franziskaner erste Niederlassungen im Land gegründet.

Die heilige Birgitta (1302–73) war die hervorragendste religiöse Gestalt; ihr Orden prägte vor allem im Spätmittelalter das religiöse Leben in ganz Skandinavien. Vadstena, wo sie

ihr erstes Kloster gegründet hatte und Birgitta auch begraben liebt, war bis Gustav Wasa (1523–60) Hauptort der Kultur des Nordens; es besaß die bedeutendste Bibliothek Schwedens. Hier wurde die erste Bibel ins Schwedische übersetzt, vollzog sich der geistige Austausch zwischen Dänemark, Norwegen und Schweden.

„Im 15. Jahrhundert waren die Bischöfe als Mitglieder des Reichsrates in die politischen Gegensätze mit Dänemark verwickelt und gerieten als Vertreter einer auf die Freiheit der Kirche gerichteten Politik oft in Widerspruch zur nationalschwedischen Partei. 1516 brach ein offener Konflikt zwischen dem ehrgeizigen Erzbischof Gustav Trolle, der bei Dänemark Rückhalt suchte, und dem Reichsverweser Sten Sture d.J. aus, der den Erzbischof in seinem Schloß belagerte und 1517 sein Vorgehen durch eine Reichsversammlung rechtfertigen ließ. Trolle wurde abgesetzt und gefangengenommen. Daraufhin erwirkte Christian II. von Dänemark vom Papst das Interdikt über Schweden und ging gegen Sture vor, der in der ersten Schlacht fiel (1520). Christian wurde in Stockholm gekrönt und ließ die schwedischen Reichsräte, u. a. zwei Bischöfe, hinrichten. Die folgende nationale Erhebung brachte 1523 Gustav I. Wasa auf den schwedischen Thron“ (Lexikon für Theologie und Kirche, Band IV).

b) Die Reformationsbestrebungen in Schweden

fanden in König Gustav I. Wasa einen großen Förderer; ihm lag daran, den politischen Einfluß der Bischöfe zu brechen und das Kirchengut für die Krone zu gewinnen. 1527 beschloß der Reichstag von Västerås, daß die Einnahmen des Klerus an die Krone abzuführen, die Klöster unter königliche Verwaltung zu stellen seien und das Wort Gottes überall rein gepredigt werde. Damit hatte auch in Schweden die Reformation offiziell ihren Eingang gefunden. 1531 erhielt das Land seinen ersten lutherischen Erzbischof, 1541 erschien die Vollbibel in schwedischer Sprache. Die Klöster wurden mit Ausnahme von Vadstena aufgehoben.

Der Reichstag von Söderköping unter König Sigismund (1592–1604) verbannte 1595 die letzten katholischen Priester, auch wurde nunmehr Vadstena als letztes Kloster 1597 säkularisiert. Unter Gustav II. Adolf (1611–32), dem größten schwedischen König, wurde schließlich 1617 gar die Todesstrafe für Katholiken festgelegt, deren letzte schwedische Vertreter in Polen Zuflucht suchten.

Als Königin Christine (1632–1654), Tochter Gustav Adolfs, abdankte und zum katholischen Glauben übertrat, ging sie nach Rom. Spätere Konvertiten folgten ihr und bildeten dort zeitweise eine schwedische Kolonie.

Nachdem die lutherische Lehre letztlich zur Staatsreligion erhoben war, ruhte jegliches katholische Leben bis weit in das 18. Jahrhundert hinein.

c) Katholisch sein

und ihren Glauben leben ist Ende des 18. Jahrhunderts nur Ausländern möglich. Ihnen gab König Gustav III. (1771–92) im Jahr 1781 Religionsfreiheit.

Seit 1783 bis 1953 blieb Schweden Apostolisches Vikariat, 1953 wurde Stockholm zum Bistum erhoben. Das Lexikon für Theologie und Kirche, Band IV, hält in diesem Zusammenhang fest: „1860 wurde auch den Schweden gestattet, zum Katholizismus überzutreten.“

Deutsche Jesuiten arbeiten seit 1880, französische Dominikaner seit 1931 in Schweden. Nach dem 2. Weltkrieg wanderten Flüchtlinge und ausländische Facharbeiter ein, so daß die Zahl der Katholiken von 4818 (1936) auf 36889 (1963) anstieg. . .

Das Klosterverbot wurde 1951 aufgehoben, 1963 ein Karmelitinnenkloster in Glumslöv gegründet.“

Das starke lutherische Staatskirchentum und die Fremdheit des Katholizismus beeinträchtigten die katholische Mission in Schweden erheblich. „Zwar erlangte die Kirche“, so verlautet das Handbuch der Kirchengeschichte, Band VII, „in der jüngsten Zeit eine größere Bedeutung, indem sie 1974 bereits 63 063 Gläubige, 26 Pfarreien, 115 Diözesanpriester, 77 Ordensmänner und 230 Ordensschwwestern zählte, doch stehen nach wie vor einer umfangreicheren Missionierung die alten Schwierigkeiten entgegen.“¹⁷⁾

d) Gegenwärtig

zeigt sich die Situation der Kirche so: „Hubertus Brandenburg steht als Bischof von Stockholm den rund 130 000 Katholiken unter den 8,4 Millionen Schweden vor. 109 Priester betreuen hier die Katholiken“ (L'Osservatore Romano, Nr. 26/30. Juni 1989).

e) Des Papstes Pastoralbesuch in Schweden

bildete den Abschluß seiner Skandinavienreise. Bei seiner Ankunft am 8. Juni auf dem Flughafen von Stockholm würdigte der Papst Schwedens Bereitschaft zu internationaler Zusammenarbeit und die großzügige Hilfe für die Dritte Welt. Hinsichtlich der sozialen Versorgung seiner Bürger, auch der Einwanderer, nehme Schweden eine Führungsstellung in der Welt ein und unterstützt damit die Bemühungen des Heiligen Stuhls, wahren Fortschritt, Gerechtigkeit und Frieden in der Völkerfamilie zu fördern.

In der katholischen Kathedrale von Stockholm begegnete Johannes Paul II. dann Priestern, Ordensleuten und Laien; das Thema seiner Ansprache befaßte sich mit der Rolle der Frau. Ihre Aufgabe sei es zunächst, „dem Eheleben und der Mutterschaft gerade durch ihr gezieltes, liebevolles und entscheidendes Tun die volle Würde zu verleihen“.

Das Tagungsprogramm des 8. Juni stand danach im Zeichen des Besuches bei der schwedischen Königsfamilie, der in betont herzlicher Atmosphäre verlief. Gemeinsam begrüßten der Papst und das schwedische Königspaar zum Schluß vom Balkon aus die vor dem Königspalast versammelte Menschenmenge.

Als Johannes Paul II. später nach einem Gespräch mit dem schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar G. Carlsson mit den Diplomatischen Corps zusammentraf, sagte er u.a.: „Wir dürfen nie zulassen, daß die materiellen Dinge die Oberhand gewinnen über Gott und unsere Mitmenschen.“

Der Tag schloß ab mit einer Eucharistiefeier im Stockholmer „Globo“-Stadion vor 15000 Teilnehmern, zu denen viele Einwanderergruppen zählten. Vor ihnen unterstrich der Papst, daß keine wirtschaftliche oder technologische Überlegung Richtschnur für unsere Haltung gegenüber anderen, angefangen von den Ungeborenen, den alten, kranken, sterbenden Menschen bis zu denen, die verschiedener Rasse und Kultur sind, sein könne.

Am Vormittag des 9. Juni fand in der lutherischen Kathedrale ein ökumenisches Gebets-treffen statt, an dem auch das schwedische Königspaar teilnahm. In seiner Ansprache hob Johannes Paul II. die Einheit als ein wesentliches Merkmal der Kirche hervor. Er bedauerte, daß auch die katholische Kirche gegen die Einheit gesündigt habe und bat Gott und die getrennten Brüder dafür um Verzeihung.

In der Universität von Uppsala sprach der Papst noch am Vormittag zu schwedischen Professoren und Studenten. Eingangs dankte Johannes Paul II. für die ehrenvolle Einladung und erinnerte mit folgenden Worten an die Entstehung dieser Universität: „Als Bischof von Rom muß ich mich freuen über die Tatsache, daß diese Universität von Uppsala ihre Geburt einem offiziellen Akt meines Vorgängers Papst Sixtus IV. im Jahr 1477 verdankt. Auf die Bitte des damaligen Erzbischofs von Uppsala, Jakob Ulfsson, wurde die Universität mit dem Ziel gegründet, die intellektuellen und geistigen Beziehungen zwischen den nördlichen Ländern und dem Ganzen Europas zu stärken. Die Tatsache, daß mehr als fünf Jahrhunderte später der Nachfolger Sixtus IV. das Privileg genießt, diese angesehene, einst vom Heiligen Stuhl gegründete Universität zu besuchen, berührt mich tief...“⁽¹⁸⁾

Von Uppsala aus rief Johannes Paul II. alle Universitäten zur interdisziplinären Zusammenarbeit und zur Formung eines „moralischen Gewissens“ auf. Nur so könne man den schwierigen Herausforderungen des Fortschritts gerecht werden.

Nachdem der Papst in der katholischen Kirche von Uppsala am Mittag mit den dort versammelten Priestern und Ordensleuten den Angelus gebetet hatte, feierte er am Nachmittag in der Universitätsstadt einen Gottesdienst unter freiem Himmel. In seiner Predigt unterstrich der Papst Bedeutung und Wert der Familie. Die Eltern rief er dazu auf, vor allem das Gespräch mit den Kindern innerhalb der Familie zu pflegen. Die Zukunft der Kirche und der Menschheit hänge in großem Maße von der Qualität des Familienlebens ab.

Bei der Begegnung Johannes Pauls II. mit Vertretern des Bonifatiuswerkes in Stockholm anerkannte der Papst dessen Leistungen: „Während meines Besuches in den fünf Ländern der Nordischen Bischofskonferenz habe ich vielerorts beobachten können, wie Kirchen, Kapellen und Pfarrhäuser gebaut oder renoviert wurden. Dies alles stellt eine wichtige Voraussetzung dafür dar, daß die Kirche ihren Auftrag in einer Art und Weise erfüllen kann, die heutigen Lebensformen und Erwartungen entspricht.

Ohne die außerordentliche Hilfe, die die nordische Kirche in der Diaspora immer wieder von ihren Freunden und Wohltätern — besonders aus der Bundesrepublik Deutschland — erfährt, wäre dieser beträchtliche äußere Aufbau nicht möglich. Das Bonifatiuswerk, das Sankt-Ansgariuswerk und die anderen Hilfswerke haben Großes geleistet...“⁽¹⁹⁾

Am 10. Juni, dem letzten Tag in Schweden, besuchte der Papst das Grab der heiligen Birgitta in Vadstena und feierte im Schloßhof mit Jugendlichen aus ganz Skandinavien einen Gottesdienst. Fünf Jugendlichen übergab Johannes Paul II. stellvertretend für die fünf skandinavischen Besuchsländer ein Missionskreuz. Katholische und lutherische Jugendliche pflanzten gemeinsam einen Baum zur Erinnerung an den historischen Papstbesuch.

Auf dem Flughafen von Linköping wurde der Papst vom schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson und unter anderem vom lutherischen Erzbischof von Uppsala, Werkström, sowie dem lutherischen Bischof von Linköping herzlich verabschiedet.

Zusammenfassung

1. Handelsbeziehungen und Wikingerzüge brachten den Ländern Skandinaviens erste Begegnungen mit dem Christentum, doch es waren flüchtige Begegnungen, denen ein Wachstum zumeist versagt blieb. „Es fehlte“, wie Josef Lortz einmal geschrieben hat, „die eine überragende Gestalt, die den heidnischen Heerführern und Fürsten die Überlegenheit der christlichen Sache politisch und kriegerisch vorgestellt, materiellen Anreiz zur Annäherung an das Christentum gegeben und so den christlichen Missionaren den Weg bereitet hätte.“²⁰⁾

2. Als besondere Leuchte der nordischen Mission bei den Dänen und Schweden gilt der heilige Ansgar (801–865, aus Corvey), der Apostel des Nordens. Papst Gregor IV. (827 bis 844) weihte ihn nach vorausgegangener mehrjähriger Missionstätigkeit zum Bischof und ernannte ihn zum päpstlichen Legaten für Skandinavien. Seine Arbeit wurde allerdings durch die Wikingerstürme stark beeinträchtigt. „Es zeigt sich, daß eine Missionierung ohne politische Eroberung hier noch keinen Bestand haben konnte“ (Josef Lortz).

3. Der Sieg Kaiser Heinrichs I. (919–936) über die Dänen im Jahr 934 öffnete der Mission neue Wege. Nach Karl dem Großen (800–814) war es vor allem Otto der Große (936 bis 973), der eine Neubelebung des Missionsgedankens brachte. Planmäßig wurde die Missionsarbeit der deutschen Kirche nach Norden in Angriff genommen. Dabei wurde Hamburg-Bremen zum Stützpunkt für die Missionierung der skandinavischen Länder.

4. Die Begründung des Christentums in Dänemark erfolgte um das Jahr 1000 vornehmlich durch König Sven Gabelbart (985–1014) und seinen Sohn Knut den Großen (1014–1035), der Dänemark, Norwegen und England zu einem Reich vereinte.

„Norwegen wurde“, wie Karl Heussi schreibt, „durch die grausamen Könige Olaf Trygvason (998–1000) und Olaf den Dicken (den ‚Heiligen‘, 1015–1030) dem politischen Herrscherwillen des Oberkönigtums und der Kirche unterworfen; Schweden durch Olaf Schloßkönig (getauft nach 1000) christlich.“²¹⁾

5. Es waren angelsächsische Mönche, die infolge der Verbindung der skandinavischen Welt mit England die Missionierung Skandinaviens vorantrieben und das Christentum festigten sowie die Kirche organisierten.

6. Im hohen Mittelalter hatten von den Orden die Benediktiner, Zisterzienser, Prämon-

stratenser, Franziskaner, Dominikaner, Karmeliten und Birgittenorden am Gedeihen und Wachsen der Kirche hohen Anteil.

7. In den zwanziger und dreißiger Jahren des 16. Jahrhunderts erfolgte der Übergang der nordischen Reiche zum Luthertum. „Unter gänzlicher Beseitigung des Katholizismus“, vermerkt Karl Heussi, „wurde ein rein lutherisches Kirchentum höchst konservativen Gepräges errichtet. Diese Reform entsprang nicht dem religiösen Bedürfnis des Volkes, sondern der Politik der Fürsten, die dem Volke die neue Gestaltung der Kirche aufzuzwingen.“⁽²²⁾

8. Über 90 % der Bevölkerung Skandinaviens (22 Millionen Einwohner) gehören der jeweiligen lutherischen Staatskirche an. 200 000 Menschen — weniger als ein Prozent — sind katholisch.

Die Katholiken leben in Diözesen, die sich zum Teil über 1000 bis 1500 Kilometer erstreckten. Ihre Oberhirten sind zusammengeschlossen in der 1960 gegründeten Nordischen Bischofskonferenz. Als einzige katholische Bischofskonferenz in Europa umfaßt sie das Gebiet mehrerer Staaten. In den fünf Ländern sind 306 Priester tätig. Große Bedeutung für das katholische Leben in Dänemark und Schweden haben die Klöster von Frauenorden (vergl. L'Osservatore Romano, Nr. 26 vom 30. Juni 1989).

9. Zu der 42. Pastoralreise Johannes Pauls II. war die Einladung seitens der skandinavischen Länder von den Staats- und Regierungsoberhäuptern, von der lutherischen Kirche der einzelnen Länder und insbesondere von den katholischen Gemeinden ergangen.

Diese Pastoralreise war eine Pilgerfahrt des Glaubens und der Einheit zu den christlichen Nordlandvölkern; als ein „herausragendes ökumenisches Ereignis“ hat Kardinal Johannes Willebrands, Präsident des vatikanischen Rates für die Förderung der Einheit der Christen, die Reise gewertet.

So schreibt der Kardinal z.B. in L'Osservatore Romano, Nr. 25 vom 23. Juni 1989, im Blick auf die ökumenischen Veranstaltungen u.a.: Die ökumenischen Gebetstreffen in Turku und Uppsala waren beide klar von der Einheit inspiriert. Die Kathedralen in diesen beiden Städten erinnern stark an eine gemeinsame Vergangenheit, und die Anwesenheit des Papstes inmitten der lutherischen Bischöfe und Gläubigen war ein ausdrucksvolles Zeichen. Die kurzen, aber äußerst herzlichen Gespräche, die nach der kirchlichen Feier in den Häusern der Erzbischöfe von Turku und Uppsala folgten, haben diesen Willen zur Einheit gestärkt. Die Erzbischöfe unterstrichen mit Nachdruck, daß die Fortschritte des ökumenischen Dialogs uns zur gemeinsamen Feier der Eucharistie führen sollten. . .

Die Ansprachen des Papstes und der lutherischen Bischöfe waren alle vom Geist der Liebe und der Wahrheit inspiriert. Durch Klarheit und brüderliche Aufrichtigkeit gaben sie Zeugnis von dem, was uns eint, und von dem, was uns noch trennt. Sie bezeugten den Gehorsam zum Willen Christi, daß wir alle eins seien. Diese Einheit ist eine Gnade, die zusammen im gemeinsamen Gebet gesucht werden muß.

Der Besuch des Papstes, seine Anwesenheit unter den Gläubigen in diesen Ländern ist eine

Frucht der ökumenischen Bewegung und ein Zeichen, das sie stärkt und noch mehr ermutigt. Es ist zu hoffen, daß dieser Besuch uns weiter zur Einheit fortschreiten läßt und daß der Herr die Bitte erhört, die in diesen Tagen gemeinsam an ihn gerichtet wurde.

Anmerkungen

- 1) „Botschaft Johannes Pauls II. an die Völker Nordeuropas“: L'Osservatore Romano, Wochenausgabe in deutscher Sprache, Nr. 23 — 9. Juni 1989
- 2) Lexikon für Theologie und Kirche, Band VII, Freiburg 1962
- 3) ebd.
- 4) ebd.
- 5) ebd.
- 6) Die Zitate in Abschnitt e) wurden den Nr. 23 vom 9.6.; 24 vom 16.6. und 25 vom 23.6. 1989 L'Osservatore Romano entnommen.
- 7) ebd. Nr. 4
- 8) ebd.
- 9) ebd.
- 10) ebd.
- 11) und 12) ebd.
- 13) L'Osservatore Romano, Wochenausgabe in deutscher Sprache, Nr. 27 vom 7. Juli 1989
- 14) ebd.
- 15) L'Osservatore Romano, Wochenausgabe in deutscher Sprache Nr. 28 vom 14. Juli 1989
- 16) ebd.
- 17) Die Weltkirche im 20. Jahrhundert i. „Handbuch der Kirchengeschichte, Band VII, Freiburg 1979
- 18) L'Osservatore Romano, Nr. 28 vom 14. Juli 1989
- 19) ebd.
- 20) Josef Lortz: Geschichte der Kirche, Münster, 1948
- 21) Karl Heussi: Kompendium der Kirchengeschichte, Tübingen 1979
- 22) ebd.

Den Glauben gelebt — den Glauben weitergegeben — heute?

Viele Christen berauschen sich an Resolutionen und besonderen Veranstaltungen. Nicht wenige verfallen in einen Aktionismus. Sie versuchen zu jeder passenden und vielfach auch unpassenden Gelegenheit, etwas zu sagen. Meistens jedoch werden es gesellschaftspolitische oder soziale Aktivitäten. Und sie wundern sich nur allzuoft, daß dieses oder jenes Gesellschaftsthema schon von Fachleuten (leider viele, die sich nur selbst dazu ernennen) besetzt ist. Dann sind diese „Christen“ wieder traurig und mutlos.

Andere wieder verfallen in einen Tagungsmystizismus, bei dem die eigene Qualität gelobt und das geringe Verständnis der Menschen beklagt wird. Ein andermal leckt man bekümmert seine „Wunden“ und jammert über die Schlechtigkeit der Welt.

Würde man aber einmal in die Bibel schauen, dann könnte man auf ganz andere Ideen kommen. Könnte? Nein, man muß auf andere Ideen stoßen.

Anfangen muß man immer bei sich selbst. Und vorweg muß man sich fragen: Mit welchem Rüstzeug bin ich — oder behaupte ich — Christ zu sein?

Gut, Taufe, Kommunion, Firmung waren meine erste Ausstattung. Was habe ich dann getan, um über meinen Kinderglauben hinauszuwachsen? Nehmen wir an, man hatte eine

schlechte Informationszeit in der Schule. Gab es dann keine Chance mehr, religiöses Grundwissen nachzuholen?

Nur Fernseher und einige Romane geben natürlich keine religiösen Informationen (zuweilen sogar das Gegenteil).

Und sollten etwa 40,— DM für eine Grundausrüstung, ein Neues Testament und den neuen Erwachsenen-Katechismus, die Geldmittel nicht reichen, wußten Sie nicht, daß in jeder Pfarrei diese Kostbarkeiten — auch für längere Zeit — auszuleihen sind?

„Ich habe aber doch (fast) jeden Sonntagsgottesdienst besucht!“ Das mag stimmen, aber reicht eine Predigt von 10 bis 20 Minuten aus, ein Glaubensdefizit aufzufüllen? Kann man nicht immer wieder beobachten, daß bei Quiz-Sendungen die Kandidaten oftmals nicht gut aussehen, obwohl sie mehr als einmal die Nachrichten mit (fast) gleichem Inhalt gesehen und gehört haben?

Und mehr behält man bei einer Predigt auch nicht. Nun stellen Sie sich einmal vor, Sie würden in der Woche zweimal 10 bis 20 Minuten darauf verwenden, jeweils einen Abschnitt aus der Bibel oder dem Katechismus zu lesen und darüber nachzudenken. Braucht man eine Anleitung, da gibt es die Katholischen Bildungswerke, dort kann man Hilfe finden, man muß nur danach fragen.

Soweit, so gut! Man hat sich also „versorgt“ und gelesen. Dann muß man darüber sprechen, im Familienkreis, im Beruf — warum auch nicht einmal am Stammtisch? Den Urlaub muß man nicht ausklammern!

Vielleicht weiß man auf einzelne Fragen keine Antwort. Was macht es? — Im täglichen Leben weiß man auch auf viele Fragen keine Antwort: Was ist z.B. elektrischer Strom?

— Keine Angst, man kann ja nachfragen. Wo? Natürlich beim Pfarrgemeinderat, beim Pastor oder Kaplan.

Hat man ein einigermaßen gestärktes Grundwissen, dann kann man auch darüber reden. Doch darüber reden ist zu wenig, man muß es *weetersagen*, die frohe Botschaft von der Erlösung des Menschen durch das Wort Gottes, das Mensch wurde und unter uns geweiht hat.

Und da hat man schon zwei Punkte: das Leben Jesu und seine Aussagen. Beides ist nicht voneinander zu trennen.

Es wird nun viele Einwürfe, ja auch Verächtlichmachendes geben. Aber auch Jesus fand nicht immer aufmerksame Zuhörer. Und hätten die Apostel sich mit Maria eingeschlossen und nur der Erinnerung an den geliebten Sohn und Lehrer gelebt, es hätte nie eine Kirche gegeben. Aber gerade hier setzt doch das große Geschehen an, Christus sagt: „Gehet hinaus in die ganze Welt, und verkündet das Evangelium allen Geschöpfen!“ (Mk 16,15) Jeder, der durch die Taufe als Christ berufen ist, muß diesen Auftrag nach seinen Kräften erfüllen.

Haben Sie schon etwas für Ihren Glauben getan? *Heute?*

Sind Sie schon einmal mit einem Menschen ins Gespräch gekommen über den Glauben?
Heute?

Es genügt nicht, daß wir immer wieder klagen und rätseln, was nicht getan wird. Wir müssen etwas tun! *Heute!*

Wer sind nun wir?

„Wir“ sind alle, die an Christus glauben. Sie müssen sein Leben, Lehren und Leiden ernst nehmen, denn es beinhaltet zugleich seinen Tod und seine Auferstehung. Mit seiner Auferstehung ist auch für uns, für unsere Familie, für die Freunde das neue Leben in der Herrlichkeit Gottes Gewißheit.

Laden wir nicht möglicherweise Schuld auf uns, wenn wir dem Nächsten, dem Mitmenschen nicht vom Glauben erzählt haben? Wenn wir ihm eine Kostbarkeit vorenthalten?

Erwarten wir von unserem Wort aber keine Wunder. Man wird selten einen plötzlichen Bekehrungsfall erleben. Aber es ist mit dem Wort, wie mit dem Samen, man muß es ausstreuen, versenken, die Frucht sieht man erst viel später, zuweilen auch gar nicht. Aber umsonst war es, wie man immer wieder feststellen muß, selten.

Leben Sie den Glauben und geben Sie ihn weiter, *heute* — morgen könnte es zu spät sein. Für uns vielleicht. Bei Gott kann es kein zu spät geben!!

H. F.

Weißrußland — ein Bollwerk des Katholizismus in der UdSSR

Joachim G. Görlich

Die weißrussische Sowjetrepublik ist neben Litauen die katholischste aller Sowjetrepubliken. Darauf weist das Organ des polnischen Primas „Przegląd Katolicki“ (Katholische Revue) hin. Obwohl nur ein Viertel der Weißrussen römisch-katholisch sind, der Rest orthodox oder mit Rom unierte Katholiken des östlichen Ritus, die in der Sowjetunion weiterhin verboten sind. Von zehn Millionen Einwohnern Weißrußlands — so eine Erhebung des weißrussischen Kulturministeriums aus 1978 — sind 2,25 Millionen römisch-katholisch, darunter 500 000 Polen und 250 000 weitere Nichtweißrussen. Die Katholiken dominieren in der westlichen und nordwestlichen Region um die Großstädte Grodno, Minsk, Pinsk, Mogilew. Von den 342 röm.-kath. Pfarrgemeinden in 1946 sind 87 übriggeblieben. Das dürfte sich bald wieder im Rahmen der Perestrojka ändern. Von den 383 Geistlichen 62. Allerdings: Es gibt wieder mehr junge Priester. Unter den Priestern gibt es bisher nur einen einzigen Weißrussen, der Rest sind Polen, die als Geistliche und Laien überhaupt das Salz in der Suppe des römischen Katholizismus in Weißrußland sind.

Das führt darauf zurück, daß hier im 19. und 20. Jahrhundert der polnische Marienorden mit Erfolg missionierte, der sowohl von der orthodoxen Kirche und dem Zarismus, als auch später vom Bolschewismus teils blutig verfolgt wurde. Ein Zögling der Marienväter und ihres Nobelinternats in Bielany b. Warschau ist der heutige KP- und Staatschef Polens, Armee-General Wojciech Jaruzelski, sowie der Vorsitzende der linkskatholischen polnischen „Pax“-Vereinigung Zenon Komender.

Da Russisch in Weißrußland heute Amtssprache ist und die Jugend nur Russisch versteht, wird die Liturgie primär in Russisch gefeiert. Nur an wenigen Orten wird die Hl. Messe in Weißrussisch oder Polnisch gefeiert. Da die Jugend sich immer mehr auf die nationale Herkunft besinnt, wollen dies junge Geistliche ändern. Das Russisch soll zugunsten des Weißrussischen und Polnischen verschwinden.

Viele Weißrussen leben im Ausland. Davon bis zu 250 000 in der nordostpolnischen Wojewodschaft Białystok. Von diesen ist die Hälfte römisch-katholisch oder mit Rom unierte. Hier finden die Gottesdienste allerdings in weißrussischer Sprache statt.

Diese Haltung des polnischen Episkopats war nicht immer so, vielmehr drängte früher die polnische Kirche eher auf eine Polonisierung. Das hat sich mit dem Zeitpunkt geändert, da der einstige Krakauer Kardinalerzbischof Wojtyła als Johannes Paul II. auf den Thron Petri gelangte. Er erteilte der polnischen Amtskirche die Order, die nationalen Eigenheiten der ukrainischen und weißrussischen Katholiken in Polen nicht nur zu tolerieren, sondern gar zu fördern. Der bereits zitierte „Przegląd Katolicki“ appellierte kürzlich an die weißrussischen Katholiken in Polen und in der UdSSR, eigene Laienorganisationen zu bilden, die sie bisher nicht haben.

Ein Kuriosum: In Polen gibt es mehr als 100 Volksschulen mit weißrussischer Unterrichtssprache, in der weißrussischen Sowjetrepublik fünf!

Im Westen leben ca. 4000 weißrussische Katholiken, die meisten in Frankreich, Italien, England und in den USA. In London haben sie ein eigenes Priesterseminar und ein eigenes weißrussisches Museum. Apostolischer Visitator für die im Westen lebenden Weißrussen ist der in London residierende Prälat Alexander Nadson.

Als Ergänzung zum vorstehenden Bericht weist die Redaktion auf nachfolgenden Beitrag „Neuer Bischof für Weißrußland“ hin:

„PERESTROJKA“ für die Kirche

Diese Meldung, die Ende Juli verbreitet wurde, bedeutet nicht nur einen überraschenden Erfolg der vatikanischen „Ostpolitik“, sondern ist kirchenpolitisch schon als eine „Sensation“ zu bewerten: Zum ersten Mal seit den 20er Jahren konnte Rom wieder einen römisch-katholischen Bischof für die Katholiken in Weißrußland ernennen. Es ist wohl Michail Gorbatschows Politik der Perestrojka zuzuschreiben, daß Papst Johannes Paul II. am 25. Juli im Einverständnis mit den sowjetischen Behörden den 43jährigen Tadeusz Kondrusiewicz zum Apostolischen Administrator von Minsk im Rang eines Titular-Bischofs ernennen konnte. Der Papst beauftragte ihn zugleich mit der Seelsorge für die rund zwei Millionen Katholiken des lateinischen Ritus in Weißrußland, zu denen auch katholische Wolgadeutsche gehören.

Nach der Neuordnung der katholischen Hierarchie in Litauen am 10. März ist dies der zweite Erfolg, den der Vatikan seit Jahresbeginn für die Katholiken im Bereich der UdSSR auf sein Konto verbuchen kann. Die Weihe eines Bischofs für die Katholiken in Weißrußland zählt — wie die Bischofsernennungen im Baltikum — seit Jahren zu den vier Minimalbedingungen des Heiligen Stuhls gegenüber der Sowjetunion. Im Vatikan wird besonders hervorgehoben, daß die UdSSR-Behörden ihr Einverständnis mit dem neuen Administrator Kondrusiewicz signalisiert haben. Bischofsernennungen sind kein Gegenstand der gelegentlichen Kontakte zwischen Vatikan-Diplomaten und Vertretern der Moskauer Regierung. Rom hatte den Behörden in der sowjetischen Hauptstadt wie in Weißrußland die geplante Berufung eines Administrators für Minsk mitgeteilt, und diese hätten „den Heiligen Vater höflich wissen lassen, keine Schwierigkeiten“ mit dem Vorgang zu haben.

Minsk (1788 als Bistum eingerichtet) ist einer der fünf Kirchenbezirke in der heutigen Sowjetrepublik Weißrußland. In dieser Region sind rund 100 Kirchen für den Gottesdienst geöffnet, dort leben gegenwärtig rund zwei Millionen Katholiken. Kondrusiewicz ist der erste Administrator in Minsk seit Ende des Zweiten Weltkrieges und wird den Kirchenbezirk zusammen mit 60 Priestern betreuen. Er ist mit großer Verspätung damit Nachfolger von Bischof Boleslas Sloskans, der als 33jähriger in geheimer Mission zum Bischof von Minsk geweiht worden war. Im Jahr 1920 wurde der damalige Erzbischof von Mohilev, Eduard von Ropp, und 1923 auch Erzbischof Johann Cieplaks von den Kommunisten ausgewiesen. In dieser Zeit gerieten die Diözesen in den westlichen Sowjetrepubliken ohne kirchliche Struktur in die Isolation. Die Verantwortlichen der vatikanischen Ostpolitik nahmen daher in den 20er Jahren unter spektakulären Umständen und in aller Eile

die Neugestaltung der Kirchenverwaltung vor und ließen neue Bischöfe weihen. Als letzter dieser geheim geweihten Bischöfe wurde Sloskans auf Veranlassung von Papst Pius XI. 1926 durch Bischof Michel d'Herbigny SJ als Apostolischer Administrator für die Bistümer Mohilev und Minsk eingesetzt. Offiziell weiterhin Pfarrer in Leningrad, versuchte der junge Bischof seine Diözese zu bereisen und heimlich zu firmen. Aber nach nur knapp einem Jahr wurde er am 11. Mai 1927 verhaftet. Es folgten sechs harte Jahre in 17 verschiedenen Gefängnissen und zwei Zwangsarbeiterlagern. Im Austausch gegen einen lettischen Kommunisten wurde Sloskans 1933 schließlich freigelassen, mußte aber nach Riga gehen und durfte nicht in seine Diözesen zurückkehren. 1944 brachte ihn Hitlers Gestapo nach Deutschland. Nach dem Krieg übersiedelte Sloskans, verfolgt von den sowjetischen Geheimdiensten, nach Belgien, wo er schließlich am 22. April 1981 im Alter von fast 88 Jahren starb. (Vg. KNA—ID Nr. 31 v. 3. 8. 89).

Kreuzgang

Das Wort „Kreuzgang“ ist ein im Deutschen speziell für die Verbindungswege im Kloster geprägte Bezeichnung. Diese Wortdeutung wird aus verschiedenen Wurzeln entwickelt. Zum einen glaubt man, daß sich das Wort aus den Kreuzgewölben ableitet, die den Gängen den baulichen Halt geben. Es war dann der „Gang unter dem Kreuz“, zum anderen wird versucht, den Namen von den Prozessionen abzuleiten, also vom „Gang mit dem Kreuz“. Wieder andere führen den Ursprung auf die durchweg überlebensgroßen Kreuzigungsgruppen zurück, die meist in den Kreuzgängen Aufstellung fanden.

In den außerdeutschen Sprachbereichen ist der Kreuzgang gleichbedeutend mit dem Kloster selbst. Das englische Wort „cloister“ bedeutet zugleich gedeckter Innenhof, aber auch eben Kloster.

Im Italienischen umfaßt die Bezeichnung „chiosstro“ Kloster *und* Kreuzgang. Ebenso umfaßt „cloître“ im Französischen Kloster und Kreuzgang. Selbst der umschlossene Hof für die Kanoniker an Kathedralen und Stiftskirchen heißt „cloître“.

Die Bedeutung

Der Kreuzgang ist ein wesentlicher Teil des Klosters. Er ist mehr als Verbindungsgang zwischen Kirche, Kapitelsaal und Klostergebäude. Er ist im täglichen Ablauf des klösterlichen Lebens das lebendige Herz des Ganzen.

In den ersten Zeiten kannte man keinen Kapitelsaal, wohl aber einen Kreuzgang. Auch in einem der ältesten Klosterpläne, im St. Galler Klosterplan, findet man keinen Kapitelsaal, wohl aber den Kreuzgang. Bei den Zisterzienser erst entstanden dann die gut ausgestatteten Kapitelsäle.

Etwa um die Mitte des 9. Jahrhunderts wird der Kreuzgang — meist an der Südwand der Kirche gelegen — zum Mittelpunkt der klösterlichen Gemeinschaft. Er ist der Verbin-

dungsweg im täglichen Ablauf des Ordenslebens. Alle Räume, die für die Gemeinschaft Bedeutung haben, gruppieren sich um ihn.

Am Kreuzgang des Bonner Münsters ist das auch heute noch gut zu erkennen.

Vom Dormitorium (Schlafsaal) zum Gebet, vom Refektorium (Speisesaal) zum Kapitelsaal, von der Küche zum Brunnen —, von der Kirche zur Arbeit — alle Wege führen täglich mehrmals durch den Kreuzgang.

Er bildet zugleich den Ort des Gebetes, der Besinnung und auch der Freizeit. Hier kann man, ungestört vom Lärm der Außenwelt, lesen, beten und meditieren. Der überdeckte Gang bietet Schutz vor der Sonne, aber auch vor Regen und Schnee. Die Gartenanlage im Innern erfreut das Auge und gibt dem Gang auch eine heitere Note.

Diesen vielfachen Aufgaben wird der Kreuzgang auch deshalb gerecht, weil durchweg viel Mühe und Fantasie aufgewendet wurde, um sein Maß harmonisch, seine Anlage durch kunstvolle Ausnutzung von Licht und Schatten und eine künstlerische Ausstattung mit religiösen Motiven ansprechend zu gestalten. Hier sollte der Mönch zu jeder Tageszeit und bei jeder Benutzung an den Sinn seines Tun erinnert werden. Besonders feierlich aber wurde es im Kreuzgang, wenn die Mönche zur „Statio“ zusammenkamen.

Zur festgesetzten Zeit kamen sie von ihren Arbeitsplätzen und zogen in feierlichen Prozessionen mit ihrem Abt zur Kirche.

In diesem Zusammenhang muß auch noch der Kapitelsaal beachtet werden. Hier hing immer ein Kruzifix, vielfach stand auch ein Altar dort. Er war der gesellschaftliche Mittelpunkt der „Klosterfamilie“. Er diente der Novizenaufnahme, der Profesz (Ablegung der Ordensgelübde), der Abtwahl und geistlichen Konferenzen. Auch konnte er zur Begräbnisstätte werden.

Noch viele feinsinnige Einrichtungen sind dem Kreuzgang angegliedert, z. B. Brunnenkapelle, Marienkapelle. Diesen Einrichtungen nachzuspüren ist eine lohnende Aufgabe. Wenn man sich ihr unterzieht, wird man angesteckt von der Stille und Weite klösterlichen Geistes. Man kann in dieser unruhigen Zeit in einem Kreuzgang zur Besinnung und sich selbst finden.

H.F.

Die katholische Kirche im Dritten Reich VII+ VIII

Auftrag hat bereits 1984 (Hefte 134/135 und 137/138) sowie zusammengefaßt im Buch II Rom Seminare, S. 295 ff. über die Kirche im Dritten Reich berichtet. Daher werden die Teile I—VI dieser Serie nicht abgedruckt. Teil VII + VIII enthält jedoch interessante neue Information.

Lothar Groppe SJ

Gelegentlich des 40jährigen „Jubiläums“ des „Anschlusses“ — ich war damals in Österreich tätig — sagte mir ein Student: „Nein, Herr Pater, das ‚Heil Hitler!‘ von Kardinal Innitzer — ist die Kirche nicht immer auf der Seite der Mächtigen gewesen?“ Zweifelsohne wird diese Meinung häufig vertreten. Das unselige „Heil Hitler!“ in seinem Brief an Gauleiter Bürckel scheint zu Kardinal Innitzer zu gehören wie der Drache zum hl. Georg. Und die „Feierliche Erklärung“ der österreichischen Bischöfe vom 18.3.38 war nicht weniger beschämend. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Aus innerer Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anlässlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:

Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden Bolschewismus abgewehrt wurde. Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen. Am Tage der Volksabstimmung ist für uns Bischöfe selbstverständlich nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.“

Zahlreiche Katholiken im In- und Ausland waren schockiert und empört. Nicht wenige Stimmen forderten den Rücktritt Kardinal Innitzers. Dieser war als Sudetendeutscher dem großdeutschen Gedanken verhaftet. Alles andere als ein Kirchenfürst, war er persönlich überaus bescheiden und hilfsbereit. Aber seine politische Naivität im Gefolge des „Anschlusses“ war wohl schwerlich zu überbieten. Der „Osservatore Romano“ schrieb am 25.3. zu diesen Vorgängen:

„Die unerhörte Behauptung, der nun erfolgte Anschluß sei nichts anderes als die Verwirklichung eines von der Vorsehung beschlossenen Planes, muß als krasse Blasphemie zurückgewiesen werden.“ Am 1. April brachte Radio Vatikan eine Sendung, die sich mit dem „falschen politischen Katholizismus“ befaßte. In ihr wurde die „übergroße Vorsicht und Taktik aus schwächlicher Anpassung“ gerügt, die zweifelsohne „im Lauf der Geschichte der Ehre und dem Ansehen der Kirche und gerade dadurch auch der Seelsorge oft

schwersten Schaden gebracht hat.“ Diese Worte ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es war klar, wer und was gemeint war.

Natürlich schlachteten die Nazis die „Feierliche Erklärung“ weidlich aus und brachten sie in Millionenauflage unters Volk.

Bei aller berechtigten Kritik am damaligen Verhalten der österreichischen Bischöfe sollte man allerdings gerade im Zeitalter der Entspannungseuphorie nicht übersehen, daß es zu den vordringlichen Aufgaben der kirchlichen Oberhirten gehört, die seelsorgerliche Betreuung der Gläubigen selbst unter ungünstigen Bedingungen sicherzustellen. Man denke etwa an die jahrelangen Verhandlungen des Vatikans mit den Regierungen des Ostblocks um die Besetzung der verwaisten Bischofsstühle. Zweifellos hatten die Bischöfe ein pastorales Anliegen, wenngleich die Mittel nicht zu rechtfertigen waren. Gerade von den Bischöfen erwarten die Gläubigen zu Recht, daß sie sich an ihren Worten und ihrer Haltung orientieren können. Bei Kardinal Innitzer darf man auch nicht übersehen, daß dieselbe Spontaneität, die ihn zu Beginn des „Anschlusses“ zu bedenklichen Zugeständnissen an die Nazis veranlaßte, ihn zu jahrelanger Hilfe für die verfolgten Juden drängte. Es waren immerhin über 4000 „nichtarische Katholiken“, die von November 1940 bis über das Kriegsende hinaus in seinem Palais seelsorgerlichen Beistand und materielle Unterstützung fanden, die vielen das Überleben erst ermöglichte. Dieser heroische Beistand, der neun Helferinnen die Einweisung ins KZ, acht von ihnen den Tod in der Gaskammer einbrachte, wird heutzutage leider auch von jüdischer Seite allzu gern „übersehen“.

Gauleiter Bürckel, der dem Wiener Kardinal an taktischen Finessen weit überlegen war, versuchte dessen Unterschrift für ein Abkommen zu bekommen, das die religionspolitischen Ziele der Nazis noch schneller verwirklichen sollte. Aber inzwischen war der Kardinal durch die Winkelzüge des braunen Satrapen ernüchtert und sagte nein. Am 7. Oktober 1938 rief er der zu Tausenden versammelten katholischen Jugend im Wiener Stephansdom zu: „Ihr lieben jungen Freunde, laßt euch nicht abreden vom Glauben, wenn auch noch so viele gleißende Worte fallen.“ Die Rache der Nazis folgte einen Tag später. Aufgehetzte Hitlerjugend stürmte das Erzbischöfliche Palais und verwüstete es schwer. Im gegenüber liegenden Churhaus wurde ein Domkurat aus dem Fenster gestürzt und schwer verletzt. Von nun an machte der Kardinal keinerlei Zugeständnisse mehr, die mit seinem oberhirtlichen Amt nicht vereinbar waren.

Schon bald nach dem „Anschluß“ wurde der Religionsunterricht zum Freigegegenstand erklärt, an dem nur solche Schüler teilnehmen durften, die von den Eltern eigens zu Schuljahrsbeginn angemeldet worden waren. Opportunistische Lehrer und Direktoren taten alles, um die Anmeldung zu erschweren oder Eltern und Kindern auszureden. Dann wurde der Religionsunterricht in Konfessionsunterricht geändert. Während in Fach- und Berufsschulen bereits 1938 jeglicher Religionsunterricht verboten wurde, blieb er an den höheren Schulen zwar bestehen, wurde aber absoluter Freigegegenstand und Nebensache. In ganz Österreich durften rund 1500 Priester keinen Religionsunterricht in der Schule geben. Eine Spätfolge dürfte, wie natürlich auch in Deutschland, die weitverbreitete religiö-

se Gleichgültigkeit und Distanz zur Kirche sein. Immerhin wurden in Österreich 7 Jahre, bei uns noch länger, Kinder und Jugendliche nicht einmal mit den elementarsten Wahrheiten der katholischen Glaubens- und Sittenlehre vertraut gemacht. Als sie später selber Eltern wurden, waren sie größtenteils weder fähig noch willens, ihre eigenen Kinder religiös zu erziehen.

Aus allen Schulen wurden sofort die Kreuze entfernt. Allein in der Erzdiözese Wien wurden 307 katholische Schulen, darunter 13 höhere, und Kindergärten aufgelöst. Am 17.10.38 wurden alle konfessionellen Privatschulen geschlossen. Nach dem Beispiel des „Altreichs“ begannen die Nazis sehr bald, den Klerus politisch und moralisch zu diffamieren. Insgesamt wurden neben so berühmten Klöstern und Stiften wie Melk, Zwettl und Göttweig über 200 weitere Männer- und Frauenklöster beschlagnahmt. Über 1400 katholische Privatschulen, Heime und Bildungsstätten wurden geschlossen. Durch das Verbot von Kirchenzeitungen und katholischen Verbandszeitschriften wurden weitere Seelsorgsmöglichkeiten vereitelt. Am 1. Juli 1941 wandten sich die österreichischen Bischöfe mit einem Grundsatzschreiben an Innenminister Frick, in dem sie ausführten: „Die Summe all dieser Erfahrungen, Beobachtungen und Tatsachen zwingt uns, festzustellen und es offen auszusprechen, daß es bei dem staatlichen Vorgehen auf dem Gebiet der kirchlichen Angelegenheiten nicht mehr um einzelne Einrichtungen und Organe der Kirche geht, sondern der Kampf gegen das Letzte und Tiefste gerichtet ist, gegen die Kirche und Religion als solche, daß es darum geht, der Kirche das Volk und dem katholischen Volk seine Kirche zu nehmen.“ Der objektive Beobachter wird zugeben müssen, daß dieser formelle Protest auch aus heutiger Sicht besonnen, klug und würdevoll war, ohne unnötig zu provozieren. Während der Nazidiktatur hatte der österreichische Klerus prozentual die meisten Opfer zu beklagen. Von 1938–45 waren 724 Priester aus politischen Gründen im Gefängnis und 110 in Konzentrationslager, 27 von ihnen starben dort. 15 weitere Priester wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. 208 Priester — ohne Tirol — wurden gau- oder landesverwiesen. Gründe für die Verurteilungen waren: staatsgefährdende Äußerungen in Predigt, Schule und Privatgesprächen, Abhören feindlicher Sender, Übertretung staatlicher Vorschriften hinsichtlich Gottesdiensten, kirchlichen Feiertagen und Glockenläuten (!), Verweigerung des „deutschen Grußes“ (=Heil Hitler), Verteilung von Zigaretten an Kriegsgefangene, Verstecken von Flüchtlingen usw. Der Kirchenhistoriker Liebmann schreibt: „Die Kirche Österreichs verschwand aus der Öffentlichkeit und regenerierte sich in den Katakomben neu.“

Teil VIII

„Die Kirchen haben versagt, das steht nach vierzigjähriger, teils recht emotional geführter Diskussion fest. Sie haben versagt, weil sie Vorstellungen und Wünschen gefolgt waren, die, bereits vor der Machtergreifung Hitlers formuliert, im ‚Dritten Reich‘ dann ihre Verwirklichung fanden — wenigstens teilweise, und das genügte vielen Kirchenmännern, Hitlers Staat und seine Politik mittragen zu helfen.“ So steht es nicht im „Spiegel“ oder „Stern“, wie man vermuten könnte, sondern im „Parlament“ vom 13.6.87.

Wer unseren Beitrag gelesen hat, dürfte über ein solches Maß von Ignoranz und Arroganz nur den Kopf schütteln. Ganz bewußt sind wir auch auf das Fehlverhalten von Bischöfen eingegangen. Gewiß kann man in der Beurteilung dieser oder jener Maßnahme geteilter Meinung sein, aber wer vom generellen Versagen etwa der katholischen Kirche spricht, beweist nur, daß er einer vorgefaßten Meinung erliegen oder von Sachkenntnis nicht getrübt ist. Nicht selten wirft man gerade der katholischen Kirche vor, sie verstehe es ausgezeichnet, sich mit der jeweils herrschenden Macht zu arrangieren, um ihr Schäfchen möglichst ungeschoren ins Trockene zu bringen. Bisweilen scheint der äußere Schein den Kritikern recht zu geben. Allzu oft erschien die Kirche zu zaghaft, wo manche den päpstlichen Bannfluch erwarteten. Selbst nicht wenige Katholiken waren bisweilen mit der Hierarchie unzufrieden, weil die erwarteten bischöflichen oder päpstlichen Donnerschläge ausblieben. Wer sich allerdings der Mühe unterzieht — und es ist eine wirkliche Mühe, weil die Zahl der Dokumente nahezu unübersehbar ist —, die zahllosen Äußerungen der katholischen Kirche und ihrer Oberhirten zu studieren, gerät mehr und mehr ins Staunen darüber, was die deutschen Bischöfe den höchsten Repräsentanten der Nazis an harten Wahrheiten ins Gesicht schleuderten, wie sie Dinge beim Namen nannten, die sonst niemand mehr in Deutschland auch nur anzudeuten wagte. So sagte etwa Graf Preysing in seinem Fastenhirten-Brief vom 24. 2. 35 — damals noch Bischof von Eichstätt —, nachdem er auf die Christenverfolgung in Rußland und Mexiko hingewiesen hatte: „Auch im deutschen Volke ist ein solcher Kampf entbrannt . . . zwischen der Anbetung Gottes und der Anbetung des vergötzten Menschentums, zwischen der Religion der Übernatur und einer natürlichen ‚artgebundenen‘ Religion, zwischen der Religion der Nächstenliebe und der Religion der Selbstbehauptung, zwischen dem Glauben an die Gnade und dem Glauben an Rasse und Blut . . .“ Im August desselben Jahres wurde er dann Bischof von Berlin. Bei seiner feierlichen Begrüßung im Sportpalast trug ihm Professor Dovifat drei Bitten vor: „Geben Sie uns Glaubensstärke aus dem unschätzbaren Glück unseres Glaubens; festigen Sie uns in der Glaubensstreue; lehren Sie uns die echte und mutige christliche Tat!“ Diesen Bitten kam der neue Oberhirt beispielhaft nach. Als Pressereferent der Bischofskonferenz verwandte er sich in zähem Ringen gegen die Eingriffe des Staates für die katholische Presse. Dennoch wurde sie mehr und mehr abgewürgt. Am 30. November 1937 ging er auf die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ ein, deren Zweck es gewesen sei, „klar und rückhaltlos die Grundwahrheiten unseres christlichen Glaubens, die in unserem Vaterland verfälscht, mißbraucht und verhöhnt werden, darzulegen . . . : In Bild, Karikatur, Schlagzeile, Propagandaplakat, Broschüre, mit allen Mitteln publizistischer Beeinflussung wird eine Einwirkung auf das deutsche Volk erstrebt, die zumal in den Seelen der Jugendlichen jede Achtung und Ehrfurcht vor Christentum und Kirche zum Erlöschen bringen muß.“ — Was würde Graf Preysing wohl zu unserer heutigen Situation sagen? Kardinal Bertram lehnte solche Fanfarenstöße von der Kanzel ab. Ihm kam es vor allem darauf an, die Gegensätze zwischen Staat und Kirche wenigstens teilweise abzuschwächen. Infolgedessen kam es mehr und mehr zu einer Entfremdung zwischen ihm und dem Berliner Bischof wegen des Kurses, den man den Nazis gegenüber einschlagen solle. Graf Preysing trug sich schließlich mit dem Gedanken, dem Papst seinen Rücktritt anzubieten, Pius XII. schrieb

ihm am 12. Juni 1940: „Es ist ein bisweilen schmerzliches, aber menschlich auch unvermeidliches Charakteristikum dieser schweren Zeit, daß methodische Meinungsverschiedenheiten auch zwischen solchen entstehen, wachsen und sich verschärfen, die im Grundsätzlichen gleicher Gesinnung sind. . .“

Am 9. September 1938 wurde die katholische Kirchenzeitung für das Bistum Berlin endgültig verboten, nachdem vorher bereits mehrere Nummern beschlagnahmt worden waren. Man könnte natürlich fragen, ob es nicht „klüger“ gewesen wäre, wenn sich der Bischof ein wenig gemäßigter ausgedrückt hätte, denn mit der Einstellung des Bistumsblattes wurde ihm eine wichtige Waffe im Abwehrkampf gegen den Ungeist der Nazis aus der Hand geschlagen. Am 12. Dezember 1938 wandte er sich in einer Denkschrift an alle Mitglieder der Reichsregierung: „Der Kampf gegen das Christentum scheint einflußreichen Kreisen in der Partei so wesensgemäß zu sein, daß sie selbst in Zeiten, in denen nach ihrem eigenen Urteil die Einheit des Volkes zu erhalten die höchste nationale Pflicht sei, diesen die Einheit des Volkes spaltenden Kampf ununterbrochen weiterführen. Wenn der Episkopat gegen solche Angriffe pflichtgemäß die heiligsten Güter eines beträchtlichen Teiles des deutschen Volkes verteidigt, so nimmt er lediglich das Recht der Notwehr in Anspruch. Der Vorwurf gegen die deutschen Bischöfe, sie seinen Verräter und Saboteure, geht fehl. . .“

Im Vergleich zu Graf Preysing erscheint die Sprache Kardinal Bertrams geradezu zahm. Aber noch heute sind seine Kritiker für gewöhnlich nicht annähernd über das Ausmaß seiner Aktivitäten zugunsten der Kirche, nicht zuletzt der vom Regime Verfolgten, wie Juden, Polen und KZ-Insassen, informiert.

Im Januar 1937 legte der Kölner Kardinal Schulte dem Vatikan ein Strategiepapier über das Vorgehen im Kirchenkampf vor: „Man will grundsätzlich und definitiv die Vernichtung des Christentums und insbesondere der katholischen Religion oder doch wenigstens ihre Zurückführung auf einen Zustand, der vom Standpunkt der Kirche mit Vernichtung gleichbedeutend wäre.“ Im Papier werden Für und Wider einer Kündigung des Konkordats gegeneinander abgewogen. Zwar gebe es mit der Kündigung einen einmaligen spektakulären Effekt, aber die Kirche würde dann im diktatorisch regierten Führerstaat völlig schutzlos sein. Der Kernsatz des Memorandums ist für die Kirche nach wie vor von ungeminderter Aktualität: „Wesentlichstes Ziel aller Seelsorge aber muß sein, das Glaubensleben in möglichst vielen Katholiken so zu vertiefen und zu stärken, daß sie den Prüfungen der Zeit gewachsen sind, auch wenn Bekenntertreue von ihnen verlangt wird.“ Wenn man sich erinnert, daß allein im KZ Dachau 2794 Geistliche aus 20 verschiedenen Nationen waren, darunter 94,7% Katholiken — die Zahl der katholischen Laien, die für ihren Glauben litten ist nicht annähernd bekannt —, dann wird man wohl sagen müssen, daß dieses „wesentlichste Ziel“ weitgehend erreicht worden ist. Denn die Kirchen hatten in ihrem Widerstand gegen den Nationalsozialismus nicht nur einen kleinen Prozentsatz von Geistlichen und religiös Praktizierenden hinter sich, sondern konnten sich auf eine breite Basis im Volk stützen, die sich von keiner Propaganda irremachen ließ. Dennoch sagen die Bi-

schöfe in ihrem Hirtenwort vom August 1945: „Viele Deutsche, auch aus unseren Reihen, haben sich von den falschen Lehren des Nationalsozialismus betören lassen, sind bei den Verbrechen gegen menschliche Freiheit und menschliche Würde gleichgültig geblieben; viele leisteten durch ihre Haltung den Verbrechen Vorschub, viele sind selbst Verbrecher geworden. . . “ Aber zu Recht heißt es auch: „Katholisches Volk, wir freuen uns, daß Du Dich in so weitem Ausmaß von dem Götzendienste der brutalen Macht freigehalten hast. Wir freuen uns, daß so viele unseres Glaubens nie und nimmer ihr Knie vor Baal gebeugt haben.“ Kein Mensch wird behaupten wollen, auch nicht der kirchentreueste Katholik, daß nicht ein Mehr an Widerstand möglich gewesen wäre. Hier mag bisweilen menschliche Fehleinschätzung oder Schwäche mitgespielt haben. Wer wollte sich da zum Richter aufwerfen, der nicht selbst Äußerstes gewagt hat? Aber wenn man schon Vergleiche anstellen will mit irgendeiner Gruppe von Menschen, die im Widerstand gestanden haben, oder gar einer Institution, dann braucht die katholische Kirche wahrhaftig keinen Vergleich zu scheuen.

Wallfahrten — aber mit neuer Qualität!

Wallfahrten sind nicht von der Kirche „angeordnet“ worden. Sie entspringen fast immer dem Willen der Gemeinschaft der Glaubenden.

Wallfahrten kannten die Menschen bereits vor Christi Leben und Lehren. In den alten Psalmen (z.B. 43, 48, 84, 122 usw.) des jüdischen Volkes klingt der Begriff der Pilger- und der Wallfahrten an. Und auch andere religiöse Gemeinschaften des Altertums kannten die Wallfahrten zu Orakeln und heiligen Stätten.

Im Islam kennt man die Wallfahrt ebenso wie bei den frommen Menschen Indiens.

Wallfahrten sind eine köstliche Frucht von Volksglauben und Laieninitiative.

Eine christliche Wallfahrt, die im eigentlichen Sinne heilswirksam werden soll, muß jedoch noch andere Inhalte haben. Im Ziel kann sie nur der Verherrlichung des einen Gottes dienen. Sie ist ein Weg zu dem, der uns ins Leben gerufen hat und der uns erhält bis ans Ende der Tage.

Eine rechte Wallfahrt muß aber auch das Sakrament der Buße berücksichtigen.

Wir wissen, daß wir seit Adam und Eva sündhafte — also fehlende — Menschen sind. Wenn wir an einem Abend den Tag überdenken, werden wir immer wieder auf Fehler oder Unterlassungen stoßen. So wird sich im Verlauf eines Lebens ein anscheinliches „Päckchen an Schuld“ angesammelt haben.

Es ist also ein guter Gedanke, wenn wir ein wenig davon abzutragen versuchen, indem wir unsere Schuld einsehen und in der Buße erkennen und mit der Gnade des Sakramentes zu überwinden versuchen.

Doch es gibt auch noch eine andere Dimension.

Seit uns Christus das Wort des liebenden Gottes verkündet hat, wissen wir, daß wir auch mit unseren Sorgen und Nöten vor Gottes Angesicht treten können.

Und so gibt es die Möglichkeit, auf einer Wallfahrt um Gnade in schweren Situationen zu bitten. Betrachtet man diese Möglichkeiten näher, so kann man unterscheiden:

- Eine *Wallfahrt* unternimmt man, um eine Gnade zu erlangen, Heilung von Krankheit, Bitte um Kinder, gute Ernte usw.;
- eine *Pilgerfahrt* aber ist, wenn man Vergebung der Sünden erleben will, wenn man mit Gott ins reine kommen möchte.

Der Ursprungsgedanke war, daß man durch körperliche Strapazen einen Teil an Sühne leisten könne. Zugleich sollte dem Pilger zu einer Art Selbstdisziplin verholfen werden.

Nun sind Pilger- oder auch Wallfahrten heute nicht mehr körperlich so anstrengend wie ehemals.

Daher sollte man als Sühne Gebete und gute Werke „investieren“. Der Mensch von heute aber vermag sich nicht immer so lange zu konzentrieren. Zudem ist eine Fahrt mit dem Bus oder auch mit der Bahn — ganz zu schweigen vom Flugzeug — so abwechslungsreich und ablenkend, daß die Konzentration auf das Gebet allein nicht immer zu schaffen ist. Auch ist es kaum möglich, über längere Zeit die besondere Form meditativer Stille zu halten.

Leider werden Wall- oder Pilgerfahrten oftmals zum frommen Tourismus. Es ist sogar zu beobachten, daß nach den gebotenen „Sensationen“ mehr gefragt wird als nach den Gebetszeiten.

Das sind dann Ausflugsfahrten mit einer minimalen religiösen „Soll-Leistung“.

Von diesen Touristen wird schon eine Kirchenführung als „religiöses“ Werk angesehen.

Daher ist es notwendig, daß sich katholische Pilger- und Wallfahrten deutlich vom touristischen Unternehmen abheben und mit einer neuen Qualität anreichern.

Wie kann diese neue Qualität nun aussehen?

Zunächst einmal sollte man die Anliegen einordnen

- Buße
- Versöhnung mit Gott
- Zuwendung von Fürbitten für andere
- Bitten persönlicher Art
- Stärkung im Glauben
- Festigung des Gewissens
- religiöses Erleben durch Begegnung mit heiligen Stätten.

Diesen rein religiös ausgerichteten Anliegen, die noch erweiterungsfähig sind, sollte man jedoch auch die menschliche Perspektive hinzufügen. So wie das Kreuz der Erlösung zwar in erster Linie auf den Erlöser — auf Gott — hinweist, so deutet doch der Querbalken auf

unsere soziale Komponente hin. Wir sind Einzelmenschen, vor Gott verantwortlich, aber wir sind auch auf den Mitmenschen, auf die soziale Kommunikation angewiesen. Und über unser Verhalten in der Gemeinschaft der Menschen werden wir auch am jüngsten Tage befragt werden.

Haben wir Menschen alleingelassen, die auf unsere Hilfe bauten? Haben wir uns in der Gemeinschaft als Christen erwiesen oder nur unserem Egoismus leben wollen?

Haben wir versucht, alle Quellen zu nutzen, über unseren Nächsten etwas zu erfahren? Wer ist unser Nächster? Ist der Nächste nur am Wohnort zu finden, oder gibt es noch andere „Nächste“?

Haben wir Vorurteile? Bemühen wir uns, diese abzubauen? Können wir sie abbauen, wenn wir nichts vom Nächsten wissen?

Sicherlich gibt es noch mehr von diesen Fragen. So sollte gerade eine Pilger- oder Wallfahrt auch dem Abbau solcher Störungen und Defizite gelten!

Damit tut sich eine neue Dimension auf.

Wallfahrten und Pilgerreisen *müssen* ein Mehr an Qualität bringen. Sie müssen nicht nur auf das Verhältnis Gott — Mensch ausgerichtet sein, sondern auch von Mensch zu Mensch Hilfen bringen.

So reichert sich die Qualität einer Wallfahrt an, wenn man in den durchfahrenen Gebieten, z. B. in der Natur, die Hinweise auf Gottes Wirken zu erkennen versucht.

Durch das Studium von Geschichte, Politik, Wirtschaft, von Land und Leuten lassen sich Vorurteile ab- und Urteile aufbauen.

Unter solchen Gegebenheiten sollte eine Wallfahrt mit „Qualität“ umfassen:

- geistliches Wort
- Gebet
- Lied
- Gottesdienst
- Meditation
- Betrachtung der Lebenswege der Heiligen
- Besichtigung von
 - Kirchen
 - Katakomben
 - heiligen Stätten

und zusätzlich

- Wirken Gottes in der Natur
- Wirken der Menschen in der Landschaft
- Geschichte der Menschen am Wege
- Das Christentum mit seiner Prägekraft auf die Welt

- Soziale Strukturen in der Welt
- Persönliches Verhalten untereinander.

Werden alle diese Gesichtspunkte zu einem Programm zusammengestellt und nehmen die Beteiligten das an, dann entsteht eine Wallfahrt, die nicht nur das Verhältnis des Einzelnen zu Gott, sondern auch modellhaft das Miteinander im Umgang auf eine neue Stufe stellt und zu einer neuen Qualität führt.

Allerdings muß in diesem Zusammenhang auch die Einbindung in die Wirklichkeit beachtet und die eingangs beklagte Konzentrationsschwäche berücksichtigt werden.

Lied, Gebet und profane Betrachtungen, das Schauen in die „vorbeiziehende“ Umwelt, das Schweigen und das Gespräch müssen so wechseln, daß die Teilnehmer immer erneut „gefangen“ werden. Dazu müssen sich Helfer finden, die das „Programm“ erarbeiten und es dann auch in die Realität umsetzen.

So wird eine solche Fahrt zu einem Symbol für die pilgernde Kirche und zu einer echten Laienarbeit.

H.F.

Kardinal Aloisius Stepinac, ein „frommer Massenmörder“?

Lothar Groppe SJ

Wenn es gegen die ungeliebte katholische Kirche geht, scheint der ZEIT kein Autor zu suspekt, keine Quelle zu schmutzig. Nach dem Grundsatz: Audacter calumniare, semper aliquid haeret: Verleumde nur tüchtig, etwas bleibt immer hängen, ließ sie am 3. 9. 82 in ihrem ZEIT-Dossier einen abgefallenen Priester einen langen Artikel über „SS-Spitzel mit Soutane“ darüber schreiben, „wie die katholischen Bischöfe im Dritten Reich mitschuldig wurden“. Denzler wiederum stützte sich auf das „Zeugnis“ eines ebenfalls abgefallenen Priesters, der in der Nazizeit einen Mitbruder denunziert und es später als SS-Standartenführer zum Kirchenreferenten Heinrich Himmels gebracht hatte. Der inzwischen verstorbene Karmelit P. Eugen Dost schrieb hierauf der ZEIT und wurde am 14. 12. 82 sogar von Gräfin Dönhoff einer Antwort gewürdigt:

„Ja, Sie haben ganz recht, es war eine unselige Idee, Herrn Denzlers Artikel in der ZEIT zu bringen. Offenbar hat keiner von uns gewußt, um wen es sich dabei handelt.“

Unglücklicherweise hat die offenbar schlecht informierte ZEIT wieder nicht gewußt, auf was sie sich einließ, als sie das Buch von Vladimir Dedijer „Jasenovac — das jugoslawische Auschwitz“ am 17. 2. 89 von Barbara Sichtermann besprechen ließ. Dabei kann man aber von einer Buchbesprechung im üblichen Sinn gar nicht sprechen, denn die „Rezension“ hat etwa den fünffachen Umfang einer Buchbesprechung.

Frau Sichtermann schreibt, der Ahriman-Verlag habe jetzt eine Dokumentation über den Serben-Holocaust vorgelegt, „die den Schuldanteil des katholischen Klerus und der vatikanischen Hierarchie bis hinauf zu Pius belegt. Hier wurde offenbar der Bock zum Gärtner gemacht. Dieser kleine Verlag, dessen Programm „die Wiederkehr des Verdrängten“ ist, wählte sich einen Teufel zum Symbol. Purer Zufall? Heißt doch der Satan in der Hl. Schrift „Vater der Lüge“. Im Mitteliranischen bezeichnet Ahriman den Zwillingsgott des guten Gottes Ahura Mazda. Er ist der feindliche Geist, nachzarathustrisch: der verderbliche Lügner und Widersacher des guten Gottes Ahura Mazda. Man muß neidlos zugestehen, daß Dedijers Buch gut in dieses Verlagskonzept paßt. Wer aber ist der Verfasser dieses „historischen Dokumentes“? Nach „Ziva Zajednica“, der katholischen Kirchenzeitung der Kroaten in der Bundesrepublik, stellt sich Dedijer als Wissenschaftler und Experte für die neuere Geschichte vor. Vor dem Zweiten Weltkrieg war er Korrespondent der großserbischen, nationalistisch geprägten Tageszeitung „Politika“ und gehörte während des Krieges zum engen Kreis um Tito. So avancierte er zum Hofhistoriker. Während dieser Zeit erwarb er sich bei seinen Genossen den Spitznamen „Vlado, der Gangster“. Später geriet er mit der Partei in Konflikt, was aber keinen Einfluß auf seine antikroatischen und antikatholischen Gefühle hatte. Dedijers Vater, Jefto Dedijer, war Mitglied der berüchtigten Terrororganisation „Schwarze Hand“, die 1914 die Ermordung des österreichisch-ungarischen und damit auch kroatischen Thronfolgers Franz Ferdinand organisierte. Diese löste bekanntlich den Ersten Weltkrieg aus.

Dedijer behauptet in seinem Buch, der weltweit bewunderte und verehrte Erzbischof von Zagreb, Kardinal Aloisius Stepinac, sei für die Ermordung von über 700 000 Menschen, darunter 200 000 Serben im kroatischen Konzentrationslager Jasenovac, verantwortlich. Nun ist Herr Dedijer mit Zahlenangaben gar nicht pingelig. In einem früheren Buch „Neue Beiträge“ spricht er von 600 000 serbischen Opfern, während im „Informationsblatt“, das für sein Buch und seine Vorträge werben soll, von 800 000 Jasenovac-Opfern die Rede ist. Doch es gibt einen ausgewiesenen Fachmann für die Opfer des Krieges auf dem Gebiet des damals unabhängigen Kroatiens, den ehemaligen Partisanengeneral und heutigen Historiker Dr. Franjo Tudman. Der Leiter des Instituts zur Erforschung der Arbeitergeschichte in Zagreb erforschte die statistische Dokumentation aller kroatischen Gemeinden. Er kommt zum Ergebnis, daß in Jasenovac unmöglich mehr als 50 000 Gefangene umgekommen sein können. Neuere Historiker kommen gar auf höchstens 30–40 000 Opfern. Nach Tudman waren die Ermordeten zu einem Drittel Serben, während die Mehrzahl kroatische Antifaschisten, Juden und Zigeuner waren. In einem Interview des schwedischen Fernsehens gab Tudman die Zahl sämtlicher Opfer in den kroatischen Konzentrationslagern mit 59 635 an. Dafür verschwand er 2 Jahre im Gefängnis.

Der deutsche Historiker Holm Sundhausen schreibt in seiner „Geschichte Jugoslawiens“: „In den jugoslawischen Nachschlagewerken wird die Zahl der Opfer in Jasenovac mit 700 000 Menschen angegeben. Diese Zahl ist mit Sicherheit stark überhöht und läßt sich mit den aus der Bevölkerungsstatistik ableitbaren Daten nicht einmal annähernd in Übereinstimmung bringen.“ (S. 122)

Natürlich spielt für die moralische Schuld die Zahl der Ermordeten keine entscheidende Rolle. So wäre es ja auch zynisch, wenn man begütigend sagen wollte, in der Bundesrepublik Deutschland würden jährlich lediglich zwischen 250 000 und 300 000 Kinder abgetrieben. Aber wenn Zahlen als Mittel zum Zweck mißbraucht werden, um ein ganzes Volk, hier die Kroaten, mit einer Kollektivschuld zu belasten, muß man schon sehr genau hinsehen. Schließlich kann man mit Menschenleben nicht jonglieren wie mit Bällen. Nun ist es sicher nicht uninteressant, daß selbst im kommunistischen Jugoslawien das Buch Dedijers oft als „Machwerk“ abqualifiziert wird, das jeglicher realistischen Grundlage entbehre. Das hindert freilich Frau Sichtermann nicht, in ihrer haßstiefenden Suade vom „frommen Massenmörder“ Stepinac zu sprechen, der mit „einer vergleichsweise milden Strafe“ davon gekommen sei. Immerhin erhielt Stepinac, der sich unerschrocken für alle Verfolgten eingesetzt hatte, eine Kerkerstrafe von 16 Jahren. Frau Sichtermann wäre es anscheinend lieber gewesen, wenn man ihn ermordet hätte. Ihre „Buchbesprechung“ verrät, daß sie weder von historischen Kenntnissen getrübt ist noch eine Ahnung von den Grundsätzen der katholischen Kirche hat. So spricht sie von „Zangsumtaufen“ orthodoxer Serben, als handle es sich bei der katholischen Kirche um Wiedertäufers. Mit dreister Stirn fordert sie die verhaßte Kirche auf, „ihren Teil der Verantwortung (für die Massenmorde) zu tragen“. Selbst in der emotional stark aufgeheizten Atmosphäre der Nachkriegszeit bezeichnete kein kommunistischer Funktionär den Bekennerbischof Stepinac als „blutige Exzellenz“, wie Frau Sichtermann ihn zu titulieren beliebt.

Milovan Djilas, einer der engsten Kampfgefährten Titos, erklärte bereits zu der Zeit, als er noch dem „Apparat“ angehörte, gegenüber der „New York Times“: „Wir waren damals gezwungen, ein politisches Urteil zu fällen, obwohl wir wußten, daß Stepinać eine integre Person war.“ Die Parteizeitung „Borba“ veröffentlichte denn auch 1945 auf der ersten Seite ein Foto des Erzbischofs neben dem kroatischen Parteichef Bakarić auf der Ehrentribüne bei der Siegesparade. War diesem kommunistischen Spitzenfunktionär nicht bekannt, daß er neben einer „blutigen Exzellenz“ stand? Auch Tito wußte um das hohe Ansehen des Zagreber Erzbischofs im ganzen Land, umwarb ihn in mehreren Besuchen in dessen Palais und lud ihn mehrfach zu sich ein. Das hinderte freilich den kommunistischen Diktator nicht daran, den Befehl zur Ermordung des Erzbischofs zu geben, weil er sich seinen Plänen widersetzte, eine kroatische Nationalkirche zu errichten. Dies behauptet jedenfalls der ehemalige Generalstabschef der jugoslawischen Armee, Generaloberst Jefto Sasic, in einem Beitrag des Memoirenwerkes „Die Kinder des Kommunismus“ (Dijeca komunizma). Tito habe ihm sogar zusätzlich zwei Geheimdienstoffiziere als „Helfer“ mitgegeben. Sie sollten mit einer „Spezialeinheit“ in das Erzbischöfliche Palais eindringen und Stepinać mit einer Schnellfeuerwaffe erledigen. Nach Sasic habe der Erzbischof sein Leben lediglich dem Umstand zu verdanken gehabt, daß der kroatische KP-Chef Bakarić von der geplanten Mordaktion erfuhr und die Ausführung als schwerwiegenden taktischen Fehler verhindert habe. Gegenüber Tito habe er hierfür die volle Verantwortung übernommen. (KNA-Meldung, Vom 12. 3. 89) Und der damalige Ankläger im Schauprozess gegen Erzbischof Stepinać, der heute noch lebende Staatsanwalt Jakov Blažević, erklärte noch vor einigen Jahren öffentlich, die Hauptschuld Stepinaćs sei sein standhafter Widerstand gegen die von Tito gewollte Nationalkirche gewesen: „Der Prozess wäre unnötig gewesen, wenn Stepinać ein wenig einsichtiger gewesen wäre.“ Es handelte sich also eindeutig um einen Racheakt, der damals die gesamte zivilisierte Welt empörte. Immerhin streiten heute auch manche offizielle Stellen Jugoslawiens darüber, ob der Kardinal nicht vielleicht doch ein „Heiliger“ war, als welchen ihn das Volk nach wie vor verehrt, so etwa die Belgrader Literatur-Zeitung vom 1. 4. 1985.

Heutzutage ist es auch im kommunistischen Jugoslawien unbestritten, daß der Erzbischof von Zagreb durch seine verschiedenen Interventionen Tausenden von Serben, Zigeunern und Juden das Leben gerettet hat. Er hätte es nur nicht entschieden genug getan. Ebenso wird dort heute offen zugegeben, daß der „Poglavnik“ Ante Pavelić den Erzbischof verhaften lassen wollte, als dieser ihn wegen seiner Verbrechen öffentlich anprangerte. Am 24. 2. 43 schrieb dieser ihm: „Dieses Lager ist ein Schandfleck für den ganzen unabhängigen Staat Kroatien.“ Einen Monat später schickte Erzbischof Stepinać Pfarrer Juretić nach Rom, um für das Lager Jasenovac internationale Hilfe zu organisieren. Lediglich den Interventionen des Auslands hatte es Stepinać zu verdanken, daß man ihn nicht bereits während des Krieges einsperrte. Zudem fürchtete Pavelić die unvorhersehbaren Reaktionen des kroatischen Volkes.

Herr Dedijer ist in der Wahl seiner Mittel nicht gerade wählerisch, wenn es nur seinen Zielen dient. So hatte er für das Umschlagbild der jugoslawischen Ausgabe seines Buches

„Jasenovac und der Vatikan“ das angebliche Foto Papst Pius XII. mit Ustascha-Kämpfern gebracht. Dabei handelte es sich um ein Foto aus dem Ersten Weltkrieg. Natürlich wurde diese grobe Fälschung sofort als solche entlarvt. Das Volksfrontorgan „Vjesnik“, also keine Kirchenzeitung, schreibt am 26. November 1988:

„Wenige Bücher sind mit der Ambition entstanden, die ‚Entdeckung‘ zu werden, und haben dann bereits durch ihr Titelblatt bewiesen, daß sie das Gegenteil davon sind: eine billige Kompilation und eine Fälschung. . . die der Dilletantismus des Autors und sein mangelndes Einfühlungsvermögen und die fehlende Pietät gegenüber den Opfern erkennen läßt. . .“

Nach Informationen meiner kroatischen Freunde hätten sich mit Ausnahme der ZEIT die deutschen Zeitungen geweigert, eine Besprechung des Buches von Dedijer zu bringen. Warum diese sich als „liberal“ verstehende Wochenzeitung ein Buch, das der kommunistische Historiker Professor Dr. Ljubo Boban „Schundliteratur aus der Mottenkiste“ nennt, überhaupt besprechen läßt, noch dazu mit solch gehässigen Ausfällen gegen die katholische Kirche und eine der leuchtendsten Bischofsgestalten unseres Jahrhunderts, mag der Leser selbst beurteilen. Wie sagten doch die alten Römer: Semper aliquid haeret: Etwas bleibt immer hängen.

Im Zuge einer schlagkräftigeren Argumentation „vergaß“ Herr Dedijer — und natürlich auch Frau Sichtermann — mitzuteilen, daß die Kommandanten und Schlächter von Jasenovac, Filipović und Brkljačić, die sie als Repräsentanten der Amtskirche vorstellen, wegen ihrer Verbrechen ihrer priesterlichen Funktionen entkleidet und exkommuniziert wurden. Darauf macht interessanterweise der Rezensent des Buches von Dedijer in der kommunistischen Tageszeitung „Slobodna Dalmacija“ vom 22. 10. 88 aufmerksam. Haben die beiden Ex-Priester ihre Verbrechen also „mit dem Segen der Kirche“ begangen, wie Frau Sichtermann wahrheitswidrig glauben machen will? Ist der Verräter Judas ein typischer Vertreter der Kirche, weil ihn der Herr selbst zum Apostel bestellt hat? Ebenso verschweigt Dedijer, daß die unbestreitbaren Verbrechen der Ustascha eine späte, gewiß unentschuld bare Rache für das massenhafte Abschachten von Bewohnern ganzer Dörfer und Gebiete durch serbische Tschetniks im Jahr 1939, also noch vor Kriegsausbruch, war. Worin bestehen nun die Verbrechen des „frommen Massenmörders“ Stepinać? Der Partisan Gaži schreibt in seinem Bericht vom 20. August 1942: „Ein Teil des hohen Klerus ist absoluter Gegner des Regimes. An seiner Spitze steht der Erzbischof Stepinać. . . gegen jegliches Engagement des Klerus in der Ustascha-Bewegung. Die Predigten von Stepinać werden regelmäßig beschlagnahmt.“

Am 8. September 1942 teilte der Ustascha-Funktionär Djuričić dem kroatischen Außenministerium mit: „Der Erzbischof Stepinać ist gegen Massenbekehrungen der orthodoxen Serben zum Katholizismus. . .“

Als 1942 das Straflager Jasenovac errichtet wurde, intervenierte Stepinać am 15. September 1942 mit Erfolg zugunsten von 200 Serben aus Pakrac. Das kommunistische Amtsblatt vom Juni 1945 — als noch kein Prozeß gegen Stepinać in Sicht war — erwähnt, daß er

1942 etwa 7000 Kinder aus der Gegend von Kozara, meist Waisen gefallener Partisanen, in seinem Caritas-Heim Brezovica vor der Deportation in das Lager Jasenovac und damit vor dem sicheren Tod rettete. Am 29. März 1943 rettete er 1800 Juden aus Griechenland. Viele seiner Interventionen verliefen freilich ebenso erfolglos wie die Proteste der deutschen Bischöfe gegen den Massenmord im Mutterleib. Sind diese vielleicht deswegen auch „fromme Massenmörder“? Durch seine Pfarrer ließ Stepinać vertraulich Material über die Verbrechen der Ustascha sammeln und brachte es 1943 persönlich nach Rom, wo er sich über die kroatische Regierung beschwerte.

„Hrvatski narod“, die Tageszeitung der Ustascha, attackierte ihn am 7. 10. 1943 wegen seiner Predigten gegen die Verbrechen in Kroatien: Der Erzbischof sei zu dumm, um den „Sinn des politischen Kampfes zu begreifen.“ Ein „frommer Massenmörder“?

Louis Breiner, der damalige Vorsitzende der amerikanischen Juden, erklärte am 30. Oktober 1946:

„Wir wissen seit 1943, daß Stepinać ein aufrichtiger Freund der Juden war, die zu jener Zeit unter Hitler-Verfolgungen und Verfolgungen von Hitler-Vasallen stöhnten. Er war einer der wenigen in Europa, der seine Stimme gegen die nazistische Tyrannei erhob, als dies am gefährlichsten war. . . . Nach Seiner Heiligkeit Papst Pius XII. war Erzbischof Stepinać der größte Verteidiger der verfolgten Juden in Europa.“

Die Ustascha wurde übrigens nicht 1919, sondern 1929 gegründet, als Antwort auf die Ausrufung einer serbischen faschistischen Diktatur durch den serbischen König Aleksander Karadjordjević. Es war eine Reaktion auf die Unterdrückung der Kroaten durch die Serben zwischen den beiden Weltkriegen. Vorangegangen war die Ermordung mehrerer kroatischer Abgeordneter, das Verbot kroatischer Namen, der kroatischen Sprache und Fahne und der wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes. Natürlich rechtfertigten die Verbrechen der einen Seite nicht die der anderen. Aber sie machen die geschichtliche Entwicklung in etwa begreifbar, ohne sie rechtfertigen zu wollen. Übrigens stehen die Verbrechen der serbischen Tschetniks, die mit der deutschen und italienischen Besatzungsmacht gemeinsame Sache machten, denen der Ustascha in nichts nach. Gegen Ende des Krieges und nach dem Krieg kamen die zahlreichen Verbrechen der Serben an den Kroaten hinzu. Die Engländer lieferten nach dem Krieg etwa 200000 uniformierte Kroaten und zwischen 100–200000 kroatische Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, an die Partisanen aus. Sie wurden in der Mehrzahl ermordet. Damit, daß Dedijer den Vatikan und die gesamte katholische Kirche Kroatiens auf eine Stufe mit dem Ustascha-Regime stellt, setzt er zugleich einen großen Teil des kroatischen Volkes auf die Anklagebank, wie der Kirchenfachmann der Zagreber kommunistischen Wochenzeitung „Danas“ Nenad Ivanović am 17. 11. 88 schreibt. Und die katholische Wochenzeitschrift „Glas koncila“ meint am 13. 11. 88:

„Wenn Dedijer und ähnliche den Mythos von Jasenovac so weitertreiben, dann wurden letztendlich während des Krieges mehr orthodoxe Serben umgebracht, als in dieser Zeit überhaupt gelebt haben. Dies wird dann als ‚Beweis‘ für den völkermordenden Charakter

der kroatischen Katholiken und ihrer Kirche dienen und es wird so sein, daß ein katholischer Kroat gleichbedeutend mit einem Faschisten ist.“

Der schon zitierte Historiker Dr. Franjo Tudman sieht es ähnlich, wenn er untersucht, warum es zu so nachweisbar „überhöhten“ Angaben der Opfer kommt, die er als „grobe historische Verfälschung“ bezeichnet:

„1. Um die Verantwortung der Ustascha-Verbrechen auf die gesamte katholische Kirche und damit auf das gesamte kroatische Volk zu übertragen, denn ein Verbrechen solchen Ausmaßes hätte ja nicht nur von der relativ kleinen Ustascha-Gruppe ausgeführt werden können.

2. Für die Behauptung, daß die Verbrechen im Lager Jasenovac selbst diejenigen der furchtbarsten nationalsozialistischen Lager Hitlers übersteigen, ja daß... mit ihnen, wie V. Dedijer folgert, keine Völkermord-Verbrechen der ‚ganzen Menschheitsgeschichte‘ verglichen werden können.“

Bei ihrer Stimmungsmache gegen die Kirche scheut Frau Sichtermann auch nicht vor unsinnigen Behauptungen zurück, die schon einigermaßen aufgeweckte katholische Hauptschüler als solche entlarven können. So schreibt sie, der Papst habe Stepinać — wohl zum Lohn für seine „Verbrechen“ — zum Militärvikar geweiht. Nun gibt es in der katholischen Kirche die Priester- und Bischofsweihe, aber keine zum Militärvikar. Diese Amtsbezeichnung trägt der ranghöchste Militärseelsorger, sofern er nicht den Titel Militärbischof führt. Als Erzbischof von Zagreb war Stepinać bereits im Königreich Jugoslawien Militärvikar.

Frau Sichtermann geht in ihrer die Tatsachen massiv verfälschenden Darstellung so weit, eine direkte Linie zwischen dem Begründer des mittelalterlichen kroatischen Staates, König Tomislav, und dem „Poglavnik“ herzustellen:

„Ante Pavelić sah sich als persönlicher Vollstrecker des Testaments von König Tomislav, der im Jahr 925 nach Christus die Krone aus den Händen des Papstes empfangen und dafür als ‚Bollwerk gegen die Orthodoxie‘ zu wirken gelobt hatte.“ Natürlich spekuliert Frau Sichtermann darauf, daß die Leser der nicht gerade als kirchenfreundlich bekannten ZEIT ebensolche Ignoranten sind wie sie selbst. 925 n. Chr. existierte noch keine Orthodoxie. Sodann ist bis heute unbekannt, wer Tomislav krönte, jedenfalls nicht der Papst. Der kroatische König hatte sich friedlich mit Byzanz verständig und besiegte die Bulgaren, die bis dahin die Serben unterdrückt hatten. Die Päpste rühmen auch nicht die Kroaten als Bollwerk gegen die Orthodoxie, sondern gegen die Türken, die jahrhundertlang das christliche Abendland bedrohten — falls Frau Sichtermann jemals davon gehört haben sollte.

Allem Anschein nach beabsichtigen Herr Dedijer, sein Verleger Niemitz und Rezensenten à la Sichtermann, die Kroaten mit der Kollektivschuld für die Ustascha-Verbrechen zu belasten und damit politisch zu schwächen. Sie sollen ihre — wenigstens auf dem Papier existierende — verfassungsmäßige Gleichberechtigung verlieren und im Vielvölkerstaat

Jugoslawien endgültig zu einem Volk von Heloten werden. Die katholische Wochenzeitung „Glas koncila“ beklagte am 19.2.89 die nicht endenwollende antikroatische Propagandawelle. So beschuldigt die Belgrader Wochenzeitung „Nin“ die Kirche Kroatiens der Kollaboration mit kroatischen Faschisten in Australien, und in der Zeitschrift „Duga“ wirft Maks Erenrajh den kroatischen Katholiken „die Kollektivschuld am Völkermord an Serben, Juden und Zigeunern“ vor. Im Organ der serbisch-orthodoxen Kirche „Pravoslavlje“ fragt ein Žarko Gavrilović den gegenwärtigen Chef der kommunistischen Partei Stipe Suvar, was dieser getan habe, damit sich die katholische Kirche Kroatiens von Rom trenne. „Glas koncila“ wertet dies mit Recht als Aufforderung zum Verrat. Am 10. Februar 1981, dem 21. Todestag Kardinal Stepinačs, nahm sein zweiter Nachfolger auf dem Erzbischöflichen Stuhl von Zagreb, Kardinal Kuharić, zu den immer wiederholten Angriffen auf Erzbischof Stepinač ausführlich Stellung. Er betonte vor allem 3 Grundsätze, die das Leben seines Vorgängers entscheidend geprägt hatten:

- „1. Niemand hat das Recht, freiwillig über menschliches Leben zu verfügen oder die menschliche Würde zu vergewaltigen.
2. Jedes Volk hat das Recht auf seine Freiheit, seine Identität und Souveränität. Wenn dies für jedes Volk gilt, so logischerweise auch für das kroatische. Kardinal Stepinač war der Freund seines Volkes und achtete ebenso jedes andere Volk.
3. Die Kirche hat das Recht auf volle Freiheit, mit der sie ihre geistliche Mission in jedem Volk unter jeder Staatsform ausübt. Kardinal Stepinač war ein Anwalt der Rechte der Kirche. Daher war er Gegner jedes totalitären Regimes.“

Daß der Erzbischof von Zagreb ein Anwalt aller, besonders der verfolgten Menschen war, ist durch eine umfangreiche Dokumentation und eindeutige Zeugnisse belegt. Der Vatikan veröffentlichte nach dem Krieg zahlreiche Dokumentenbände über die Tätigkeit des Hl. Stuhls während des Krieges zugunsten aller Kriegsoffer. Der 1975 erschienene 9. Band umfaßt 687 Seiten und trägt in deutscher Übersetzung (Original französisch) den Titel: „Der Hl. Stuhl und die Opfer des Krieges, Januar 1941 bis Dezember 1943.“ Auf den Seiten 224–229 befindet sich eine Liste von Dokumenten, „die sich auf die Stellung der katholischen Kirche gegenüber den verfolgten Orthodoxen und Nichtariern beziehen und vom Zagreber Erzbischof Stepinač an Kardinal Maglione gesandt wurden.“ Für die Zeit vom Mai 1941 bis Ende Mai 1943 sind 33 Dokumente aufgeführt, die Proteste, Interventionen und Gesuche zugunsten der Verfolgten enthalten. So Nr. 1: Intervention des Erzbischofs von Zagreb gegen die Hinrichtung serbischer Geiseln in den ersten Tagen der Entstehung des kroatischen Staates (S. 224).

Nr. 2: Brief an Poglavnik, in dem er gegen die Hinrichtung der 260 Serben in Glinja am 14. Mai 1941 durch die Ustascha protestiert (S. 224). In Nr. 3 heißt es: „Rundschreiben über den Kirchenübertritt der Orthodoxen. Die Priester werden ernstlich ermahnt, nur solche Personen in die katholische Kirche aufzunehmen, die dies aufrichtig verlangen, gründlich unterwiesen und imstande sind, nach den Grundsätzen der katholischen Moral zu leben.“ (15. Mai 1941, S. 224f.)

Hinsichtlich der Übertritte von Orthodoxen zur katholischen Kirche erklärte Erzbischof Stepinać vor Gericht:

„Darüber möchte ich mich nicht öffentlich äußern. Ich behaupte: Mein Gewissen ist rein. Die Geschichte wird einst ihr Urteil sprechen. Tatsache ist, daß ich einige Pfarrer versetzen mußte, weil ihnen seitens der Orthodoxen Todesgefahr drohte, da sie die Übertritte zur katholischen Kirche verzögerten. . . Man half dem serbischen Volk, so gut man eben konnte. . .“

In seinem Protestschreiben an Pavelić vom 24.2.1942, in dem er gegen die Hinrichtung einiger slovenischer Priester protestierte, verlangte Stepinać, daß die Mörder vor Gericht gestellt würden. Er nahm rund 200 slowenische Priester in seine Erzdiözese auf und rettete sie so vor der Deportation. Kardinal Kuharić wendet sich in seiner Ansprache scharf gegen die ungeheure Verleumdung, daß in den Schlachthäusern von Jasenovac katholische Priester geherrscht haben, wenn dort Apostaten tätig waren. Er fährt fort: „Wie kann er (Kardinal Stepinać) für die 40000 Opfer, die dem Lager von Jasenovac zugeschrieben werden (man vergleiche die Zahl mit den Angaben Dedijers!), verantwortlich sein, wenn er sich gegen jedes Verbrechen, konkret auch in Jasenovac, wandte?“

Am 11. Juni 1945 schrieb Dr. Weltmann, Delegat der Kommission für die Hilfe für die europäischen Juden, an den Apostolischen Bevollmächtigten in Istanbul, Msgr. Roncalli, den späteren Papst Johannes XXIII.:

„Wir wissen, daß Msgr. Stepinać alles unternommen hat, was in seiner Macht war, um das unglückliche Los der Juden in Kroatien, deren Zahl heute nicht 2500 Männer, Frauen und Kinder übersteigt, zu erleichtern. Ich bitte Sie, Msgr. Stepinać unseren tiefsten Dank für seine Haltung und Hilfe auszusprechen. Wir bitten ihn, das Rettungswerk an unseren unglücklichen Brüdern, Schwestern und Kindern mit seinem hohen Ansehen fortzusetzen.“

Der Prozeß gegen Erzbischof Stepinać wurde von einer Hetzkampagne im Rundfunk und der Presse begleitet, ähnlich, wie es Dedijer, sein Verleger Niemitz und Frau Sichtermann auch heute versuchen. Niemand durfte ein Wort zu seinen Gunsten vorbringen: Er wurde „im Namen des Volkes“ angeklagt und verurteilt. Aber dieses Volk hatte kein Recht auf wahrheitsgemäße Information. Als der Verteidiger des Erzbischofs, Dr. Ivo Politeo, verlangte, einige wichtige Zeugen zu hören, unter denen es auch angesehene Serben gab, antwortete der Staatsanwalt: „Wollte man aufgrund dieser Zeugenaussagen die Verteidigung aufbauen, könnte man das als offenen Schimpf bezeichnen.“ Der mutige Verteidiger entgegnete: „Sie sprechen von offenem Schimpf. Auch ich bin der Meinung, daß es Schimpf bedeuten würde, wenn nur Belastungszeugen zugelassen würden. Ich mache darauf aufmerksam, daß das Urteil, das das Gericht fällen wird, einzige Instanz ist und keine Berufung zuläßt. Außerdem ist mein Antrag von weltweiter Bedeutung, denn die Aufmerksamkeit der gesamten Welt wird durch ihn geweckt. Aus diesem Grund fordere ich, daß die Entlastungszeugen zugelassen werden.“ Sie wurden jedoch abgewiesen. Unter ihnen befand sich auch der unmittelbare Nachfolger Stepinaćs, Kardinal Seper.

Das Urteil eines Gerichts, das nur Belastungszeugen zuläßt und jegliches Entlastungsmaterial abweist, kann außer für die Herren Dedijer und Niemitz sowie Frau Sichermann keinerlei Glaubwürdigkeit beanspruchen. Es spricht jeder Rechtsstaatlichkeit hohn und ist eine grundlegende Verletzung des alten Grundsatzes: Audiatur et altera pars (man muß auch die andere Seite hören). Ein alter Rechtspruch lautet: „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede. Man soll sie hören alle beide.“

Die Behauptung, Erzbischof Stepinac sei Mitglied der Ustascha gewesen, ist eine absurde offenkundige Verleumdung. Im Rundschreiben 8976 vom 17. Dezember 1945 rief er, wie bereits in den Rundschreiben der Jahre 1935 und 1938, die kirchlichen Bestimmungen in Erinnerung, die aktiven Priestern verbietet, auf den Listen irgendwelcher Parteien zu kandidieren. Diesen Standpunkt behielt er auch 1943 bei und hat ihn in seinen Predigten wiederholt betont.

Als man ihm nach dem Krieg öffentlich vorwarf, daß er für Verhaftete, Vermißte oder zum Tode Verurteilte intervenierte, schrieb er am 2.8.1945 an den Präsidenten der Republik Bakarić:

„Ich konnte diese Menschen weder zurückweisen noch wegschicken, wie ich auch vier Jahre lang niemanden aus Euren Reihen zurückgewiesen habe, die kamen, um mich um eine Intervention zu ersuchen.“

Als die Vertreter des Zagreber Domkapitels unter Führung des Bischofs und Generalvikars Franjo Salis am 2. Juni 1945 von Tito empfangen wurden, machten sie u. a. folgende Aussagen:

- „1. Sie haben in Ihrer Regierung heute Menschen, denen er mit seinen Interventionen das Leben gerettet hat.
2. Während des Krieges hat er 7000 Partisanenkinder gepflegt, ohne zu fragen, ob sie Kroaten oder Serben, katholisch oder orthodox seien.
3. Mit seinen Ansprachen und Interventionen hat er sich der Serben, Juden und Zigeuner angenommen und so vielen das Leben gerettet.
4. Er hielt Ansprachen und protestierte gegen rassistische Gesetze, gegen hypernationalistische Vergewaltigungen, gegen Geiselnahme und Hinrichtung so vieler Unschuldiger...“

Kardinal Kuharić möchte nicht, daß die Verteidigung seines Vorgängers, des Erzbischofs und Kardinals Aloisius Stepinac, neue Wunden aufreißt, aber er fühlt sich verpflichtet, für einen ungerecht Verurteilten und vielfach Verleumdeten Zeugnis abzulegen:

„Wir wünschen den Frieden, aber in Gerechtigkeit, Wahrheit, Liebe und Freiheit.“

Der serbische Wirtschaftswissenschaftler Kočević und der Leiter der jüdischen Gemeinde in Zagreb Slavko Goldstein haben erklärt:

„Mit den Opfern wird politisiert, ideologisiert und manipuliert... die Vergangenheit verfälscht und Haß in Gegenwart und Zukunft gesät... Das Schlimmste gegenüber diesen

Opfern wäre, wenn sie zum Keim eines Zwiespaltes würden, aus dem neue Opfer hervorgingen.“

Die Schmähschrift Dedijers und der infame Beitrag Barbara Sichtermanns in der ZEIT haben berechtigte Empörung hervorgerufen. Offenkundig geht es wieder einmal — wie bereits in der Nazizeit — darum, die katholische Kirche und ihre Amtsträger zu verleumden. Gerechtigkeit und Fairneß gegenüber der Kirche und ihren hervorragendsten Vertretern machen es notwendig, diesen Machenschaften Einhalt zu gebieten. Hierbei wurde der Verfasser durch Kardinal Kuharić nachhaltig unterstützt, der umfangreiches Material mit der Genehmigung zur Veröffentlichung zur Verfügung stellte. Kroatische Freunde schickten weitere Unterlagen und haben das Manuskript noch einmal überprüft. Ihnen allen möchte ich an dieser Stelle für ihre tatkräftige Hilfe aufrichtig danken.

Pfingstmontag 1989 — Pontifikalamt in der Essener Münsterkirche*)

Liebe Brüder und Schwestern!

I.

Frieden in Gerechtigkeit? —

Die Ratsversammlung der Christen in Basel

„Liebe mit geballter Kraft“, so überschreibt ein christliches Magazin seinen Artikel zur ökumenischen Konferenz in Basel, die heute beginnt. „Liebe mit geballter Kraft“, das hört sich gewaltig an und weckt viele Erwartungen und Hoffnungen. Sind die Enttäuschungen schon vorprogrammiert?

Kardinal Martini, der Präsident des Rates der Bischofskonferenzen, fordert auf, „durch Gebet und Handeln diese Konferenz vorzubereiten, damit sie Zeugnis und Quelle des Friedens wird“. Ist Basel der pfingstliche Ort unserer Tage? Dürfen wir vom Heiligen Geist erwarten, was als Thema über der Versammlung steht: „Frieden in Gerechtigkeit?“

Ein Rheinschiff hat die Strecke nach Basel als „Friedensschiff“ zurückgelegt. Es ist überall begeistert begrüßt worden. Ein publikumswirksames Spektakel? Oder genau die richtige Öffentlichkeitsarbeit für eine fraglos wichtige Sache?

Die Vorgeschichte dieser Konferenz wurde vielfach angekündigt als „konziliarer Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ — im Volksmund oft einfach „Friedenskonzil“. Was steckt dahinter? Von der Sprache her stellt sich diese Konferenz geradewegs neben das zweite Vatikanische und andere Konzilien unserer Kirche. Aber Basel erlebt in dieser Woche kein Konzil, und der „konziliare Prozeß“ ist kein Ersatzkonzil und schon gar nicht ein drittes Vatikanisches Konzil. Gemeint ist der Prozeß einer Beratung unter Christen über Themen, die in aller Munde und in vielen Köpfen sind, eben „Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung“. Basel erlebt in dieser Woche eine europäische Konferenz auf dem Weg zu einer weltweiten Konferenz von Christen im Jahr 1990.

Wir müßten enttäuscht werden, würden wir von Basel die Lösung, das Friedenskonzept für alle Krisenherde, das sichere Rezept für die Bewältigung der Umweltprobleme erwarten. Wir würden zwangsläufig enttäuscht, sähen wir in der Baseler Konferenz eine Kirchenversammlung mit aller Autorität zu lehren wie bei einem Konzil. Solche Enttäuschung kann keiner wollen. Wir würden als Träumer entlarvt, wenn wir uns von der Ratsversammlung der Christen in Basel für die ganze Welt verbindliche Wege zu einem Frieden in Gerechtigkeit versprächen. Die Christen können der Welt nichts vorschreiben. Die Liebe ist zwar eine starke Macht, sie kennt aber keinen Zwang, und erst recht bedient sich der Heilige Geist keiner Machtmittel. Ist damit unsere moderne Pfingstgeschichte von Ba-

*) Diese Predigt hielt Weihbischof Franz Grave und gab sie zur Veröffentlichung für Auftrag frei.

sel schon zu Ende? Er schöpft sich bei nüchternem Zusehen die „geballte Kraft der Liebe“ so schnell?

II.

*Der Friede ist ein Gabe Gottes —
die christliche Botschaft ist gefragt*

Was kann in dieser Pfingstwoche in Basel und anderswo geschehen?

Kardinal Martini hätte nicht aufgerufen zu „Gebet und Handeln“, wenn die katholische Kirche dieser Zusammenkunft gleichgültig gegenüberstände. Vertreter unseres Bistums hätten nicht an vorbereitenden Treffen teilgenommen, wenn die Kirche von Essen kein Interesse am christlichen Zeugnis für den „Frieden in Gerechtigkeit“ hätte. Die katholische Kirche würde nicht europaweit die Hälfte der Teilnehmer nach Basel entsenden, wenn dieser Pfingstmontag sie unberührt ließe. Der Heilige Geist hat schließlich von Anfang an zum Zeugnis für den Glauben ermutigt und befähigt.

Was also findet in dieser Pfingstwoche in Basel statt? Im besten Fall wird es gelingen, daß die Christen vor aller Welt einmütig und demütig bezeugen, was sie vom Frieden, von der Gerechtigkeit und von der Schöpfung im Glauben erkannt haben.

Die wichtigste Erkenntnis, die Christen vor der Weltöffentlichkeit bezeugen können, ist da Bekenntnis: Der eine wahre Gott und Herr der Welt ist der Stifter und Garant des Friedens. Und Jesus Christus hat durch seinen Tod und seine Auferstehung diesen Frieden neu geschaffen, indem er die Menschen mit Gott versöhnte. Die Friedensbotschaft der Christen verheißt, inmitten der äußeren und inneren Friedlosigkeit dieser Welt mit Gott und mit sich selbst im reinen zu sein, Friede als Grundstimmung des erlösten Christen. Dieser Friede ist nicht Eigenfabrikat, sondern Geschenk, Gabe Gottes an uns. Von diesem göttlichen Frieden sagt der Apostel Paulus, daß er jeden Menschenverstand übersteigt. Nur wo Gott anerkannt und verherrlicht wird, wo der Mensch also in Frieden mit Gott lebt, kann Friede auf Dauer bestehen. Basel kann ein pfingstliches Ereignis werden, wenn die Besinnung auf diesen göttlichen Frieden im Vordergrund steht und wenn die in Basel versammelten Christen die Botschaft vom christlichen Frieden der Welt verkünden. Denn diese Friedensbotschaft benötigt die Welt am dringendsten.

III.

*Der Friede ist eine Frucht des Heiligen Geistes —
Umkehr ist gefordert*

Der Friede ist eine Frucht des Heiligen Geistes. Er wächst aus der Versöhnung mit Gott. Keine Versammlung kann ihn herbeireden, und keine Macht der Welt kann ihn herbeizwingen. Wohl können Menschen, die sich bekehrt haben, ganz geduldig und beharrlich Schritte zu einem Frieden in Gerechtigkeit gehen. Das ist keineswegs auf Basel und seine Versammlung in dieser Woche begrenzt. Es gibt viele, die nicht in Basel sind und nicht dem „Friedensschiff“ auf dem Rhein zujubeln, die aber dennoch aus tiefer Überzeugung einen Dienst am Frieden tun. Der echte Friedensdienst ist oft wenig spektakulär.

Wie viele haben z.B. in den vergangenen vierzig Jahren um die Bewahrung des Grundgesetzes gerungen! Sie bemühten sich, Recht und Macht im Einklang miteinander zu halten. Sie stärkten eine Rechtsordnung, die den Frieden im Innern unseres Landes stabil gemacht hat. Wie viele Soldaten haben durch ihren Dienst geholfen, einen zerbrechlichen Frieden in Europa zu schützen! Wie viele Polizeibeamte sind noch in jüngster Zeit unter Einsatz ihres Lebens für Recht und Sicherheit eingetreten! Wie viele, die Recht Recht und Unrecht Unrecht nennen, leisten einen Beitrag zum Frieden, auch wenn ihr Urteil für viele unbequem ist und dem Zeitgeist widerspricht. Wie gefährdet ist der Friede, wenn Gerechtigkeit nicht mehr gesucht wird, sondern eine gefällige Problemlösung, wo Gruppeninteressen über das Gemeinwohl gestellt werden, wo der Schwächere nicht geachtet wird wie der Angesehene und Starke. Der Friede in unserer Gesellschaft ist da am meisten bedroht, wo das schwächste Glied in der Kette, das ungeborene Kind, nicht mehr den vollen Schutz des Rechtes erfährt. Welch gestörtes Rechtsempfinden, ja welche Menschenverachtung wurde in diesen Tagen deutlich, als eine Gerichtsentscheidung zugunsten des ungeborenen Lebens wütenden Protest auslöste. — Und am lautesten protestierten jene, die sonst dauernd vom Frieden reden.

Der Friede, Frucht des Heiligen Geistes, gewinnt Raum und wird stark, wo immer Menschen sich vom Geist Gottes zur Umkehr führen lassen. Der Friede breitet sich aus, wo immer versöhnte Menschen damit anfangen, die notwendigen kleinen Schritte der Versöhnung in Geduld zu gehen. Der Heilige Geist stärkt das gute Mühen aller, die ihn bitten. Darum: Komm, herab, o Heiliger Geist, der die finstre Nacht zerreißt, strahle Licht in diese Welt.

Oder mit den Worten des Pfingsthymnus:

*„Entflamme Sinne und Gemüt,
daß Liebe unser Herz durchglüht,
und unser schwaches Fleisch und Blut
in deiner Kraft das Gute tut.
Die Macht des Bösen banne weit,
schenk deinen Frieden allezeit.
Erhalte uns auf rechter Bahn,
daß Unheil uns nicht schaden kann.“*

Amen

Bekennerbischof Graf von Galen im Kampf für Recht und Menschenwürde

„Die Kirchen haben versagt, das steht nach vierzigjähriger, teils recht emotional geführter Diskussion fest. Sie haben versagt, weil sie Vorstellungen und Wünschen gefolgt waren, die bereits vor der Machtergreifung Hitlers formuliert, im ‚Dritten Reich‘ dann ihre Verwirklichung fanden — wenigstens teilweise, und das genügte vielen Kirchenmännern, Hitlers Staat und seine Politik mittragen zu helfen.“ So liest man nicht etwa in „Publik-Forum“, „Spiegel“ oder „Zeit“, wie man vermuten würde, sondern im „Parlament“ vom 13.6.1987.

Diese selbstgefällige Anmaßung ist für nicht wenige Journalisten und Medienleute typisch, die vom sicheren Port glauben, die Haltung der katholischen Kirche während der Nazi Herrschaft mit dem Etikett „Kirche des Versagens versehen zu dürfen. Hierbei ist für gewöhnlich nicht nur Animosität gegen die ungeliebte Kirche im Spiel, sondern sehr oft sind diejenigen, die sich für kompetent halten, über die Kirche zu Gericht zu sitzen, auch nicht annähernd von jener Sachkenntnis getrübt, die nun einmal zu einem sachgerechten Urteil gehört.

Zugegebenermaßen bedarf es eines immensen Zeitaufwands, um sich auch nur mit den wichtigsten Dokumenten jener Epoche vertraut zu machen. Hierfür ist der 42. Quellband der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte „Bischof Clemens August Graf von Galen“ ein schlagender Beweis. Auf über 1 500 Seiten im Lexikonformat hat Peter Löffler, Oberarchivrat des Bistums Münster, mit Bienenfleiß und geradezu kriminalistischem Spürsinn aus rund 30 Archiven zahlreiche, zum Teil bisher unbekannte Dokumente zusammengetragen und sachkundig kommentiert. Darüber hinaus hat er Hintergründe und Zusammenhänge so erhellt, daß auch der interessierte Nichtfachmann dieses voluminöse Werk mit großem Gewinn lesen kann. Ein chronologisches Register sowie ein detailliertes Personen-, Sach- und Ortsregister erleichtern die Lektüre dieser Bände ungemein. Wer sich in Wort oder Schrift zum Verhalten der Kirche und ihrer damaligen Repräsentanten äußern will, kann kaum an dieser Dokumentation vorbeigehen.

Ein relativ knappes, aber präzises Lebensbild ruft dem Leser die Gestalt des wohl populärsten deutschen Bischofs der Nazizeit in Erinnerung. Selbst diejenigen, die bewußt die damalige Zeit miterlebt haben, werden viel Neues erfahren. Anderes, das sie vielleicht nur mehr verschwommen im Gedächtnis haben, vermögen sie aus neuer Perspektive zu sehen. Und wer das Verhalten der deutschen Bischöfe während des Dritten Reichs möglicherweise nicht immer recht zu verstehen vermochte, wird beim Studium dieses gewaltigen Dokumentarwerks erkennen, daß die damaligen Verhältnisse doch sehr viel verworrener waren, als es sich Menschen, die in einem Rechtsstaat aufgewachsen sind, auch nur vorzustellen vermögen. Papst Pius XII. schrieb am 12. Juni 1940 dem Berliner Bischof Graf von Preysing, der mit der „Eingabepolitik“ des damaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, nicht einverstanden war und eine schärfere Gangart gegenüber den damaligen Machthabern wünschte:

„Es ist ein bisweilen schmerzliches, aber menschlich auch unvermeidliches Charakteristikum dieser schweren Zeit, daß methodische Meinungsverschiedenheiten auch zwischen solchen entstehen, wachsen und sich verschärfen, die im Grundsätzlichen gleicher Gesinnung sind. . .“

Die 565 Nummern umfassende Dokumentation beginnt mit dem Erlaß des Kapitularvikars von Münster über die Ernennung des Pfarrers von St. Lamberti, Clemens August Graf von Galen, zum Bischof von Münster und endet mit der Trauerpredigt von Kardinal Frings am 28. März 1946. In dieser Zeitspanne spielen sich die wechselvollen Ereignisse ab, die den Bischof von Münster zu einem der profiliertesten Oberhirten Deutschlands während der Nazidiktatur machten. Freilich muß man sich bei aller Wertschätzung des unerschrockenen Bekennerbischofs davor hüten, ihn gegen andere Oberhirten dieser Jahre ausspielen zu wollen, eine Versuchung, der allzu viele immer wieder erliegen. Dafür waren die örtlichen Voraussetzungen wie auch Herkunft, Werdegang und Temperament der einzelnen Bischöfe zu unterschiedlich. Dem Bischof von Münster kam neben seiner Herkunft aus westfälischem Uradel noch eine hünenhafte Statur zugute, sowie die Tatsache, daß die Mehrzahl seiner Gläubigen damals noch ungebrochen und unbeugsam im katholischen Glauben verwurzelt war. Dies zeigt sich ganz besonders, wenn auch nicht ausschließlich, im Kampf um das Kreuz 1936 in Oldenburg. Natürlich schmälern diese Umstände nicht die Verdienste des Bischofs. Jedoch gebieten Objektivität und Fairneß, diese Tatsachen nicht unbeachtet zu lassen. Die meisten anderen Bischöfe hatten den Kirchenkampf unter ganz anderen Voraussetzungen und Bedingungen zu führen. Man denke etwa nur an Bischof Sproll von Rottenburg, der lediglich wegen der Nichtteilnahme an einer Reichstagswahl bereits 1938 für die gesamte Dauer der Naziherrschaft in die Verbannung mußte.

Die Nazis hatten von dem als nationalkonservativ geltenden neuen Bischof wohl eine aus ihrer Sicht gedeihliche Zusammenarbeit erwartet. Man wußte, daß er von tiefster Ehrfurcht gegenüber dem greisen Reichspräsidenten Generalfeldmarschall v. Hindenburg erfüllt, aber nicht gerade ein Freund des „liberalistischen“ Weimarer Parteienstaates war. Bei seiner Konsekration bildeten SA- und Stahlhelmformationen in Uniform Spalier. Freilich hätte schon sein Wahlspruch „Nec laudibus — nec timore“ darauf hinweisen können, daß man in ihm keinen willigen „Erfüllungsgehilfen“ im Sinn des Regimes finden würde. So wurde er bereits 14 Tage nach seiner Inthronisation bei der Schulbehörde von Münster wegen deren unzulässigen Eingriffs in den Religionsunterricht vorstellig. Und der Kampf für die Konfessionsschule, die im Reichskonkordat ausdrücklich garantiert war, und einen Religionsunterricht im Geist und Verständnis der katholischen Kirche, zog sich wie ein roter Faden durch seine Amtsführung.

Aus den vorliegenden Dokumenten geht eindrucksvoll hervor, vor welcher schwierige Entscheidungen damals die Bischöfe gestellt wurden. Selbst im nachhinein ist oft schwer zu sagen, wie sie sich hätten verhalten sollen. Einige Beispiele sollen dies verdeutlichen:

Was sollte man zum Wunsch der Partei sagen, daß bei Veranstaltungen etwa der Hitlerju-

gend oder der Frauenschaft Priester religiöse(!) Vorträge halten sollten? Bot sich hier nicht die Chance, viele, die vielleicht überhaupt keinen Kontakt mehr zur Kirche hatten, zu erreichen, bei ihnen Verständnis für religiöse Fragen zu wecken und mit dem Gedankengut der Kirche vertraut zu machen? Aber bestand andererseits nicht die Gefahr, daß die Geistlichen als Lockvögel und Werbeträger benutzt würden? Konnte nicht der Eindruck entstehen, Parteiveranstaltungen würden gegenüber solchen katholischen Vereinigungen bevorzugt? (Nr. 26)

Wie sollte sich der Bischof verhalten, wenn in Münster Theologiestudenten von der Universität zum Wehrsport und SA-Dienst (!) verpflichtet wurden. (Nr. 27) Wo lagen die Grenzen des gerade noch Zulässigen? Wann, wo und wie sollte oder mußte man auf Konfrontationskurs gehen?

Bei der Fülle der Dokumente muß man darauf achten, daß man selbst bei einem solchen profilierten Nazigegner wie dem Grafen von Galen nicht einzelne Äußerungen aus dem Zusammenhang reißen darf. Sonst könnte man selbst ihn bisweilen der Sympathien für die Nazis verdächtigen. So, wenn er am 28. Januar 1934 auf der Führertagung der katholischen Arbeitervereine und Werkjugend sagte:

„Mit heißem, vaterlandsliebenden Herzen stehen wir in diesem Kampf (um äußere Freiheit und Gleichberechtigung in der Völkerfamilie) hinter dem Führer, den Gottes Vorsehung auf seinen verantwortungsvollen Posten berufen hat.“ (Nr. 31)

Auch beim „Löwen von Münster“ muß man auf das Geamt seiner Äußerungen achten, um klar zu erkennen, wie konpromißlos er vom Gedanken durchdrungen war, zwar dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, aber noch mehr, Gott zu geben, was Gottes ist.

Daß seine weltanschauliche Haltung über jeden Zweifel erhaben war, wurde sehr bald deutlich. Bereits am 6. April 1934 schrieb der Gauleiter, Reichsstatthalter und Ministerpräsident von Oldenburg und Bremen Röver an die Reichskanzlei, daß zwar auch in anderen Diözesen Hirtenbriefe verlesen würden, die sich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen, daß aber „der Hirtenbrief des Bischofs von Münster (vom Ostersonntag, dem 26.3.34 gegen den „Mythus“ Rosenbergs und das moderne Neuheidentum (Nr. 35) die übrigen bei weitem an Schärfe übertrifft. Jeder Satz ist vom Haß gegen den Nationalsozialismus diktiert.“ (Nr. 38)

Wenngleich die Predigten des Bischofs von erfrischender Deutlichkeit und nicht selten auch Schärfe gekennzeichnet waren, wußte er doch häufig seine Angriffe gegen die Irrlehren des Nationalsozialismus geschickt mit Worten des „Führers“ oder anderer Parteigrößen zu verbinden. So, wenn er am 15. 4. 34 in Billerbeck betonte: (Hitler) „hat als Reichskanzler in feierlicher Stunde erklärt, daß er das Werk der Wiedererneuerung unseres Volkes auf den Felsengrund des christlichen Glaubens stellen wolle. Das Vertrauen auf dieses Manneswort unseres Führers darf Niemand erschüttern!“ (Nr. 40)

In Recklinghausen suchte er am 23.9.34 in leidenschaftlicher Form eine Unterscheidung zwischen gottgesetzter Obrigkeit und Parteiideologie zu treffen. Er beklagte in dieser Pre-

digst die Knebelung der kirchlichen Vereine und Organisationen, die durch das Reichskonkordat ausdrücklich garantiert waren, und erklärte: „Wir stehen nicht in verneinender Opposition gegen den Staat, gegen die jetzige Staatsgewalt ... treu deutsch sind wir, – wir sind auch treu katholisch!“ (Nr. 69)

Schon sehr bald gab es offene und versteckte Drohungen gegen den Bischof. Hierzu nahm er nach der sog. Großen Prozession am 8. Juli 1935 Stellung: „Ich weiß nicht, ob schon ein Bischof von Münster durch Drohungen sich hat abschrecken lassen, das zu tun und zu sagen, was er in Ausübung seines heiligen Amtes glaubte tun und sagen zu müssen ... Ich weiß nicht ... ob auch ich noch einmal gewürdigt werde, ‚für den Namen Jesu Schmach zu leiden‘, nicht nur Mißkennung und Vorwürfe, sondern auch durch Beraubung der Freiheit, durch Mißhandlung und Leiden ...“ (Nr. 116)

Bereits 1934 wurden ja Hetzlieder gesungen wie „Die alte Judenschande ist endlich ausgelegt, die schwarze Lügenbande hetzt wieder unentwegt ...“ „Man sprach schon damals von ‚schwarzem Schwein‘, ‚scharzem Lumpenpack‘, ‚schwarzem Hetzkaplan‘ usw.

Schon sehr früh wurden Hirtenbriefe, Amtsblätter und Kirchenzeitungen von Kriminalpolizei oder Gestapo beschlagnahmt, wie Galen an den Innenminister Frick am 23. Juli 34 schrieb (Nr. 56). Durch solche Maßnahmen wurde die Möglichkeit der deutschen Bischöfe, sich an ihre Gläubigen zu wenden und zu aktuellen Tagesfragen, die den christlichen Glauben berührten oder in Frage stellten, Stellung zu beziehen, stark eingeschränkt. Kardinal Faulhaber, der Erzbischof von München, schrieb hierzu am 13. August 34: „Zur Zeit haben wir den Zustand der vollendeten Rechtlosigkeit, unter dem mit der Zeit alles zugrunde geht.“ (Nr. 64)

Schon sehr bald nach der „Machtergreifung“ setzten ausgeklügelte Schikanen gegen die Kirche ein. So wollte man einen numerus clausus für Theologiestudenten einführen, die zwar das Reifezeugnis hatten, aber nicht die „Hochschulreife“ zuerkannt bekamen. Für diese war der Oberpräsident nach Anhörung des Gauleiters (!) zuständig. Er überprüfte die „politische Zuverlässigkeit“ des Antragstellers. (Nr. 81)

Zahlreiche Maßnahmen der Machthaber drohten den christlichen Glauben zu gefährden und zu untergraben. Immer wieder mahnte Galen die Eltern, sich ihrer Pflicht bewußt zu sein, für die Erhaltung und Festigung des Glaubens ihrer Kinder zu sorgen. So bereitete das „Landjahr“, von dem allein aus der Diözese Münster 30000 Kinder betroffen waren, große Sorgen. (Nr. 72) Sie kamen nicht nach religiösem Bekenntnis getrennt, sondern gemischt zum Einsatz, um „die konfessionellen Gegensätze zu überbrücken“. Ein entsprechendes Gesetz trat bereits am 1. April 34 in Kraft.

Im Mai 1935 wurde der Bischof mit einer Denkschrift an Hitler betraut, die Kardinal Faulhaber diesem am 30. August zusandte. Sie wurde niemals beantwortet.

In diesem umfangreichen Schreiben suchte Graf von Galen Hitler mit dessen eigenen Worten zur Einhaltung jener Bestimmungen zu bewegen, die durch das Reichskonkordat einvernehmlich geregelt worden waren. An sich gab es eine ganze Reihe von Grundsät-

zen, die ein gedeihliches Zusammenwirken von Kirche und Staat ermöglicht hätten. So hatte Hitler in „Mein Kampf“ geschrieben:

„Dem politischen Führer haben religiöse Lehren und Einrichtungen seines Volkes immer unantastbar zu sein, sonst darf er nicht Politiker sein, sondern soll Reformator werden, wenn er das Zeug hierzu besitzt! Eine andere Haltung würde vor allem in Deutschland zu einer Katastrophe führen.“ (S. 127) Und: „Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich in den Männern, die heute die völkische Bewegung in die Krise religiöser Streitigkeiten hineinziehen, schlimmere Feinde meines Volkes sehe, als im nächstbesten international eingestellten Kommunisten.“ (S. 631)

Galen schrieb in Anknüpfung an diese Worte:

„Wir sind überzeugt, daß diese programmatischen Worte Euer Exzellenz nach Ihrem Willen Richtschnur für die Haltung und das Wirken von Euer Exzellenz geschaffenen und geführten nationalsozialistischen Bewegung und aller ihrer Mitkämpfer sein sollen.“

Bei aller Wahrung der Form gegenüber dem Staatsoberhaupt verweist er auf „die Bestrebungen jener, welche im Gegensatz zu Euer Exzellenz programmatisch festgelegten Willen die völkische Bewegung... mit einem Kampf gegen den sog. ‚Ultramontanismus‘, in Wirklichkeit gegen das Christentum, besonders gegen die katholische Kirche belastet haben.“

Mit zahlreichen Belegen aus Parteischriften, Schulungsbriefen und Kernsätzen aus dem „Mythus“, die den von Hitler geprägten Grundsätzen entgegenstanden und so zum Kampf gegen die Kirche führten, untermauerte er seine Worte. (Nr. 97)

Gleich den anderen Oberhirten stand auch der Bischof von Münster immer wieder vor der Frage, wie man sich gegenüber einzelnen Maßnahmen der Regierung verhalten solle. Vieles, an das kaum jemand überhaupt nur gedacht haben dürfte, war nicht durch das Konkordat geregelt. So bestimmte das Reichsflaggengesetz vom 15.9.35, daß selbst bei bestimmten Anlässen, die nicht das geringste mit der Kirche zu tun hatten — etwa dem Besuch des Chefideologen und geschworenen Feindes des Christentums Alfred Rosenberg in Münster —, auch auf kirchlichen Gebäuden, selbst auf den Gotteshäusern, die Hakenkreuzfahne zu hissen sei. (Nr. 143) Auf Zuwiderhandlung stand Gefängnis oder Geldstrafe oder beides. Während der Kölner Metropolit, Kardinal Schulte diese Frage für eher zweitrangig hielt (Nr. 135), ging es dem Bischof von Münster ums Prinzip. Auch anderen, wesentlich wichtigeren Fragen, war die Meinung der Bischöfe nicht immer einhellig, wie wir noch sehen werden. Es konnte auch wohl kaum anders sein, da die Bedingungen in den einzelnen Diözesen sehr unterschiedlich waren. Was etwa in Münster keine Schwierigkeiten bereitete, war in Hamburg völlig undenkbar. Andererseits war es schon wegen der Gläubigen höchst wünschenswert, daß die Bischöfe einheitlich vorgehen.

Ein besonders wichtiges Zeitdokument stellen die Ausführungen v. Galens auf der Dechantenkonferenz in Münster am 28.10.35 dar (Nr. 139). Der Bischof sprach von den vielfältigen Versuchen, die Geistlichen in der Schule und auf der Kanzel zu überwachen, vom

unheilvollen Einfluß des Biologieunterrichts, in dem Lehren vorgetragen wurden, die mit dem katholischen Glauben unvereinbar sind, von den verschiedensten Vorwänden, Priester aus den Schulen zu verdrängen, von der Hetze in den Schulen gegen die katholischen Jugendverbände, der fast gewaltsamen „Werbung“ für die Staats-Hitlerjugend, obgleich dieser Leitung und Schrifttum das Christentum scharf bekämpften, von zahlreichen Einschränkungen der katholischen Jugendarbeit, die dazu führten, daß katholische Jugendverbände für Kinder und Jugendliche nicht mehr attraktiv waren, von der Erziehung zu einer unchristlichen, ja christentumsfeindlichen Jugend. Es bestand das Verbot der Doppelmitgliedschaft von „Arbeitsfront“ und katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen. Wer aber nicht der „Arbeitsfront“ angehörte, bekam keine Arbeit usw. Konnte es die Kirche verantworten, daß ihre treuesten Mitglieder um der Treue zu ihren Vereinen willen um Arbeit und damit Broterwerb kamen?

Schließlich seine Frage, die heute nicht weniger aktuell ist als damals: „Sind unsere Gläubigen in ihrer Mehrzahl hinreichend religiös unterrichtet und geschult, um die verführerischen Irrlehren als solche zu erkennen und zurückzuweisen? [Man denke an die Jugendsekten und die Okkultismuswelle unserer Tage!] Sind sie so tief innerlich von der Treue zu Christus erfaßt und gestählt, daß sie unter jeder Bedingung entschlossen sind, gegebenenfalls, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen“?

In seiner Ansprache vor den Dechanten verwies der Bischof auch auf das Versprechen Hitlers im Juni 34 gegenüber den 3 Bischöfen, die im Auftrag der Bischofskonferenz zusammengetroffen waren, jede Propaganda für die neuheidnischen Ideen zu untersagen. Wenn gleich dieses Versprechen auch nicht widerrufen worden sei, sei es doch nie erfüllt worden.

Graf von Galen, dem der Volksmund später nicht ohne Grund den Namen „Löwe von Münster“ gab, sah sehr klar, daß man den Kampf mit der Regierung nicht leichtfertig herbeiführen dürfe, zwar werde die Kirche kraft göttlicher Verheißung nicht untergehen, aber ein mit den damaligen Mitteln der Propaganda, des wirtschaftlichen Drucks usw. erneuerter Kulturkampf würde für die Kirche erheblich verlustreicher als zur Zeit Bismarcks. Der Kampf müsse stets gegen Irrtum und Lüge gehen, niemals aber gegen irrende Personen. Es gelte, die Gläubigen im Glauben froh zu machen.

Man muß sich immer wieder an das erinnern, was der Bischof bereits 1935 sagte: Alle öffentlichen Kundgebungen der Kirche wurden mißtrauisch überwacht, alle nicht althergebrachten Glaubenskundgebungen wurden verboten. Die anfangs mehr sporadischen Verbote einzelner Hirtenbriefe und sonstiger bischöflicher Verlautbarungen führten im Lauf der Jahre schließlich weitgehend zur vollständigen Unterdrückung der kirchlichen Presse, trotz Artikels 4 des Reichskonkordats, der sie ausdrücklich garantierte. Damit entfielen für die Bischöfe weitgehend die Mittel zur Unterweisung der Gläubigen und ihrer Festigung im Glauben. Allerdings wußte dennoch jeder Katholik, der es mit seinem Glauben ernst nahm, wie die Kirche zu den verschiedenen Maßnahmen des Staates stand.

Bei der schon sehr früh einsetzenden Überwachung der Predigten kam es nicht selten zu

Entstellungen, weil einzelne Sätze aus dem Zusammenhang gerissen wurden, der Spitzel etwas nicht richtig verstanden hatte usw. Peter Löffler hat dies mittels einer Konkordanz der tatsächlichen Ansprache des Bischofs vom 13. Juli 1935 (nach der sog. Großen Prozession), des Berichtes der Gestapo Münster sowie der Gauleitung Westfalen-Nord dokumentiert. (Nr. 178) Um unnötige Mißverständnisse zu vermeiden, machte das kirchliche Amtsblatt vom 1.10.36 darauf aufmerksam, daß der Abdruck eines Hirtenschreibens gestattet sei, jedoch nur bei Wiedergabe des ganzen unverkürzten Wortlauts (Nr. 191).

Genau wie in seiner Denkschrift für Hitler appellierte der Bischof auch bei seinen Eingaben, Beschwerden und Denkschriften immer wieder geschickt an die Vertragstreue der Machthaber und berief sich auf Worte und Zusagen der verschiedenen Parteigrößen. Allein 83mal wandte er sich an höchste Würdenträger wie Gauleiter, Minister und Oberpräsidenten, 6mal an Hitler persönlich. Freilich war letzten Endes alles vergebens. Immer wieder mußte er, genau wie der Vorsitzende der Bischofskonferenz Kardinal Bertram erfahren, daß er überhaupt keine Antwort erhielt oder seine Beschwerden als unbegründet zurückgewiesen wurden. Dies alles muß man berücksichtigen, wenn man jene Zeit und das Verhalten von Kirche und Bischöfen während des Dritten Reichs gerecht beurteilen will. Hier dürfte auch einer der Gründe dafür liegen, daß sich Graf von Galen, wie andere Bischöfe auch, innerhalb des Konkordatsbereichs bewegte. Waren schon die Bemühungen auf diesem völkerrechtlich abgesicherten Gebiet zum Scheitern verurteilt, was konnten die Bischöfe dann erhoffen, wenn sie sich für außerkirchliche Belange einsetzten? So gibt es etwa unter den Dokumenten keinen einzigen Hinweis auf die Vorgänge um die „Reichskristallnacht“, wenngleich andererseits feststeht, daß sich der Bischof von Münster, wie andere Bischöfe auch — so vor allem Kardinal Innitzer in Wien, Graf von Preysing in Berlin und Erzbischof Gröber in Freiburg —, für verfolgte Juden eingesetzt hat. Freilich erfolgte diese Hilfe nicht in der spektakulären Weise, wie sie heutige Zeitgenossen erwarten, die eine Diktatur nur aus Büchern oder oft sehr einseitiger Mediendarstellung kennen, sondern im verborgenen. Der Historiker Rudolf Morsey — der auch dieses Dokumentarwerk redaktionell betreute — wies darauf hin, daß Graf von Galen während des Krieges auch für die Juden öffentlich das Wort ergreifen wollte. Aber „auf ausdrückliche Bitten von Vertretern der münsterischen Judenschaft“ sah er hiervon ab, „um deren Lage nicht zu verschlechtern.“ (Die Welt, 2.5.87) Der anonyme Brief eines Juden, der etwa Mitte September 1941 geschrieben wurde, rühmt „mit größter Bewunderung“ den „Heldenmut“ des Bischofs und schließt mit dem Wunsch „Gott segne Sie!“ (Nr. 350) Und wie die Synagogengemeinde von Köln den Tod „des auch von uns so verehrten mutigen Kämpfers für die Menschlichkeit“ betrauert (Nr. 564), rühmt der Vorsitzende der jüdischen Gemeinden der Nordrhein-Provinz in seinem Kondolenzschreiben den Kardinal als einen „der wenigen pflichtbewußten Männer, der den Kampf gegen den Rassenwahn in schwerster Zeit geführt hat.“ (Nr. 563)

In ihrem Hirtenbrief vom 12.9.1943 hatten sich alle deutschen Bischöfe gegen die „in sich schlechte Tötung an schuld- und wehrlosen Geistesschwachen und -kranken, an unheilbar Siechen und tödlich Verletzten, an erblich Belasteten und lebensuntüchtigen Neugebore-

nen, an unschuldigen Geiseln und entwaffneten Kriegsgefangenen oder Strafgefangenen, am Menschen fremder Rassen und Abstammung“ gewandt. Wenn heute vielfach behauptet wird, die Bischöfe hätten sich nicht klar ausgedrückt, so war man damals jedenfalls nicht so begriffsstutzig, wie etliche Parolen der Nazis zeigten: „Pfaff und Jud – ein Brut!“ Und im Reichsbahnausbesserungswerk München-Freimann prangte der schöne Spruch:

„Wann wird der Menschheit Heil geschaffen?

Wann wird die Welt zum Licht geführt?

Wenn mit dem Darm des letzten Pfaffen

Der letzte Jud erdrosselt wird!“

Der Kampf gegen die Rassenideologie gehörte seit Beginn seines Pontifikats zu den am häufigsten behandelten Themen des Bischofs. Bereits in seinem Hirtenbrief vom 26. März 1934 hatte er sich mit Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“ auseinandergesetzt, einem krausen Gemisch germanophiler Phantastereien und platten Angriffen auf das Christentum, insbesondere die katholische Kirche. Hierzu gehörte schon damals großer Mut, denn der „Mythus“ wurde zwar offiziell als Privatarbeit hingestellt, bildete aber in Wirklichkeit neben Hitlers „Mein Kampf“ die ideologische Richtschnur für die Schulung im nationalsozialistischen Geist, der die Überlegenheit der arischen Rasse beweisen sollte.

Im Lauf der Jahre steigerte sich mehr und mehr die Gewissensnot des Bischofs, die in einem Brief an Bischof Berning von Osnabrück vom 26.5.41 ihren beredten Ausdruck fand. Nachdem v. Galen einige Gewaltakte der Nazis aufgezählt hatte, schreibt er dann weiter:

„Die angeführten Tatsachen zeigen wieder einmal, welch blindem Haß und welchem willkürlichen Mißbrauch der Macht wir gegenüberstehen. . . Es scheint mir nachgerade höchste Zeit zu sein, daß wir einmal in einer gemeinsamen Besprechung uns darüber klar und einig werden, ob wir die Fortführung des uns aufgezwungenen Abwehrkampfes in der bisherigen, fast ganz passiven Weise noch verantworten können. Die Kriegszeit legt uns zwar Zurückhaltung nahe. Aber (es) . . . ist doch die Frage zu prüfen, ob nicht gerade die Liebe zur gesunden Entwicklung unseres Volkslebens uns als deutsche Männer bestimmen muß, freimütig und öffentlich für die Wahrung von Recht und Freiheit einzutreten. . . (Nach Anführung weiterer Rechtsbrüche der Nazis fährt er fort: Auch ich habe dieses, wie vieles andere, bisher ohne öffentlichen Protest hingenommen. Ich habe mein Gewissen immer wieder damit zur Ruhe gebracht, daß ich mir sagte: Wenn der Kardinal Bertram und so viele andere Bischöfe, die an Alter, Erfahrung und Tugend mir überlegen sind, bei all dem ruhig bleiben und sich mit den papiernen und wirkungslosen, der Öffentlichkeit unbekannten Protesten des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz begnügen, dann wäre es anmaßend . . ., vielleicht auch töricht und verkehrt, wenn ich durch eine ‚Flucht in die Öffentlichkeit‘ mich vordrängen und möglicherweise sogar noch brutālere Maßnahmen gegen die Kirche provozieren würde. . .“ (Nr. 330)

Nur wenige Wochen später folgten dann die drei berühmten Brandpredigten, die den Bi-

schof weit über die Grenzen Deutschlands hinaus **bekannt machten**. Die Predigten vom 13. und 20. Juli sowie vom 3. August 1941 bildeten zwar die **Höhepunkte im Kampf des Bischofs gegen Willkür und Rechtsbrüche der Machthaber und für die ungeschmälerte Freiheit der Glaubensverkündigung**, aber sie waren nur die Konsequenz seines **unbeirrba-**ren Einsatzes für Recht und Menschenwürde.

In der ersten dieser Predigten klagte er die Beschlagnahme von Klöstern an und **beschul-**digte Partei- und Staatsorgane der rücksichtslosen Unterdrückung der religiösen **Freiheit**. In bewegten Worten sprach er von „abgrundtiefem Haß gegen das Christentum, das man ausrotten möchte.“ Frontal griff er sodann die damals am meisten gefürchtete Institution an: „Der physischen Übermacht der Geheimen Staatspolizei steht jeder deutsche Staatsbürger völlig schutzlos und wehrlos gegenüber. Völlig wehrlos und schutzlos! . . . Keiner von uns ist sicher, und mag er sich bewußt sein, der treueste, gewissenhafteste Staatsbürger zu sein, mag er sich völliger Schudlosigkeit bewußt sein, daß er nicht eines Tages aus seiner Wohnung geholt, seiner Freiheit beraubt, in den Kellern und Konzentrationslagern der Geheimen Staatspolizei eingesperrt wird.

Ich bin mir darüber klar: das kann auch heute, das kann auch eines Tages mir geschehen. Weil ich dann nicht mehr öffentlich sprechen kann, darum will ich heute sprechen, will ich öffentlich warnen vor dem Weiterschreiten auf einem Wege, der nach meiner festen Überzeugung Gottes Strafgericht auf die Menschen herabruf und zu Unglück und Verderben für unser Volk und Vaterland führen muß. . . .“

Geschickt machte er sich in dieser gewagten Predigt die Worte zu eigen, die der damalige Generalgouverneur Dr. Frank, der nach dem Krieg für seine Verbrechen in Polen hingerichtet wurde, im Februar 1941 in der Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht geschrieben hatte. „Wir wollen jene solide Ausgeglichenheit der inneren Ordnung, die das Strafrecht nicht umkippen läßt in die absolute Autorität staatsanwaltlicher Verfolgungsmacht gegenüber einem von vornherein verurteilten und jeglicher Verteidigungsmittel beraubten Angeklagten . . . Das Recht muß dem einzelnen die legale Möglichkeit zur Verteidigung, zur Aufklärung des Tatbestandes und damit zur Sicherung gegen Willklür und Unrecht bieten . . . Sonst sprechen wir besser nicht von Strafrecht, sondern nur von Strafgewalt . . . Es ist unmöglich, das Rechtsgebäude zugleich mit einer völlig verteidigungslosen Verdammung zu kombinieren. . . .“

Gleich dem Minister Frank sei er sich bewußt, daß er berufen sei, „als Bischof, als Verkünder und Verteidiger der von Gott gewollten Rechts- und Sittenordnung . . . die Autorität des Rechts mutig zu vertreten und eine verteidigungslose Verdammung schuldloser als himmelschreiendes Unrecht zu verurteilen!“ Die Predigt schloß, wie so oft, mit einem Gebet „für unser deutsches Volk und Vaterland und seinen Führer“. (Nr. 333) (Hoffentlich ziehen die „Freunde“ unserer Kirche hieraus nicht den Schluß, der Bischof sei ein Nazi gewesen.)

In der Predigt vom 20. Juli (Nr. 336) gebrauchte der Bischof das einprägsame Bild von Hammer und Amboß: „Wir sind in diesem Augenblick nicht Hammer, sondern Amboß.

Andere, meist Fremde und Abtrünnige, hämmern auf uns, wollen mit Gewalt unser Volk, uns selbst, unsere Jugend, neu formen, aus der geraden Haltung zu Gott verbiegen . . . Der Amboß kann nicht und braucht auch nicht zurückzuschlagen, er muß nur fest, nur hart sein! Wenn er hinreichend zäh, fest, hart ist, dann hält meistens der Amboß länger als der Hammer!“

Am 3. August prangerte er in St. Lamberti, seiner alten Pfarrkirche, die Euthanasieverbrechen an. Angesichts hunderttausendfacher Abtreibungen bei uns und einem starken Trend, Unheilbare, Alte und Schwerbehinderte zu „erlösen“ — vgl. die Morde in den Krankenhäusern von Wuppertal und Wien-Lainz — sind seine Worte auch heute noch von höchster Aktualität, denn „wenn einmal zugegeben wird, daß Menschen das Recht haben, ‚unproduktive‘ Menschen zu töten — und wenn es jetzt zunächst auch nur arme, wehrlose Geisteskranken trifft —, dann ist grundsätzlich der Mord an alten unproduktiven Menschen, also an den unheilbaren Kranken, den arbeitsunfähigen Krüppeln, den Invaliden der Arbeit und des Krieges, dann ist der Mord an uns allen, wenn wir alt und altersschwach sind und damit unproduktiv werden, freigegeben. Dann braucht nur irgendein Geheimerlaß anzuordnen, daß das bei Geisteskranken erprobte Verfahren auch auf andere ‚Unproduktive‘ auszudehnen ist, daß es auch bei den unheilbar Lungenkranken, bei den Altersschwachen, bei den Altersinvaliden, bei den schwerkriegsverletzten Soldaten anzuwenden sei. Dann ist keiner von uns seines Lebens mehr sicher. . . . Es ist nicht auszu-denken, welche Verwilderung der Sitten, welche allgemeines gegenseitiges Mißtrauen bis in die Familien hineingetragen wird, wenn diese furchtbare Lehre geduldet, angenommen und befolgt wird. Wehe den Menschen, wehe unserem deutschen Volke, wenn das heilige Gottesgebot: Du sollst nicht töten . . . nicht nur übertreten wird, sondern wenn diese Übertretung sogar geduldet und unbestraft ausgeübt wird!“ (Nr. 341)

Einige Tage zuvor hatte der Bischof dem Landeshauptmann von Westfalen in dieser Frage geschrieben: „Allgemein herrscht der an Sicherheit grenzende Verdacht, daß diese zahlreichen unerwarteten Todesfälle von Geisteskranken nicht von selbst eintreten, sondern absichtlich herbeigeführt werden; daß man dabei jener Lehre folgt, die behauptet, man dürfe sog. ‚lebensunwertes Leben‘ vernichten, also unschuldige Menschen töten, wenn man meint, ihr Leben sei für Volk und Staat nichts mehr wert.“ (Nr. 338) Der Landeshauptmann erklärte zynisch, er werde sich vom Brief des Bischofs nicht irgendwie beirren lassen. Die (Vernichtungs)Aktion sei in Westfalen in flottem Fortschreiten und in etwa 2—3 Wochen beendet. (Nr. 338) Am 28.7.41 hatte Galen beim Polizeipräsidenten von Münster formell Anzeige wegen Mord erstattet. (Nr. 339) Beide Schritte erfolgten also eindeutig vor der Euthanasiepredigt.

Uns Heutige erfüllen der Mut und die Unerschrockenheit des Grafen von Galen in seinem Kampf gegen das Unrecht nicht weniger mit Bewunderung als die Menschen damals. Dennoch, man muß leider einräumen, daß sie letztlich nichts bewirkten. Zwar befahl Hitler am 24. August 41 die Einstellung der Euthanasie, doch wurde sie unter größerer Geheimhaltung, nunmehr dezentralisiert, fortgeführt. Der einzig wirkliche äußere Erfolg war der Kampf für das Kreuz 1936 in Oldenburg.

Die Reaktion auf die Predigt vom 3. August war ungeheuer. Hohe Parteifunktionäre forderten, dem Bischof einen Schauprozess zu machen und anschließend in Münster öffentlich zu hängen. Doch Goebbels erkannte klar, daß man dann die Bevölkerung von Münster, ja ganz Westfalens, für die Dauer des Krieges abschreiben müsse. (Nr. 342) Aber nach dem Kriege solle abgerechnet werden.

Nach der Besetzung Sendenhorsts am Karsamstag 1945, wo der ausgebombte Bischof Zuflucht gefunden hatte, bewahrte dieser gegenüber den Alliierten dieselbe würdige Haltung wie einst gegenüber den Nazis. Mit Leidenschaft wandte er sich gegen die These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes. Das führte in Exilkreisen zu mancher Irritation. Thomas Mann fühlte sich bemüßigt, vom unerschrockenen Bekennerbischof, der nicht in der Geborgenheit des Exils, sondern unter ständiger Bedrohung durch die braunen Machthaber den Kampf gegen Unrecht und Mißachtung der Menschenwürde geführt hatte, als einem „unbelehrbaren Geistlichen“ zu sprechen. Die Emigrantenzeitung AUFBAU sprach im April 45 von ihm als einem Antihitlerischen Hitlerianer. (Nr. 448)

Doch die deutsche Bevölkerung, die zusammen mit Graf von Galen die furchtbaren Belastungen und Kämpfe der Nazidiktatur an vorderster Front durchgestanden hatte, sah in ihm den „Löwen von Münster“. In ihren Augen wuchs die Gestalt des großen Bischofs geradezu zum Pater Patriae, der sich mit ganzer Kraft für die Menschen einsetzte. An sich zu Recht erwartete man, daß er mit seiner Fürsprache bei den Alliierten nahezu alles Menschenmögliche erreichen werde. Aber ein wenig ernüchtert schrieb er seinem Bruder Franz: „Leider ist mein Einfluß gleich Null.“

Als Graf von Galen am 23. Dezember 45 zum Kardinal erhoben wurde, sollte diese Auszeichnung — in der 1100jährigen Bistumsgeschichte einmalig — vor aller Welt ein unübersehbares Zeichen für die außerordentliche Wertschätzung sein, mit dem Papst Pius XII. die tapfere Haltung der meisten Katholiken dieses Bistums und vor allem seines Oberhirten würdigen wollte. Als die 32 neu ernannten Kardinäle am 21. Februar zur feierlichen Überreichung des Roten Hutes in die Peterskirche einzogen, steigerten sich die Ovationen für den „Conte de Galen“ zu einem Triumph. Alle Welt sah in ihm den Repräsentanten des „anderen Deutschland“, der sein Knie nicht vor Baal gebeugt hatte. Doch nur wenige Tage danach, am Nachmittag des 22. März wurde er von Gott heimgerufen.

In seiner Trauerpredigt sprach Kardinal Frings aus, wovon gewiß alle anständigen Deutschen zutiefst durchdrungen waren: „Solange es ein Bistum Münster gibt, wird man Kardinal Galen mit Stolz nennen als die Zierde des Münsterlandes. Solange es Geschichte des deutschen Volkes gibt, wird man ihn als den Idealsten einen, als den Stolz Deutschlands nennen.“

Lothar Groppe

Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten 1933—1946, Band I und II. Bearbeitet von Peter Löttler. Reihe A: Quellen. Band 42 der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. 1977. CXII+1417 S. Ln.

Verteidigung und Staat

Die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland und die Stationierung verbündeter Streitkräfte in unserem Land

Willy Wimmer

Das erste Halbjahr 1989 war durch eine Anzahl von politischen Ereignissen in unserem Land und in Westeuropa gekennzeichnet, die jedes für sich von Bedeutung waren und dennoch in einem deutlichen politischen wie historischen Zusammenhang miteinander stehen.

- Am 23. Mai 1989 beging die Bundesrepublik Deutschland den 40. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes und damit der Gründung unseres Staates.
- Am 30. Mai gaben die Regierungschefs der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft bei einer Gipfelkonferenz in Brüssel eine Erklärung zum 40jährigen Bestehen der NATO ab.
- Am 31. Mai hielt der amerikanische Präsident George Bush bei seinem ersten Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland in Mainz eine denkwürdige Rede „für ein ungeteiltes freies Europa“.
- Und am 12. Juni 1989 erklärte der Staatspräsident der UdSSR, Michail Gorbatschow, bei seinem Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland in Bonn: „Wir ziehen den Strich unter der Nachkriegsperiode.“

Das Zusammentreffen dieser politischen Ereignisse ist kein Zufall; sie bedingen einander und sind in vielfältiger Weise miteinander verknüpft. Ich will nur eine dieser Verbindungen und Verknüpfungen einmal exemplarisch darstellen:

- Ohne die Zugehörigkeit zur Nordatlantischen Gemeinschaft wäre die Bundesrepublik Deutschland nicht der freie, souveräne Staat geworden, zu dem sie sich in den 40 Jahren ihres Bestehens zunehmend entwickelt hat.
- Ohne die Mitgliedschaft in diesem Werte- und Schutzbündnis freier demokratischer Staaten wäre die Bundesrepublik auch nicht im Stande gewesen, ihre Freiheit und Souveränität zu bewahren.
- Die politische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den 15 übrigen Partnern des Atlantischen Bündnisses hat entscheidend dazu beigetragen, daß unser Staat heute politisch und wirtschaftlich die Bedeutung besitzt, die Präsident Bush in Mainz folgendermaßen gekennzeichnet hat: „Die Bundesrepublik nimmt in der Technologie eine Spitzenstellung ein und ist viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Aber noch wichtiger ist die Tatsache, daß Sie der Welt ein Zeichen gesetzt haben, indem Sie sich wirkungsvoll für Grundwerte wie Menschenrechte, Demokratie und Freiheit einsetzen.“

Namensartikel des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung

Die Amerikaner und die Bundesrepublik waren immer enge Freunde und Verbündete. Heute übernehmen wir darüber hinaus noch eine gemeinsame Aufgabe — als Partner in einer Führungsrolle.“

- Und schließlich ist es der Souveränität, dem Bündnisbeitrag und der Westintegration unseres Staates zu verdanken, daß die Sowjetunion in der gemeinsamen Erklärung vom 13. Juni 1989 unter anderem erklärt: „Die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion . . . verfolgen . . . das Ziel, durch konstruktive, zukunftsgerichtete Politik die Ursachen für Spannung und Mißtrauen zu beseitigen, so daß das heute noch gegebene Gefühl der Bedrohung Schritt um Schritt von einem Zustand gegenseitigen Vertrauens abgelöst werden kann. Beide Seiten erkennen an, daß jedem Staat . . . legitime Sicherheitsinteressen zustehen. . . . Diese Politik berücksichtigt die beiderseitigen Vertrags- und Bündnisverpflichtungen, sie richtet sich gegen niemanden. Sie entspricht dem tiefen und langgehegten Wunsch der Völker, mit Verständigung und Versöhnung die Wunden der Vergangenheit zu heilen und gemeinsam eine bessere Zukunft zu bauen.“

Heute, vierzig Jahre nach ihrer Gründung, ist die Bundesrepublik Deutschland ein führender Partner in der Nordatlantischen Allianz. Sie verdankt diese Position ihrer wirtschaftlichen Stärke, ihrer zuverlässigen und stetigen Außenpolitik und ihrer konsequenten Sicherheitspolitik, nicht zuletzt ihrem wichtigen militärischen Beitrag zur NATO. Die gleichen Faktoren sind es, die unseren Staat zu einem gesuchten und geachteten Gesprächspartner einer — aus durchaus legitimen Eigeninteresse — auf Verringerung der militärischen Kapazitäten und Verbesserung der wirtschaftlichen Fähigkeiten ausgerichteten Sowjetunion gemacht haben.

Unser Land ist eine der führenden Nationen Europas; man kann dies ohne Selbstüberschätzung oder Überheblichkeit als Faktum feststellen. Unsere Partner im Westen wie die politischen Führer des Ostens suchen nicht nur Kooperation mit uns — sie brauchen sie sogar, allerdings in einer sehr unterschiedlichen Weise.

Um so erstaunlicher mutet es an, wenn — in Zusammenhang mit aktuellen Anlässen wie dem schrecklichen Flugunglück in Ramstein, dem Absturz eines amerikanischen Flugzeuges in Remscheid oder der Diskussion über Fluglärm- und Manöverbelastungen — aus bestimmten politischen Kreisen lauthals bezweifelt wird, daß diese Bundesrepublik Deutschland wirklich souverän sei; wenn gar die „Beseitigung von Relikten aus der Besatzungszeit“ und die endgültige Aufhebung des Besatzungsstatuts gefordert wird. Und es erstaunt ebenso, daß hier Parteien, die sich doch eigentlich noch immer dem Internationalismus verschrieben haben, das nationale Bewußtsein unserer Bürger zu nutzen versuchen, um recht zweifelhafte und neblige Ziele zu verfolgen. Welches diese sind, läßt sich nur vermuten: Bestärkung eines latenten Anti-Amerikanismus, Auf-Distanz-gehen von der NATO und ihrer Führungsmacht, Spekulieren mit einer Mittlerrolle oder Brückenfunktion der Bundesrepublik Deutschland zwischen den Blöcken — oder vielleicht auch nur das Ausnutzen (vermuteter) Trends der öffentlichen Meinung mit dem Ziel des eigenen Machtgewinns?

Die Souveränität unseres Staates kann und darf nicht das Mittel sein, das für solche parteipolitischen Ziele mißbraucht wird. Die Fakten sind eindeutig. Die Bundesrepublik Deutschland ist zwar nicht seit ihrer Gründung, aber seit dem 5. Mai 1955 ein souveräner Staat. An diesem Tag wurde durch den entscheidendsten der Pariser Verträge, den Deutschland-Vertrag, das Besatzungsregime beendet; die Bundesrepublik erhielt „die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“. Letzte Vorbehaltsrechte der drei westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges wurden am 18.6.1968 aufgehoben.

Nur in einem einzigen Bereich behalten und behielten sich die westlichen Alliierten Rechte — und Verantwortlichkeiten — vor: Nämlich „in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes, einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung“. Gerade dieser Rechtsvorbehalt aber liegt im wohlverstandenen deutschen Interesse. Mit diesem Vorbehalt nämlich nehmen sich die Alliierten selbst in Pflicht für die Wiederherstellung der deutschen Einheit und für die Erhaltung der Freiheit Berlins. Auch diese Verpflichtung ist im Deutschland-Vertrag noch einmal *expressis verbis* enthalten, nämlich in dem Ziel, „ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“, herbeizuführen.

Behauptungen, aus dieser fortdauernden Verantwortung der drei Westmächte (und auch der Sowjetunion) für Deutschland als Ganzes, einschließlich Berlin, mit dem Ziel eines Friedensvertrages und der Wiedervereinigung, werde sozusagen das Besatzungsstatut fortgeschrieben, entbehren jeder rechtlichen Begründung. Keine der drei Westmächte kann aufgrund dieser Vorbehaltsrechte in die aktuelle politische Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland eingreifen, weder im Inneren noch im Äußeren. Wohl aber geben diese Vorbehalte den westlichen Alliierten das Recht, gegen einseitige Versuche der Änderung des Status von Deutschland und Berlin durch die UdSSR vorzugehen. Dies ist wiederholt geschehen, so im Zusammenhang mit den versuchten Zugangsbeschränkungen zu West-Berlin oder mit dem Chruschtschow-Plan eines separaten Friedensvertrages mit der DDR. Daß dieses Handeln der Westmächte im Interesse der Bundesrepublik Deutschland wie aller Deutschen ist, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Verstärkt wird diese Verpflichtung der drei westlichen Alliierten für die Wiedervereinigung Deutschlands und für Berlin durch ihre erneute Bekräftigung im WEU-Vertrag, im Harmel-Bericht der NATO von 1967 und zuletzt durch die Erklärung der Staats- und Regierungschefs in Brüssel am 30. Mai 1989: „Die Allianz erklärt ihre Verpflichtung für ein freies und gedeihendes Berlin und zur Erzielung von Verbesserungen für die Stadt, besonders durch die alliierte Berlininitiative. Die Mauer, die die Stadt trennt, ist ein unannehmbares Symbol der Trennung Europas. Wir streben nach einem Zustand des Friedens in Europa, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“

Nun ist Souveränität — auch wenn manche heute diesen Eindruck wieder zu erwecken

versuchen — kein Wert an sich. Zu definieren wäre sie als die Fähigkeit, die eigenen Angelegenheiten im Inneren unabhängig zu gestalten und die staatliche Unabhängigkeit nach außen zu wahren. Souveränität im Inneren kann aber niemals als Legitimation dafür gebraucht werden, den eigenen Bürgern ihre Menschenrechte zu beschneiden oder vorzuenthalten. Ebenso wenig kann Souveränität nach außen als Begründung benutzt werden, sich über internationale Vereinbarungen und Regeln des Völkerrechts hinwegzusetzen. Souveränität muß immer als der wertorientierte Rahmen gesehen werden, der die Selbstverwirklichung des einzelnen Bürgers wie die Selbstbestimmung der Gemeinschaft gewährleisten soll.

Daraus ergibt sich als logische Folge, daß nationale Souveränitätsansprüche zugunsten über- oder internationaler Gemeinschaften oder Bündnisse zurückgestellt oder eingeschränkt werden können, wenn dies den genannten Zielen dient. Diese Regelung ist sinnvoll auch in unserem Grundgesetz (Artikel 24) enthalten, in dem es heißt: „Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrecht auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen. Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.“

Genau diesen Schritt, nationale Souveränitätsrechte um des höherwertigen Ziels der Erhaltung der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts willen an übernationale Organisationen abzugeben, ist die Bundesrepublik Deutschland bei ihrem Eintritt in die WEU, in die NATO und bei ihrer Zustimmung zum NATO-Truppenstatut, seinen Zusatzabkommen und zu bilateralen Vereinbarungen mit den westlichen Mächten gegangen. Was hier fälschlich und böswillig als Einschränkung der Souveränität bezeichnet wird, ist vielmehr in einem grundsätzlicheren Sinne gerade die Wahrnehmung der Souveränität um des genannten Ziels willen: des Schutzes der Rechte des einzelnen und der Lebensfähigkeit der Gemeinschaft.

Um ihre Souveränität zu erhalten und auf Dauer zu garantieren, stellte die Bundesrepublik Deutschland nach dem Abschluß der Pariser Verträge Streitkräfte mit dem ausschließlichen Zweck der Verteidigung auf. Ohne Streitkräfte, ohne die Bundeswehr gäbe es keine souveräne Bundesrepublik Deutschland — diese Streitkräfte sind als außenpolitisches Machtmittel in gleicher Weise Bedingung wie Garant unserer Souveränität. Nicht aus einer möglichen und sich wandelnden Bedrohung, sondern aus dem Staatsverständnis der Bundesrepublik Deutschland und dem Willen zur Selbstbehauptung unseres Landes ergeben sich also Notwendigkeit, Existenzbegründung und Selbstverständnis unserer Streitkräfte. Daß wir im Zusammenhang mit der Aufstellung von Streitkräften ausdrücklich und unabänderlich auf die Herstellung und den Besitz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen und Kampfmitteln verzichtet haben, kann in diesem Zusammenhang wohl niemand als eine Einschränkung unserer Souveränität bezeichnen oder gar beklagen.

Zu denken gibt allerdings, daß aus denselben Gruppierungen, die die tatsächliche Souveränität unseres Staates bezweifeln, auch der Garant dieser Souveränität, die Bundeswehr, mehr oder weniger deutlich und umfassend in Frage gestellt wird. Unabhängig von der Schizophrenie dieses Verhaltens stellt sich auch hier wieder die Frage nach der Absicht, die hinter dieser Politik steckt.

Die Abgabe nationaler Souveränitätsrechte an internationale Institutionen ist im übrigen nicht auf den militärisch-sicherheitspolitischen Bereich beschränkt. Auch als Mitglied der europäischen Gemeinschaft haben wir im Interesse der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der politischen Einigung Europas Teile unserer nationalstaatlichen Souveränität abgegeben; dies hat unseren Status als unabhängiger und freier Rechtsstaat in keiner Weise gemindert, sondern eher gestärkt.

Nur auf diesen freiwilligen, wohlüberlegten Vereinbarungen der Bundesrepublik Deutschland mit der NATO, der WEU oder einzelnen Vertragspartnern basieren die Rechte zur Stationierung verbündeter Streitkräfte in unserem Land, zur Übungs- und Ausbildungstätigkeit sowie zur Teilnahme an der gemeinsamen Verteidigung. Ziel der Stationierung von Truppen der NATO in unserem Lande ist es, durch die Präsenz von Streitkräften aus 6 verbündeten Nationen an der Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt zur Abschreckung und damit zur Kriegsverhinderung beizutragen. Mit diesen Streitkräften wird ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, daß ein Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland immer zugleich ein Angriff auf die NATO insgesamt ist. Im Falle eines Angriffes sollen diese Streitkräfte der Verbündeten im Rahmen der Vorverteidigung ihren Beitrag dazu leisten, den Angreifer abzuwehren und die Unversehrtheit des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland wieder herzustellen.

Aus diesen Zielen ergeben sich die den Streitkräften der Verbündeten im NATO-Truppenstatut und den Zusatzabkommen zugestandenen Rechte; es sind Rechte auf der Basis freiwillig und in unserem eigenen Interesse abgeschlossener Verträge und nicht etwa, dies wiederhole ich, Besatzungs- oder Vorbehaltsrechte. Es handelt sich hier um Rechte, die die Stationierung und Ausbildung dieser Truppen im Frieden, ihr Verhalten in einem Spannungsfeld, in einer Krise und schließlich ihren Einsatz in einem Kriege betreffen.

Im Frieden haben die alliierten Streitkräfte das Recht, Ausbildung, Manöver und Übungen ihrer Truppen durchzuführen. Innerhalb der ihnen zur ständigen Benutzung überlassenen Liegenschaft geschieht dies nach dem Recht des jeweiligen Staates, außerhalb dieser Liegenschaften gilt deutsches Recht. Damit haben die Streitkräfte der Alliierten bei Manövern dieselben Befugnisse nach dem Bundesleistungsgesetz, wie sie auch deutschen Streitkräften zustehen. Dazu gehören z.B. die eingeschränkten Befugnisse zum Besetzen und Sperren ziviler Objekte zu Manöverzwecken im Frieden.

Deutsches Recht gilt auch für alle Streitkräfte bei Manövern oder Übungen im Luftraum sowie beim Verkehr mit Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen.

Die alliierten Streitkräfte besitzen Befugnisse zur Aufrechterhaltung der Disziplin ihrer

Truppen und zur Wahrung der Ordnung und Sicherheit innerhalb der von ihnen benutzten Liegenschaften. Außerhalb dieser Liegenschaften dürfen sie nur Maßnahmen zur Disziplin und Ordnung unter den Mitgliedern ihrer eigenen Truppe ergreifen.

Grundsätzlich gilt also auch für die Alliierten das Recht der Bundesrepublik Deutschland; hier muß man vor allem die Straf-, Ordnungs- und Verkehrsvorschriften hervorheben. Nur innerhalb der ihnen zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften können die Alliierten ihre eigenen Rechtsvorschriften auf den Gebieten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung anwenden, um die zur Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderlichen Maßnahmen durchzuführen.

Auch für den militärischen Luftverkehr gibt es keine alliierten Vorbehaltsrechte gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings wurde Frankreich, Großbritannien und den USA durch einen NATO-Ratsbeschluß von 1960, an dem die Bundesregierung voll und gleichberechtigt mitgewirkt hat, die Aufgabe übertragen, die Unantastbarkeit des Luftraumes unseres Staates im Frieden sicherzustellen. Diese Aufgabe wird seit dem Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO von den amerikanischen und britischen Luftstreitkräften wahrgenommen. Diese Regelung liegt im wohlverstandenen Interesse unseres Landes, damit Vorsorge getroffen ist, daß es bei Grenzverletzungen durch Flugzeuge des Warschauer Pakts nicht zu einer direkten Konfrontation mit der vierten Siegermacht des Zweiten Weltkrieges kommen kann. Wir haben keinen Grund, dies zu ändern — was wir aber juristisch natürlich könnten.

In einer Krise und in einem Spannungsfall stehen zwar den deutschen Streitkräften zusätzliche Befugnisse — beispielsweise Schutz ziviler Objekte und Verkehrsregelung — zu, soweit dies zur Erfüllung des Verteidigungsauftrages erforderlich ist. Für die verbündeten Streitkräfte gelten diese zusätzlichen Rechte nicht; sie sind deshalb auf die Unterstützung durch die deutsche Polizei und die Bundeswehr angewiesen.

Im Falle eines Krieges erfüllen die Streitkräfte der Verbündeten ihren Verteidigungsauftrag in unserem Lande auf der Grundlage der Bestimmungen des NATO- und WEU-Vertrages. Wie die Bundeswehr sind auch die Verbündeten hierbei an die deutsche Rechtsordnung gebunden und haben Wortlaut und Geist des NATO-Vertrages und der ihn ergänzenden Abkommen zu beachten.

Auch im Krieg haben nach unserer Verfassung weder die deutschen noch die verbündeten Streitkräfte weitergehende besondere Hoheitsrechte gegenüber der Zivilbevölkerung. Die Zuständigkeit der deutschen zivilen Behörden für ihre Aufgabenbereiche bleibt auch in diesem Falle bestehen.

Auch bei der Stationierung deutscher Streitkräfte in den USA, Kanada, Großbritannien und Frankreich oder in anderen Ländern gelten die Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts. Einzelheiten für die verschiedenen Länder und die unterschiedliche Art der Ausbildung (z. B. Tiefflugausbildung in Goose Bay/Kanada, FlaRak-Ausbildung in Fort Bliss/El Paso, USA und auf Kreta, Luftkampfausbildung in Decimomanna/Sardinien und in

Beja/Portugal, Flugzeugführerausbildung in Sheppard, Texas/USA, Panzerschießen und -ausbildung in Shilo/Kanada und Castlemartin/Großbritannien) sind auf dieser Basis in besonderen Vereinbarungen geregelt. Unterschiede in den Rechtsverhältnissen deutscher Verbände im Ausland im Vergleich zu den Rechten und Pflichten der verbündeten Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland ergeben sich nur aus zwei Gründen:

- Deutsche Streitkräfte sind im Ausland ausschließlich zur Ausbildung stationiert, während die Verbündeten sich in unserem Lande in ihrem potentiellen „Einsatzraum“ im Falle einer Krise oder eines Krieges befinden;
- während den Verbündeten Liegenschaften (Kasernen, Flugplätze usw.) in der Bundesrepublik Deutschland zur ausschließlichen Benutzung überlassen sind, sind der Bundeswehr im Ausland solche Liegenschaften nur zur Mitbenutzung zur Verfügung gestellt, aber nicht ausschließlich überlassen; dies ist für den Ausbildungsbetrieb auch nicht nötig.

Von diesen sich aus den Unterschieden zwischen Ausbildung und Einsatzstationierung ergebenden Differenzierungen abgesehen, treffen also die Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts in gleicher Weise für deutsche Streitkräfte im Ausland wie für verbündete Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland zu.

Es bleibt damit festzuhalten, daß die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland durch die Stationierung ausländischer Streitkräfte in unserem Land weder im Detail noch im Ganzen beeinträchtigt ist. Wo wir nationale Souveränitätsrechte an überstaatliche oder internationale Gemeinschaften und Organisationen abgegeben haben, geschah und geschieht dies im wohlverstandenen eigenen Interesse und damit in einem erweiterten Sinne gerade zur Erhaltung unserer Souveränität. Die hierzu abgeschlossenen Verträge binden unsere Partner ebenso wie uns; sie sind veränderbar und wurden und werden weiterhin den Entwicklungen angepaßt.

Entscheidend ist und bleibt das Ziel all dieser freiwillig und aus eigenem Entschluß abgeschlossenen internationalen Vereinbarungen: Durch die engere Zusammenarbeit in allgemein politischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und anderen Bereichen die Zukunft unseres Staates und unserer Bürger zu sichern und die Möglichkeit positiver Weiterentwicklung für den einzelnen wie für die Gemeinschaft zu erhalten. Dies aber ist Begründung und Ziel staatlicher Souveränität in gleicher Weise.

Die Situation der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft

Deutscher Bundestag debattiert den Bericht des Wehrbeauftragten

Karl-Wilhelm Becker

Die große Sorge, daß die Bundeswehr von einem erheblichen Teil der Bundesdeutschen Bevölkerung abgelehnt wird, stand im Mittelpunkt der Aussprache des Bundestages am 22. Juni 1989 über den Bericht des Wehrbeauftragten Willi Weiskirch. Dieser leitete ihn mit Schreiben vom 15.2.1989 dem Bundestag gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu. Bei der derzeitigen Situation unserer Bundeswehr in unserem Staate ist es m.E. bereits merkwürdig, daß dieser Bericht erst 4 Monate später zur Debatte stand; es ist aber für mich ein Affront gegenüber der Bundeswehr, wenn an dieser Aussprache nur 25 Abgeordnete von insgesamt 458 Abgeordneten des Deutschen Bundestages in einer derart kritischen Lage teilnahmen. Gerade die Politiker, die in letzter Zeit zum Teil lautstark und lauthals immer wieder den Primat der Politik gegenüber der Bundeswehr einforderten, scheinen nicht in der Lage oder willens zu sein, zu diesem Primat der Politik zu stehen, wenn er von der Bundeswehr benötigt oder eingefordert wird. Da genügen keine Sonntagsreden mehr und auch nicht die einmal im Jahr abgehaltene Debatte des Bundestages über den Bericht des Wehrbeauftragten. Der Staatsbürger in Uniform kann mehr verlangen von seinen Politikern. Man kann ihnen in diesem Zusammenhang nur die Note ungenügend geben.

Die Bundeswehr ringt um den Nachweis ihrer Existenzberechtigung im Staate und in der Gesellschaft. Dabei wird sie — wie Willi Weiskirch in seinen Darlegungen ausführte — von den Politikern im Stich gelassen. Er sagte, daß die Politiker sich nicht genügend für diejenigen einsetzten, die sich zum Dienst in der Bundeswehr verpflichtet hätten. Die Soldaten klagten darüber, daß in den Medien zunehmend das Bild einer überflüssigen, ja friedensstörenden Bundeswehr gezeichnet werde. Der frühere Bundesminister der Verteidigung Georg Leber habe erst kürzlich seine Sorge geäußert, die Bundeswehr könne sich in ein Getto zurückziehen, isoliert und abgelehnt von jener Bevölkerung, die sie vor äußeren Gefahren schützen müsse. Willi Weiskirch sagte in der Debatte sehr deutlich: „Ich vermissem den klaren Schulterschuß der Politik mit unseren Soldaten, genauer gesagt: Das eindeutige und durchgehende Engagement aller Politiker für die Männer, die sich zum Dienst in der Bundeswehr verpflichtet haben.“ Dies war sehr deutlich und unseren Politikern ins Stammbuch geschrieben.

Unsere Soldaten sind ein Abziehbild unserer Gesellschaft, aus der sie kommen, und nehmen deren Gefühle mit in die Kasernen. Nach den Jubelstürmen in der Bundesrepublik Deutschland für den sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow scheint jedes Feindbild, an dem sich bundesdeutsche Soldaten in ihren Unsicherheiten noch orientieren könnten, in Verlust geraten zu sein. SPD-Politiker meinen inzwischen, daß man die Bundeswehr mindestens halbieren könnte. Damit wird jedem zweiten bundesdeutschen Soldaten von Politikern bescheinigt, daß er im Grunde überflüssig sei. Die Parteipolitik, die in den vergangenen Jahren aus guten Gründen vor dem Kasernentor haltgemacht hat,

hält jetzt dort ihren ungebremsen Einzug. Die Sozialdemokraten folgen heute dem Bundesminister der Verteidigung Gerhard Stoltenberg nicht mehr, wenn er auf die Tatsache hinweist, ohne Westbündnis unter Einschluß der Bundeswehr wäre es im Ost-West-Verhältnis nicht zu diesen gravierenden Veränderungen gekommen, auf die sich heute in Europa so große Hoffnungen stützen. Die politische Linke in der Bundesrepublik vertritt heute die Auffassung — in völligem Gegensatz zu den übrigen europäischen Linksparteien —, daß der Entspannungsprozeß im Osten keines militärischen Anstoßes aus dem Westen bedarf.

Gerichte der Bundesrepublik Deutschland entscheiden heute immer mehr, daß Soldaten ungestraft Mörder genannt werden dürfen. Dies ist für mich ein Verfall der Sitten und unserer Justiz. Der Staatsbürger in Uniform genießt den Schutz unseres Grundgesetzes. Er erfüllt einen Verfassungsauftrag und muß daher unter dem Schutz unserer Rechtsordnung stehen. Er darf deshalb auch nicht für Richter vogelfrei sein. Es ist bedauerlich, daß der Deutsche Bundestag in diesem Zusammenhang nicht gegen derartige pauschale Beschimpfungen und Verunglimpfungen schärfstens protestiert hat. Hier haben alle Abgeordneten eine große Chance verpaßt. Eine große Gelegenheit wurde versäumt, die Soldaten in aller Öffentlichkeit zu verteidigen, von denen die Volksvertreter erwarten, daß sie unter persönlichen Opfern ihren Verteidigungsauftrag erfüllen, der ihnen einst von diesen Volksvertretern erteilt worden ist. Wer wagt hier noch vom Primat der Politik zu sprechen? Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Dieses alte deutsche Sprichwort gilt auch für unsere Richter. Wer die Sendung „Der perfekte Mord“ am 14. Januar 1988 um 20 Uhr 45 im Fernsehen betrachtet hat, weiß, worum es in diesem Zusammenhang geht: „Um die ‚Massenvernichtung‘ von 32 000 bis 50 000 Menschen, die im Dritten Reich durch Richter umgebracht worden sind“. Kann man heute aus diesem Grund von Richtern als „potentiellen Mördern“ sprechen? Ich glaube nicht. Diese Urteile sind m.E. eine Vergewaltigung jedweder Logik und ein Eiertanz des schlechten juristischen Gewissens. Derartige Urteile sind nach meiner Auffassung einer der größten Justizskandale seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Das amtliche Siegel unter diesen Urteilen bringt Millionen von Bürgern, die gerade deshalb Soldaten der Bundeswehr sind oder gewesen sind, um Töten zu verhindern, gedanklich in die Nähe der übelsten Verbrechen, die unsere Zivilisation kennt. Genau so sieht es mit ihren Vätern und Großvätern aus, die ihre Pflicht im ersten und zweiten Weltkrieg getan haben, und mit all den Gefallenen und Kriegsbeschädigten. Dies ist meiner Meinung nach um so empörender, wenn man den genauen Wortlaut des Mord-Paragraphen des Strafgesetzbuches kennt. Der § 211 des StGB besagt: „Der Mörder wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft. Mörder ist, wer aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebes, aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder um eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu verdecken, einen Menschen tötet.“ Wer unsere Soldaten in die Nähe derartiger Verbrechen rückt, begeht nach meiner Meinung eine ganz große Beleidigung vieler Millionen Bürger unseres Staates und eine ebenso große Volksverhetzung. Diese richterliche Verkenennung des Verteidigungsauftrages unserer Bun-

deswehr muß — so der verteidigungspolitische Sprecher und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag Uwe Ronneburger — wenigstens politisch korrigiert werden. Denn — so Ronneburger —: „Es kann ja wohl nicht angehen, daß die Dritte Gewalt ihre eigene Unabhängigkeit nach außen von ‚potentiellen Mördern‘ schützen läßt.“ Es wäre die Pflicht und Schuldigkeit aller Abgeordneten des Deutschen Bundestages gewesen, gerade in dieser Aussprache über den Bericht des Wehrbeauftragten auf diese Grichtsurteile politisch zu reagieren. Leider geschah dies nicht — ein großer Augenblick wurde leider vertan.

Wir haben es in diesem Zusammenhang nicht — wie so oft in unseren Medien gesagt wird — mit einem Bundeswehrdefizit — sondern mit einem Defizit der Politik gegenüber der Bundeswehr zu tun. Zunächst und vor allem muß aufgeräumt werden mit den Mißverständnissen und Fahrlässigkeiten, die die Politik sich in Sachen Bundeswehr hat zuschulden kommen lassen. Die Optik, mit der sich Amts- und Mandatsträger aller Parteien — ohne Ausnahme — nach Ramstein und Remscheid an die Seite von Volkes Stimme flüchteten, war einfach miserabel. Daß Soldaten, vor allem die Luftwaffenangehörigen, den Eindruck haben mußten, die Politik habe sie im Stich gelassen, ist ein sehr bedenkliches Zeichen der Vernachlässigung staatsbürgerlicher Pflichten durch den Souverän, den Bundestag, der immerhin — zu Recht — den Primat der Politik für sich in Anspruch nimmt. Daß Uniformträger angepöbelt werden, daß man sie in monströser „Beweisführung“ als „potentielle Mörder“ diffamieren durfte, hat viel zu wenige Politiker von Rang auf die Barrikaden gebracht. Die unverschuldeten Defizite der Bundeswehr wurden und werden gehandelt wie Unwetterschäden, für die sich so recht niemand verantwortlich fühlt und die, schlimmer noch, schwer, wenn überhaupt zu reparieren sind. Der Wehrbeauftragte fordert mehr und besseren politischen Unterricht in den Streitkräften. Aber um diesen Unterricht glaubwürdig und notwendig erscheinen zu lassen, bedarf es eben des engagierten Interesses der Politik an der Bundeswehr. Die Mühen um mehr und besseren Nachwuchs bei Berufs- und Zeitsoldaten, um bessere Besoldung und Beförderungschancen, um bessere Bedingungen für Reservistenübungen, sind des Schweißes aller Abgeordneten und nicht nur der parlamentarischen Wehrexperthen wert. Die reichste Industrienation Europas müßte sich gerade in Zeiten schwankender, sich verändernder Bedrohungsanalysen um ein solides materielles und edukatives — erzieherisches — Fundament ihrer Streitkräfte kümmern. Der Soldat, der seinem Land 15 Monate sinnvoll dienen soll, darf sich nicht am Rande der Gesellschaft wiederfinden. Die Politik muß ihm den Platz in ihrer Mitte schaffen.

Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker, der am 5. Juli 1989 die turnusmäßige Tagung des Arbeitskreises „Wehrdienst und Berufswelt“ in Düsseldorf besuchte, sagte kürzlich zu der Problematik unserer Bundeswehr: „Nicht der Soldat ist die Zielscheibe des Zweifels. Diskussionsbedürftig und diskussionswürdig ist dagegen die Sicherheitspolitik.“ Diese Aussage des Bundespräsidenten hatte der Wehrbeauftragte in der Debatte des Bundestages zum Motto seines Jahresberichtes erhoben. Die neuen Töne sind nicht zu überhören. Aus fast 9000 Petitionen, die ihn im vergangenen Jahr aus der Armee erreicht ha-

ben, mußte Weiskirch mit Schrecken entnehmen, daß es nicht mehr der Schleifer Unteroffizier Himmelstoß ist, der den Alltag in den Kasernen bestimmt. Was vielmehr Rekruten wie Offiziere gleichermaßen bedrückt, ist das rapide abnehmende öffentliche Verständnis für die Bundeswehr. Weiskirchs Beschwerdemappen sind voll von Klagen, die eine schwere Krise im Verhältnis zwischen Bundeswehr und demokratischer Gesellschaft markieren. Da ist die Lehrerin, die einen Abc-Schützen anherrscht: „Soldat ist dein Vater? Pfu!“ Piloten müssen sich als „Killer“ und „Luftrowdys“ titulieren lassen, sie werden der Waffenschiebung verdächtigt, und der Begriff „potentielle Mörder“ für Soldaten hat Eingang in unsere Rechtsprechung gefunden.

Der CDU-Abgeordnete Breuer berichtete in der Aussprache über den Bericht des Wehrbeauftragten von Begegnungen mit Soldaten, die unter der veränderten Haltung weiter Teile der Öffentlichkeit litten. Aus Gesprächen wisse er, daß Soldaten selbst in ihrem Bekannten- und Freundeskreis als „Killer“ diffamiert würden. Breuer sagte, nicht wer seinen Verfassungsauftrag und seine Verfassungspflicht erfülle, habe sich zu rechtfertigen, sondern derjenige, der dies nicht tue und den Wehrdienst verweigere. Breuer wies auch auf die Errichtung von Denkmalen für den „Unbekannten Deserteur“ in der Bundesrepublik hin. Das erste dieser Denkmale sei in Bremen errichtet worden, und zwar mit finanzieller Unterstützung des SPD-geführten Bremer Senats. Betrieben habe dieses Vorhaben eine Gruppe, die sich „Reservisten verweigern sich“ nennen würden und deren Angehörige ihre Wehrpässe öffentlich verbrannt hätten. Ziel dieser Kampagne sei es, ein Klima zu schaffen, in dem der Wehrdienst für den demokratischen Rechtsstaat grundsätzlich verweigert werde. Der FDP-Abgeordnete Nolting sagte in diesem Zusammenhang, auch seine Partei sei beunruhigt über die schwindende Akzeptanz für die Bundeswehr. Der Dienst in der Bundeswehr sei Friedensdienst; es sei ein ungeheuerlicher Vorgang, daß sich Soldaten dieser Armee als KZ-Aufseher beschimpfen lassen müßten. Nolting sagte, ein besseres Klima in den Streitkräften sei nötig. Das sei nur dann möglich, wenn sich Soldaten als Gleichberechtigte und nicht mehr als Untergebene fühlten. Auch auf die Mängel der Reservistenkonzeption ging Nolting ein. Man könne es nicht hinnehmen, daß Reservisten mit einer bestimmten Ausbildung, von denen es in der Bundeswehr zu wenig gäbe, häufiger eingezogen würden als andere. Der Bundesregierung warf Nolting vor, keine plausiblen Antworten auf die Frage nach der Existenzberechtigung der Bundeswehr zu geben.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Heistermann sagte in dieser Aussprache, die Bundeswehr sei zwar auch wegen der Abrüstungs- und Entspannungspolitik „auf dem Prüfstand“, vor allem aber wegen „hausgemachter Probleme“, für welche die politische Führung die Verantwortung trage. Sie habe über Struktur und Umfang der Bundeswehr zu entscheiden. Für die Verschlechterung der Lage sei die Hilflosigkeit der Regierung in vielen Fragen der Bundeswehr maßgebend. So hätten die Soldaten jahrelang die Verlängerung der Wehrpflicht auf achtzehn Monate öffentlich vertreten müssen, nun sei aber über Nacht alles ganz anders geworden. Für den Erhalt des derzeitigen Bundeswehrumfangs fehle das Geld. Jeder neue Verteidigungsminister fange an — so Heistermann —, alles von vorne zu prüfen, statt Entscheidungen zu fällen. Offenbar gebe es keinen sicherheitspoli-

sche Konzeption und erst recht keine Kontinuität, an der die Minister sich orientieren und weiterarbeiten könnten. Die Soldaten spürten diese Konzeptionslosigkeit der Führung. Allein, daß man ein Attraktivitätsprogramm für notwendig ansehe, sei verräterisch: Es zeige, daß die soziale Situation der Soldaten nicht attraktiv sei.

Die Bundesregierung hat am 5. Juli dieses Jahres im Rahmen der Beschlüsse zum Bundeshaushalt 1990 ein umfangreiches Programm zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr verabschiedet. Für die Realisierung dieses Programms werden 1990 und in den Folgejahren jeweils Mittel in Höhe von 400 Millionen Mark bereitgestellt. Über diese in einem besonderen Titel zusammengefaßten 400 Millionen Mark hinaus sind im Haushalt weitere Finanzmittel für spürbare Verbesserungen im personellen Bereich eingestellt. Für Modernisierung von Kasernen sind insgesamt 360 Millionen Mark vorgesehen. Dies ermöglicht, daß nunmehr jährlich 20 000 Unterkunftsplätze gegenüber bisher knapp 10 000 zeitgemäß gestaltet werden können. Angesichts der Halbierung der Zahl wehrdienstfähiger junger Männer bis Mitte der 90er Jahre und des anhaltenden wirtschaftlichen Wachstums muß die Bundeswehr bei der Gewinnung qualifizierten Personals konkurrenzfähig bleiben. Ziel des Attraktivitätsprogramms ist es, die sozialen und materiellen Bedingungen für die Soldaten so zu verbessern, daß die Streitkräfte auch weiterhin ihren Personalbedarf durch ein hinreichendes Bewerberaufkommen sicherstellen können. Zugleich sind spürbare Verbesserungen für unsere Wehrpflichtigen und Reservisten vorgesehen. Schwerpunkte des Attraktivitätsprogramms führen zu deutlich günstigeren Laufbahnerwartungen für Berufs- und Zeitsoldaten sowie zu einer Verbesserung der materiellen Lage und der berufsbezogenen Perspektiven für unsere Grundwehrdienstleistenden. Die steigende Bedeutung der Reservisten für den Auftrag der Bundeswehr soll durch besondere Maßnahmen unterstrichen werden. Der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen wird durch die Modernisierung von Unterkünften und Wirtschaftsgebäuden Rechnung getragen. Bundesverteidigungsminister Dr. Gerhard Stoltenberg hat mit der besonderen Schwerpunktbildung für dieses Attraktivitätsprogramm deutlich gemacht, daß Verbesserungen im personellen und sozialen Bereich für ihn von zentraler Bedeutung für den Erhalt der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr sind. Damit soll der fordernde Dienst unserer Soldaten für den Erhalt von Frieden und Freiheit besonders gewürdigt werden. Er beabsichtigt deshalb, dieses Programm der aktuellen Entwicklung anzupassen und in den Folgejahren fortzuschreiben. Alle diese Maßnahmen nützen jedoch nichts, wenn die Gesellschaft in der Bundesrepublik nicht ihre gesamte Haltung gegenüber der Bundeswehr grundsätzlich ändert. Ein gutes Beispiel gab in diesen Tagen hierfür der Weihbischof des Bistums Würzburg, Helmut Bauer. Soldaten der Bundeswehr haben nach seinen Worten weder „Freude an der Gewalt“, noch liefern sie sich „willenlos dem Staatsapparat aus“.

Vor 1300 katholischen Bundeswehrsoldaten beklagte der Weihbischof im Würzburger Dom bei einem Gottesdienst im Rahmen der Kiliani-Wallfahrtswochen, in der Bevölkerung gebe es Vorurteile gegen die Soldaten, und es werde Ihnen abgesprochen, gute Christen zu sein. Auch kirchliche Kreise neigten dazu, Kriegsdienstverweigerung als deutliches christliches Zeichen zu sehen. Im Namen der Kirche wolle er demgegenüber den Sol-

daten danken und ihnen den Rücken stärken, denn das Zweite Vatikanische Konzil habe betont, daß sie einen Dienst für Frieden und Gerechtigkeit leisten. Derartige Stimmen gibt es leider viel zu wenig in unserer Gesellschaft. Die Soldaten selbst trifft nur ein kleiner Teil der Verantwortung für das gespannte Verhältnis zur bundesdeutschen Gesellschaft. Es sind die Politiker, die den Verteidigungsauftrag formulieren, weshalb es auch ihre Aufgabe ist, die Bundeswehr nicht in der Ecke des Kalten Kriegs verkümmern zu lassen. Wo aber sind die Abgeordneten, die sich in ihrem Wahlkreis offen dazu bekennen, daß eine Armee Manöver abhalten und Luftkampf üben muß, soll sie nicht zu einem sündhaft teuren Staatsspielzeug verkommen? Viel Mut würde dies nicht erfordern. Denn nach wie vor kann von der an vielen Orten beschworenen „Akzeptanzkrise“ der Sicherheitspolitik nicht die Rede sein. Nur eine Minderheit der Bevölkerung hält militärische Verteidigung für friedensgefährdend, während mehr als 80 Prozent sowohl die Nato wie auch die Bundeswehr als Stabilitätsfaktoren anerkennen. Die SPD weiß diese Verhältnisse übrigens klug zu nutzen. Obwohl sie politisch stark von der Sicherheitspolitik der Koalition abweicht, pflegt sie bewußt einen engen Kontakt zur Bundeswehr. Von der CDU ist solches nicht bekannt. Die Diskussion um die Tieflüge veränderte sich in der öffentlichen Auseinandersetzung hin zu Fragen über die Verteidigungsstrategie der Nato und die Notwendigkeit von Verteidigungsanstrengungen in der Bundesrepublik Deutschland. Der Wehrbeauftragte des Bundestages sagte hierzu, die Meinung in der Bevölkerung wirke sich auch auf die Soldaten der Bundeswehr aus. Die Berufs- und Zeitsoldaten seien davon betroffen wie die jungen Wehrpflichtigen. Wenn den Bundeswehrangehörigen der Eindruck aufge-
 nötigt werde, sie seien überflüssig, dann dürfe man sich nicht wundern, daß sie an ihrem Auftrag zu zweifeln begännen. Es sei zwingend erforderlich, gerade den Wehrdienstpflichtigen den Sinn ihres Wehrdienstes verständlich zu machen. Er selbst werde bei Gesprächen mit den Soldaten immer wieder gefragt, ob bei nachlassendem äußeren Druck die Bundeswehr überhaupt noch eine plausible Aufgabe zu erfüllen habe. Deshalb sei es nötig, den Soldaten zu erklären, daß die Bundesrepublik auch in weniger spannungsgeladenen Zeiten eine Armee zu ihrem äußeren Schutz benötige. Er erinnerte daran, daß sich besonders viele Piloten der Bundeswehr frustriert fühlten und in Rundfunkgesprächen beklagt hätten, sie fühlten sich von den Politikern im Stich gelassen; 150 Luftwaffenpiloten trügen sich sogar mit „Aussteigergedanken“. Es gebe bereits eine Reihe von Eingaben junger Piloten, die ihn — den Wehrbeauftragten — um Hilfe gebeten hätten. Willi Weiskirch kann jedoch nur auf diese Problematik in der Öffentlichkeit hinweisen, helfen können nur die Politiker.

Weiskirch mahnte aber auch: „Wenn es schon Elternhaus, Schule und Jugendverbände unterlassen, den jungen Soldaten den Sinn ihres Dienstes zu erklären und zu deuten, dann müssen eben die Streitkräfte selbst sich dieser Aufgabe unterziehen.“ Er erinnerte aber auch daran, daß die Bundeswehr nicht allein über Sinn und Zweck der Bundeswehr informieren kann. Zu einer korrekten Vorbereitung junger Menschen auf den Wehrdienst in unserem demokratischen Staat müssen Eltern, Schulen und Verbände mehr tun als bisher. In manchen Schulbüchern der Abgangsklassen sei Bundeswehr als Begriff nicht einmal

aufgeführt gewesen. Durch objektive Aufklärung könne der Wehrdienst in der Öffentlichkeit wieder attraktiver werden und Vorurteile abbauen. Vorhandene Defizite müßten auch in der Truppe im Rahmen des staatsbürgerlichen Unterrichts noch besser vermittelt werden. Das mögliche Rezept zur Verbesserung der Situation schrieb Willi Weiskirch schon vor Jahren in einer von ihm verfaßten Broschüre auf: „Die Kaserne, einst der Inbegriff der Willkür und des Zwanges, muß zum Begriff der Freiheit und Menschenwürde werden. Das Wunder dieser Wandlung müssen wir alle. . . zuwege bringen. Bei aller Bereitschaft, notfalls unsere Freiheit mit der Waffe zu verteidigen: Nie wieder Kommiß!“ Dies sollte und muß die Innere Führung bewerkstelligen können.

Viele Verteidigungsfachleute in der Bundesrepublik und in der Nato beklagen immer mehr, daß das Bedrohungsgefühl der Bevölkerung dem Charme des Kreml-Herrn — Gorbatschow — nicht standhielt. Der demoskopische Befund beweist, daß sich Mentalitäten ändern und mit ihnen das, was hinter dem Nato-Bündnis steht. Die Frage stellt sich, ob die deutsche Rolle nur einer Anpassung bedarf oder auch einer anderen Rason—Einsicht. Bestätigt die gegenwärtige Lage im Ost-West-Verhältnis den Erfolg des Westens, oder stellt sie in Frage, was dazu entscheidend beitrug: Bundeswehr und Nato? Von Napoleon stammt das Wort, er schaue nicht auf die Absichten des Gegners, sondern auf seine Fähigkeiten. Das sowjetische nukleare Potential ist bisher nicht wesentlich eingeschränkt. Das Abkommen über die Beseitigung der landgestützten Mittelstreckenraketen der Weltmächte erfaßt ungefähr drei Prozent der vorhandenen Arsenale. Die UdSSR hat, während sie gegen die Modernisierung in Westeuropa Lärm schlug, durch Kurzstreckensysteme und Zielkorrektur ihrer Langstreckenraketen diese Beseitigung der Mittelstreckenraketen korrigiert und kompensiert. Kürzungen konventioneller Streitkräfte um zehn Prozent, die Gorbatschow am 7. Dezember 1988 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen ankündigte, sind immer willkommen zu heißen. Sie beseitigen jedoch vorerst nicht die vorhandene sowjetische Fähigkeit zu einem Überraschungsangriff und zu raumgreifenden Operationen in Europa. Für Westeuropa kann dann allenfalls die Warnungszeit steigen. Mehr aber auch nicht. Die bewaffnete Macht ist der augenfälligste Teil dessen, was den Staat von einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung unterscheidet. Für uns Deutsche gilt im besonderen, daß der Staat der Besiegten von 1945 im folgenden Jahrzehnt Souveränität, Sicherheit und Gleichberechtigung erlangte, wofür Wiederbewaffnung, Bundeswehr und Integration in der atlantischen Allianz der Preis war. Innere und äußere Bündnisfähigkeit waren den Deutschen in ihrer Geschichte selten beschieden. Die innere durch lebendige Demokratie und Grundgesetz, die äußere durch Westintegration und Wehrbeitrag wurden Staatsräson der Bundesrepublik. Das Bündnis ist politisch so organisiert, daß es unfähig zum Angriff ist, aber respektvoll in der Verteidigung. Im Bündnis und durch das Bündnis wurde die Bundesrepublik zuerst zum Teilhaber an der nuklearen Abschreckung und dann, logisch verbunden damit, an nuklearer und konventioneller Rüstungskontrolle. Diese Erfahrungen der Vergangenheit haben entscheidende Bedeutung für die Gegenwart und begründen den unverzichtbaren Auftrag der Bundeswehr. Der Beteiligung an Friedensmissionen der Vereinten Nationen wird sich die Bundesrepublik

nicht lange mehr entziehen können. Auch hier sind wieder die Politiker gefragt, um der Bundeswehr auch die Teilnahme an diesem Friedensdienst zu ermöglichen. Daß dies bisher noch nicht geschehen ist, zeigt für mich einen Verlust an politischer Führungskraft in der Bundesrepublik Deutschland an. Dies ist m.E. unverkennbar. Er steht in eklatantem Gegensatz zum zunehmenden Bedarf an Entscheidungsfähigkeit. Am 19. Juli dieses Jahres hat z.B. das Bundeskabinett über den Verlauf der rechtsrheinischen ICE-Strecke der Bundesbahn entschieden, wenn man jedoch genau hinsieht und diese Entscheidung unter die Lupe nimmt, dann wird deutlich — so ein Kommentator —, daß diese eine „Nichtentscheidung strittiger Fragen“ ist. Die Rasanzen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, aber auch der gesellschaftlichen und politischen Veränderungen hat in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen und dauert auch an. In dieser Zeit haben wir aber auch eine rückläufige Entscheidungskraft der demokratischen Instanzen erlebt, die aber nicht nur auf starre und sich teilweise bekämpfende Lager zurückgeht. Sie wurzelt letztlich in einer allgemeinen Verunsicherung über die Zukunftsperspektiven und über eine damit häufig verbundene Angst, entweder vor einer Umwelt- oder vor einer sozial-wirtschaftlichen Katastrophe. Da zudem die gegensätzlichen Meinungen durch fast alle politischen Parteien hindurchgehen, ist auch die Bildung politischer Mehrheiten schwieriger und unsicherer geworden. Auseinandersetzungen haben bei uns in der Bundesrepublik Deutschland häufig den Charakter von Glaubenskriegen angenommen, weshalb nicht nur die Fähigkeit, sondern häufig auch der Kompromiß schwindet. Der Konsens wird oft gar nicht mehr gesucht; und sogar einzelnen Mitglieder von Regierungen ist es nach meiner Meinung wichtiger geworden, sich vor den eigenen Anhängern zu rechtfertigen, als ihre politische Führungspflicht für alle Bürger zu erfüllen.

Auch die Bundeswehr hat verschiedentlich unter dieser Entwicklung gelitten, wie z.B. die Diskussion über die Verlängerung der Wehrpflicht auf 18 Monate deutlich gezeigt hat. Unsere Politiker laufen hier dem Populismus nach, eine der gefährlichsten Drogen für Politiker. Dieser ist heute in der Bundesrepublik Deutschland zum Markenzeichen des politischen Betriebes geworden. Wer sich bei diesem Begriff um Klarheit bemüht, wird mit der Definition des Meyer-Lexikons vorzüglich bedient: „Populismus — Schlagwort (mit zum Teil negativen Tendenzen) für eine um ‚Volksnähe‘ bemühte, programmatisch unscharfe Politik, die Stimmungen der Unzufriedenheit und akute Konfliktlagen aufgreift.“ Die Liste der politischen Konfusionen ist bei uns in der Bundesrepublik sehr lang. Es wurde mit geradezu kreuzzugartigem Eifer für Wackersdorf und das nationale integrierte Entsorgungskonzept gestritten. Fast über Nacht galt das Milliardenprojekt dann als entbehrlich. Die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik stand auf dem Spiel, wenn der Wehrdienst nicht verlängert würde. Wie ein Sonnenstrahl aus wolkenverhangenem Himmel traf dann plötzlich die Erkenntnis die Bonner Sicherheitspolitiker, es gehe auch ohne eine Verlängerung. Die Quellensteuer, unter dem Steuerreform-Minister Gerhard Stoltenberg als wesentlicher Bestandteil eines zukunftsfähigen Konzepts gepriesen, ließ sein Nachfolger Waigel schnell und publikumswirksam wieder abschaffen. Die Frage liegt m.E. sehr deutlich auf der Hand, ob diese Fehler nicht von vornherein zu erkennen waren. Ent-

springt die Art und Weise, wie getroffene Entscheidungen im Schnellgang zurückgenommen wurden, wirklich nur der Einsicht, daß man Weichen in der Politik falsch gestellt hat, und nicht einer populistischen Auffassung von Politik? Diese Frage scheint mir schwer beantwortbar zu sein. Auch der Wehrbeauftragte hat in seinen Ausführungen vor dem Deutschen Bundestag auf eine derartige Entwicklung aufmerksam gemacht.

In Hamburg fand am 27. und 28. Februar 1989 zum zweiten Mal ein Forum „Bundeswehr und Gesellschaft“ statt, das sich auch ausführlich mit dieser Thematik befaßte. Professor Gertrud Höhler führte hierzu in der Diskussion aus: „Wir brauchen offenkundig eine neue Begründung für Verteidigungsbereitschaft. Ich erkenne in der zivilen Welt, daß auch Vergnügen an der Bundeswehr nicht bedeutet, daß man ihren Auftrag verstanden und durchdrungen hätte. Wir haben keine klaren Hintergrundvorstellungen, wenn wir von der Erhaltung unseres Systems reden. Wir haben eine vergleichsweise leichtfertige Einschätzung dessen, was gegnerische Systeme sein könnten, wir haben ein Herunterspielen dessen, was überhaupt ideologische Gegensätze in dieser Welt sind, und wir haben ein allgemeines Friedens- und Versöhnungspathos, das sich offenkundig in unserem Staat nicht verträgt mit einer klaren Einschätzung dessen, was menschliche Aggressionspotentiale sind, und zwar ganz unabhängig jetzt von militärischen Potentialen.“ In dieser Diskussion regte Senator a.D. Alfons Pawelczyk, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „SPD und Bundeswehr“, die Bildung einer parteien-übergreifenden Bundeswehr-Kommission an. Die Kommission solle geleitet werden „von einer hervorragenden Persönlichkeit, die die drei entscheidenden Bereiche, um die es in der Bundeswehr geht, jetzt anfaßt“. Pawelczyk nannte in diesem Zusammenhang die Bereiche gesellschaftliche und soziale Situation der Bundeswehr, Finanzen, Personal und Strukturen der Zukunft sowie die Ausbildung und Weiterbildung in der Bundeswehr. Er sagte weiter: „Die eigentliche Krise besteht darin, wenn die Akzeptanz weiter verlorengeht. Die Schlacht findet im Augenblick nicht in der Lüneburger Heide statt; sie findet in den Köpfen statt: Es kommt darauf an, die Dinge so anzupassen und neu zu illustrieren, daß die Akzeptanz steigt, quer durch die Generationen.“ Hier sei in erster Linie — wie vorstehend schon dargelegt — die Politik gefordert. Die Bundeswehr selbst hat schon reagiert und die „politische Bildung jetzt runderneuert“. Die Neufassung der Zentralen Dienstvorschrift (ZDv) 12/1 mit dem Titel „Politische Bildung in der Bundeswehr“ kam Ende Juli 1989 in die Truppe. Zentrales Anliegen dieser „runderneuten“ Vorschrift ist es, die enge Wechselbeziehung zwischen politischer Bildung und Menschenführung aufzuzeigen. „Der Soldat muß die Werte der Verfassung, denen er verpflichtet ist, auch im beispielhaften Verhalten seiner Vorgesetzten erleben“, heißt es dazu in dieser Vorschrift. Dieser verbindlichen Forderung liegt die Erkenntnis zugrunde, daß erst die Bemühungen aller Vorgesetzten, die Prinzipien politischer Bildung in der Menschenführung zu verwirklichen, Sinn und Zweck des soldatischen Dienstes überzeugend zu vermitteln vermag. Menschenführung in der Bundeswehr ist daher nicht nur ein Mittel, ein gedeihliches Betriebsklima herzustellen. Sie ist vor allem Ausdruck des Menschenbildes, das unserem Grundgesetz zugrundeliegt, und dann Ausdruck demokratischer Gesinnung. Neue Akzente für die politische Bildung setzt die Vorschrift darüber hinaus,

wenn sie fordert, den Erfahrungs- und Erlebnisbereich der Soldaten zu berücksichtigen und ihnen vermehrt Beteiligung an Planung und Durchführung der Unterrichts- und Seminarveranstaltungen einzuräumen. „Kriterien des Erfolges“, so stellt die ZDV 12/1 heraus, „sind weniger abfragbares Wissen als Einsichten, Erkenntnisse und Erfahrungen“. Neue Themenfelder, die sich aus den Veränderungen im sicherheitspolitischen Umfeld und den wachsenden Herausforderungen unserer Zeit auf wirtschaftlichem, ökologischem und technologischem Gebiet ergeben, sollen im staatsbürgerlichen Unterricht und in der Seminararbeit künftig vermehrt Berücksichtigung finden. „Hierbei gilt es“, wie der Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Dieter Wellershoff, in seinen Vorbemerkungen zur neuen ZDV 12/1 fordert, „den Sinn des Dienens unter den sich ändernden politischen und gesellschaftlichen Bedingungen überzeugend zu vermitteln.“

In seinem Bericht an den Deutschen Bundestag — Jahresbericht 1988, Drucksache 11/3998 vom 15.2.1989 — geht der Wehrbeauftragte Willi Weiskirch auch speziell auf die Probleme der Wehrübungen und die damit verbundene Problematik der Reservisten ein. Zunehmend wenden sich Petenten — Bittsteller — an den Wehrbeauftragten, die sich darüber beklagen, sie würden häufiger als andere Kameraden zu Wehrübungen herangezogen. Nachteile im Rahmen der Ausbildung sowie im Berufsleben seien die Folgen. Nicht selten wird in diesem Zusammenhang vorgetragen, daß Arbeitgeber mit Kündigungen drohen, wenn Reservisten in regelmäßigen Abständen zu Wehrübungen einberufen werden. Seitens des Bundesministers der Verteidigung und der nachgeordneten Dienststellen wird in diesen Fällen regelmäßig argumentiert, die Zahl der Wehrübungen richte sich nach der Mob-Beordnung und dem Bedarf der Truppe. Insbesondere bei den sogenannten Mangel-ATN (Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweis) seien längere Stehzeiten der Reservisten in ihrer jeweiligen Mobilmachungsbeordnung und damit häufige Wehrübungen nicht zu vermeiden. Hierin könne jedoch kein Verstoß gegen Artikel 3 des Grundgesetzes gesehen werden, wie die ständige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes bestätigt habe. In der Konzeption Reservisten sei darüber hinaus die Forderung nach ausgeglichener Belastung durch Wehrübungen aufgenommen worden. Diese Argumentation überzeugt den Wehrbeauftragten immer weniger. Sie wird auch durch ständige Wiederholung nicht besser. Es kann nicht die Aufgabe des Wehrbeauftragten sein, eine kritische Würdigung der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung vorzunehmen. Es geht auch gar nicht darum, den Wehrrersatzbehörden willkürliche Entscheidungen zu unterstellen. Allerdings ist es unerklärlich, warum in den vergangenen Jahren keine entscheidenden Schritte zum Abbau der sogenannten Mangel-ATN unternommen wurden. Daß es Mangel-ATN gibt, weiß die Bundeswehr seit geraumer Zeit. Es gibt aber bisher keine Anstrengungen, um diesem Übel entscheidend durch gezielte Ausbildung entgegenzuwirken.

Viele Wehrübende beklagen die zum Teil mangelhafte Durchführung von Wehrübungen. Diese immer wiederkehrenden Klagen legen den Schluß nahe, daß auch Standardprobleme nicht in ausreichendem Maße zum Anlaß genommen werden, über Lösungsmöglichkeiten nachzudenken. Natürlich wächst bei einer immer größer werdenden Zahl von Wehrübenden auch die Zahl der Fehler beim Einsatz der Reservisten. Aber, soll das Reser-

vistenkonzept zum Erfolg führen, muß dafür Sorge getragen werden, daß die jeweilige Wehrübung ein sinnvolles Unternehmen bleibt. Die Reservisten sehen nämlich — zu Recht — nicht ein, daß sie unter vielen Mühen aus ihrem privaten und zivilberuflichen Umfeld herausgerissen werden, ohne dann bei der Wehrübung fordernd genug eingesetzt zu werden. Dabei müssen solche Klagen auch vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die Reservisten zunächst in Widerspruchsbescheiden der Wehrbereichsverwaltungen auf ihre Unersetzbarkeit während der Wehrübungen eindringlich hingewiesen wurden. Dieser so erzeugten Erwartungshaltung werden die Streitkräfte häufig nicht gerecht. In Einzelfällen, insbesondere bei größeren Übungen, ist ein pausenloser Einsatz jedes Reservisten nicht immer möglich. Hier fehlt es dann jedoch an ausreichender Information der Wehrübenden, die häufig unzureichend in die Lage und den Auftrag eingewiesen werden. Der Wehrbeauftragte meint, daß gerade dieser Frage der Verbesserung der Information weit größere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte, als dies in vielen Fällen geschieht. Das erwarten besonders ältere Reservisten, die im Berufsleben häufig herausgehobene Stellungen bekleiden.

Besondere Probleme gibt es bei der Zulassung zum Reserveoffizieranwärter. In zahlreichen Eingaben haben sich Soldaten — SaZ2 — des Heeres darüber beklagt, daß sie — wider Erwarten — nicht als Anwärter für die Laufbahn der Offiziere der Reserve des Truppendienstes — ROA — zugelassen wurden. Sie hatten sich überwiegend nur aus diesem Grunde zu einem Dienst von zwei Jahren in der Bundeswehr verpflichtet. In ihren Gesprächen mit den Wehrdienstberatern seien sie nicht deutlich genug auf die begrenzte Zulassungsmöglichkeit zu ROA-Laufbahn hingewiesen worden. Die jungen Soldaten wurden in ihrem Vorhaben während des Wehrdienstes auch noch dadurch bestärkt, daß sie in die erforderliche Unteroffiziersausbildung genommen wurden; dies, obwohl bereits bekannt war, daß nicht jeder ausgebildete und geeignete Bewerber als ROA übernommen werden konnte. Grund dafür war u. a., daß der Ergänzungsbedarf neu definiert wurde, und zum anderen, daß nicht genügend Planstellen zum Fähnrich zur Verfügung standen. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß ab 1. April 1988 im Heer ein neues Verfahren — zunächst als Probelauf — eingeführt wurde. Nunmehr treffen die Disziplinarvorgesetzten vor der Übernahme in das Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit vor der Ernennung zum Unteroffizieranwärter unter Berücksichtigung des zugewiesenen Richtwertes die erste Auswahl der Bewerber. Diese Reserveoffizierbewerber, die in die weitere Ausbildung gehen, werden einem Reserveoffizieranwärter-Jahrgang zugeordnet. Wenn sie die Ausbildung abgeschlossen haben und der Laufbahnwechsel durch den nächsthöheren Disziplinarvorgesetzten mindestens „uneingeschränkt befürwortet“ wird, werden sie nach ihrem Stand in einer zu bildenden Eignungsreihenfolge unter Berücksichtigung der Bedarfsvorgabe zugelassen. Bewerber, die auf Grund ihres Platzes in der Eignungsreihenfolge im zugeordneten Reserveoffizieranwärter-Jahrgang nicht zugelassen werden können, nehmen an der Auswahl für den nächsten Lehrgang teil, sofern ihre noch verbleibende Dienstzeit dazu ausreicht. Die Auswahl der Reserveoffizierbewerber aller Truppengattungen des Heeres wird zentral durch das Personalstammamt der Bundeswehr getroffen. Durch diese

Regelung wird es auch möglich sein, daß zunächst nicht zugelassene Bewerber bei einem späteren Reserveoffizieranwärter-Jahrgang erneut in die Zulassungsbetrachtungen mit einbezogen werden.

Der Bericht des Wehrbeauftragten vermittelte auch in diesem Jahr einen sachlichen Einblick in den Zustand der Truppe, zeigte aber auch — zum ersten Mal — das gespannte Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland auf. Man kann nur — im Interesse unserer Sicherheit — darauf hoffen, daß sich der Zustand der Truppe auch weiterhin bessert und die Spannungen zwischen Bundeswehr und Gesellschaft abgebaut werden. Alle Politiker sind gefordert, die hier auch einmal deutlich sichtbar zum Primat der Politik für die Bundeswehr eintreten müssen. Hierbei sollte man nicht vergessen, daß auch die Bundeswehr ein großes Wählerreservoir bildet.

Quellen:

- Walter Bajohr, Nicht nur, wie es euch gefällt. Populismus — eine gefährliche Droge für Politiker, „Rheinischer Merkur — Christ und Welt“, Bonn-Koblenz, Nr. 28, 14. Juli 1989.
- Karl-Wilhelm Becker, Sind unsere Soldaten potentielle Mörder? Gedanken zum umstrittenen „Soldaten-Urteil“ der 14. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt/Main, „Auftrag“, Bonn, Nr. 172, April 1988.
- ..., Werte in der demokratischen Gesellschaft — Überlegungen zur Wertediskussion in der Bundesrepublik Deutschland, „Auftrag“, Nr. 163/164, April 1987.
- ..., Die Bundeswehr im Wandel der Gesellschaft, „Auftrag“, Bonn Nr. 177, Dezember 1988.
- Jörg Bischoff, Die Armee und der Friede, „Stuttgarter Zeitung“, Stuttgart, 9. März 1989.
- Paul Breuer MdB (CDU/CSU), Debattenbeitrag zum Bericht des Wehrbeauftragten im Deutschen Bundestag, Bonn, 22. Juni 1989.
- Der Bundesminister der Verteidigung, Das Attraktionsprogramm für die Bundeswehr. Informations- und Pressestab, Bonn, 5. Juli 1989.
- ..., Der Bundespräsident beim Arbeitskreis „Wehrdienst und Berufswelt“, Informations- und Pressestab, Bonn, 3. Juli 1989.
- „Bundeswehr aktuelle“, Bonn, 25. Jahrgang, Nr. 53.
- Hermann Eich, Im Stich gelassen, „General-Anzeiger“, Bonn, 23. Juni 1989.
- Forum Bundeswehr und Gesellschaft, „Welt am Sonntag“, Hamburg, Sonderdruck 2. Forum, 27./28. Februar 1989.
- Dieter Heistermann MdB (SPD), Debattenbeitrag zum Bericht des Wehrbeauftragten im Deutschen Bundestag, Bonn, 22. Juni 1989.
- Ekkehard Kors, Stoltenberg rügt Diffamierung der Soldaten, „General-Anzeiger“, Bonn, 23. Juni 1989.
- Diemut Majer, Grundlagen des nationalsozialistischen Rechtssystems. Führungsprinzip, Sonderrecht, Einheitsparat, Stuttgart, 1987.
- Meyers Großes Taschenlexikon, Mannheim-Wien-Zürich, 1988.
- Rüdiger Moniac, Weiskirch besorgt über schlechtes Soldatenbild, „Die Welt“, Bonn, 3. März 1989.
- Günter Nolting MdB (FDP), Debattenbeitrag zum Bericht des Wehrbeauftragten im Deutschen Bundestag, Bonn, 22. Juni 1989.
- Soldaten wollen akzeptiert sein — Bericht des Wehrbeauftragten und Debatte im Bundestag, „Das Parlament“, Bonn, Nr. 29, 14. Juli 1989.
- Sozialismus und Landesverteidigung in Europa, „Neue Zürcher Zeitung“, Zürich, Fernaussgabe Nr. 124, Freitag 2. Juni 1989.
- Dr. Gerhard Stoltenberg, Bundesminister der Verteidigung, Dank an den Wehrbeauftragten für seine Anregung zur Verbesserung der Situation in der Bundeswehr, Deutscher Bundestag, Bonn, 22. Juni 1989.
- Michael Stürmer, Bundeswehr und Gesellschaft, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, Frankfurt/Main, Nr. 148/26 D, Freitag den 30. Juni 1989.
- Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten, Jahresbericht 1988, Drucksache 11/3998, Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Bonn, 15.2.1989.
- Verlust an politischer Führungskraft, „Neue Zürcher Zeitung“, Zürich, Fernaussgabe Nr. 158, 10./11. Juli 1988.

Jochen Wagner, Obergefreiter a.D. als Kummerkasten — Das Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages besteht jetzt 30 Jahre, „Rheinischer Merkur — Christ und Welt“, Bonn-Koblenz, 3. März 1989.

Weihbischof stärkt Soldaten den Rücken, „Süddeutsche Zeitung“, München, Nr. 158, 1989.

Weiskirch besorgt um die gesellschaftliche Stellung der Bundeswehr — Aussprache über den Bericht des Wehrbeauftragten, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, Frankfurt/Main, Nr. 142, 23. Juni 1989.

Willi Weiskirch, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, Vorstellung seines Berichtes im Deutschen Bundestag, Bonn, 22. Juni 1989.

Probleme der Gesellschaft

Vor 50 Jahren

Zwischen Gehorsams- und Gewissenspflicht*)

— Eine nachdenkliche Betrachtung fünfzig Jahre nach dem Beginn des II. Weltkrieges —

Norbert M. Schütz

Während Hitler exakt heute vor 50 Jahren — am 31. August 1939 um 12.40 Uhr — den Befehl zum Beginn des Angriffs der Deutschen Wehrmacht für den 1. September 1939 um 4.45 Uhr befohlen hatte, liefen die letzten verzweifelten politischen Bemühungen um die Rettung des Friedens. Am 3. September 1939 lehnte Deutschland die von Frankreich und Großbritannien gestellte Forderung, die deutschen Truppen aus Polen zurückzuziehen, ab. Damit war der Kriegszustand auch im Westen eingetreten; der II. Weltkrieg hatte begonnen.

Nachdem am 3. September 1939 morgens das Ultimatum Großbritanniens in der Reichskanzlei vorgelegt wurde, saß Hitler wie versteinert da, blickte vor sich hin und stellte an seinen Außenminister von Ribbentrop die Frage: „Was nun?“ — Göring sprach's kleinlaut: „Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns der Himmel gnädig sein.“

Im August 1939 kehrte ich als 17jähriger Schüler von einem Ferienaufenthalt aus Frankreich zurück. Auf mich, der als Gymnasiast aus einem total uniformierten und gleichgeschalteten, diktatorisch regierten Staat kam, hatte die sich in Frankreich frei entfaltete Gesellschaft in einem demokratischen Staatswesen einen tiefen und nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Bei Kriegsausbruch stellte sich für mich zwangsläufig die Frage: Für wen und für was soll ich eigentlich in den Krieg ziehen? Gegen wen soll ich mich wehren? In Frankreich hatte ich über die Politik und um die Forderung Hitlers auf Danzig, den Korridor und die Sicherheit für die deutsche Minderheit in Polen im Detail mehr erfahren als meine Landsleute in der geschlossenen Gesellschaft des Reiches. Zwar waren zwischen uns Gesprächspartnern die Meinungen darüber zum Teil unterschiedlich, aber einen Krieg der ungelösten Fragen wegen zu entfachen, dagegen wandte ich mich vehement.

Am 29. April 1941 wurde ich zum Kriegsdienst in die Kriegsmarine eingezogen. Es gibt Zeitgenossen, die mir heute vorhalten, bei meiner damaligen politischen Einstellung hätte ich Hitler den Kriegsdienst verweigern müssen. Wer so spricht, offenbart seine eklatante Unkenntnis der Schwierigkeiten, die das Leben im totalitären Staat dem einzelnen bescherten.

Die beeindruckenden militärischen Erfolge der Deutschen Wehrmacht bis zum September 1942 entwickelten im deutschen Volk ein überwältigendes Gefühl von Macht, Kraft und Einigkeit. Jegliche Opposition wäre von vornherein auf Unverständnis gestoßen und

*) Diese besinnlichen Gedanken trug Kapitän z.S. a.D. N.M. Schütz auf einem ökumenischen Gottesdienst am 31. August 1989 in der Pfarrkirche St. Andreas in Klein-Winterheim

zum Scheitern verurteilt gewesen. Dem Kriegsdienst sich zu verweigern, kam dem sicheren Todesurteil gleich. Wem wäre zu dieser Zeit damit geholfen worden? Was hätte man damals damit bewegen können? — Für mich kam die Überzeugung hinzu, in Stalin einen Feind zu sehen, den ab 22. Juni 1941 zu bekämpfen, ein echtes Wehrmotiv darstellte, um zur Befreiung des russischen Volkes von der Pest des stalinistischen Kommunismus mit aller Kraft beizutragen.

Ganz anders stellte sich für mich die Motivationsfrage im Hinblick auf die verteidigungswürdigen Werte meiner Heimat. Außer allem Zweifel galt es, den Menschen in der Heimat militärischen Schutz zu gewähren. Aber das bedeutete für mich keineswegs, die Gleichschaltung und Unterwerfung aller Lebensbereiche des deutschen Volkes durch die Partei Adolf Hitlers zu verteidigen (Abschaffung der Grundrechte, Entmachtung des Parlaments, Reglementierung aller Erscheinungen und Vorgänge des Lebens im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie). Vor allem die Unvereinbarkeit zwischen der nationalsozialistischen Ideologie und der christlichen Lehre mit der Folge des Kampfes um kirchliche und religiöse Rechte, versetzte mich in einen tiefen Zwiespalt: Einerseits als Soldat zum Schutz der Heimat gegen den äußeren Feind und zur Befreiung Rußlands vom bolschewistischen Joch kämpfen zu wollen, was andererseits bedeutete, dem Naziregime indirekt zu neuen Untaten zu verhelfen.

Um aus diesem Dilemma herauszufinden, wollte ich den Soldateneid als feierliches Versprechen unter Anrufung Gottes, bedingungslos dem Führer und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht zu gehorchen, so nicht leisten. In den Pfarrjugendabenden der Jesuitengemeinde St. Ignatius zu Frankfurt/Main hatte ich gelernt, daß der Mensch mit einer geistigen Substanz ausgestattet, sich in freier Selbstbestimmung auf die guten Werte sich zu besinnen habe, um sie anzustreben und zu verwirklichen. Dementsprechend fügte ich einen geistigen Vorbehalt meiner Eidesleistung hinzu. Ich wollte Gehorsam leisten in den vorgegebenen Grenzen, die selbst noch im Militärstrafgesetzbuch von 1940, § 47, verankert waren, die den Befehl zu Verbrechen verboten. Im Kommentar von 1944 konnte man dazu nachlesen: „Im militärischen Leben gibt es somit den Grundsatz des absoluten, d. h. blinden Gehorsams ebensowenig wie anderswo“. Es galt der Grundsatz: Gehorsam ist das Prinzip, der Mensch steht über dem Prinzip!

Dennoch war ich mir bewußt, daß Konflikte zwischen Gehorsams- und Gewissenspflicht sich u. U. würden nicht ausschließen lassen.

Um einer Spannung solcherart aus dem Wege zu gehen, versuchte ich, auf einem untergeordneten Posten den Krieg heil zu überstehen. Aber es kam ganz anders! Der Kommandeur in meiner ersten Verwendung war Angehöriger der „Bekennenden Kirche“. Seine Absicht war es, Menschen mit ausgesprochenem christlichen Sinn in Vorgesetztenstellen zu bringen, um der sich auch in der Kriegsmarine immer breiter machenden nationalsozialistischen Weltanschauung einen Damm entgegenzusetzen.

Ich befand mich ohne mein Dazutun in einer höchst unangenehmen Situation. So fuhr ich während meines Fronturlaubes im Sommer 1942 zum Bischof von Münster, Clemens Au-

gust Graf von Galen, um bei ihm Rat einzuholen. Im Sommer 1933 hatte ich ihn als Elf-jähriger auf dem Landsitz seines älteren Bruders Franz in Merfeld bei Dülmen kennengelernt. Fast wortwörtlich prägten sich die Sätze des Bischofs in mein Gedächtnis ein: „Du hast deine Situation nicht selbst geschaffen. Somit trägst du dafür auch keine Verantwortung. Als Hitler an die Macht kam, warst du ein Junge von nicht einmal elf Jahren. Jetzt mit deinen zwanzig handle mit zunehmender Weisheit und stelle dein tägliches Handeln unter Gottes Gebot. Alles andere, was du aus eigener Kraft nicht zu ändern vermagst, nimm in Demut vor Gott als Buße auf dich und betrachte es als eine Fügung Gottes.“

Danach forderte er mich auf, nicht als aktiver wohl aber als Offizier der Reserve größere Verantwortung zu übernehmen. Zum einen sei es geboten, vor später einzuleitenden Aktionen zur Abwendung weiterer Untaten des Naziregimes, zunächst zur erfolgreichen Abwehr der Sowjetarmee zum Schutz von Volk und Vaterland, beizutragen. „Dies kannst du aus vielen Soldatenbriefen als Wille der militärischen Befehlshaber entnehmen.“ — Zum anderen trug er mir als keine geringe Aufgabe auf, selbst den Angehörigen gefallener Soldaten zu kondolieren. „Statt des propagandistisch-ideologischen Geschwätz's der Parteibonzen spende du Trost und Dankbarkeit und verweise auf Gottes Vorsehung und die Hoffnung auf das himmlische Paradies, das denen verheißen ist, die im aufrechten Glauben an eine gute Sache, ihr Leben für Volk und Vaterland zum Opfer brachten.“

Durfte ich mich dem Willen meines ersten Kommandeurs und dem klaren Auftrag des Bischofs Graf von Galen entziehen? War es nicht meine Pflicht gewesen, in ihrem Sinn Verantwortung zu übernehmen und dafür einzustehen? Das Schicksal forderte mich mehr als einmal heraus.

Frontsoldaten schweigen und sprechen nicht gern über die Erlebnisse, die sich ihnen in die Tiefe ihres Herzens geschnitten hatten. Und doch möchte ich eine Begebenheit wiedergeben, die in meinem Gedächtnis traurig und schmerzlich zugleich tief haften geblieben ist und die sich niemals auslöschen läßt.

Es ist nicht die Rede von der ständigen harten ideologischen Auseinandersetzung zwischen dem NSFO*) und meiner Einheit, die an Ostern 1945 im Stützpunkt Oslo darin gipfelte, daß er für die Truppe den von mir angebotenen Kirchgang verbieten und statt dessen eine „weihevollte Stunde für das Leben und den Endsieg“ setzen wollte. „Ich kann als ‚Deutscher Christ‘ auch gottgläubig sein ohne den Christengott“, versuchte er meinen gestandenen Männern in deren Hirne einzuhämmern. Zum wütenden Entsetzen des NSFO marschierte fast die gesamte Einheit zum Gottesdienst durch Oslo. Und zu seinem vollen Verdruß mußte er es sich auch noch gefallen lassen, daß es mit „Überredungskunst“ gelungen war, das Halleluja von Händel während des Wunschkonzertes für Soldaten in Norwegen, an erster Stelle gesetzt, laut erschallen zu lassen. — Wie hatte es doch in einem seiner handgeschriebenen Briefe mir mein Heimatbischof, Antonios Hilfrichs aus Limburg gelegentlich eines anderen Zusammenhangs geschrieben? „Es ist mir unverständlich, wie

*) Nationalsozialistischer Führungsoffizier

man in dieser gegenwärtigen Not die Menschen von Christus und seiner Kirche trennen will, da Christus für Sie und, Gott sei Dank, die meisten Deutschen die Quelle der Stärke und des Opfermutes ist. Lassen Sie sich nicht verwirren!“

Das erschütterndste und ergreifendste Ereignis erlebte ich im tragischen Schicksal eines jungen norwegischen Patrioten. Als Partisan war er nach geltendem Kriegsrecht zum Tode durch Erschießen verurteilt worden. Meine Einheit sollte das Exekutionskommando stellen. Den Soldaten war es angesichts der Sinnlosigkeit des Krieges zuwider, einen Mann erschießen zu sollen, dessen Land und Leute sie aus eigener Ansicht schätzen gelernt hatten; ein Land, das bis zu seiner Eroberung aus rein militärstrategischen Gründen, durch die Deutschen demokratisch verfaßt war und zu den besten Freunden Deutschlands zählte. Zudem sahen wir uns als Einsatztruppe technisch nicht geübt und psychisch befähigt, der Aufgabe eines Erschießungskommandos nachzukommen. Allerdings wurde ich unter Androhung eines Kriegsgerichtsverfahrens brutal dazu gezwungen, der Vollstreckung des Todesurteils als Beobachter beizuwohnen. „So etwas müssen sie mal lernen, wie man als entschlossener Soldat mit den Feinden des deutschen Volkes ohne Gefühlsduselei umzugehen hat?“, gab mir der MSFO lauthals zu verstehen und warnte mich davor, die nationalsozialistische Erziehungsarbeit in der Truppe durch öffentliche Gegenrede weiterhin treulos zu sabotieren. Ich hatte verstanden, dachte aber an die kernigen von Bischof Graf von Galen kräftig, voller Wut ausgesprochenen Sätze während meines letzten Besuches bei ihm im Frühjahr 1944: „Nicht du! Sie sind es, die Verrat am deutschen Vaterland üben! Gegen diese Schwafelei mußt du als deutscher Offizier mannhaft antreten, wenn du nicht deine Offiziersehre verlieren willst! Eine Scheidung zwischen gottesfürchtigem Glauben und der Liebe zum Vaterland ist widersinnig! Laß' es nicht zu, daß das Gewissen und die Seele deiner tapferen Männer durch Unverstand und Gewissenlosigkeit der Ehrgeizlinge des Führers verklavt werden! Überwinde deine Angst? Weder Menschenlob noch Menschenfurcht soll dich bestimmen!“

Völlig machtlos, selbst entwaffnet, verfolgte ich tief ergriffen das blutige Geschehen einer Exekution. Mitleidvoll und mit einem stillen Gebet für den am ganzen Körper in Todesangst Zitternden, begleitete ich diesen in seinen letzten Minuten seines diesseitigen Lebens. Ich empfand keinerlei Gegnerschaft zu ihm; ganz im Gegenteil! Mich schmerzte es, daß er, an einem Pfahl gefesselt, ganz alleine und verlassen, wehrlos, diesen gräßlichen Tod für sein Vaterland sterben mußte. „Wie gut haben wir es doch dagegen“, dachte ich. Der Soldat im Gefecht begegnet dem Schatten des Todes in ganz anderer Weise. Er hat viel von den Schrecken des Todes verloren. Er ist ihm gleichsam wie ein Verwandter geworden; manchmal sogar als Freund, wenn die Schmerzen der Verwundung schier nicht mehr zu ertragen waren. — Und dieser da am Materpfahl?

Was ich von einem Krieg halte? Bedarf es an dieser Stelle noch weiterer Worte?

Sicher gab es Soldaten, die menschlich versagten und sich zu Verbrechen haben hinreißen lassen. Hierfür bitten wir um Verzeihung und Gott um gütige Vergebung. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der weit überwiegende Teil der Soldaten in Kamerad-

schaftlichkeit treu, im Kampf ehrenvoll, in Gefahr unbeirrbar, im guten Glauben für das Vaterland ihr Leben tapfer einsetzten und allzu viele von ihnen es auch verloren haben.

Es gab die Attentäter vom 20. Juli 1944, die die Diktatur nicht beseitigen konnten, jedoch mit ihrer Tat ein glorreiches Zeichen des Sich-behaupten-Wollens setzten. Mit ihnen gedenken wir in ehrfürchtiger Weise alle Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft.

Einen Kranz für Hitler?

Das Thema Deserteur-Denkmal geistert wieder durch die Bundesrepublik

Helmut Fettweis

Die pauschale Verherrlichung von Deserteuren durch ein Denkmal erscheint mir völlig unangebracht. Sicherlich gab es Menschen, die aus Ablehnung gegen das Nazi-Regime den Dienst verweigerten und sich bei entsprechender Gelegenheit absetzten. Das waren dann aber nach heutiger Definition echte Widerstandskämpfer. Diese sind anerkannt und wir haben Achtung vor ihrem Entschluß. Sie sind auch versorgungsrechtlich gleichzustellen. Die ungeprüfte Einbeziehung von Deserteuren aller Art aber bringt eine Reihe von Leuten, die man wirklich nicht als Vorbild oder Idol bezeichnen kann, zu unvermuteten Ehren.

Unter den bekannten Deserteuren des II. Weltkrieges sind zu nennen

- SS-Obergruppenführer Fegelein, der Schwager Hitlers, der sich mit seinen Bereicherungen absetzen wollte, geschnappt und erschossen wurde.
- Die Gauleiter, Koch, Ostpreußen, Handke, Breslau, Florian, Düsseldorf desertierten ebenfalls, zogen Zivil an und verschwanden.
- Jener Major L. in meinem Regiment, ein ehemaliger SS-Hauptsturmführer, der unter Beförderung zum Heer versetzt wurde, nahm dienstliches und privates Eigentum von Kameraden — als Tauschobjekte — mit und versuchte in Österreich unterzutauchen, er wurde verhaftet.
- Der Ortsgruppenleiter einer kleinen Stadt im Saargebiet, stellte sich als Kampfkommendant vor, verschwand beim ersten Artillerieschuß unter Mitnahme des „NSV-Schweines“ und der eigenen NSDAP-Mitgliedskarte, aber unter sichtbarer Hinterlassung der anderen Karteikarten.

So ließen sich noch viele Beispiele aufzählen.

Und schließlich muß die Frage gestellt werden, ob mit einem solchen Denkmal auch die Deserteure anderer Länder — General Wlassow, der gegen Stalin antrat — oder der Hetman der Kosaken und die Führer der Krimtataren, die sich von Stalin und seinen Verbrechen distanzieren wollten, geehrt sein sollten. Diese wurden unter Stalin mit ihren Soldaten wegen Desertation erschossen.

Nicht zuletzt muß bedacht werden, daß ein Pauschaler Gedenkstein auch jenen eine Möglichkeit bietet, die unverbesserliche Nazis sind, endlich ihren „Größen“, die desertierten — und letztlich war auch Hitler einer von ihnen — nunmehr Kränze zu widmen. Ob das gewollt ist?

Unverständlich wird dann der „Wirbel“ um den Besuch in Bitburg, wo auf diesen großen Friedhof nur ganz wenige kleine Dienstgrade der Waffen-SS begraben sind. Bedacht werden muß auch, daß eine Desertation fast immer mit dem Blut von Kameraden erkaufte wurde. Denn jeder Gegner nutzt die Chance, einen Überläufer auszufragen. So litten Ka-

meraden für eine persönliche Entscheidung, die jedoch in keinem Fall das erreichte, was der Deserteur, der es ernst meinte, erreichen wollte, das verhaßte Regime zu schädigen oder entscheidend zu schwächen.

Geht man solchen Gedanken weiter, dann müßte auch bald ein Antrag auf ein Denkmal für den „unbekannten Plünderer“ gestellt werden, denn es gibt sicher Leute darunter, die durch Entwendung von Lebensmitteln aus staatlichen Lagern, die Versorgung des Regimes lähmen wollten.

Betrüblich ist an der Diskussion weiterhin, daß sich bei ihr Kräfte profilieren, die aus ihrem parteilichen Verständnis alles andere als eine Demokratie anstreben.

So besteht der Anlaß zu bedenken, daß man hier versuchen will, das Recht des Staates auf das Gewaltmonopol auszuhöhlen, um in der Schwäche des Staates eigene Absichten mit Gewalt durchzusetzen.

Kleines Ökologie-Seminar (II.)

Johannes Cofalka

Wir haben bisher nur einige Begriffe gestreift, um einen Eingang in das umfangreiche und sehr komplexe Gebiet, das Ökologie genannt wird, zu gewinnen. (Vgl. Auftrag 177, S. 24 ff.)

Der Begriff „Ökologie“¹⁾ —, den wir als die *Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Lebensformen auf der Erde und ihrer Umwelt* definiert haben, entstammt sprachlich dem Griechischen: (oikos = das Haus, wo man lebt; auch Haushalt). Wir können den Begriff „Ökologie“ insofern erweitern, als er die *Beziehung der Lebensformen untereinander und mit der „unbelebten“ Umwelt* mit umfaßt.

Als biologische Wissenschaft mit deren drei Hauptgebieten

- Zelle
- Organismus und
- Lebensgemeinschaft

hat es die Ökologie vor allem mit den *Ökosystemen*²⁾ der Lebensgemeinschaften der verschiedenen Lebensformen zu tun, wobei die Ökosysteme den großen Zusammenhang zwischen Pflanzen-, Tier-, und Menschengemeinschaften und deren Abhängigkeiten und Beziehungen zu den Umweltfaktoren Klima und Boden³⁾ bilden und erkennbar machen.

Ein Ökosystem bildet sich aus verschiedenen Faktoren von Beziehungen, Einwirkungen, Rückwirkungen und Folgewirkungen.

In unserem kleinen Ökoseminar wollen wir aber zunächst die Einflußkräfte suchen, die global und scheinbar unabhängig von den mehr regionalen Gegebenheiten wirken.

Zu diesen Großfaktoren gehören die nicht-biotischen Wirkkräfte *Klima* und *Boden* (*geosphärische Faktoren*)⁴⁾ sowie die biotischen *Biosphärischen Faktoren*

- Vegetation,
- Fauna und
- deren durch den Menschen verursachten Veränderungen.

In diesen geosphärischen und biosphärischen Befindlichkeiten bildet das Klima eine übergreifende Wirkungskraft. Die Lebensvorgänge auf der Erde sind von den abiotischen, geosphärischen und biotischen Gegebenheiten abhängig, wobei in ihnen

- Temperatur (Temperaturbereiche)
- Wasser (Wasserfluß, Wasserdruck und osmotische Aktivität)
- Licht (Sonneneinstrahlung, Wolken, Schichten der Atmosphäre)
- Luft²⁾ (Zusammensetzung, Winde, Luftdichte, Luftdruck, Luftfeuchtigkeit)
- Salze

eine besondere Rolle spielen und Einfluß auf die verschiedenen Lebensformen haben.

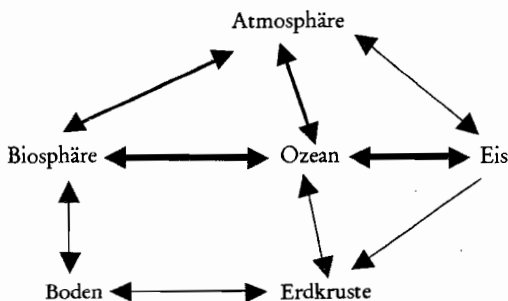
Komponenten des Klimasystems (nach H. Graßl)

Übersicht über die Wechselwirkungen zwischen Ozean — Biosphäre — Eis — Böden und Erdkruste

Für die Atmosphäre haben CO_2 und Spurenstoffe eine überaus große Bedeutung

Klimaparamete: Niederschläge, Wind, Luftfeuchtigkeit, Erdfeuchte, Temperatur

Weitere Bindungen: UV-Strahlung, Höhe üb. d. Meeresspiegel, Verweildauer d. Spurengase i. d. Atmosph.



nach H. Graßl, Verändert der Mensch das Klima der Erde? in: Bensberger Gespräche, v. 23.2. 1988

Hinzu kommt, daß die Vorgänge in den oberen oder unteren Luftschichten der Atmosphäre mit ihren eigenen physikalischen Gegebenheiten auf die Ökosysteme einwirken.

Vegetation, Boden, Tierwelt und menschliche Einwirkungen bilden in den verschiedenen Klimazonen eine aufeinander bezogene, unlösbare Einheit aus, die im Wachsen und Abbau eigene ökologische begrenzte oder übergreifende *Kreisläufe* begründet.

Hierbei ist z.B. die Wasseraufnahme des Wurzelsystems durch Niederschläge bedeutend für den *Wasserhaushalt*⁵⁾ des Bodens ohne Wurzelsystem kein Wasserhaushalt und ohne Wasserhaushalt kein Wachstum.

(Die in einem Ökosystem wirkenden Kräfte, Ketten und Ströme: Nahrungsketten, Produzenten, Konsumenten, Bestandsabfall, Destruenten, Nährsalze, Wasser, Luft, Raum-Zeit-Faktoren werden wir noch kennenlernen.)

Das Klima als übergreifender Faktor aller Ökosysteme ist, wenn auch regionalen Ursachen unterworfen, eine global wirkende Größe.

Die hier wirkenden Wechselbeziehungen einzelner Komponenten sind wesentlich als Voraussetzung für die Lebensform auf der Erde überhaupt:

- Auf unserer Erde werden große Gebiete in unterschiedlicher Weise erwärmt oder abgekühlt,
- von Nord nach Süd und umgekehrt erfolgt im Äquatorbereich ein Wärme- und Wasseraustausch,
- Wechselwirkungen ergeben sich global durch Wind, Luftströmungen, Meeresströme wie aus dem Vorhandensein der Polkappen, der tropischen Regenwälder und der Wüsten,
- Äquatorwärme strömt den Polgebieten, kühle Polarluft den Tropen zu,
- Zusammen mit der Erddrehung und der Neigung der Erdachse sowie mit den regelmäßigen Interwallen der Sonneneinstrahlung entwickelt sich ein gesetzmäßiges Windsystem,
- die unterschiedliche Verteilung von Land- und Wassermassen, Gebirgsketten, Regenwäldern und Wüsten wirkt sich ebenfalls auf Luftströmungen und Temperatur aus,
- die ausgedehnten Regenwälder — global gesehen — haben als tropische Regenwälder und marine Ökosysteme von Langzeitkonstanz sehr wichtige Bedeutung für das Erdklima und für das Klima in regionalen Bereichen.

Bei den vielen variablen und *Langzeitkomponenten* gibt es unterschiedliche Wirkungen in einzelnen Regionen, aber auch ein globales Zusammenwirken der Faktoren, das ein ausgewogenes *Gleichgewicht der Kräfte* und Einflüsse gewährleistet.

Die Wissenschaft hat viele *Grenzwerte* in den Ökosystemen entdeckt und errechnet, aber viele Grenzwerte sind uns noch nicht bekannt. Bekannt sind übergreifende Wirkungen großer Ökosysteme bei Veränderungen im Systemcharakter, aber wir wissen nicht, wie die globalen Faktoren auf verhältnismäßig schnelle und ausgedehnte Störungen reagieren und wie kontinentale Regenerationen erfolgen.

Errechnet wurde inzwischen, daß nur Bruchteile eines Prozents in der Veränderung des *Energiegleichgewichts* genügen würden, um möglicherweise die Durchschnittstemperatur auf der Erde um 2°C ansteigen oder absinken zu lassen. Welche Folgen würden solche Veränderungen weltweit haben?

Wenn ein so feinsinniges und ausgewogenes Gleichgewicht auf der Erde besteht, ist da der Mensch nicht in seiner Verantwortung für die Schöpfung angerufen?

Vor allem der Christ wird sich fragen müssen, in welcher Weise er das Wort des Apostels Paulus: „Die ganze Schöpfung seufzt bis zum heutigen Tage und liegt in Geburtswehen ... und wartet sehnsüchtig auf die Offenbarung der Kinder Gottes“ (Rö 8,22/8,20) und wie er das Wort: „Macht euch die Erde untertan“ zu verstehen und zu verwirklichen hat. Die Kirche kann die Verantwortung für die Schöpfung, ihre ökologische Verantwortung

in der Verkündigung, nicht nur der Politik und den Parteien überlassen. Ökologie ist heute zu einem Problem geworden, das alle Bereiche unseres Lebens erfaßt.

Unsere gegenwärtige Situation macht uns bewußt, daß es im Wissen um die ökologischen Zusammenhänge und Umweltbedingungen ein Nichtwissenwollen, eine weltweite Ignoranz gibt, die zu der Frage zwingt, ob der Mensch nur durch Katastrophen lernen kann.

Es gibt in den Auswirkungen menschlicher Eingriffe in das schöpferisch wohlgedachte Gleichgewicht der Natur globaler Art Ursachen, die den Zusammenhang von aufeinander abgestimmten Komponenten stören oder zerstören können. Hier soll zunächst der schon erwähnte „*Treibhauseffekt*“ etwas näher beschrieben werden, der die Wärmekonstanz der Erde beeinflußt.

Dieser Effekt (auch Gewächshaus- oder Glashauseffekt) ähnelt — mit Vorbehalt⁶⁾ — dem Einfallen kurzweiliger Sonnenstrahlen durch Glasscheiben in einen geschlossenen Raum, der sich immer mehr aufheizt, wobei das Glas nur die langwelligen Wärmestrahlen wieder herausläßt. Die Wärme speichert sich immer weiter im Rauminnen.

In der Atmosphäre hat das Kohlendioxyd — als Folge verbrannter fossiler Brennstoffe — die gleiche Wirkung.

Die Abkühlung der Erdoberfläche wird gehemmt. Die Temperatur der *Luft*⁷⁾ steigt.

Das CO₂ wird schneller in die Atmosphäre abgegeben, als es vom Erdboden und den Ozeanen aufgenommen werden kann. Das Kohlendioxyd zusammen mit anderen Spurengasen absorbiert die langwellige (infrarote) Strahlung und erwärmt sich bei diesem Vorgang, während sie für die kurzweilige, sichtbare Sonnenstrahlung durchlässig bleibt. Die untere Atmosphäre heizt sich auf. Da die *Spurengase* nur langsam wieder ausgeschieden werden, erhöht sich der Effekt. (CO₂ verbleibt etwa sechs Jahre in der Atmosphäre, die Chlorfluormethane CFC₁₃ und CF₂Cl₂ 30—40 Jahre. Lachgas N₂O mehr als 150 Jahre.)

Da die *tropischen Regenwälder* als Speicher für das CO₂ schneller abgeholzt werden, als sie nachwachsen können (auch als Folge des höheren CO₂-Gehalts), verstärkt sich der Prozeß, der für die Nahrungsmittel- und Energieversorgung höchst gefährlich ist.

CO₂ entsteht vor allem durch das Verbrennen *fossiler Brennstoffe* wie Kohle und Erdöl, aber auch durch das Abfackeln von Erdgas und durch natürliche Gegebenheiten bestimmter Bewuchs- und Anbauarten usw.

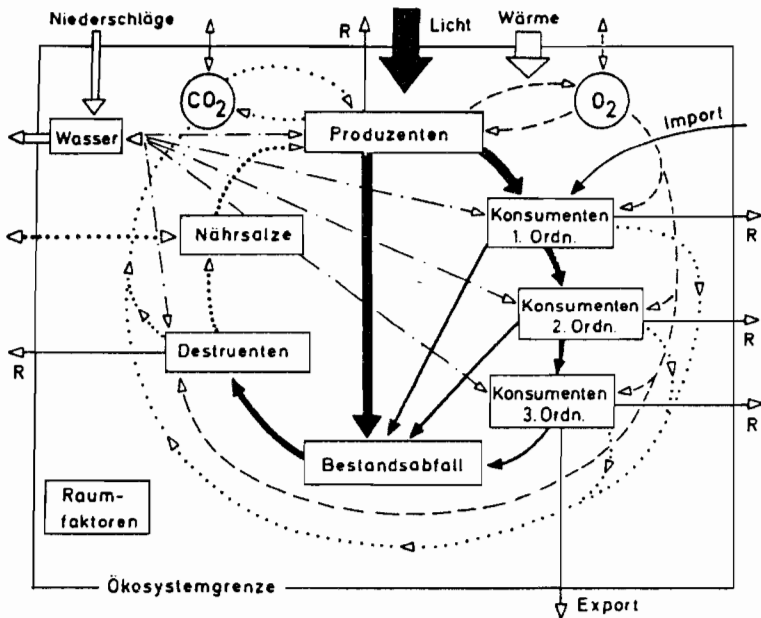
Nach übereinstimmenden Untersuchungen hat die Kohlendioxydmission in den letzten 10 Jahren um jährlich 0,2% zugenommen. Ein Konzentrationsanstieg in der Atmosphäre kann bis zum Jahre 2000 eine Erhöhung der Erdtemperatur um 0,5°C bewirken.

Die ungeminderte Weiterentwicklung der Industrien, weltweit steigender Energiebedarf könnten zu einer Vermehrung des Kohlendioxydanteils und der Spurengase beitragen, zumal die natürliche Erdwärme den Effekt steigert. Die Temperatur der erdnahen Atmosphäre könnte dabei um 2°C steigen, was erhebliche Folgen für die Polkappen wie terrestrische Bedingungen hätte.

Wenn auch die Ökologie nur die Zusammenhänge in der erdnahen Atmosphäre wie in den Ökosystemen der Meere, Gewässer und auf dem Erdboden beschreibt und erforscht, so sind doch die globalen klimatischen Faktoren, auch in den hohen Schichten über dem Erdball, von großen Wirkungen ökologischer Art.

Anmerkungen

- 1) *Ökologie*: Der Begriff wird bereits von Ernst Haeckel (1834+1919), Allgemeine Entwicklungsgeschichte der Organismen, Berlin 1866, verwandt.
Jeder Christ wird aber bedenken müssen, daß schon Paulus im Römerbrief auf die Schöpfungsordnung und die Verantwortung des Menschen für die Schöpfung hingewiesen hat. Die große Bedeutung der Schöpfungsordnung wird auch von Jesus angedeutet, als er (Mt 6,29) die Lilien auf dem Felde als unvergleichlich mit den Kleidern Salomons vor Augen führt. Sein Wort, daß auch die Haare auf unserem Haupte gezählt sind (Mt 5,63; Lk 12,7) läßt erkennen, daß er weiß, wovon er spricht, und daß er die kleinsten und die großen Zusammenhänge der Schöpfung in seine Verkündigung hineinnimmt.
- 2) *Ökosystem*



aus: Angewandte Ökologie, H. Bick, H.H. Hansmeyer, G. Olschowy, P. Schmook, Hrsg. Stuttgart 1984
Die durchgezogenen Linien und schwarzen Balken deuten den Energiefluß an. Die unterbrochenen Linien stehen für Materialströme (dick punktiert: Nährsalze; dünn punktiert-gestrichelt: Wasser. R=Respiration (Atmung) deutet Energieverlust durch Wärmeabgabe an. *Produzenten* sind die pflanzlichen Organismen, die als *autotrophe* Formen mit Hilfe von Lichtenergie organische Substanzen aus anorganischen aufbauen. *Konsumenten 1. Ordnung* sind Pflanzenfresser, *Konsumenten 2. und höherer Ordnung* sind Fleischfresser. *Konsumenten und Destruenten*⁶⁾ sind heterotrophe Organismen, das heißt, sie sind in ihrer Ernährung auf energiehaltige organische Nahrung angewiesen.

Die Reihe Produzent, Konsument 1. Ordnung usw. bis Konsument 3 stellt eine Nahrungskette dar, in der Energie und Stoffe weitergereicht werden.

(Autotrophe/Cautotrophe Organismen=Organismen, die den Zellkohlenstoff aus CO₂ aufbauen, wobei unwichtig ist, woher sie die Energie dazu nehmen. (B. Streit)

- 3) *Boden*: Böden entstehen aus der physikalischen und chemischen Verwitterung des Gesteinsuntergrundes und entwickeln sich je nach dem Klima der geographischen Lage in Verbindung mit den Abbauprodukten der Vegetation zu bestimmten Bodentypen.

Boden ist eine Mischung anorganischer und organischer, belebter und unbelebter Bestandteile. Zwischen denen sich sowohl der Wasserhaushalt als auch der Luftaustausch vollzieht. (nach Br. Streit)

- 4) Die *Geo-Biosphäre* bezieht sich auf die kontinentalen Landmassen, die *Hydro-Biosphäre* umfasst die Ozeane, Meere, Seen, Flüsse.

Geo- und Hydrobiosphäre stehen ständig durch den Wasseraustausch in Verbindung, der zugleich Grundlage für den Stoffaustausch ist.

- 5) *Wasserhaushalt*

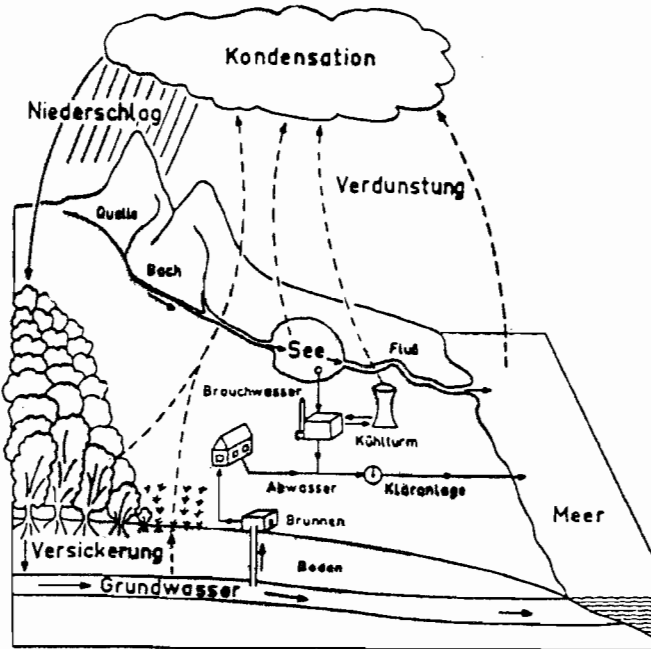
Der Wasserhaushalt im Boden und Bodenbewuchs hängt von vielen Faktoren ab. Hier werden nur die wichtigsten genannt:

- Niederschläge
- natürliche Verdunstung
- Wurzelwerk
- Wurzeltiefe
- Bodenbeschaffenheit und Bodendurchlässigkeit/Bodenatmung
- Temperatur der Luft und des Bodens
- menschlicher Wasserverbrauch
- Grundwassergegebenheiten
- Assimilation der Pflanzen
- Gefälle der wasserführenden Bodenschichten
- Salze und Säuren im Boden und in den Niederschlägen

Den Gebrauch des Wassers regelt das Wasserhaushaltsgesetz (1957/1976) WHG, Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts.

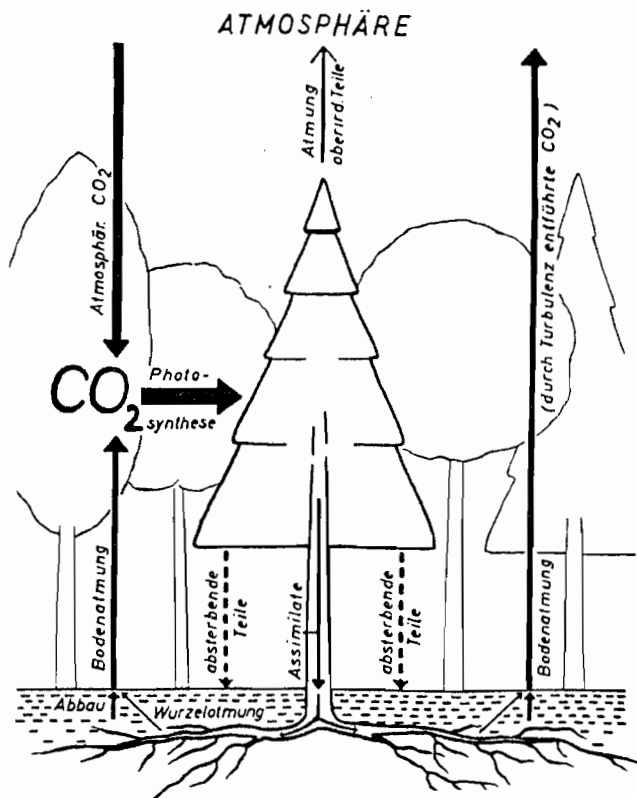
(Abwasserabgabengesetz AbwAG, Gesetz über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer vom 1.1.1978)

Wassergütepolitik und Wasserwirtschaft gehören zu den lebenswichtigen Aufgaben staatlicher Ordnung.



Verdunstung und Wolkenbildung, Niederschlag, Versickerung und Abfluß zum Meer sind die Vorgänge im Kreislauf des Wassers. Sie werden von Sonnenenergie und Wind, von Oberflächenstrukturen und Jahreszeiten beeinflusst. Das in Flüssen, Seen und im Boden als Grundwasser vorhandene Süßwasser nutzt der Mensch als Trinkwasser; er beeinträchtigt diese Nutzung aber zugleich, indem er sich der Flüsse, Bäche und Seen zur Beseitigung von Abwasser und Schadstoffen bedient.

entnommen: Angewandte Ökologie, Band 1, Hrsg.: H. Bick, K.H. Hansmeyer, G. Olschowy, P. Schmooch, Stuttgart 1984



entnommen: H. Walter, S. W. Breckle, Ökologie der Erde, Bd. 1, Stuttgart 1983

- 6) Da am Beispiel Gewächshaus/Glashaus nur die vertikalen Energieströme in Erscheinung treten.
- 7) **Luft:** Reine Luft ist ein Gasgemisch von 78 % Stickstoff, 20,9 % Sauerstoff, 0,03 % Kohlendioxyd sowie geringen Mengen verschiedener Edelgase und von Wasserstoff und Wasserdampf. Die Luft nimmt beim Ausatmen das Stoffwechselprodukts Kohlendioxyd CO_2 auf. Je nach Lage können sich in der Luft auch viele Fremdstoffe befinden. Auch kann ein Anstieg der CO_2 -Konzentration Folge von Verbrennungsprozessen sein. (nach H. Bick)

Ein Mensch braucht zur Atmung in 24 Stunden etwa 12 m^3 Luft. Die Einatemluft muß mind. 11 % Sauerstoff enthalten, (aber höchstens 3 % Kohlendioxyd). Die ausgeatmete Luft enthält noch 16–17 % Sauerstoff, aber etwa 4 % CO_2 .

Grüne Pflanzen bauen aus Kohlendioxyd und Wasser mit Hilfe ihres Chlorophylls und des Sonnenlichts Traubenzucker auf. Bei diesem Vorgang wird Sauerstoff frei (*Photosynthese*)

- 8) Siehe weitere Grundbegriffe.

Weitere Grundbegriffe

Stoffkreislauf: Jedes Ökosystem hat auch einen Stoffkreislauf. Dieser wird eingeleitet mit den bei der *Photosynthese* der grünen Pflanzen gebildeten organischen Verbindungen, die als Nahrung für die Konsumenten dienen. Die Reste der pflanzlichen und tierischen Organismen werden dann von den Destruenten völlig abgebaut. Die dabei entstehenden mineralischen Nährstoffe werden wieder von der Pflanze aufgenommen. Damit ist der Stoffkreislauf geschlossen. (H. Walter, S.W. Breckle)

Energiefluß: Parallel zu dem Stoffkreislauf erfolgt ein Energiefluß. Bei der Photosynthese wird zugleich die Energie der Sonnenstrahlung in den Assimilanten als chemische Energie festgelegt, die dann wieder von den Konsumenten und Destruenten verbraucht wird. Alle Lebensabläufe hängen energetisch von der Einstrahlungsenergie der Sonne ab.

Terrestrische Ökosysteme sind räumlich abgrenzbar, da sie an bestimmte *Phytozönosen* (Pflanzengemeinschaft) oder *Biozönosen* (Gesamtheit der Lebewesen eines Ökosystems) gebunden sind.

Aquatische Ökosysteme bilden sich in Meeren, Seen, Teichen, Flüssen (limnologische) und reichen bis in die Tiefen der Ozeane hinab.

Verschiedene Ökosysteme mit Beziehungen zueinander bilden größere Lebensräume = *Biome*.

Alle Biome werden als größte ökologische Einheit = *Biosphäre* bezeichnet.

Destruenten: Klein-Kleinstlebewesen, Pilze, Milben, Mikroorganismen, Mikroben, Käfer, Würmer, Bakterien usw., die den Abbau des Abfalls der Bodenfauna besorgen und umwandeln (mineralisieren) so daß er wieder als Humus zusammen mit der Bodenatmung und Wasser zur Verfügung steht.

Der Abbau tierischer Exkremente und Leichen vollzieht sich in einem längeren Kreislauf zusätzlich durch tierische Koprophagen und durch Nephrophagen, bis alles völlig abgebaut und mineralisiert ist.

Quellen

Hartmut Graßl, Verändert der Mensch das Klima der Erde? in: Bensberger Gespräche, vom 23. Februar 1988

Hermann Flohn, Klimaschwankungen und großräumige Klimabeeinflussung, Hrsg: Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westf. Köln-Opladen 1963

Hermann Flohn, Kohlendioxid, Spurengase und Glashauseffekt: Ihre Rolle für die Zukunft unseres Klimas. Hrsg.: Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Vortrag N 304. Wstdeutscher Verlag Opladen 1981

Heinrich Walter, Siegmund W. Breckle, Ökologie der Erde, Band 1, UTB G. Fischer, Stuttgart 1983

Hartmut Bick, Karl Heinrich Hansmeyer, Gerhard Olschowy, Peter Schmoock, Angewandte Ökologie. Mensch und Umwelt, Band 1, G. Fischer, Stuttgart 1984

Bruno Streit, Ökologie, Lehrbuch, Stuttgart 1980

Walter L.H. Moll, Taschenbuch für Umweltschutz, I: Chemische und technologische Informationen, Steinkopff-verlag, Stuttgart 1973.

Literaturhinweis

Europäische Akademie für Umweltfragen Tübingen

Materialien in Lehrbriefen:

H. 1 Die Erdrinde. Chemie und Energetik der Biosphäre, Grundzüge der Bodenkunde

H. 2 Autökologie der Tiere u. Pflanzen

H. 3 Populationen

H. 4 Ökosysteme I. Allgemein

H. 5 Ökosysteme II. Aquatische ÖS

H. 6 Ökosysteme III. Terrestrische ÖS

H. 7 Bevölkerungsentwicklung und Welternährung

H. 8 Zivilisationsökologie I

H. 9 Zivilisationsökologie II

H. 10 Zivilisationsökol. III

H. 11 Zivilisationsökol. IV

H. 12 Natur- und Landschaftsschutz

Datensammlung

Ab 1988/89 erscheinen darüber hinaus die Bände: Bd. I, Das CO₂-Problem: Bd. II, Das Ozon-Problem: Bd. III, Möglichkeiten der Solar-Energie.

AMI-Jahreskonferenz

„Die Herausforderung an den christlichen Soldaten in den 90er Jahren“

Jürgen Bringmann

Ich freue mich und bin dankbar dafür, bei der diesjährigen Konferenz des AMI einige Gedanken darüber zur Diskussion stellen zu können, welche Herausforderungen sich für den christlichen — ich will nicht sagen katholischen — Soldaten in den 90er Jahren stellen und wie er ihnen begegnen kann, ja vielleicht begegnen muß.

Ich bin mir bewußt, daß ich, bei allem Bemühen um eine über- und internationale Sicht der sich stellenden Probleme und der Lösungsmöglichkeiten, als Deutscher hier natürlich nicht aus meiner Haut schlüpfen kann, sondern immer auch den Blickwinkel meines Landes dabei berücksichtigen werde — das ist ja sicher auch nicht falsch. Auch wenn wir heute dazu neigen — und das AMI ist das beste Zeichen dafür, wie weit sich diese Auffassung international bereits verbreitet hat —, Probleme nicht nur national, sondern eben über- oder international zu sehen, so darf man doch nicht vergessen, daß wir immer Kinder eines Landes, eines Vaterlandes, einer Nation sind und bleiben werden, ganz gleich, wie intensiv sich Länder und Nationen in Bündnisse und Gemeinschaften mit übernationalem Charakter integrieren und gemeinsam ihre Interessen vertreten. Seine eigene Nationalität aufgeben zu wollen hieße ja nichts anderes, als seine Herkunft, seine Familie leugnen zu wollen — wer von uns will das, wer von uns könnte das verantworten? Wenn es erfolgreiche über- und internationale Gemeinschaften, wenn es ein Zusammenwachsen der Völker und der Nationen, wenn es ein vereinigtes Europa, wenn es gar irgendwann eine Weltfriedensordnung geben soll, dann doch niemals auf Kosten nationaler Eigentümlichkeiten, Geschichte und Kultur, sondern gerade auf dieser Basis.

Ich meine, dies ist etwas, das wir nicht vergessen und nicht aus dem Auge verlieren dürfen: Auch größere Gemeinschaften, sei es auch im kirchlichen Bereich, bedürfen der Wurzeln, der Fundierung in gewachsenen und bewährten Strukturen, um von Bestand sein zu können. Wer die Unterschiede und Eigentümlichkeiten der Völker und Nationen verwischen will, der wird scheitern. Das zeigt sich gerade jetzt bei den Entwicklungen im Vielvölkerstaat Sowjetunion, wo nach 70 Jahren kommunistischer Revolution die Völker vermehrt und, wie es scheint, auch zunehmend erfolgreich auf ihre nationalen Eigentümlichkeiten und Eigenheiten pochen. Das zeigt sich auch in der Europäischen Gemeinschaft, die nur dann zu einer wirklichen Gemeinschaft zusammenwachsen wird, wenn es gelingt, die unterschiedlichen nationalen Wurzeln, Traditionen, Interessen eben nicht zu unterdrücken, sondern in einer vielfältigen Einheit zu berücksichtigen. Das ist auch ganz typisch für unsere Kirche, die zunehmend lernen muß — und ich glaube, sie lernt es tatsächlich —, daß die Una Sancta Ecclesia zwar alle umfassen, aber nicht alle gleichmachen darf. Der Weg zu

Rede des Bundesgeschäftsführers der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Oberstleutnant Jürgen Bringmann, am 30. September 1989 in Toledo

einer größeren Einheit der Menschheit in vielen Bereichen wird nur dann erfolgreich sein, wenn tatsächlich in der Einheit die Vielfalt erhalten bleibt, ja noch mehr, wenn die Vielfalt der Nährboden, das eigentlich stabilisierende Element der Einheit ist.

Ich glaube, das eben Gesagte ist keine Abweichung vom gestellten Thema, sondern gibt diesem Thema den Rahmen. Wenn wir die Herausforderungen an den christlichen Soldaten in den 90er Jahren betrachten, dann müssen wir dabei immer wissen, daß sich diese Herausforderungen gerade deswegen und gerade deshalb neu stellen, weil wir in einer Zeit des Wandels sind, des Wandels in den nationalen Politiken, des Wandeln in den internationalen Beziehungen, ja ich glaube des weltweiten politischen Umbruchs, eines Umbruchs, dessen Ergebnisse wir alle nur erahnen, aber sicher heute noch nicht endgültig wissen können.

Lassen Sie mich von den vielen Herausforderungen, die sich in der Zukunft stellen werden, sechs exemplarisch herausgreifen und die mit ihnen verbundene Problematik kurz anreißen:

Zum ersten die Frage danach, wie es innerhalb der Streitkräfte, der Armeen unserer einzelnen Länder in der Zukunft aussehen wird und aussehen muß;

zum zweiten die Frage danach, welche Position die Armeen heute und in den kommenden Jahrzehnten in unseren Ländern einnehmen werden, welche Aufgabe sie zu erfüllen haben;

zum dritten eine Frage nach den Mitteln und Methoden, mit denen unsere Streitkräfte ihre Aufgaben in der Zukunft erfüllen können — und wo die Grenzen hierfür liegen;

als viertes die Frage danach, wie sich die Entwicklungen zwischen Ost und West, die ja ganz offensichtlich in einer kaum erwarteten Weise in Fluß gekommen sind, auf unseren soldatischen Auftrag auswirken werden;

schließlich fünftens das Problem, daß sich daraus ergibt, daß der bisher die Weltpolitik bestimmende Ost-West-Konflikt zunehmend und — wie ich glaube — entscheidend durch den Nord-Süd-Konflikt beeinflußt oder gar abgelöst wird; und dabei denke ich auch an die Frage, wie weit Politik und Religion in dieser neuen Entwicklung eine Rolle spielen — überlegen Sie nur einmal, in welcher Weise sich heute im Islam Politik und Religion gegenseitig beeinflussen und die Welt bewegen;

und zum sechsten schließlich die Frage, wie weit der nationale oder übernationale militärische Auftrag letztendlich seine Erfüllung im Dienst an einer neuen, gerechteren Ordnung dieser Welt finden kann, in einer Weltfriedensordnung, die wir zumindest als Ziel und Hoffnung vor Augen haben dürfen, ja sogar müssen.

Zur ersten Frage:

Welche Herausforderungen stellen sich für die Zukunft für das Leben in unseren Armeen und die Gestaltung des täglichen Dienstes unserer Soldaten?

Schon die vergangenen Jahre haben gezeigt, und nach meiner Überzeugung wird diese Ent-

wicklung sich fortsetzen, daß die Einflüsse der Gesellschaft auf die Streitkräfte unserer Länder zunehmen und daß andererseits die Soldaten mehr und mehr Verhaltensweisen aus der zivilen Umwelt in die Armee übernehmen oder in ihr erwarten. Das gilt für Wehrpflichtige wie für Berufs- und Zeitsoldaten in sehr ähnlicher Weise.

Diese Entwicklung ist nicht weiter verwunderlich. Unsere Streitkräfte sind Armeen in der Demokratie; unsere Soldaten sind freie Staatsbürger in freien Ländern, die mit Recht den Anspruch stellen, die Rechte und Freiheiten, für deren Verteidigung sie ihren Dienst leisten, auch im eigenen Leben weitmöglichst genießen zu können. Es kann nicht erwartet werden, daß unsere Soldaten anders sind als die Gesellschaft, aus der sie kommen und in der sie weiterhin stehen.

Andererseits darf nicht übersehen werden, daß es zwar Armeen in der Demokratie gibt, ja geben muß, daß aber eine demokratische Armee ein Widerspruch in sich selbst ist. Eine Armee, die ihren Auftrag der Friedenssicherung, der Kriegsverhinderung und der Landesverteidigung erfüllen will, ist ihrer Natur nach und um ihrer Funktionsfähigkeit willen hierarchisch aufgebaut; in ihr herrscht das Prinzip von Befehl und Gehorsam. Dieses Prinzip ist unverzichtbar; seine Aushöhlung oder Aufhebung würde zugleich die Wirksamkeit der Streitkräfte aushöhlen oder aufheben. Andererseits gilt es — und hier stellt sich uns allen eine Aufgabe, die wir uns zunehmend bewußter machen müssen — das Prinzip von Befehl und Gehorsam strikt auf die Erfüllung der dienstlichen Aufgaben zu beschränken. Es gilt, dem traditionellen Gegensatz zwischen dem hierarchischen Gehorsamsanspruch der Streitkräfte und dem wachsenden demokratischen Bewußtsein unserer Soldaten Rechnung zu tragen. Es gilt zu bedenken, daß der Soldat grundsätzlich die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie jeder andere Staatsbürger hat. Diese Rechte dürfen nur insoweit beschränkt werden, wie dies für den militärischen Dienst erforderlich ist. Hier muß der Satz gelten: Soviel Freiheit wie möglich, soviel Einschränkung wie nötig.

Und auch das gilt in den Streitkräften: Die Soldaten haben Anspruch, am sozialen Fortschritt der Gesellschaft teilzunehmen. Sie dürfen gegenüber der übrigen Gesellschaft nicht benachteiligt werden. Wer den soldatischen Dienst als Lebensberuf oder als einen Beruf auf Zeit gewählt hat, der hat Anspruch darauf, daß es ihm genauso gut geht wie Berufstätigen im zivilen und im wirtschaftlichen Bereich. Er hat Anspruch darauf, daß die unvermeidlichen Belastungen für ihn selbst und für seine Familie, seine Frau und seine Kinder, angemessen honoriert werden. Der Hinweis auf die Wichtigkeit und ethische Bedeutung des soldatischen Dienstes kann kein Ersatz für angemessene Besoldung und angemessene soziale Betreuung sein.

Und der Soldat hat Anspruch darauf, von seinen Vorgesetzten als Mensch ernstgenommen und geachtet und als Untergebener verantwortungsbewußt geführt zu werden. Für die militärischen Führer aller Ebenen ist die Menschenführung die größte Herausforderung. Gerade in den Wehrpflicht-Armeen — und viele unserer Länder haben solche Wehrpflicht-Armeen — treten jedes Jahr Tausende junger Männer ihren Dienst in den Streitkräften an. Sie sind in einer demokratischen Gesellschaft aufgewachsen und haben sich in

der Schule und häufig auch bei der Berufsausbildung bereits bewährt. Sie haben einen Anspruch darauf, wichtige Werte der Demokratie auch in den Streitkräften zu erleben. Die Vorgesetzten, die häufig selbst sehr jung sind und schon in jungen Jahren umfangreiche Machtbefugnisse besitzen, müssen lernen, mit dieser Macht sorgsam umzugehen. Sie müssen die Menschenwürde achten. Sie müssen ihre Soldaten ernstnehmen, sich ihren Fragen stellen und bereit sein zum Gespräch. Sie müssen offen sein für deren Sorgen und Probleme und ihnen fürsorglich helfen. Kameradschaft und gegenseitige Achtung müssen Vorgesetzte und Untergebene verbinden.

Und der Vorgesetzte muß seinen Untergebenen erklären können und dies auch tun, wofür er seinen Dienst leistet und weshalb dieser Dienst notwendig ist. Das gilt sowohl für die grundsätzliche Begründung des soldatischen, des militärischen Dienstes als auch für die Erklärung von Tätigkeiten im Einzelfall. Gerade weil in einem Einsatz Befehle nicht mehr begründet oder diskutiert werden können, ist es vorher in der Ausbildung erforderlich, den Soldaten den Sinn ihres Tuns zu vermitteln. Nur dann werden sie später auch ohne Begründung Befehle gewissenhaft ausführen, da sie ja erfahren haben, daß ihre Vorgesetzten verantwortungsbewußt, überlegt und unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen ihre Befehle geben.

Und es gilt auch dem Soldaten die ethische Begründung seines Dienstes deutlich zu machen. Dies hat Papst Johannes Paul II. bei seiner Rede vor italienischen Soldaten in Cecchignola am 2. Juni dieses Jahres so gesagt: „Gewiß besteht keine grundlegende Schwierigkeit . . . , die christliche Berufung und die Berufung zum Militärdienst miteinander in Einklang zu bringen. Wenn man sein Wesen positiv betrachtet, dann ist der Militärdienst in sich eine sehr ehrenvolle, sehr schöne, sehr edle Sache. Der eigentliche Kern der Berufung zum Soldaten ist nichts anderes als die Verteidigung des Guten, der Wahrheit und vor allem jener, die zu Unrecht angegriffen werden. Und hier finden wir das Prinzip, das erklärt, in welcher Lage der Krieg gerechtfertigt werden kann: Wenn er Verteidigung des angegriffenen Vaterlandes ist, Verteidigung derjenigen, die verfolgt werden, die unschuldig sind; eine Verteidigung auch, die ein Risiko für das eigene Leben bedeutet.“

Die Militärseelsorge muß dazu beitragen, daß unsere Soldaten auch in den Streitkräften ihr Recht auf freie Religionsausübung in Anspruch nehmen können und daß sie erfahren, daß ihr soldatischer Dienst für die Gemeinschaft ein Dienst ist, den sie guten Gewissens auch heute leisten können. So sagt es ja auch das 2. Vatikanische Konzil in der Pastoralkonstitution „*Gaudium et spes*“: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“

Diese Aussage des 2. Vatikanischen Konzils führt direkt zur zweiten Frage, nämlich nach der Position unserer Streitkräfte in unseren jeweiligen Ländern und Staaten. In sehr unterschiedlicher Weise, in meinem Lande sicher stärker als in manchem anderen, wird heute die Aufgabenstellung für Armeen und Streitkräfte neu überdacht, ja manchmal in Frage gestellt. Angesichts der Hoffnung auf Verringerung der Spannungen zwischen Ost und

West und auf wesentliche Verringerung der Rüstung zwischen den beiden Bündnissen NATO und Warschauer Pakt stellen manche unserer Mitbürger wenn schon nicht das „Ob“ — also die grundsätzliche Existenz —, dann doch zumindest das „Wie“ — also den Umfang und die Ausrüstung unserer Streitkräfte — in Frage. Hier scheint sich ein grundsätzlicher politischer Fehler zu rächen, der gemacht wurde, als man Streitkräfte nicht nach dem Motto „Wofür“, sondern nach dem Prinzip „Wogegen“ begründete.

Es gilt heute unseren Bürgern und uns selbst wieder klarzumachen, daß sich die Existenz von Streitkräften nur aus dem Zweck des Staates begründen und rechtfertigen läßt. Wenn und insoweit der Staat das Ergebnis und zugleich die Verwirklichung des Willens der Bürger ist, sich im Inneren die Möglichkeit der freien Entfaltung und Weiterentwicklung und sich nach außen Unabhängigkeit und Sicherheit zu wahren, dann müssen diesem Staat auch die dafür erforderlichen Mittel an die Hand gegeben werden. Dieses Mittel sind die Streitkräfte. Sie garantieren die Souveränität unserer Staaten nach innen wie nach außen. Lassen Sie mich dabei zugleich anmerken, daß Souveränität in diesem Sinne kein Wert an sich ist. Sie wäre als die Fähigkeit zu definieren, die eigenen Angelegenheiten im Inneren unabhängig zu gestalten und die staatliche Unabhängigkeit nach außen zu wahren. Souveränität im Inneren kann aber niemals als Legitimation dafür gebraucht werden, den eigenen Bürgern ihre Menschenrechte zu beschneiden oder vorzuenthalten. Ebenso wenig kann Souveränität nach außen als Begründung benutzt werden, sich über internationale Vereinbarungen und Regeln des Völkerrechts hinwegzusetzen. Souveränität muß immer als der wertorientierte Rahmen gesehen werden, der die Selbstverwirklichung des einzelnen Bürgers wie die Selbstbestimmung der Gemeinschaft gewährleisten soll.

Diese Begründung soldatischen Dienstes bedarf keines Feindbildes — die Kirche hat das von jeher erkannt. Die Aussage des 2. Vatikanischen Konzils hierzu ist eindeutig: „Solange die Gefahr von Krieg besteht und solange es noch keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist, kann man, wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen. Die Regierenden und alle, die Verantwortung für den Staat tragen, sind verpflichtet, das Wohl der ihnen anvertrauten Völker zu schützen, und sie sollen diese ernste Sache ernst nehmen. Der Einsatz militärischer Mittel, um ein Volk rechtmäßig zu verteidigen, hat jedoch nichts zu tun mit dem Bestreben, andere Nationen zu unterjochen.“ (G+S Nr. 79) Es geht um den Dienst am Vaterland, der zugleich ein Dienst an der Sicherheit und Freiheit der Völker ist. Es geht um den Schutz des Schwachen vor ungerechter Gewalt, es geht damit letztendlich um die Festigung des Friedens, nicht nur für das eigene Land, sondern für die Völkergemeinschaft.

Auf dieser Basis ist soldatischer Dienst im demokratischen Rechtsstaat auch aus christlicher, aus katholischer Sicht nicht nur berechtigt, sondern — ich scheue mich nicht, dies zu sagen — moralische Pflicht. Der Mensch ist nicht nur ein Einzelwesen, ein Individuum, sondern auch ein Gemeinschaftswesen, ein *ens sociale*. Weil er in der Gemeinschaft lebt, muß er Mitverantwortung für diese Gemeinschaft übernehmen. Diese Mitverantwortung muß er gewissenhaft ausüben — es bedarf jedoch zur Ausübung dieser Verantwortung kei-

ner speziellen Gewissensentscheidung in jedem Einzelfall. Wenn ein demokratischer Rechtsstaat die Wehrpflicht als eine allgemeine Bürgerpflicht eingeführt hat, dann bedarf es nicht einer ständigen Gewissensentscheidung des einzelnen, um diesen Dienst zu leisten. Dann ist es legitim, Soldat zu sein, einfach deswegen, weil es in diesem demokratischen Rechtsstaat vorgesehen ist, daß der Bürger einen Teil der Verantwortung für den Staat auf diese Weise mit übernimmt.

Einer Gewissensentscheidung bedarf es aber wohl, wenn sich der einzelne Bürger dieser Verantwortung für die Gemeinschaft nicht stellen will. Auch hier hat das 2. Vatikanische Konzil eine weise und noch heute gültige Formulierung gewählt: „Ferner scheint es angebracht, daß Gesetze für die in humaner Weise Vorsorge treffen, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern, vorausgesetzt, daß sie zu einer anderen Form des Dienstes an der menschlichen Gemeinschaft bereit sind.“ Es handelt sich hier also eindeutig um eine Ausnahmeentscheidung. Die Achtung vor dem Gewissen als höchstem Wert gebietet es sowohl der politischen als auch der christlichen Ethik, den einzelnen nicht in einen für ihn unlösbaren Konflikt zu verstricken. Er muß allerdings die Bedeutung seiner Gewissensentscheidung auch dadurch belegen, daß er zu einem anderen Dienst für die Gemeinschaft bereit ist.

Wenn auch vom Soldaten nicht zu fordern ist, daß er eine spezielle Gewissensentscheidung für einen vom demokratischen Rechtsstaat zum Schutz der Allgemeinheit geforderten legitimen Dienst trifft, so ist es doch wünschenswert, daß gerade Christen den soldatischen Dienst und seine Notwendigkeit vor sich selbst und vor anderen legitimieren. Dafür gibt es zwei wesentliche Aspekte:

Erstens: Der Dienst des Soldaten ist vorrangig im Zusammenhang mit dem Frieden zu sehen. Das Primäre ist der Friede, der erhalten oder erstrebt werden soll. Der soldatische Dienst ist nicht nur in den Bereich der Ordnung, nicht in den der Durchsetzung von Ideen und Idealen allgemeiner oder politischer Art, schon gar nicht in den Bereich der Machterweiterung von Staaten eingeordnet. Er ist vielmehr dem Bereich des Friedens als wichtigstem Element menschlichen Zusammenlebens in den und zwischen den Staaten zugeordnet.

Zweitens: Unsere Kirche akzeptiert Soldaten und Streitkräfte nur im Zusammenhang mit der Verteidigung. Einzige Begründung für die Aufstellung und den Einsatz von Armeen kann es sein, das Recht und legitime Interessen der Bürger eines Staates dagegen zu schützen, zu verteidigen, daß ihnen ein fremder Wille mit Gewalt aufgezwungen wird. Auch eine noch so gute Idee, sei sie politischer Natur, sei sie religiöser Art, gibt keinem Staat das Recht, sie anderen mit Gewalt aufzuzwingen. Das gilt schon für objektiv positive Welt- und Staatsvorstellungen. Es gilt um so mehr für negative und die Würde des Menschen verachtende Weltanschauungen und politische Richtungen. Die Bürger eines Landes gegen die Absolutheitsansprüche irgendeiner Weltanschauung und ihre zwangsweise Verbreitung zu verteidigen — das ist im Sinne der kirchlichen Friedenslehre der einzig legitime Grund für die Existenz von Streitkräften.

Streitkräfte und Armeen verkörpern den Selbstbehauptungswillen des Volkes. In dem Moment, wo eine Armee gegen das eigene Volk steht, verliert sie ihre Existenzberechtigung. Die Volksbefreiungsarmee des kommunistischen China hat diese Perversion militärischen Handelns gerade in den vergangenen Monaten erschreckend deutlich gemacht. Die Armee soll die Bürger eines Landes — oder auch eines Bündnisses von Staaten — gegen äußere Gewalt schützen. Wenn sie dazu mißbraucht wird, die Regierung gegen das eigene Volk zu schützen, verliert sie ihre Legitimation.

Ähnliches gilt für die Streitkräfte diktatorisch regierter Staaten allgemein: Als Mittel der Systemerhaltung oder gar Erweiterung ungerechter Macht nach innen oder außen fehlt ihnen als Gesamtheit die sittliche Berechtigung. Das schließt nicht aus, daß der einzelne zum Dienst in diesen Streitkräften verpflichtete Soldat diesen Dienst zumindest getrösteten Gewissens leisten kann.

Grundsätzlich also wird es in der Zukunft vermehrt darauf ankommen, uns selbst als Soldaten wie auch unseren Mitbürgern den untrennbaren inneren Zusammenhang zwischen gewissenhaft geleistetem soldatischen Dienst und dem Erhalt von Frieden, Freiheit und Sicherheit für das eigene Land wie für die Menschheitsfamilie klarzumachen.

Nun ist — und hier stellt sich uns die dritte Herausforderung — seit einigen Jahren die Diskussion über die Notwendigkeit von Streitkräften zunehmend beeinflusst durch harte politische und auch ethisch-theologische Auseinandersetzungen darüber, welche Mittel im Falle legitimer Verteidigung angewendet werden dürfen und wo die Grenzen der Verteidigung überhaupt liegen.

Bewußt oder unbewußt wird in der heutigen Diskussion hierbei der Zusammenhang zwischen Zweck und Mitteln übersehen oder verdreht. Noch immer aber steht an erster Stelle der Zweck, das Ziel — aus ihm erst ist die Notwendigkeit der für seine Verwirklichung erforderlichen Mittel abzuleiten und sicher auch deren Begrenzung zu begründen.

Zweck und Ziel unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und damit auch des soldatischen Dienstes ist die Erhaltung des Friedens, die Verhinderung eines Krieges und notfalls die Verteidigung gegen einen ungerechten Angriff. Soldatischer Friedensdienst im Rahmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik demokratischer Länder ist deshalb Dienst für die Wertordnung, die unser aller Leben trägt und bestimmt. Diese Wertordnung geht davon aus, daß die Menschenwürde und die Menschenrechte existentiell in der Person des Menschen angelegt, also von Gott gegeben und nicht etwa vom Staat zugestanden werden; sie stehen deshalb auch nicht in der Verfügungsgewalt des Staates. Freiheit und Menschenwürde bilden die Spitze der Wertskala, wie der Soldat im Rahmen einer angemessenen Sicherheits- und Verteidigungspolitik schützt.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik dienen deshalb nicht in erster Linie der Verteidigung materieller Werte, so wichtig diese sind, sondern sie sind auf die Erhaltung der Freiheit als Bedingung für die Weiterentwicklung des Menschen wie der Gesellschaft gerichtet.

In seinem Wort zum Weltfriedenstag 1986 sagt Papst Johannes Paul II., daß alle, die Verantwortung tragen, zu einem einzigen gemeinsamen Frieden beitragen müssen, „auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit und der Würde und Rechte jeder menschlichen Person“. Es kann „keinen Frieden im vollen Sinne seines Wertes zusammen mit Ungerechtigkeit geben“.

Wir dürfen deshalb die Friedensdiskussion nicht auf Waffen verengen. Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte bilden zentrale Voraussetzungen für eine friedvolle Zukunft. Hierfür treten wir ein, für diese Werte dient der Soldat — gerade der Soldat, der Christ ist. Damit aber verhindert er nicht nur den Krieg, sondern fördert einen Frieden im wahren Sinne des Wortes, denn, wie Papst Johannes Paul II. sagt, „Aussöhnung, Gerechtigkeit und Friede zwischen einzelnen und zwischen Nationen... (sind) eine Bedingung für das Überleben des Lebens selbst“.

Für ein solches Ziel ist es richtig, ja notwendig, die Streitkräfte verteidigungsbereit und verteidigungsfähig zu erhalten und sie mit den für eine solche Verteidigung erforderlichen Mitteln auszurüsten. Diese Mittel sind dem Zweck der Verteidigung zugeordnet — es ist aber dilettantisch, und wir als Soldaten wissen dies aus eigener Erfahrung, hier zwischen sogenannten Angriffs- und Verteidigungswaffen unterscheiden zu wollen. Ein Panzer kann sowohl zum Angriff als auch zur Verteidigung und zum Zurückdrängen eines eingebrochenen Gegners eingesetzt werden. Ein Flugzeug kann Verteidigungsoperationen ebenso wie Angriffsflüge durchführen. Entscheidend bleibt der Zweck, dem diese Waffen dienen, und der lautet: Friedenserhaltung, Kriegsverhütung, Verteidigung.

Das gilt auch für die Strategie. Eine Strategie ist dann vertretbar, wenn sie den genannten Zielen dient. Ein Beispiel hierfür ist die Strategie der Abschreckung, der flexiblen Antwort, mit der es im Bereich von Westeuropa und Nordamerika bisher gelungen ist, jedem möglichen Gegner die Unerreichbarkeit seiner Kriegsziele klarzumachen, ihm ein unkalkulierbares Risiko für sich selbst aufzuerlegen und ihn damit von einem Angriff abzuhalten. Zu dieser Strategie gibt es zur Zeit noch keine gleichwertige und gleich wirksame Alternative.

Abschreckung, die dem Ziel der Kriegsverhütung dient, haben die deutschen katholischen Bischöfe 1983 unter drei Kriterien gestellt, die ich voll unterschreibe:

Zum ersten dürfen bereits bestehende oder geplante militärische Mittel den Krieg weder führbarer noch wahrscheinlicher machen, Zweitens dürfen nur solche und so viele militärische Mittel bereitgestellt werden, wie zum Zweck der an Kriegsverhütung orientierten Abschreckung gerade noch erforderlich sind. Drittens müssen alle militärischen Mittel mit wirksamer beiderseitiger Rüstungsbegrenzung, Rüstungsminderung und Abrüstung vereinbar sein.

Diesen Kriterien entsprechen die Verteidigungspolitik und Strategie des Westens. Sie sind auf Kriegsverhinderung, nicht auf Kriegsführung ausgerichtet. Der Westen hat nur soviel Streitkräfte und Waffen aufgestellt, als erforderlich sind, einem potentiellen Gegner die

Kriegsführungsfähigkeit zu verweigern und ihm das unkalkulierbare Risiko eines Angriffes deutlich zu machen.

Diese Strategie basiert auf der Wirkung konventioneller, vor allem aber auf der Kriegsverhinderungs- und Abschreckungswirkung nuklearer Waffen. Nuklearwaffen sind von ihrem Zweck her politische Waffen, die in erster Linie in den Köpfen wirken sollen, in denen sie gerade durch die Schrecklichkeit ihrer Wirkung den Gedanken an einen Angriff ad absurdum führen.

Allerdings wird, brähe denn ein Krieg trotz aller Vorbeugungsmaßnahmen aus, auch aus der Sicht unserer Kirche der Einsatz von Atomwaffen im Kriegsfall nicht grundsätzlich als illegitim angesehen. Nur für einen einzigen Fall sieht die kirchliche Friedenslehre hier ein absolutes Verbot: „Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte und weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist.“ (G+S Nr. 80) Hier handelt es sich also um eine Absage an den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln, die bewußt unterschiedslos gegen Kombattanten und Nichtkombattanten gerichtet sind. Diese kirchliche Forderung deckt sich im übrigen völlig mit dem geltenden Kriegsvölkerrecht.

So sehr ich nun wünsche, daß die Strategie der Abschreckung eines Tages überwunden würde und daß Atomwaffen zur Erhaltung des Friedens keine Rolle mehr spielen würden, so skeptisch bin ich in dieser Hinsicht. Die Geschichte hat bewiesen, daß konventionelle Rüstung bisher noch niemals den Krieg verhindert hat. Erst seit der Existenz und dem Vorhandensein von Atomwaffen in Ost und West leben wir in einer langen Zeit des Friedens — und zwar eines durchaus stabilen und nicht etwa labilen Friedens. Ein Verzicht auf Atomwaffen würde in der derzeitigen Lage nicht zur Festigung, sondern zur Gefährdung des Friedens führen. Auch sind Waffen, die einmal erfunden worden sind, nicht wieder hinwegzuerfinden. Auch wenn wir Schwerter zu Pflugscharen umschmieden, so werden die Menschen doch immer noch wissen, wie man aus diesen Pflugscharen wieder Schwerter machen kann. Dasselbe gilt für Atomwaffen. Selbst ihre völlige Abschaffung würde das Wissen um diese Waffen nicht aus den Köpfen der Menschen und aus den Bibliotheken der Welt tilgen können. Würde nicht bei einem dann ausbrechenden Kriege jede kriegführende Nation versuchen, als erste wieder Atomwaffen herzustellen und damit die Entscheidung zu ihren Gunsten herbeizuführen? Und was wäre, wenn NATO und Warschauer Pakt heute tatsächlich alle Atomwaffen vernichten würden, aber andere Länder — wie beispielsweise China, Indien, Israel, Länder Afrikas oder Südamerikas — im Besitz dieser Waffen wären? Können es sich das hochentwickelte und hochindustrialisierte Europa und Nordamerika wirklich erlauben, sich dann wehrlos der Bedrohung mit diesen Waffen durch solche Staaten, durch politische Wirrköpfe, durch Verzweifelte, durch Fanatiker auszusetzen?

Ich denke, wir müssen den Mut haben, zu sagen, daß es eine Friedenssicherung ohne Atomwaffen nicht mehr geben wird; daß wir nicht nur mit diesen Waffen leben, sondern

sie weiterhin bestmöglich zur Erhaltung des Friedens und zur Verhinderung des Krieges nützen müssen. Wenn heute gesagt wird, die Abschreckung sei „noch“ moralisch tolerierbar, dann kann ich dieses „Noch“ weder zeitlich noch konditional verstehen — es hat in der derzeitigen und absehbaren Weltlage allenfalls eine eschatologische Komponente.

Die vierte Herausforderung ist zugleich eine große Chance: die Chance nämlich, daß die Spannungen zwischen Ost und West im Wege des Dialogs und einer zumindest begrenzten Kooperation zunehmend überwunden werden und damit eine Verringerung von Streitkräften und Waffen, also Rüstungskontrolle und Abrüstung, möglich wird. Ohne die Bereitschaft des Westens, für Frieden und Freiheit konsequent einzutreten, wären die Veränderungen im Ost-West-Verhältnis, die wir zur Zeit erleben, kaum möglich gewesen.

Die Reformbewegungen „Glasnost“ und „Perestrojka“ in der Sowjetunion vollziehen sich auf dem Hintergrund einer dramatischen Wirtschaftskrise und eines großen Vertrauensverlustes in die kommunistische Ideologie. Offensichtlich hat die Sowjetunion erkannt, daß Reformen im Innern nicht ohne Öffnung nach außen, also auch nicht ohne verstärkte Zusammenarbeit mit den Industriegesellschaften des Westens möglich sind. Diese Entwicklung gibt uns die Chance, die Beziehungen zu verbessern und mehr Stabilität zu erreichen. Wir wollen die friedliche Veränderung zu Freiheit und Menschenrechten in ganz Europa fördern und gleichzeitig den Versuch machen, zu einem militärpolitischen Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau von Rüstung und Waffen zu kommen.

Die Sowjetunion ist sicherlich gerade wegen ihrer Wirtschaftskrise dazu bereit, ihre weit überhöhte Rüstung ein gutes Stück zu verringern. Staatspräsident Gorbatschow hat dies ja vor der UNO, aber auch jetzt bei seinem Besuch in Bonn bestätigt; wir haben gute Hoffnungen, daß schon in relativ kurzer Zeit Vereinbarungen über eine deutliche Verringerung der konventionellen Waffen erzielt werden. Dies wäre sicherlich ein entscheidender Schritt für mehr Stabilität in Europa.

Gerade als Soldaten aber müssen wir die Realitäten sehen und dürfen uns nicht allein von Hoffnungen leiten lassen. Noch wissen wir nicht, wohin die Entwicklung in Osteuropa letzten Endes führt. Das Beispiel China hat nur allzu deutlich gemacht, wie schnell ein angeblicher Reformkurs sich in sein Gegenteil verwandeln kann. Und ob der Kommunismus endgültig überwunden wird, wie heute manche im Westen hoffen, erscheint zumindest im Augenblick noch fraglich. Ausdrücklich hat Staatspräsident Gorbatschow darauf hingewiesen, daß die Entwicklung in der Sowjetunion keine Entwicklung weg vom Kommunismus und zur Demokratie im westlichen Sinne sei; sie diene dazu, das kommunistische System effektiver und wirksamer zu machen.

Deshalb bleiben die Bündnisse von Bedeutung und werden nicht überflüssig. Deshalb brauchen wir auch weiterhin unsere westliche Kriegsverhinderungsstrategie aus nuklearer Abschreckung und konventioneller Verteidigungsfähigkeit. Nur auf dieser Basis ist es möglich, Erfolge in Rüstungskontrolle und Entspannung erreichen zu können. Verteidigungsfähigkeit ist unsere Rückversicherung gegen nicht kalkulierbare politische Gefahren.

Der Abbau der Grenzanlagen zwischen Österreich und Ungarn ist allerdings ein gutes Beispiel dafür, daß Spannungen und Grenzen überwunden werden können. In Ungarn hat man erkannt, daß der Westen mit seiner Politik allein dem Frieden und seiner Sicherung verpflichtet ist. Als Deutscher muß ich sagen: Es wäre zu wünschen, wenn nicht nur die ungarische Grenze geöffnet würde, sondern ebenso die Grenzen zwischen der Tschechoslowakei und unserem Lande und schließlich die künstliche Grenze, die unser Vaterland teilt.

Besonders zu begrüßen ist natürlich auch, daß im Zuge dieser Entwicklungen die Möglichkeiten der Religionsausübung für unsere christlichen Mitbrüder im Osten sich deutlich verbessern. Vielleicht wird es in nicht allzu ferner Zeit möglich sein, auch Soldaten aus dem Osten zu Konferenzen des A.M.I. einzuladen; vielleicht werden schon an einer der nächsten internationalen Soldatenwallfahrten nach Lourdes Soldaten aus den Ländern des Warschauer Paktes teilnehmen.

Die Chance, daß die Spannungen zwischen Ost und West abnehmen und Stabilität mit weniger Soldaten und Waffen garantiert werden kann, kann durch katholische Soldaten nur begrüßt werden. Es gilt an dieser Entwicklung aktiv teilzunehmen — für manchen sicher auch im Sinne eines Umdenkens. Eines allerdings dürfen wir nicht: Versprechungen und Hoffnungen für Realitäten nehmen. Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft darf nicht getrennt werden von der Erkenntnis, daß der Mensch, daß Regierungen fehlbar sind und daß die Möglichkeit der Anwendung ungerechter Gewalt in dieser Welt weiter bestehen wird. Dagegen gilt es sich auch weiterhin zu sichern. Vergessen wir nicht, daß man den Frieden nicht nur durch Tun gefährden kann, sondern auch dadurch, daß man das für seine Erhaltung Notwendige unterläßt. Nicht umsonst haben wir nach dem 2. Vatikanum in das Confiteor die Bitte um Vergebung dessen aufgenommen, was wir durch Unterlassung gesündigt haben.

Während also es zumindest Hoffnung gibt, daß der Ost-West-Gegensatz in seiner politischen und insbesondere seiner militärischen Bedeutung zurückgeht und von der Konfrontation zur Kooperation sich wandelt, gewinnen andere Konflikte zunehmend an Brisanz und werden nach meiner Überzeugung die Weltpolitik am Ende dieses und am Beginn des nächsten Jahrtausends zunehmend bestimmen. Davon wird auch der soldatische Dienst nicht unbeeinflusst bleiben; hier liegt die fünfte Herausforderung.

Der materielle Gegensatz zwischen den reichen und hochtechnisierten Ländern der nördlichen Hemisphäre und den rohstoffreichen, übervölkerten, aber armen und immer ärmer werdenden Ländern der südlichen Halbkugel enthält eine bereits heute große und ständig zunehmende Sprengkraft, die sich eines Tages explosionsartig und zerstörerisch auswirken könnte. Der zunehmende Terrorismus, der oft sowohl aus politischem und religiösem Fanatismus als auch aus hoffnungsloser Verzweiflung über fehlende zukünftige Entwicklungschancen seine Motivation bezieht, ist eines der deutlichen Anzeichen dieser Gefahr.

Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß die Verbindung von Religion und Poli-

tik, wie sie im Islam und insbesondere in seinen fundamentalistischen und militanten Erscheinungsformen zunehmend größeren Einfluß nicht nur im Nahen Osten, sondern auch im Norden Afrikas gewinnt, eine Bedrohung nicht nur für diese Regionen, sondern zunehmend weiterwirkend darstellt. Diese Bedrohung ist um so gefährlicher, als sie durch die Verbindung von politischen Zielen mit dem Versprechen ewiger Belohnung und der Verherrlichung des Märtyrertodes im Kampf offensichtlich auch in unserer so modernen Zeit noch immer Millionen von Menschen mobilisieren und fanatisieren kann. Vielleicht sollten wir uns dabei fragen, ob nicht auch der Atheismus und Materialismus des Westens eine der Ursachen dieser Entwicklungen ist.

Daß sich diese weltpolitischen Wandlungen auf den Dienst des Soldaten auch in unserem Bereich auswirken werden, ist sicher. In welcher Weise dies geschieht, kann man nur erraten. Sicher aber ist, daß wir als Christen uns gegenüber diesen Entwicklungen nicht mehr nur als neutrale Beobachter verhalten können. Hier stellen sich uns neue Herausforderungen, denen wir begegnen müssen. Entscheidend wird sein, daß wir bei allen sich anbahnenden Auseinandersetzungen, die hoffentlich politischer und nicht militärischer Natur bleiben werden, mit aller Entschiedenheit und Kompromißlosigkeit zu unserem christlichen Menschenbild stehen, die aus ihm resultierenden Menschenrechte vertreten und für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker eintreten müssen. Nicht Kreuzzüge sind gefragt, wohl aber das Besinnen auf die eigenen Quellen und die erneute und vertiefte Erkenntnis, daß Waffen zwar ein Schutz gegen politisch-militärische Bedrohung sein können, daß aber Ideologien nur durch die besseren Ideen und die dem Menschen angemessenere Weltanschauung überwunden werden können. Lassen wir uns nicht von der Überzeugung abbringen, daß unser christlicher Glaube noch immer die Weltanschauung ist, die dem Menschen und seiner Bestimmung am vollkommensten entspricht und ihm wirkliche Hoffnung für seine Zukunft geben kann.

Letztendliches Ziel — und dies ist die sechste und letzte Herausforderung, die ich heute nennen will — unseres Dienstes als Soldaten und Christen sollte es sein, unseren Beitrag zur weltweiten Überwindung der Gegensätze zwischen Völkern und Nationen zu leisten, uns wirklich im Sinne des Konzils „als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ zu sehen und damit „zur Festigung des Friedens“ beizutragen — eines Friedens, der vielleicht eines Tages in einer umfassenden Weltfriedensordnung seinen Ausdruck und seine Garantie finden mag.

Der Weg dorthin ist sicher noch lang und bedarf eines langen Atems. Aber ich denke, es gibt Schritte, die Soldaten, gerade christliche Soldaten, in diese Richtung gehen können:

Wenn Soldaten an friedenserhaltenden Einsätzen der Vereinten Nationen teilnehmen,
wenn Soldaten sich zum Einsatz gegen Hunger und Krankheit in den Ländern Afrikas und Asiens bereit erklären,

wenn Soldaten weltweit Natur- und Hungerkatastrophen bekämpfen,

wenn Soldaten daran mitarbeiten, die Zerstörung der Umwelt — eine, wenn nicht die

größte Gefahr für die Zukunft unserer gesamten Welt — zu verhindern oder rückgängig zu machen,

dann sind all dies kleine Schritte hin zu mehr Frieden zwischen den Menschen, zwischen den Völkern, zwischen den Kontinenten und vielleicht einmal für die ganze Welt.

Ich denke, gerade Soldaten, die die furchtbare Wirkung von Waffen und Kriegen kennen, sind die besten Anwälte für die Erhaltung des Friedens, für die Völkerverständigung, für das gemeinsame Interesse der Menschheit, menschenwürdig zu leben und zu überleben. Soldatischer Dienst, der in dieser Intention geleistet wird, ist wirklich christlicher Dienst und wird auch über die Wende dieses Jahrtausends hinaus seine Bedeutung für unsere Mitmenschen, für unsere Länder, für unsere Welt nicht verlieren, sondern noch an Wichtigkeit gewinnen.

Grußworte anlässlich der Woche der Begegnung 1989*)

Rolf M. Urrisk

„Herausforderungen an den christlichen Soldaten in den 90er Jahren“ lautet das Jahresthema der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten in diesem Jahr. Es wird aber auch das Leitthema der heurigen AMI-Konferenz in TOLEDO sein.

Es sind Herausforderungen, die sich, paradoxerweise, daraus ergeben, daß unsere Gebete scheinbar erhört werden.

1. Wir haben um Frieden auf der Welt gebetet. Um einen Frieden aber, wie wir ihn verstehen.

Und plötzlich stehen wir der größten Friedensbewegung gegenüber, die es jemals gab. Und diese ist viel diffiziler als die von 1968. Die Kinder der 68er Generation haben aus den Fehlern ihrer Eltern wohl gelernt.

Wie begegnen wir ihr? Wo sind unsere Argumente? Haben wir uns auf sie schon eingestellt?

2. Wir haben um Abrüstung gebetet. Ihr Land war maßgeblich am NATO-Doppelbeschluß beteiligt. Alle haben geglaubt, der Osten wird darauf sowieso nicht eingehen.

Und plötzlich sind wir mit einer gigantischen Reihe von Abrüstungsangeboten konfrontiert.

„Den Soldaten schwimmt das Feindbild davon“, konnte man bereits in einer katholischen Zeitung lesen.

*) Rolf M. Urrisk, Oberst dG, Generalsekretär des AMI, hielt diese Ansprache in Leitershofen anlässlich der 29. Woche der Begegnung.

Was haben wir dem entgegenzusetzen? Wie erklären wir unsere erforderlichen Maßnahmen unserer Bevölkerung? Wir sind darauf nicht vorbereitet, obwohl wir doch auch hier die besseren Argumente hätten.

3. Wir haben um Öffnung der Grenzen gebetet. Jede Woche treffen sich österreichische Katholiken an der Grenze zur CSSR und beten: „Herr, reiße die Schranken nieder!“.

Und als sich plötzlich am ungarischen Nationalfeiertag die Grenzen wirklich öffneten und Zigtausende Ungarn zum Einkauf nach Wien kamen, da beteten viele, „verschone uns, o Herr“. Und alles war empört über das Verkehrschaos, das unsere ungarischen Freunde verursachten.

Was machen wir, wenn es plötzlich zu einer Liberalisierung des Reiseverkehrs kommt, wenn auch nur 5 % unserer Mitbrüder und -schwestern zu uns dürfen (immerhin wären das 25 Millionen Menschen)?

Haben wir uns darauf vorbereitet? Wo ist das Brot, der Mantel, die Herberge, die wir in unseren Gebeten versprochen haben?

Was machen wir als christliche Soldaten, wenn wir gegen diese Lawine zum Einsatz gelangen, zum „Schutz“ unserer Bevölkerung?

Zwei Herausforderungen sind es, denen wir uns zur Zeit konkret stellen wollen:

1. Abrüstungsprozeß

Hier haben wir als christliche Soldaten ein doppeltes Mandat: staatspolitisch als Träger der Sicherheit und theologisch abgeleitet von unserem Glaubensbekenntnis.

Die AKS hat ihre Forderungen an die Delegierten der Wiener Konferenz formuliert und den Delegierten überreicht.

„Natürlich tun wir uns als Neutrale leicht“, werden jetzt einige von euch sagen. Das mag schon stimmen. Aber der Forderung nach Einhaltung der bereits getroffenen Beschlüsse und nach Realisierung der von den Delegierten bereits ausgesprochenen Schlußformel, die nichts anderes vorsieht, als die Herstellung der Nichtangriffsfähigkeit, der muß sich doch jeder christliche Soldat anschließen können, oder?

2. Konziliarer Prozeß „Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung“

Dafür und nur dafür leisten gerade wir unseren Dienst, haben wir als einzige Berufsgruppe den Eid abgelegt, einen Eid, der die Bereitschaft mit einschließt, dafür, wenn es sein muß, auch das Leben herzugeben, unser Leben!

Viele Bischöfe waren schlecht beraten, als sie erklärten, diesen Prozeß zu negieren, weil sich doch nur „linkes Gesindel“ darunter befände.

Und damit haben sie eben diesem das Feld überlassen. Die österreichische Vorbereitungskonferenz in Salzburg hat es ja bewiesen. „Aufforderung an alle Kirchen zur vollen Anerkennung der Totalverweigerer“ war die Devise. Und als Antwort auf die „Zustände“ in

Staat und Kirche gäbe es nur die „Anarchie“, so klang es aus dem Mund der „katholischen Berufsjugendlichen“.

Unter dem Motto „Gorbi macht's möglich“ wurde bei uns bereits in Gottesdiensten für „Perestrojka“ und „Glasnost“ in unserer Kirche gebetet.

Überlassen wir nicht auch hier das Feld den Chaoten, auch wenn sie aus Kirchenbeitragsmitteln besoldet werden.

Lassen wir nicht zu, daß die „Botschaft des Herrn“ mißbraucht wird zur „Botschaft des Teufels“.

Unser Militärbischof wird am 11.5., also einen Tag vor Beginn der Pilger/innenfahrt nach Basel, eine Pressekonferenz geben und unter anderem darauf hinweisen, daß in Lourdes 20000 Soldaten für die echten Anliegen der Christen um Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung beten werden.

„Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“, haben wir heute in der Hl. Messe gehört.

Seid wachsam, stellt euch der Herausforderung.

Wir haben jetzt die Chance zu AGIEREN und nicht immer nur zu REAGIEREN.

Daß euch das gelingt, daß diese Woche der Begegnung hierzu einen Beitrag leisten kann, dafür beten und das wünschen euch von Herzen eure Kameraden und Freunde aus Österreich.

Aus der nahen und weiten Welt

Santiago/Chile

Liebe Freunde:

Als ich mit diesen Rundbriefe angefangen habe, hatte ich mir vorgenommen sie 4 mal im Jahr zu schreiben. Sie haben schon gemerkt, dass es mir nicht immer gelungen ist. Der Grund liegt wohl darin, dass die Aufgaben immer mehr werden. Diese Briefe sind aber auch für mich eine Hilfe, weil sie mich gewissermassen dazu zwingen mir selber über die Arbeit Rechenschaft zu geben.

Ich fange an mit einem Kommentar zur politischen Situation des Landes. Sie haben gemerkt, dass ich in den Briefe immer etwas darüber schreibe. Nicht weil ich selber in der Politik verwickelt wäre, sonder weil sie immer wieder dannach fragen.

Wir sind unterwegs, in einer Übergangssituation, zur Rückkehr zur Demokratie. Dieser Weg kann jetzt nicht unterbrochen werden. Wir werden Präsident und Parlament am 14. Dezember wählen. Ende Juli hatten wir eine Volksbefragung über eine Verfassungsreform, die mit grosser Mehrheit entschieden wurde. Zum erstenmal hatten sich nach langen Verhandlungen Regierung und Opposition darin geeinigt. Dies bedeutet eine Erleichterung für die künftige Regierung, weil sie nicht sofort eine Verfassungsänderung vornehmen müssen wird.

Für das Parlament haben wir etwa 500 Kandidaten für 150 Sitze, so dass das ganze Land im Augenblick verplakatiert ist. Die Christdemokraten sollten die grösste Mehrheit darin erhalten.

Wir haben 3 Kandidaten für Präsident der Republik:

Patricio Aylwin, Christdemokrat mit der Unterstützung der 17 Parteien der Opposition.

Hernán Büchi, ehemaliger Finanzminister mit der Unterstützung der rechtsstehenden Parteien.

Francisco Javier Errázuriz, erfolgreicher Unternehmer, Alleingänger aber mit grosser Volksunterstützung.

Nach der Verfassung muss der gewählte Kandidat mehr als 50% erhalten, sonst gibt es eine neue Wahl mit den ersten zwei.

Nach der Logik müsste Aylwin gewinnen weil die Opposition im Oktober 1988 etwas mehr als 56% erhielt. Manchmal aber funktioniert die Logik nicht in der Politik, ja sogar sehr oft.

Es ist mehr als wahrscheinlich, dass es viele Leute gegeben hat, die am 4. Oktober gegen Pinochet gestimmt haben, weil sie etwas gegen seine Person hatten, die aber nicht unzufrieden mit der Politik der Regierung in den letzten Jahren sind. Diese Leute könnten mit Büchi zufrieden sein.

Aylwin ist ein Politiker des alten Stils und ist schon ca. 70 Jahre alt und die grösste Mehrheit der Wahlberechtigten sind Jugendliche, die zum erstenmal in ihrem Leben wählen.

Büchi ist 40 Jahre alt und trägt lange Haare, er betreibt sehr viel Sport und ist nicht der typische Politiker. Er macht also einen anziehenden Eindruck auf die Jugend.

Errázuriz verspricht eine schnelle Lösung für alle Probleme, er verspricht kostenlose Erziehung und Gesundheit. Dies macht auf viele Leute Eindruck. Er verspricht, dass er das Land verwalten wird so wie er seine Unternehmungen verwaltet hat.

So ist es also mit den Wahlen und Kandidaten bestellt.

In der letzten Brief hatte ich erzählt, dass wir Schwierigkeiten mit den „Strickerinnen Marias“ hatten. Gott sei Dank haben wir eine sehr gute Lösung gefunden, so dass alle wieder zufrieden sind. Wir haben nun eine Frau angestellt, die die ganze Verwaltung übernommen hat und alle Frauen haben viel mehr eigene Verantwortung wahrgenommen.

Womit ich im Augenblick Probleme habe ist mit dem Rehabilitationszentrum. Es sind viele Gruppen, die dieses Lokal benutzen und dies hat zu sehr viele Spannungen geführt. Jugendliche können sich nicht selber verwalten und ich kann nicht immer und überall sein. Im Moment bin ich auf der Suche nach einer geeigneten Person, die diese Aufgabe übernimmt.

Die Arbeit im Dienste der Katechese ist aber meine wichtigste und Hauptaufgabe. Es hat sich sehr viel ereignet in diesem Bereich, so dass wir kaum der Aufgaben nachkommen können. Man sollte für diese Aufgabe ganz frei gestellt sein. Das gelingt aber leider nirgends. In alle Diözesen sind die Verantwortlichen der Katechese mit anderen Aufgaben überlastet.

Die letzte Vollversammlung der Bischofskonferenz hat sich sehr intensiv mit der Katechese befasst. Dies Tatsache hat sehr viel Leben geweckt und daraus sind in den Diözesen sehr viele Initiativen entstanden. Wir müssen uns jetzt darum kümmern, dass die Beschlüsse der Bischöfe in der Tat umgesetzt werden.

In der erste Woche August hatten wir eine Woche Exerzitien, die uns sehr gut getan haben. Man wird daran erinnert, dass wir eine Mitte haben aus dem und für wem wir Leben und arbeiten. Christus ist und soll immer mehr das Zentrum unseres Lebens werden.

In der Pfarrei haben wir eine grosse Hilfe erhalten. Wir haben 3 Priesteramtskandidaten, die uns Samstags mit der Jugendarbeit helfen und 2 Diakone, die ihre Diakonatspraktikum bei uns machen.

Ich bedanke mich für alle Briefe, Unterstützung und Lebenszeichen, die ich von euch erhalten habe.

Mit freundlichen Grüssen
P. Eduardo Cano

41. Jahresversammlung der Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse (AKP)

Helmut Fettweis

Vom 5. bis 7. September 1989 fand die 21. Jahresversammlung der AKP in Essen statt.

Diese Jahresversammlung besteht eigentlich aus 4 Teilen. Verleger-, Redakteurkonferenz, Mitgliederversammlung und „Bildungshäppchen“. Von der Tagesordnung her war diese Konferenz zur Normalität und Mittelmäßigkeit verurteilt.

Die katholische Presse ist in der AKP mit 78 Betrieben und 128 Zeitungen und Zeitschriften vertreten. Die Auflage beträgt 9,1 Millionen. Den Betrieben geht es nicht gerade gut, aber auch nicht schlecht. Der Abonentenschwund hat sich stabilisiert. Es werden laufend Wege gesucht, die Zahl der Leser und Interessenten zu steigern. Ein schwieriges Unterfangen. So waren eigentlich die sachlichen Fragen schnell und ohne Diskussion gelöst.

Am Rande aber gab es drei bemerkenswerte Dinge:

- eine Ausstellung, in der Äußerungen unserer Organe zum Kampfe für die Hilfe für Menschen in Not zusammengestellt waren (Auftrag war dabei);
- vier neue Plakate, die zum Bezug kath. Zeitschriften ermuntern sollen;
- die Null-Nummer einer Fernsehzeitschrift. Diese soll allen Bistumszeitungen beigelegt werden und mehr Informationen über das Fernsehangebot bringen. Eine Frage wird hier die Höhe der Kosten sein. Wenn man an die kostenlosen Beilagen in den Freitagsausgaben der Tageszeitungen denkt, ein sicherlich schweres Unterfangen. (Siehe S. 141.)

Besonderheiten

Wenn man nun an den Rahmen denkt, dann fallen einige Dinge auf, die zu Überlegungen anregen.

Das ist einmal der Ort, die Stadt Essen.

Essen galt früher als eine Stadt der grauen Farben. Die Industrie, vor allem Bergbau und Eisenindustrie, legte einen Grauschleier vom Rauch der Schloten über die Stadt. Inzwischen hat sich jedoch viel verändert. Auffällig ist für den, der jahrelang nicht dort war, die Sauberkeit der Luft. Das liegt einmal an den Abgasreinigungen, dann aber auch an der Neuorientierung der Industrielandschaft. Hier ist eine Veränderung der Arbeitsplätze in auffälliger Form vor sich gegangen. Waren 1961 noch 56,8% der Arbeitsplätze der Produktion zuzurechnen, sind es heute nur noch etwa 34%. Die Zahl der Arbeitsplätze im Dienstleistungsgewerbe aber stieg von 43,2 auf heute über 65%.

An dieser Veränderung sind verschiedene große Unternehmen, aber auch der Ausbau der Hochschule usw. beteiligt.

Durch Eingemeindungen hat sich das Stadtbild in großem Maß verändert. Heute besteht Essen aus 50 Stadtteilen, davon einige mit einem erheblichen Grünanteil. Mit 623 000 Einwohnern ist diese Stadt die fünfte in der Reihe der 12 größten Städte der Bundesrepublik. Sie rangiert hinter Köln, aber noch vor Frankfurt.

Essen ist eine lebendige Stadt und auch mit ihren Messehallen, Konferenzhäusern und kulturellen Angeboten eine attraktive Stadt.

Dennoch ist diese Stadt noch nicht zu einer bevölkerungsmäßigen Einheit — wie z.B. Köln — zusammengewachsen. Einige Bewohner von Randgebieten fühlen sich stark in einer örtlichen Tradition verwurzelt.

Aus der Geschichte ist dieser Weg auch nachvollziehbar. So wurde 796 die Abtei Werden gegründet. Und Werden liegt am südlichen Rand. 852 wurde das Stift Essen gegründet und damit der älteste Punkt in der City. Die Erhebung zum Bistum erfolgte 1958, und die letzte Eingemeindung fand 1975 statt. Aus diesen wenigen Zahlen wird ersichtlich, daß hier erst eine Region zusammenwachsen muß, die immerhin in der Nord-Süd-Ausdehnung 21 km und in der West-Ost-Entfernung 17 km zählt.

Und vielleicht einige letzte Zahlen. Von der Gesamtfläche (210,3 km²) entfallen 20,4% auf Waldungen, Grünanlagen und Gewässer, 25,0% auf Landwirtschaft und Gartenbau, 54,6% auf Siedlung und Verkehr.

Diese Stadt war also unser Tagungsort. Leider konnte die Informationsfahrt nach Werden vom Autor nicht wahrgenommen werden.

So kam es, daß mehr oder minder nur die Innenstadt besucht wurde. Aber die Ereignisse um diese Stadt beeinflussten die Tagung und gaben ihr einen besonderen Akzent. In diesen Tagen besuchte Lech Walesa die Stadt und bekam einen jubelnden Empfang seiner Landsleute, viel Aufmerksamkeit von Kirche, Presse, Wirtschaft und Politik.

So verschob sich der katholische Akzent auch ein wenig zum politischen.

Von großer Prägestkraft war aber dann die Begegnung mit Kardinal Hengsbach — unseren ehemaligen Militärbischof. Die Worte der Predigt waren überzeugend.

„Bote einer frohen Botschaft ist Jesus selbst“, und diese Botschaft ging den Menschen ins Herz. „Nun sind die Redakteure unserer katholischen Zeitungen zumindest auch alle Boten, die eine Nachricht überbringen wollen.“ Dann aber stellt der Bischof die Frage, ob sie auch „Boten einer guten Nachricht“ seien? Und der Kardinal ermahnte, nicht die attraktive Nachricht, sondern die Wahrheit zu verkünden. Böses müsse auch böse genannt werden. Sodann ging er auf die technischen Möglichkeiten der heutigen Zeit ein und stellte fest, daß „unsere katholischen Medien eine Signalfunktion haben“. Außerdem erinnerte er daran, daß ein guter Journalist auch ein „geschickter Pädagoge“ sein sollte. Anschließend ermahnte er, engen Kontakt zu den Lesern und Hörern zu halten und nicht zu vergessen,

daß wir alle „nicht den *Geist der Welt* empfangen“, „sondern den *Geist*, der *aus Gott* kommt“.

Eine Predigt, die nachdenklich machte.

Diese Anstöße zum Nachdenken hingen immer wieder mit dem zusammen, was Kirche ist.

Im Verlaufe einer langen journalistischen Tätigkeit und durch andere Umstände hat der Autor viele Bischöfe persönlich kennengelernt. Die Begegnungen waren unterschiedlich oft. Mit Kardinal Hengsbach — der am 10. September seinen 79. Geburtstag beging — Gott segne seine weiteren Jahre — sind diese Begegnungen nun seit 28 Jahren in unterschiedlicher Intensität.

Es würde zu weit führen, alle die großen kirchlichen Gestalten dieses Jahrhunderts aufzuzählen. Aber nicht bei einem habe ich feststellen müssen, daß er die Sorge der Menschen nicht ernst genommen hätte. Nicht bei einem habe ich erkennen müssen, daß sie nicht fest im Glauben gestanden und aus diesem Glauben heraus dem Menschen guten Rat gegeben hätten. Aber diese Ratschläge hat die Welt nicht immer gerne gehört. Sie waren oft manchen unbequem und lästig. Nur so ist es zu verstehen, daß sich Medien zu einer Hetze gegen die Kirche und ihre Vertreter hergeben. Dabei ist es eine der perfiden Taktiken, daß immer negativ über jene Bischöfe und Priester berichtet wird, die man nicht persönlich kennenlernen konnte (vergl. S. 52 ff.). Selbstverständlich sind die Priester und Bischöfe auch Menschen mit Fehlern. Sie haben um der Menschlichkeit willen sogar ein Recht auf persönliche Schwächen. Die Schwäche des Menschen, der zum heiligen Dienst berufen ist, wird schon bei Petrus offenbar.

Dennoch, und das ist das Wesentliche, die ungeheure große Zahl der Geistlichen lebt aus Gott für den Mitmenschen, oft unter schweren persönlichen Opfern.

Daran mußte ich denken, als Kardinal Hengsbach am abendlichen Tisch von den Sorgen der Hirten sprach und von den Möglichkeiten der heutigen Zeit, als Kirche zu helfen, Brücken zu bauen.

Das war auch die Mahnung, die der Kardinal den Journalisten mit auf den Weg gab, zu arbeiten, daß das Thema der Tagung „Katholische Presse — Brücke zur Solidarität“ in Werke umgesetzt werde.

Er erinnerte daran, daß ohne Gott jede Gesellschaft scheitert und letztlich auch der einzelne Mensch. Er ermunterte die kirchlichen Medien, an der Errichtung eines „Europas ohne Grenzen“ mitzuwirken.

In besonderer Weise hob er hervor, daß die katholische Presse auch einen Verkündigungsauftrag habe. Gerade dem Laien sei es anvertraut, die gute Botschaft Christi in die Bereiche zu bringen, die der Priester oft nicht (mehr) erreiche.

Die Worte des Bischofs vor dem Hintergrund des Besuches von Lech Walesa und der Politik der Tage fanden herzliche und nachdenkliche Zustimmung.

Der Vorsitzende der AKP, Dr. Günter Mees, ging von den schmerzlichen Erinnerungen an die Ereignisse vor 50 Jahren aus. Er sprach von der Trauer, Scham und Wehmut, von den Verstrickungen in Schuld und Mitschuld, aber auch von den ermutigenden Zeichen von Vergebung, Schwinden des Mißtrauens und Keimen von Freundschaft.

Er wies darauf hin, daß nationale und kulturelle Grundlagen durch die Begegnung mit anderen geistigen Strömungen angereichert wurden und heute noch angereichert werden könnten, wenn man Asylanten nicht als Fremde, sondern als Gäste, als Freunde aufnehmen würde.

Um der Opfer katholischer Verleger und Journalisten willen, die im 3. Reich für die Freiheit des Glaubens eingetreten seien und gelitten hätten, mahnte er, vom Gedanken einer „*missio canonica*“ für katholische Journalisten Abstand zu nehmen.

Zum Schluß ging er auf die Arbeit der katholischen Presse im Rahmen der internationalen Solidarität ein. Brückenschlag zur dritten Welt sei ein Geben und Nehmen gewesen. So habe die deutsche katholische Presse *Weltkirche* erfahren und den Gläubigen hier dargestellt.

So sei wahr geworden, was der Kardinal aufgezeigt habe, Brücken zu schlagen in den christlichen Dimensionen Gerechtigkeit, Menschenwürde, Solidarität.

In dieser Zeit weltweite Chancen wahrzunehmen und Kirche als Weltkirche zu demonstrieren und Freiheit als Katholizität erfahrbar zu machen sei eine beglückende Aufgabe — heute und vor allem morgen.

Der anschließende Vortrag von Karl R. Höller, Aachen, Verleger und früherer Geschäftsführer des Internationalen Katholischen Hilfswerkes *Missio*, wies auf die Bedeutung der katholischen Presse als Brücke *zur* Solidarität, ja als Brücke *der* Solidarität hin.

Zugrunde lagen aktuelle Umfrageergebnisse. Sie wurden ergänzt durch historische Beispiele. Sie gipfelten in der Darstellung, daß und wie die katholische Presse in der Bundesrepublik wesentlich daran beteiligt sei, daß der Gedanke der Verantwortung und Brüderlichkeit für und mit den Menschen in den sogenannten Entwicklungsländern allgemein anerkannt würden.

Heute sei es wesentlich, daß den Menschen bewußt werde, daß Entwicklungsprojekte sozial-, umwelt- und kulturverträglich sein müßten. Der Anteil der katholischen Presse sei, klar zu machen, daß Hilfe zur Selbsthilfe wichtiger wäre als Prestigeobjekte. Den Menschen müßte durch die Förderung kleiner Projekte, die ihnen unmittelbar nützten, geholfen werden.

Hinter allem aber müsse das geistige Konzept stehen, durch religiöses Tun dem Materialismus zu begegnen, durch freiwilligen Verzicht auf Güter dieser Welt um der Not Christi willen zu helfen.

Mit einer kurzen Betrachtung über die Situation in der Welt schloß der Redner und zeigte

als Aufgabe der Journalisten, sich nicht um das Kleingedruckte zu sorgen, sondern um das Großgedruckte im gegenwärtigen weltkirchlichen Umbruch.

Aus einem indonesischen Gedicht ergab sich im Sinne:

„Christliche Kommunikation muß ankündigen, anzeigen, fördern, schaffen — voll der Hoffnung sein.“

Vor diesem geistigen Bogen, auf der Grundlage des Tages und Ortes erhielt diese Jahresversammlung weit mehr an Inhalt, als die Ankündigung vorausahnen ließ.

Danke den Ausrichtern und allen, die sich um Organisation, Inhalt und Ausformung bemühten.

Aus GKS und PGR

München-Freising

1250 Jahre Erzbistum München-Freising

Arthur Schopf

Viele Kirchen im Erzbistum München-Freising feiern in diesem Jahr das 1250jährige Bestehen, besonders der Dom in der alten Bischofsstadt Freising, die fast 1100 Jahre der geistliche Mittelpunkt des Bistums war.

739 hat der Hl. Bonifatius, der aus einem edlen angelsächsischen Geschlecht stammte, im Auftrag von Papst Gregor III. in Germanien vier Bistümer, und zwar in Regensburg, Salzburg, Passau und Freising gegründet. Vor ihm wirkte als erster Bischof in Freising der französische Heilige Korbinian („Befreier von Sorgen“) von 723–730, den der Agilolfinger Herzog Grimoald hierher geholt hat. Nach der formellen Gründung im Jahre 739 erlebte das junge Bistum Freising rasch eine kulturelle Blütezeit. Der Domberg mit dem Dom, mit einer Priestergemeinschaft, einer Schule und einer Bibliothek wurden das geistige Zentrum der Bischofsstadt. Unter Kaiser Friedrich I. Barbarossa wird Freising 1300 zum Hochstift erklärt. Als 1802 die bayerischen Soldaten im Zuge der Säkularisation alle Klöster auflösten, wurde auch Freising besetzt. Es ist dem Schutz von König Ludwig I. zu danken, daß damals der Freisinger Domberg verschont blieb.

Der Dom, der nach zwei Bränden 1160 unter Bischof Albert von Hartshausen neu aufgebaut wurde, gliedert sich in eine große dreischiffige Pfeilerbasilika. Es war ein besonderes Verdienst von Fürstbischof Johann Franz Eckher von Kapfing und Lichteneck (1696 bis 1727), einem Liebhaber der Barockkunst, unter dem das Bistum in kultureller wie auch in pastoraler Hinsicht seinen Höhepunkt erlebte, daß er dem Dom durch die beiden berühmten Brüder, den Bildhauer Egid Quirin und den Maler Cosmas Damian Asam ein neues Gewand geben ließ. Die vereinte Kunst der beiden Brüder hat auch die das südliche Seitenschiff beschließende Johanneskapelle geschaffen.

In der geräumigen Unterkirche finden wir die 1161 eingeweihte „Krypta“, eine nur dem rauhen Stein das Wort lassende Welt des romanischen Mittelalters. Bemerkenswert ist hier die „Bestiensäule“, auf der der Kampf des Guten (der Ritter) gegen das Böse (die Drachenbrut) dargestellt ist. Auf einem mächtigen Steinsockel sind hier im „Korbiniansschrein“ die Reliquien des Heiligen aufbewahrt.

Sehr sehenswert ist das Diözesanmuseum, in dem 283 Kunstwerke wie Gemälde, Skulpturen und kunstvolle Geräte, die alle für den Freisinger Dom geschaffen wurden — von weither nun zurückgeholt —, ausgestellt sind. In der barocken Dombibliothek sind die wissenschaftlichen und literarischen Leistungen der geistlichen Stadt vom späten Mittelalter bis zur Säkularisation dokumentiert.

In der Schatzkammer können die Freisinger Goldschmiedekunst — eine Fülle wertvoller liturgischer Geräte, die bisher unbekannt waren — und die herrlichen Hornbeck-Fenster der Benediktus-Kirche bewundert werden.

So wird die Tradition eines geistig-geistlichen Zentrums auf dem Freisinger Domberg bis heute fortgesetzt.

Zu einem Gedankenaustausch trafen sich im Bischof-Leiprecht-Haus der Vorsitzende des Katholischen Männerwerks der Diözese Rottenburg, Michael Fuhrmann, und als Beauftragter der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im Wehrbereich V, Oberstleutnant Hans-Peter Bott. Nach gegenseitiger Information über Struktur und Ziele der beiden Einrichtungen wurden Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in der Diözese erörtert. Neben gegenseitiger Teilnahme an den Konferenzen des Diözesanführungskreises des Männerwerks bzw. der Beratenden Versammlung wurde die Teilnahme von Soldaten am Diözesantag der Männer in Untermarchtal am 7./8. Okt. mit dem Thema des Friedenskonzils vereinbart. Bott führte unter anderem aus, daß es der GKS ein Anliegen sei, besonders auch auf Ortsebene, in den Kirchengemeinden, wieder zu mehr Gemeinsamkeit in der Beurteilung der Wege zum Frieden auf der Basis des katholischen Glaubens zu kommen. Hierbei sei das Bemühen um Sachverstand und das aufmerksame Anhören von Argumenten von besonderer Bedeutung im Umgang zwischen Christen.

Poing

„Wenn ich tanze, dann bete ich“

Arthur Schopf

Der klassische indische Tanz, dessen Anfänge weit über 5 000 Jahre zurückliegen und dessen Beginn sich im Mythos begründet, hat seinen Ursprung im Religiösen und wurde als Lobpreisung und Verkündigung der Gottheit angesehen. Schon bei den Israeliten hatte der Tanz eine religiöse Funktion: David tanzte vor der Bundeslade und die Propheten tanzten in ekstatischer Ergriffenheit.

1949 in Indien geboren, schloß sich Francis Barboza 1967 den Steyler-Missionaren an. Nachdem er am „Institute of Philosophy and Religion“ in Pune Theologie studiert hatte, wurde er 1977 zum Priester geweiht. Da schon frühzeitig sein Wunsch war, Gottes Botschaft im Tanz auszudrücken, widmete er sich dann dem Studium der klassischen Tanzkunst an der Universität von Baroda, wo er auch zum Doktor dieser Fakultät promovierte.

Heute ist Francis Barboza der einzige katholische Priester auf der Welt, der gleichzeitig auch ein vollendeter Bharata-Natyam-Tänzer ist. Seine eigenen Tanzschöpfungen wie Genesis, Mangalavignapanam (Verkündigung), Phuspanjali (Segensgruß), Tillana (Kreuzigung und Auferstehung) sind einmalig und eindrucksvolle Zeugnisse christlicher Verkündigung in klassischer indischer Tanzkunst.

Im katholischen Pfarrheim in Markt Schwaben konnte Pfarrer Hans Hagl unter den Besuchern auch den evangelischen Pfarrer Friedrich Eras, dessen Freund Obadiak Kasumba aus Tansania, einige indische Schwestern sowie die Pater Neuhauser und Hagenmaier von den Steyler-Missionaren willkommen heißen.

Der Eröffnungstanz, den die zwei jungen Schüler des tanzenden Paters — Anuschka und Viktor — zeigten, war als Anrufung und Bitte um Segen gemeint. Dem zweiten Tanz des Priesters lag als Thema aus der Schöpfungsgeschichte die Vertreibung der ersten Men-

schen aus dem Paradies zugrunde. Kostüm, Schminke und Schmuck gaben der tänzerischen Darstellung einen ganz besonderen Charakter. Dann versinnbildlichte Barboza die Botschaft der Verkündigung, das Leben Jesu, seinen Lebensweg und die Auferstehung des Herrn in drei Tänzen.

Tief ergriffen von diesen einzigartigen, meditativen Tanzvorführungen, die der indische Priester-Tänzer unter das Motto „Lobe den Herrn und tanze“ gestellt hatte, verließen die Besucher das Markt-Schwabener Pfarrheim.

Hammelburg

„Zu Gott finden durch Mut, Glauben und Vertrauen“

Eva Albert

Unter diesem Motto stand die große Soldatenwallfahrt der Katholischen Militärseelsorge im Standort Hammelburg am 27. Juni 1989.

Äußerer Anlaß dieses bisher einmaligen Ereignisses war die Festwoche der katholischen Pfarrgemeinde Hammelburg zum „Jahr der Jubiläen“.

Nach der Begrüßung durch Militärpfarrer Wolfgang Witzgall zogen rund 900 Soldaten, zivile Mitarbeiter und Gäste unter Begleitung der Standortkapelle von der Christkönigskirche auf dem Lagerberg vorbei am Franzosenkreuz über die alte Lagerstraße zur Saalebrücke, wo Militärbischof Dr. Elmar Maria Kredel zu den Wallfahrern stieß und mit ihnen gemeinsam zum Marktplatz zog, wo Stadtpfarrer Treutlein die Wallfahrer begrüßte, bevor sie zur Pfarrkirche St. Johannes Baptista zogen.

In einem festlichen Standortgottesdienst wertete der Militärbischof die Soldatenwallfahrt und die Eucharistiefeier als Zeugnis lebendigen Glaubens, als bedeutsames Zeichen des Friedens und als Bekenntnis zu Jesus Christus.

Hammelburg habe sicher erstmals eine derartige Prozession von Soldaten erlebt, sagte Militärpfarrer Witzgall in seiner Predigt.

Das Heeresmusikkorps 12 gestaltete den Gottesdienst musikalisch aus.

Später gab die Stadt im Rathaus einen kleinen Empfang zu Ehren des hohen kirchlichen Gastes, der sich anschließend beim gemütlichen Beisammensein im Festzelt am Bleichrasen unter die Soldaten mischte.

Munster

Männerwallfahrt 1989 nach Germershausen

Sonntag, 3. September 1989, 5.00 Uhr

Dieter Erkes

Ein Kleinbus mit acht Soldaten des GKS-Kreises Munster, angeführt von ihrem Sprecher Oberstabsfeldwebel Moock, setzt sich in Bewegung Richtung Harz.

Ziel dieser frühen Fahrt ist die Ortschaft Rollshausen, nahe dem Wallfahrtsort Germershausen.

Ab dort schließt man sich einer großen Gruppe wallfahrender Männer an, um mit Gesang und Gebet die Wallfahrtskirche zu erreichen.

„Maria, wir kommen zu dir mit Vertrauen. Sieh, Jungfrau und Mutter, auf dich woll'n wir bauen“ wurde bei der Ankunft in Germershausen gesungen. Um 9.30 Uhr wurde im Freien, hinter der Kirche, ein Pontifikalamt gefeiert. Probst Wolfgang Damm, ehemaliger Militär- und Standortpfarrer von Munster, begrüßte in seiner Eigenschaft als bischöflicher Kommissarius den Erzbischof Dr. Degenhardt aus Paderborn und auch seine ehemaligen Pfarrkinder aus Munster.

In seiner Predigt, unter der Überschrift: „... und diese Kirche liebe ich“, stellte der Erzbischof verschiedene Vergleiche zwischen Gott und seiner Kirche an und regte zu einer positiven, optimistischen Einstellung und Haltung an. Der Gedanke der Predigt wurde in anschließenden Gesprächskreisen aufgegriffen und im Rahmen der Abschlusandacht in der Wallfahrtskirche in den Fürbitten reflektiert.

In der Bildungsstätte St. Martina wurde zu Mittag gegessen, bevor die Gruppe einer persönlichen Einladung zum Kaffee beim Probst in Duderstadt folgte.

Gegen 18.00 Uhr kehrten die acht Wallfahrer zurück nach Munster, und alle werden nach den Erlebnissen und Erfahrungen dieses Tages sagen: „... und diese Kirche liebe ich“.

Poing

Kunst- und Spargelstadt Schrobenhausen

Arthur Schopf

Die im nördlichen Oberbayern gelegene 1200 Jahre alte Stadt Schrobenhausen ist wohl auch eines Besuches wert, da sie seit vielen Jahren in zweierlei Hinsicht weit über ihre Stadtgrenzen hinaus berühmt und bekannt wurde.

Als drittes Kind unter insgesamt 16 wurde hier am 13. Dezember 1838 der große Maler Franz von Lenbach als Sohn des ansässigen Stadtmaurermeisters Josef Lenbach geboren. Erst mit 43 Jahren gelang dem Künstler der eigentliche Durchbruch auf dem Gebiet der Bildnismalerei, da er den Auftrag erhielt, den Reichskanzler Otto Fürst von Bismark, mit dem er später sehr befreundet war, zu porträtieren. Lenbach wurde dann der Porträtist seiner Zeit, da er viele Malaufträge für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie Kaiser Wilhelm I., König Albert von Sachsen, Prinzregent Luitpold von Bayern, Papst Leo XIII. usw. bekam. Im ehemaligen Lenbach-Geburtshaus in Schrobenhausen hat man ein Museum eingerichtet, in dem eine umfangreiche Sammlung von Gemälden, Studien, Entwürfen, Versuchen und Vorzeichnungen des „Malerfürsten“ aus seinen verschiedenen Schaffensperioden zu sehen ist.

Seit vielen Jahren gilt Schrobenhausen aber auch als das Zentrum des bedeutendsten bayrischen Spargelanbaugebietes. Schon im Altertum wurde das „königliche Gemüse“ — wie der Spargel oft genannt wird — hochgeschätzt, da ihn Ägypter und Griechen bereits angebaut und als Heilkraut verwendet haben.

Reichlich spät gelangte der Spargel in das Schrobenhausener Umland, da erst 1912 der

Geometer Christian Schadt aus Groß-Gerau in Rheinhessen in der Gemeinde Waidhofen die geeigneten sandigen Südhänge für den Spargelanbau vorfand.

Da der Spargel kalorienarm, jedoch reich an Vitaminen und Mineralstoffen ist, wird er vielfach bei Magen- und Nierenerkrankungen als Heilpflanze empfohlen. Wie sehr sich der bayerische Spargelanbau in den nun abgelaufenen 77 Jahren entwickelt hat, beweist die Tatsache, daß z. Z. ca. 550 ha bepflanzt werden und im Jahr 1988 1200 t gewonnen wurden.

Im prächtigen „1000jährigen Amtsturm“ der Stadtmauer hat man 1985 in Schrobenhausen das einzige Spargelmuseum der Welt eröffnet. Es zeigt in 3 Etagen eine Vielzahl von interessanten, wertvollen und auch kuriosen Exponaten rund um die „weißen Stangen“ und eine Spargelbibliothek. Einen Glanzpunkt der Sammlung stellt eine Spargeldeckeldose aus dem 18. Jahrh. im Wert von 14000 Mark dar.

Seit 1976 wird auch jedes Jahr eine „Spargelkönigin“ gewählt, deren Aufgabe darin besteht, für das königliche Gemüse zu werben und den Gästen den Genuß dieses Edelgemüses schmackhaft zu machen. Zum ersten Mal hat man dieses Jahr auch im Mai unter der Schirmherrschaft von Monika Hohlmeier-Strauß, der Tochter des verstorbenen bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, einen Spargelmarkt mit großem Erfolg veranstaltet.

Munster

Arzt zwischen Verantwortung und Gewissen

Hans Stilbach

Bis über das Kriegsende im Mai 1945 bestand in Burgsteinfurt, Westf., in einem Nonnenkloster ein Lazarett für verwundete deutsche Soldaten. Seit April 1945 gehörte dieses Gebiet bereits zur englischen Besatzungszone. Die Betreuung der Verwundeten lag weiterhin in den Händen der deutschen Ärzte und der katholischen Schwestern.

Als verwundeter Soldat war ich zu dieser Zeit in diesem Lazarett. Unvergeßlich ist mir die Fürsorge des leitenden Arztes Dr. Butgereit, der nicht mehr lebt. Es galt damals Entscheidungen zwischen Verantwortung und Gewissen zu treffen. Es war bekannt, daß Soldaten der Waffen-SS in Kriegsgefangenschaft mitunter eine Sonderbehandlung erhielten. Sie waren gekennzeichnet durch die Feststellung der Blutgruppe im Oberarm. Ein Heraus-schaben wäre festzustellen gewesen. Dr. Butgereit brachte einem jungen SS-Soldaten unter Narkose einen Schnitt im Oberarm an. Der Eintrag im Krankenpapier: „Granatsplitter im Oberarm entfernt.“ — Die Verwundung eines 42-jährigen Soldaten war Mitte April 1945 ausgeheilt. Er hätte entlassen werden müssen und wäre in Kriegsgefangenschaft gekommen. Das wollte Dr. Butgereit für den älteren, vom Kriegsdienst geschwächten Soldaten vermeiden. Er legte ihn in das Zimmer mit einem an Diphterie erkrankten Soldaten, an dem er einen med. Abstrich machte. Das positive Ergebnis wurde auf den Namen des gesunden „Paptienten“ eingetragen, der daraufhin bis nach Kriegsende, bis Mitte Mai 1945, im Lazarett bleiben konnte.

Es bleibt dem Leser überlassen, die Handlungsweise dieses Arztes zu beurteilen.

Informationen aus Kirche und Welt

Heuchler gesucht

Wenn sich die Macher von „Panorama“ kirchlicher Vorgänge annehmen, ist meistens was im Busch. So auch jetzt, als sie sich für die kirchliche Eheschließung interessieren. Bislang hörte man aus dieser Ecke, daß den modernen Menschen das Recht zustehe, so zusammenzuleben, wie man es wolle. Mit und ohne Trauschein. Anders stellt sich die Sache aber dar, wenn ein Paar zwar ohne Standesamt, aber mit kirchlichem Segen zusammenleben möchte. Da werden die Macher aus Hamburg zornig: „Jedes Jahr heiraten über 5000 Rentnerehepaare in der Bundesrepublik standesamtlich, wie es sich gehört. Den anderen aber helfen Gottesmänner und die Amtskirche beim Rentenschwindel.“ Mit Unschuldsmiene wird beteuert: „Wir wollen mit dieser Geschichte nicht den Staat ermuntern, den nun kirchlich Getrauten die oft kleinen Renten zu kürzen. Uns ging es allein um die Doppelmoral, ja die Heuchelei der katholischen Priester und der Amtskirche.“

Heuchelei? In der Bundesrepublik ist es nach dem Reichskonkordat von 1933 einem Geistlichen verboten, eine kirchliche Trauung ohne vorherige standesamtliche Eheschließung vorzunehmen. Diese Regelung geht auf die Kulturkampfzeit unter Bismarck zurück. Der Staat wollte damals sein Eheschließungsmonopol sichern und die Kirche zur „Privatsache“ machen. Unter Strafordrohung wurde dies im Personenstandsgesetz vom 6. Februar 1875 festgeschrieben. Dabei ist es bis heute geblieben. Keine Sorge — die deutschen Bischöfe werden auch weiterhin ihre Geistlichen anhalten, die Bescheinigung des Standesamtes vor der kirchlichen Trauung einzufordern, denn man wünscht, daß kirchliches und staatliches Recht möglichst übereinstimmen.

In Österreich gilt das bundesdeutsche Recht nicht. Diese Rechtsverschiedenheit haben nun etliche Rentner ausgenutzt. Vor allem in „Maria Plein“ bei Salzburg wurde kirchlich geheiratet. Der Vorgang ist rechtens! Und das ärgert die Magazinleute. „Doppelmoral“ und „Heuchelei“ wirft man der Kirche vor. Wo sitzen eigentlich die Heuchler? Gesellschaft und Staat dulden

nichteheliche Lebensgemeinschaften von jungen wie älteren Menschen. In „Panorama“ war auch nichts Negatives zu hören über das Zusammenleben von Schwulen oder Lesbierinnen. Warum soll da nun das Zusammenleben von immerhin kirchlich Getrauten etwas Schlimmes sein? Sondernbar genug, daß der Staat den Empfang eines Sakramentes von einem vorhergehenden staatlichen Vorbehalt abhängig macht. (Aus Kirchenzeitung f.d. Erzbistum Köln, Nr. 37 v. 15.9.89

ERICH LÄUFER

Herbstvollversammlung der Bischöfe: Umfangreiche Tagesordnung

Ein umfangreiches Arbeitspensum erwartet die Bischöfe, wenn diese sich vom 25. bis 28. September in Fulda zur diesjährigen Herbstvollversammlung treffen. Die Tagesordnung umfaßt immerhin 40 Punkte, darunter allerdings acht Personalentscheidungen, die ohne lange Diskussionen über die Bühne gehen dürften, sowie zehn Berichte der einzelnen Kommissionen der Deutschen Bischofskonferenz.

Den „Studentag“ werden die erwarteten rund 65 Teilnehmer der Bischofsvollversammlung dem zweiten, moraltheologischen Teil des geplanten neuen Erwachsenenkatechismus widmen. Redaktor dieses zweiten Teils ist der Erfurter Moraltheologe Prof. Dr. Wilhelm Ernst, der in Fulda anwesend sein wird. Seine bisherige Arbeit wird die Vollversammlung nach Inhalt und Form „kritisch unter die Lupe zu nehmen haben“, so der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Wilhelm Schätzler, und Vorschläge für die Weiterarbeit unterbreiten, wobei sich die Bischöfe auf eventuelle strittige oder aktuelle Punkte konzentrieren werden. Da doch mit einer längeren Bearbeitungsfrist für diesen moraltheologischen Teil zu rechnen sein, „spekulierte“ Schätzler, daß als Termin für die Herausgabe des zweibändigen neuen Erwachsenenkatechismus wohl erst das Frühjahr 1991 in Frage kommen dürfte.

Einen weiteren Schwerpunkt der Vollversammlung werden die Beratungen über mehrere ge-

plante Erklärungen bilden. An erster Stelle der Tagesordnung stehen die Erörterung und die Verabschiedung eines Bischofswortes zur Situation in der Landwirtschaft. Angesichts der aktuellen Probleme in diesem Sektor und zahlreicher Bitten von außen haben sich die Bischöfe doch zu einem gemeinsamen „pastoralen Wort“ entschlossen, das zum „Erntedankfest“ (Oktober) vorliegen soll. Dieses Wort ist zu unterscheiden von einer ausführlichen Erklärung der Kommission VI der Bischofskonferenz zur Situation in der Landwirtschaft. Eingehende Beratungen dürfte auch der umfangreiche Text (über 60 Seiten) einer gemeinsamen Erklärung der katholischen und der evangelischen Kirche zum Thema „Schutz des ungeborenen Lebens“ erfahren, der der Vollversammlung erstmals vorliegt. Auf der Tagesordnung steht ferner ein Bischofswort zur Arbeit der katholischen Verbände, dessen Verabschiedung aber mit Blick auf die noch nicht endgültig geklärten rechtlichen Fragen als unwahrscheinlich gilt. Ferner will sich die Vollversammlung mit der Entwicklung im Bildungssystem und der Situation der katholischen Schulen in freier Trägerschaft befassen. Auch hier sind laut Schätzler wohl noch keine Beschlüsse zu erwarten.

Intensive Beratungen wird die Stellungnahme der deutschen Bischöfe zu den „Lineamenta“ (Arbeitspapier) des vatikanischen Synodensekretariats für die Weltbischofssynode 1990 zum Thema „Priesterausbildung und -weiterbildung“ erfordern. Hier drängt zudem die Zeit, denn die zuständige Kommission IV der Bischofskonferenz muß ihre Antwort bis Ende Oktober in Rom einreichen. Ein weiterer Beratungspunkt werden Überlegungen zu möglichen Änderungen im Statut der Bischofskonferenz sein. Das Statut wird vom Vatikan für jeweils fünf Jahre approbiert, 1990 steht es zur Wiedervorlage in Rom an. Angesichts der aktuellen Entwicklung und Zahlen wird sich die Vollversammlung auch mit dem Aufgabenbereich „Seelsorge an Aussiedlern“ befassen und überlegen, ob für die überdiözesane Koordination von Maßnahmen in diesem Bereich wieder ein Priester „vollamtlich“ beauftragt werden soll. Ferner wollen die Bischöfe — mit Blick auf die politischen Umwälzungen in Osteuropa — auch Überlegungen anstellen, welche Änderungen im bisherigen Hilfs-

system für die Kirche in diesen Ländern sinnvoll erscheinen. Weitere Tagesordnungspunkte sind u.a. die Verabschiedung eines liturgischen Buches (Marien-Messen) und die Genehmigung des neuen Status für das kirchliche Hilfswerk Misioner.

(1983) (KNA-ID 37)

Kampagne „Ich will ein Kind“: Breite Diskussion erwünscht

Das Verhältnis der Deutschen zum Kind ist schlechter als es je war. Diese Ansicht vertritt zumindest die Wochenzeitung „Rheinischer Merkur/Christ und Welt“, die diesem Zustand auf ungewöhnliche Weise ein Ende bereiten will. Mit Plakaten, Anzeigen und redaktionellen Beiträgen will das Blatt insbesondere Männer bundesweit zur Vaterschaft animieren. Die Initiatoren rechnen selbst mit „Gegenreaktionen“.

Einen Vorteil habe diese „private“ Kampagne gegenüber Aktionen staatlicher Stellen, meint „Merkur“-Geschäftsführer Arnd Pötter: „Wir brauchen keine Rücksicht auf gesellschaftlich relevante Gruppen zu nehmen bei dem, was wir sagen.“ Es sei aber selbstverständlich, daß die Aktion die Charakterzüge trage, die man von einer christlichen Zeitung erwarte. Mit dem Kampagnentitel „Ich will ein Kind“ solle keine neue Diskussion um den Paragraphen 218 StGB entfacht werden. Die Initiatoren wollten das Klima für Kinder in einem Land verbessern, in dem Kinder keine Lobby hätten, erklärte Pötter. Erreicht werden soll dies mit Hilfe von 24000 Großflächenplakaten, 5000 Postern auf Fernsprechkäuschen und in Zeitungsanzeigen. Bis zum Jahresende werden nackte Babys und stolze Väter den Betrachter anlächeln und auch „ihm“ Mut zum Kind zu machen. Angesprochen fühlen sollen sich insbesondere Männer. Die von der Deutschen Postreklame und dem Frankfurter Fachverband Außenwerbung gesponserte Klebeaktion werde aber weder die Geburtenrate noch die Auflagenzahl der Zeitung in nennenswertem Umfang steigern, schätzt der Geschäftsführer die Wirkung der Kampagne realistisch ein. Ziel sei in erster Linie ein verändertes Bewußtsein der Gesellschaft gegenüber dem Kind.

Wenn dabei als Nebenprodukt eine engere Leserbindung erzeugt würde, sei dagegen nichts einzuwenden. Die Zeitung hat eigens eine Sonderredaktion gebildet. Diese übernimmt die redaktionelle Begleitung der Kampagne, für die das Blatt ein ausführliches „Diskussionsforum“ bieten will. Heftige Reaktionen hatte es bereits im Vorfeld der Aktion gegeben: Erste Plakativmotive und Arbeitstitel hatten der Zeitung den Vorwurf der Frauenfeindlichkeit eingebracht (ID Nr. 1656 v. 17.8.89). Trotz Änderungen dieser Titel sei auch jetzt noch mit „Gegenreaktionen“ zu rechnen, glauben die Initiatoren. Aber: Eine breite öffentliche Diskussion sei schließlich im Sinne der Kampagne.

(1918 KMA-ID 37)

„Tele-Journal“:

Warten auf eine Entscheidung

Das „Tele-Journal“ hat bei der Jahresversammlung der Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse (AKP) in Essen in Gestalt seiner Null-Nummer das Licht einer begrenzten Öffentlichkeit erblickt (ID Nr. 1726 v. 24.8.89). In einer Druckauflage von 6000 Exemplaren wurde in der 39. Sendewoche (9. bis 15. September) in 400 ausgesuchten Haushalten in den Bistümern Augsburg, Trier, Aachen und Osnabrück gelesen und genutzt. Anschließend ermittelt eine Akzeptanzanalyse, wie groß der Bedarf an einer solchen Beilage zur Bistumszeitung ist. Die Ergebnisse sollen schon für das Kolloquium mit den Bischöfen Mitte Oktober in Schloß Fürstenried vorliegen.

Nach Ansicht des Sprechers der AKP-Verleger, Hermann Glandorf, ist die Null-Nummer schon deswegen positiv zu bewerten, weil man gemeinsam bis zu diesem Punkt gelangt sei. Ausgang der Überlegungen, diese Beilage so weit voranzutreiben, war nicht zuletzt der Anspruch der Pastoralinstruktion „Communio et progressio“, daß einerseits die Kirche zur Information verpflichtet sei, daß andererseits aber auch die Gläubigen sich informieren müßten. Eine Basis für die Erfüllung dieser beidseitigen Verpflichtung im Bereich des Fernsehkonsums könne eine solche Beilage sein. Insofern sei eine solche Beilage auch als Beitrag der Kirche zur Medienwirklichkeit anzusehen, unabhängig davon, ob sie zugleich eine Hilfe beim Kampf ge-

gen schwindende Auflagen der Bistumszeitungen sei. Deshalb sei das „Tele-Journal“, indem es zur kritischen Programmbegleitung auffordere, ein konstruktiver Beitrag der katholischen Kirche.

Die vorliegende Null-Nummer verzichtet auf ausdrückliche medienpädagogische Fragestellungen. Auf diese soll aber im Fall einer Verwirklichung zurückgekommen werden. Für Ferdinand Oertel, Chefredakteur der Familienzeitschrift „Leben und Erziehen“ und des „Familien-Journals“, der für diese Null-Nummer verantwortlich ist, kommt es darauf an, eine Hilfe zur richtigen Wertung und Einordnung des Fernsehprogramms zu geben. Dies sei auch der entscheidende Unterschied zu anderen Produkten dieser Art auf dem Markt. Vor den AKP-Verlegern führte der Geschäftsführer der Medien Dienstleistung Gesellschaft (MDG), Raimund Brehm, aus, daß die Verwirklichung des Projekts von der Auflage, dem Anzeigengeschäft sowie der „Anfangshilfe“ — also den bischöflichen Suventionen — abhängen. Bei einer Gesamtauflage von unter einer Million Exemplaren sei das Vorhaben wirtschaftlich nicht zu vertreten. Er strebe ein Angebot an, das nicht wesentlich schlechter als der „Abgabepreis“ der Tageszeitungsbeilage „rtv“ sei. Dieser liege zwischen sieben und acht Pfennigen. Jede einzelne Bistumszeitung solle in den nächsten Wochen eine Kalkulation erhalten, die die je einzelnen Schwierigkeiten und Möglichkeiten berücksichtige. — Die Null-Nummer wurde im übrigen in Essen beifällig zur Kenntnis genommen, ohne daß eine Sachdiskussion bei Verlegern oder Redakteuren eingesetzt hätte. Bemängelt wurde, daß die Dritten Programme zuwenig berücksichtigt seien, andere wünschten sich einige Hörfunkhinweise. Unzulänglichkeiten, die für die Null-Nummer unvermeidbar scheinen, wie Verantwortliche einräumten, die aber bis zu einem möglichen Start im April 1990 ausräumbar sind.

(1881 KNA-ID Nr. 37)

AKP-Jahresversammlung: Brückenschläge nach Osteuropa

Der Abwärtstrend scheint gestoppt: Mußten vereinzelte Organe der Kirchenpresse in den letzten zehn Jahren teilweise einen Auflagenverlust von bis zu 30 Prozent hinnehmen, zeichnet

sich gegenwärtig nach Einschätzung der Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse (AKP) wieder eine gewisse Stabilisierung ab. Die Auflage der AKP-Organen beläuft sich zur Zeit nach Angaben des AKP-Vorsitzenden Günther Mees auf insgesamt rund zehn Millionen Exemplare.

Diese „gute Nachricht“ ist für die Verantwortlichen der katholischen Presse kein Grund auszuweichen. Mit der geplanten Medienbeilage „Tele-Journal“ (s.S. 7) will man neue Wege gehen. Bei der 41. AKP-Jahresversammlung vergangene Woche in Essen wurde ferner übereinstimmend betont, daß eine stärkere Werbung, ein besserer Vertrieb und eine professionellere Machart notwendige Grundlagen dafür seien, sich auf dem schwierigen Markt zu behaupten. Diese Anstrengungen gelten ebenfalls für die Ordenspresse und für die katholische Verbandspresse, deren Zeitungen auf das Niveau von Mitgliedsblättern herabzusinken drohten. Der AKP-Vorsitzende Mees wies darauf hin, daß sich unter der Leserschaft der Kirchenpresse eine zunehmende Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen abzeichne. Er unterstrich zugleich, daß der Rückgang der Zahl der Abonnenten nicht so groß sei wie der Rückgang bei der Zahl der Gottesdienstbesucher.

Die Reformpolitik in vielen osteuropäischen Staaten verstärkt dort das Bemühen, die Kirche in den Medien präsent zu machen. Eine neue Herausforderung für die AKP, Gespräche mit katholischen Medienfachleuten aus Osteuropa, die in ihren Ländern Strukturen schaffen wollen, um der Kirche einen besseren Zugang zu den Medien — vor allem auch zu Rundfunk und Fernsehen — zu eröffnen, haben bereits stattgefunden und werden fortgeführt. Den osteuropäischen Gesprächspartnern geht es darum, an den Erfahrungen der Kirche in der Bundesrepublik im Bereich der Medienarbeit teilzunehmen. In Polen wird z.B. darüber nachgedacht, einen ähnlichen Zusammenschluß, wie ihn die AKP hierzulande darstellt, aufzubauen. Intensive Kontakte bestehen auch zu Ungarn. Auf Einladung des ungarischen Primas, Kardinal Laszlo Paskai, werde die AKP vom 23. bis 26. April 1990 eine Studienreise nach Budapest veranstalten, gab Mees bekannt. Die Ungarn versprechen sich von diesem Besuch wichtige Informatio-

nen. Ein Expertenaustausch soll in Kürze vorbereitet werden.

Eine weitere Herausforderung für die bundesdeutsche katholische Presse stellt die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes 1992/93 dar. Hier ist — unter Mitwirkung der Medien Dienstleistung Gesellschaft (MDG) — eine Studententagung, die in einem der zentral in Europa gelegenen Benelux-Länder stattfinden soll, ins Auge gefaßt, um Verleger und Journalisten über die Auswirkungen des Binnenmarktes zu informieren. Zusätzliche Weiterbildungsangebote sollen zudem den Verlagen ermöglichen, rechtzeitig und zielgerichtet in Richtung auf den europäischen Markt zu operieren. — Mit Blick auf den Kolloquium zwischen Bischöfen und AKP zum Thema Bistumspresse (10./11. Oktober in Schloß Fürstenried) hob Mees ausdrücklich auch die Bedeutung der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) hervor. Es gelte, die KNA und ebenso KNA-Pressebild in Frankfurt weiter auszubauen, zu kräftigen und in den verschiedensten Bereichen zu stärken.

(1865 KNA-ID Nr. 37)

Kirchliche Themen

spielen nach Ansicht des früheren Intendanten des Norddeutschen Rundfunks (NDR), Friedrich-Wilhelm Räuker, „in allen Sparten“ der Hörfunk- und Fernsehprogramme „nahezu keine Rolle“. Ausgenommen seien, insbesondere im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die gesetzlich gesicherte Berichterstattung im Kirchenfunk, wo allerdings eine „deutliche Bevorzugung kritischer, von der bisherigen Norm abweichender Positionen“ zu beobachten sei, und Beiträge über kirchliche Großereignisse, „die einfach zum Kanon der Informationspflichtigkeiten“ gehörten, so Räuker.

(1866 KNA-ID Nr. 37)

ZdK-Präsidentin ruft zur Hilfe für Übersiedler auf

Am Mittwoch, dem 13. September, wandte sich die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Rita Waschbüsch, in einer in Bonn veröffentlichten Erklärung an die Übersiedler aus der DDR und an alle Bundesbürger. Frau Waschbüsch erklärte:

In den letzten Tagen sind sehr viele Übersiedler aus der DDR zu uns gekommen. Manche von ihnen haben einen oft beschwerlichen und gefährvollen Weg hinter sich. Sie haben ihre Heimat verlassen, um der Unfreiheit und Unterdrückung zu entgehen. Bei uns suchen sie ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung.

Ich möchte unsere Landsleute im Namen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) herzlich begrüßen und ihnen für den Neuanfang bei uns einen guten Start und viel Erfolg wünschen.

In den letzten Tagen und Wochen ist den Übersiedlern großzügige Hilfsbereitschaft zuteil geworden. Darauf sind sie auch in Zukunft angewiesen, damit sie ihren Platz in unserer Gesellschaft finden können.

Deshalb rufe ich alle Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik auf, die Übersiedler mit Großherzigkeit und persönlicher Zuwendung aufzunehmen.

Ganz besonders wende ich mich an alle Katholiken mit der Bitte, überall dort zu helfen, wo es not tut. Ich möchte jeden persönlich, aber auch jede Gemeinde, jede Verbandsgruppe bitten, zu überlegen, wo und wie sie konkret helfen können: indem man z.B. ein wenig enger zusammenrückt und für die dringendste Not eine Unterkunft zur Verfügung stellt, indem man bei der Suche nach einer Wohnung und nach einem Arbeitsplatz hilft oder Kindergartenplätze vermittelt sowie für Ausstattung mit Möbeln und Kleidung sorgt.

Vor allem wird es aber auch darauf ankommen, daß die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger in unseren Gemeinden, Gruppen und Verbänden Aufnahme und neue Heimat finden.

(ZdK-1107-IX-89-FS voraus)

Geheimnis der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften werden nicht müde, die Arbeitszeitverkürzungen als Wunderwaffe gegen die Arbeitslosigkeit zu preisen. Der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ernst Breit, buchte wieder einmal voller Stolz 250 000 geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze seit 1984 auf das Konto der kürzeren Arbeitszeit.

Und die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies ließ sich von zweitausend Betriebs- und Personalräten im Öffentlichen Dienst 26 000 neu geschaffene und weitere 14 000 gesicherte Arbeitsplätze attestieren — all dies nur dank der einstündigen Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit zum 1. April 1989.

Einmal mehr addieren sich neu geschaffene plus gesicherte Arbeitsplätze zu fünfzig Prozent des rechnerischen Beschäftigungseffekts der Arbeitszeitverkürzung — wie jedesmal, wenn die Gewerkschaften eine Antwort auf die Frage „suchen“. Die Gewerkschaften setzen offenbar darauf, daß selbst die merkwürdigsten Behauptungen durch ständige Wiederholung irgendwann Beweiskraft erlangen.

Bedenklich ist nur, daß diese „Beweise“ erhalten müssen, um weitergehende Arbeitszeitverkürzungen zu fordern und die Basis für Streiks zu mobilisieren. Auch den Gewerkschaften dürfte nicht verborgen sein: Vor allen bei Facharbeitern herrscht Arbeitskräftemangel. Wie da Arbeitszeitverkürzung Beschäftigungseffekte haben kann, bleibt das Geheimnis der Gewerkschaften.
(aus DT 115/89)

Kapitulation

Der Krieg findet im Saale statt. Die großen Herbstmanöver der atlantischen Streitkräfte werden im Computer gespielt. Nur noch wenige tausend Soldaten bewegen sich mit Panzern, auf Rädern und zu Fuß durch das Gelände. Die Operationen und taktischen Einsätze der Truppe werden simuliert. Es gibt Zustimmung bei manchen militärischen Führern. Die in den Computer verlegte Übung spare Zeit und Geld. Es entstehe kein Flurschaden, keine Tiefflieger belästigten die Bevölkerung, der motorisierte Straßenverkehr der Zivilisten werde nicht gestört. Auch ließen sich die Stäbe viel einfallen. Der Computer „denke“ ganze Schlachtenfolgen aus, mit allen Konsequenzen. Soweit, so gut. Doch es ist eine militärische Weisheit, daß das, was nicht geübt wird, auch nicht klappt. Die Soldaten müssen das verbundene Gefecht erleben, sonst lernen sie es nicht. Planspiele und Lagen kann der Computer „erfinden“. Wie aber ist es mit der Wirklichkeit? In Stalingrad versagte die Versorgung, weil die unbarmherzige Kälte

jede Transportleistung illusorisch machte. In Arnheim, als die westlichen Alliierten im letzten Krieg die deutschen Truppen durch eine Luftlandeoperation überraschen wollten, versagten die Funkgeräte aller britischen Sturmeinheiten. Das hätte auch der Computer nicht vorhergesehen. Die Computermanöver sind eine doppelte Kapitulation der Armeen. Einmal vor den grünen Umweltschützern. Zum anderen vor den Politikern, die das Geld für die Sicherheit zurückhalten. Als Teillösung sind sie akzeptabel, als Ersatz für die Erziehung zur militärischen Praxis abzulehnen.

A. W.

(aus DT 114/89)

„Ich will ein Kind“

Die Bundesrepublik überaltert, die Bundesrepublik ist kinderfeindlich, die Bundesbürger sind materialistisch, egoistisch und ziehen einen Zweitwagen einem Kind vor, sie denken nur noch an Beruf und Karriere, sie halten sich lieber ein Tier, statt für ein Kind die Verantwortung zu übernehmen.

Der Rheinische Merkur will gar nicht klären, welche dieser Behauptungen belegbare Tatsachen sind und welche nur Klischees und Vorurteile; aber fest steht: Von einer rückläufigen Be-

völkerungszahl bis zu immer mehr Kindesmißhandlungen reichen die Symptome des mangelnden Interesses an Kindern und der verantwortungsvollen Aufgabe, heute Kinder zu erziehen und auf das Leben vorzubereiten.

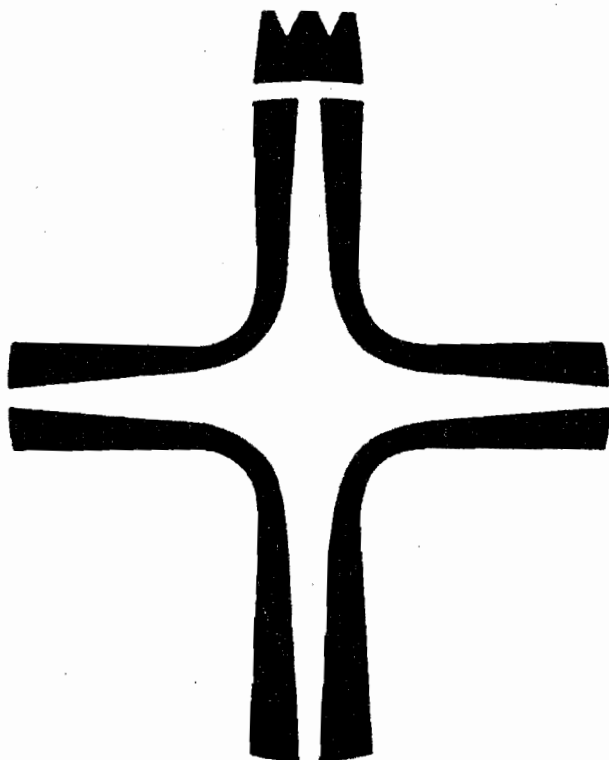
Natürlich ist das nicht nur die Schuld junger Menschen, es ist auch die Schuld von uns allen, die wir die Welt so eingerichtet haben, daß junge Leute immer weniger Mut haben, Kinder in diese Welt zu setzen.

Deshalb hat der Rheinische Merkur die Initiative „Ich will ein Kind!“ ins Leben gerufen. Die Kampagne soll keine politische Diskussion um den Paragraphen 218 neu entfachen. Mit der Initiative „Ich will ein Kind!“ möchte der Rheinische Merkur Mut zum Kind machen und jungen Paaren sagen, wo sie Rat und Hilfe bekommen. Die Initiative wird außerdem durch zahlreiche Maßnahmen begleitet.

Die Plakate und Anzeigen sind ein Teil unserer Informationskampagne. Sie bilden den Einstieg in eine hoffentlich engagierte Diskussion, die in den kommenden Wochen im Forum des Rheinischen Merkur geführt werden wird.

(Arndt Pötter)

Rheinische Merkur



„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Helmut Fettweis (Oberst a.D.), Chefredakteur

Klaus Brandt, Oberstleutnant, stellv. Chefred.

Wilhelm Lehmkämpfer (Oberstleutnant a.D.), Gesellschaft und Kirche

Gernot Belch, Major, z.b.V.

Helmut P. Jermer, Hauptmann, Information, Beiträge z. Frieden

Brief-Zuschriften: auftrag, Postfach 200125, 5300 Bonn 2

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, 5305 Bonn-Oedekoven, Schöntalweg 5

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.

Der Papst spricht zu Ihnen auf Deutsch

Durch seine deutschsprachige Zeitung, den OSSERVATORE ROMANO (Römischer Beobachter). Erleben Sie wöchentlich, was er uns zu sagen hat. Erleben Sie den Vatikan, Rom, die Weltkirche. Aus nächster Nähe.




Anfrage- und Bestelladresse:
L'OSSERVATORE ROMANO
in deutscher Sprache
I-00120 Vatikanstadt



L'OSSERVATORE ROMANO

Postfach 4280, 7302 Ostfildern 1



radio vatikan

deutsch

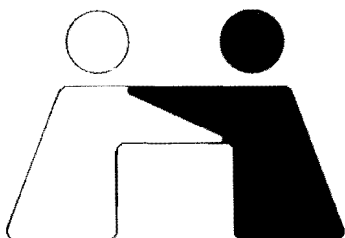
**täglich: 6.20 bis 6.40 Uhr
20.20 bis 20.40 Uhr**

MW: 1530
KW: 6190/6210/7250/9645

DAS
A und O

**KIRCHLICHER
ENTWICK-
LUNGSARBEIT:**

**Bekämpfung
der Ursachen
der Armut.**



Spendenkonto 556

MISEREOR

*Aktion gegen Hunger und
Krankheit in der Welt*

Mozartstraße 9
5100 Aachen

**Welt-
hunger.
Ernte-
dank.**

Die Deutsche Welthungerhilfe unterstützt Selbsthilfe-Projekte von Bauern der Dritten Welt, damit für sie Ernährung aus eigener Kraft möglich wird. Und sie hilft den Bauern, Natur und Umwelt als Lebensgrundlage zu erhalten, damit Entwicklung auch Zukunft hat.



**DEUTSCHE
WELTHUNGERHILFE**

Spendenkonto Sparkasse Bonn: 111

Adenauerallee 134 · 5300 Bonn 1 · Tel.: 02 28/22 88 0